

Protokoll der 32. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Montag, dem 28. und am Dienstag, dem 29. April 1997; Beginn: 9.00 Uhr; Stadtverordneten-Sitzungssaal im Rathaus Eisenhüttenstadt, Zentraler Platz 1; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Alltag in der DDR zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Erfahrungen und Bewältigungsstrategien in der Mangelgesellschaft

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 8

Grußworte

Rainer Werner 10

Steffen Reiche 13

Kurzvortrag

Alltag in der Diktatur
Bernd Faulenbach 15

Kurzvortrag

Erscheinungsformen des Mangels in der DDR
Peter Maser 21

Vortrag

Generationsspezifische Alltagserfahrungen in der DDR
Thomas Lindenberger 24

Vortrag

DDR-Alltagskultur im Museum
Andreas Ludwig 33

Diskussion 39

Podium 61

Beispiele des Umgangs mit dem alltäglichen Mangel
Uwe Bartsch – Ina Merkel – Manfred Garlipp

Vortrag	
Politische Instrumentalisierung des Mangels und Privilegienwirtschaft	
Stefan Wolle	87
Vortrag	
Der Westen im DDR-Alltag	
Karl-Heinz Baum	93
Lothar Fritze	101
Diskussion	108
Podium	124
Solidarität und Selbstbehauptung im DDR-Alltag	
Wolfgang Herzberg – Angela Kowalczyk – Günter Reski – Rolf Schneider	
Vortrag	
Veränderungen von Alltagserfahrungen und -erwartungen 1989/1990	
Dr. Hans-Joachim Maaz	135
Diskussion	143
Vorträge	
Veränderungen im Konsum- und Freizeitverhalten	
Herbert Geiger	155
Harald Michel	159
Diskussion	165
Podium	173
Alltagsverhalten heute und morgen im vereinten Deutschland	
Marianne BIRTHLER – Christoph Kleßmann – Dirk Hansen – Rolf Schneider	

(Am Vorabend der Sitzung am Sonntag, dem 27. April 1997, gegen 20.00 Uhr, besuchten die Mitglieder der Enquete-Kommission das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt (DOK), geführt von dem Leiter des DOK, Herrn Andreas Ludwig, der eingangs die Konzeption des Museums in einem Kurzvortrag erläuterte. Auf einem kurzen Rundgang durch die Stadt zum DOK erläuterte Herr Ludwig die Entstehungsgeschichte der Stadt, die eng mit der politischen Geschichte der DDR verknüpft ist. Das DOK sammelt Gegenstände aus dem Alltagsleben der DDR und bettet sie in ihren Bedeutungszusammenhang ein. Zur Zeit der Besichtigung befand sich das Museum nach Beendigung einer thematischen Ausstellung zum DDR-Alltag („Tempolinsen und P2“) in einer Phase der Neukonzeption. Daher wurden unter dem Titel „Offenes Depot“ Alltagsgegenstände aus jeweils größeren thematischen Bereichen (Wohnen, Büroarbeit, Kinder, Einkaufen, Hygiene, Hobbies etc.) in verschiedenen Räumen ausgestellt.)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen und Ihnen einen guten Tag wünschen. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die sich mit der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit beschäftigt, wird heute und morgen hier in Eisenhüttenstadt eine öffentliche Anhörung von Wissenschaftlern, Politikern und Zeitzeugen durchführen, die sich mit dem Alltag in der DDR beschäftigt. Wir wissen, daß das Thema „Alltag“ zu den sensibelsten gehört, die wir behandeln werden. Wir sprechen nämlich heute und morgen nicht über den Alltag im alten Rom oder im Zeitalter der Reformation. Es geht uns vielmehr um die Beschreibung eines Alltags, der für sehr viele unter uns schlechthin ihr Leben oder ihr bisheriges Leben war. Vor kurzem hat Stefan Wolle bei einer Tagung im saarländischen Otzenhausen zu bedenken gegeben: Die DDR ist nicht nur historisches Untersuchungsobjekt, sie war unser Leben. Wenn ich diese Erkenntnis beherzige, dann heißt das: Wenn wir über die DDR und ihren Alltag sprechen, dann sprechen wir über uns selber. Wir alle, die wir in der DDR gelebt haben, sind in dieser Angelegenheit Sachverständige und Zeitzeugen. Es geht darum, wie wir uns erinnern, woran wir uns erinnern und mit welchem Ziel wir zurückschauen auf unser in der DDR gelebtes Leben.

Es geht heute, sieben Jahre nach dem Sturz der SED-Diktatur aber auch um Folgendes: Wie sehen diejenigen, die unseren konkreten Alltag damals in der DDR nicht geteilt haben, unser Leben? Schon an diesem Punkt werden Spannungen aufbrechen. Was wissen die oder der, die nicht in der DDR gelebt haben, davon, welchen Zwängen wir ausgesetzt waren und wie unsere Hoffnungen aussahen? Wir lebten in der DDR nicht ständig im Ausnahmezustand. Wir lebten, arbeiteten, liebten und waren mal fröhlich und manchmal auch traurig, wie Menschen das eben so tun und sind. Wir waren in der DDR ganz normale Menschen oder wollten das doch zumindestens sein. Wenn jetzt, nachdem es mit der SED-Diktatur vorbei ist, unser damaliges Leben betrachtet wird, dann wollen wir uns in dem wiedererkennen, was da von uns oder über uns gesagt wird. Auch in diesem Punkt werden möglicherweise Spannungen unvermeidlich sein.

Der Alltag in der DDR wurde immer von den konkreten Rahmenbedingungen bestimmt, in denen er erlebt wurde. Es machte schon einen Unterschied aus, ob ich in der DDR als Pfarrer, Mitglied einer SED-Kreisleitung, Industriearbeiter, Hochschulangehöriger, Bausoldat, MfS-Mitarbeiter, Ausreiser oder oppositioneller Künstler gelebt habe. Die Vielfältigkeit dieser Rahmenbedingungen entspricht der Vielfalt unserer Erinnerung. Diese darf heute in der Rückschau nicht eingeebnet werden, wenn wir verstehen wollen, wie im Prozeß der deutschen Einheit Menschen mit den unterschiedlichsten Alltagserfahrungen und Voraussetzungen mitwirkten. Es macht übrigens auch einen Unterschied, ob ich nach dem Sturz der SED-Diktatur in den Vorruhestand gehen mußte, einen eigenen Betrieb gründen konnte, wegen MfS-Verwicklungen entlassen wurde, arbeitslos bin oder eine politische Karriere beginnen konnte. Das gehört zu-

mindest zum Teil auch noch mit in den Komplex der Alltagserfahrungen hinein, – nach dem Motto: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“.

Die zuständige Berichterstattergruppe in der Enquete-Kommission hat mit dem für diese Anhörung aufgestellten Programm versucht, der spannungsvollen Vielfalt unserer Erinnerungen und Prägungen gerecht zu werden. In einer ganzen Anzahl von Beiträgen wird eine systematisierende Betrachtungsweise im Vordergrund stehen. Diese ist auch schon in der Titelformulierung dieser Veranstaltung enthalten, wenn da der „Alltag in der DDR“ als ein Leben zwischen „Selbstbehauptung und Anpassung“ beschrieben wird. Hier muß gewiß noch genauer nachgefragt werden, ob das wirklich die Pole waren, zwischen denen der Alltag in der DDR erlebt wurde. Vielleicht gab es für viele ganz andere Elemente, die ihr DDR-Alltagsleben durchgängig bestimmten. Manche kritische Anfrage wird sich auch an die Gleichsetzung der DDR mit einer Mangelgesellschaft richten. War der Mangel wirklich das, was das alltägliche Leben im ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden bestimmte? Ich könnte mir Menschen vorstellen, die sagen: Das hat uns überhaupt nicht interessiert. Oder: Wir hatten nie Mangel, wir hatten wichtigere Dinge im Kopf. Ich bin gespannt darauf, ob es uns gelingt, zumindestens in einigen Punkten soweit zueinander zu finden, daß wir sagen können: Ja, das war tatsächlich der Alltag in der DDR, so haben wir es erlebt, selbst wenn es in den Details meines konkreten Lebens auch noch sehr viel mehr und ganz anderes gegeben hat.

Damit wir hier nicht vollständig der Expertenmeinung ausgeliefert bleiben ist uns die Abendveranstaltung des heutigen Tages besonders wichtig. Da wollen wir Sie, die sie als Gäste an dieser Anhörung teilnehmen, einladen, uns von Ihrem Leben zu erzählen. Sie haben dann schon einen gewissen Eindruck davon, was hier über den „Alltag in der DDR“ gesagt worden ist und können und sollten nun Ihre eigenen Erfahrungen einbringen, sollten widersprechen und ergänzen, wo immer Sie das für nötig halten. Erst in diesem Erzählen erkennen wir uns gegenseitig genauer und erfahren voneinander. Das aber ist notwendig, wenn wir im Prozeß der deutschen Einheit vorankommen wollen. Ich muß etwas von dem Menschen wissen, mit dem ich zusammenarbeiten und zusammenleben will. Weiß ich nichts von ihm oder zuwenig, gibt es nur Mißverständnisse, Enttäuschungen oder Hilfe an der falschen Stelle.

Wenn Sie sich das Programm dieser zwei Tage in Eisenhüttenstadt ansehen, werden Sie rasch Themen benennen können, die hier nicht vorkommen. Gewiß fehlt hier zum Beispiel ein Beitrag zum Alltag der Frauen in der DDR, die die Mehrfachbelastung von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement zu tragen hatten. Wir haben auf dieses Thema aber verzichtet, weil die Enquete-Kommission demnächst eine eigene Anhörung zur Situation der Frauen in der DDR durchführen wird. Bei anderen Themen, die hier fehlen, kann ich Sie nur nochmals auf den Erzählabend verweisen. Bringen Sie dort das Ihrer Meinung nach fehlende Thema zur Sprache, markieren Sie Lücken und ergänzen Sie unsere Auswahl.

Wir tagen in Eisenhüttenstadt. Zu diesem Ort, der auch einmal den Namen des sowjetischen Diktators Stalin getragen hat, ließe sich gewiß viel sagen, ich überlasse das aber sehr gerne dem Bürgermeister dieser Stadt, der sich gleich mit einem Grußwort an uns wenden wird.

Bürgermeister Rainer Werner: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Anwesende! Ich freue mich, Sie im Namen der Stadt Eisenhüttenstadt hier im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung im Rathaus begrüßen zu dürfen. Insbesondere möchte ich dabei die Mitglieder der Enquete-Kommission unter Vorsitz von Herrn Bundestags-Abgeordneten Rainer Eppelmann recht herzlich begrüßen, und in ein paar wenigen Minuten werde ich auch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Herrn Steffen Reiche, recht herzlich begrüßen können, der noch unterwegs zu uns ist. Ein Willkommen gilt ebenso den anwesenden Sachverständigen, den Vertretern von Presse und Medien, natürlich auch den Gastrednern, die mit verschiedenen Vorträgen in Eisenhüttenstadt hier die Anhörung inhaltlich bereichern werden.

Meinen kurzen Redebeitrag möchte ich auf die Entwicklung der Stadt Eisenhüttenstadt seit ihrer Gründung im Jahr 1950 ausrichten. Aber vorher noch ein paar Worte zur Historie bzw. zum Nimbus, der diese Stadt begleitet hat. Sie müssen sich die Situation 1945, nach dem 2. Weltkrieg, vorstellen, dann 1949 die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, danach Gründung der DDR. Die junge DDR hatte keine metallurgische Basis, die Schwerindustrie fehlte. Man suchte einen Standort und fand dann letztendlich im Osten Deutschlands diesen Standort. Hier wurde ein Stahlwerk, ein Roheisenwerk und später auch ein Warmwalzwerk zu errichtet. Der Ort gewann den Nimbus, daß an der Oder-Neiße-Friedensgrenze aus polnischem Steinkohlenkoks und sowjetischem Eisenerz deutscher Friedensstahl geschmolzen wurde. Letztendlich ist das auch so in Erfüllung gegangen und ist dieses Stahlwerk errichtet worden, und der metallurgische Prozeß ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Die Stadt ist in besonderer Art und Weise Produkt und Abbild der vergangenen DDR. Eisenhüttenstadt ist die einzige Stadt-Neugründung im Osten Deutschlands nach dem Jahr 1945. Und diese ist im Zusammenhang mit der Entwicklung der Schwerindustrie im ehemals geteilten Deutschland zu sehen. Ich habe Ihnen gerade etwas dazu gesagt. Die politische Entscheidung zur Wahl des Standortes zwischen der historisch gewachsenen Stadt Fürstenberg an der Oder und dem Dorf Schönfließ wurde sowohl unter geographischen als auch unter infrastrukturellen Gesichtspunkten getroffen. Dabei spielte aber auch die Verfügbarkeit von Arbeitskräften eine gewisse Rolle. Mitbestimmt wurde diese Entscheidung von der Überlegung, neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Zentren in der bis dahin industriell äußerst schwach entwickelten Oderregion zu entwickeln, die nach Ende des 2. Weltkrieges durch die Teilung Deutschlands auch Grenzregion war. Gestalt und Größe der damaligen Stalinstadt wurden durch den politischen Anspruch dieser Stadtgründung deutlich geprägt. Entgegen dem herkömmlichen Charakter einer reinen Wohnsiedlung im Sinne einer Werkssiedlung wurde von einem homogenen, geschlossenen Städten-

semble mit integrierten sozialen und kulturellen Einrichtungen ausgegangen. Also es war nicht nur eine einfache Wohnsiedlung, sondern es war von komplexem Charakter, mit allem was dazu gehört, angefangen von der Gaststätte bis hin zum Kindergarten, zu Schulen und so weiter. Wer Gelegenheit hatte, konnte sich vielleicht schon in den wenigen Stunden ein kleines Bild von Eisenhüttenstadt machen.

Unter Zugrundelegung einer Planungsgröße von ca. 20.000 Einwohnern entstanden Anfang der fünfziger Jahre die Wohnkomplexe eins bis vier, mit dem Anspruch der architektonischen Umsetzung der als Beschluß der Regierung der damaligen DDR vermittelten Grundsätze des sozialistischen Städtebaus. Wer sich in der Stadt umsieht, weiß, daß wir gerade begonnen haben, diese Wohnquartiere der fünfziger Jahre komplex zu sanieren. Mit einem großen Aufwand, aber auch mit einem entsprechenden Attraktivitätszugewinn, und mit äußerst preiswerten Mieten. Das mit der Stadtgründung konzipierte Eisenhüttenwerk wurde im Verlauf der 60er, 70er und 80er Jahre technisch und technologisch erweitert. Wie in den Gründungsjahren der Stadt setzte jeweils mit der Inbetriebnahme eines neuen Werkes, also mit jedem neuen technischen Aggregat bei EKO-Stahl, in den 60er Jahren, aber auch in den 70er und in den 80er Jahren, eine Bevölkerungszuwanderung ein. Der Bevölkerungszuwachs schlug sich dann natürlich deutlich in der Einwohnerzahl von Eisenhüttenstadt nieder. Sie erreichte ihren Höchstwert laut Statistik im Jahre 1988 mit 53.000 Einwohnern. Wir haben heute noch in der Stadt Eisenhüttenstadt nur ca. 47.800 Bürgerinnen und Bürger. Viele haben die Stadt nach Westen verlassen, aber viele sind auch in die umliegenden Gemeinden gezogen und haben sich dort ein Eigenheim oder ähnliches gebaut.

Sehr geehrte Anwesende! Als Besonderheit für die Stadt Eisenhüttenstadt ist eine durchmischte Bevölkerungsstruktur mit Bürgern aus verschiedensten Regionen der ehemaligen DDR seit dem Jahr 1950 zu verzeichnen. Die Menschen kamen also aus Mecklenburg, aus Thüringen, aus Sachsen, aus Sachsen-Anhalt, auch aus Westdeutschland hierher, weil es hier Arbeit und sehr, sehr schnell Wohnraum gegeben hat. Der damit in Verbindung stehende Bedarf an Wohnraum wird natürlich dann auch durch die Erweiterung der Stadt um die Wohnkomplexe fünf, sechs und sieben nachvollziehbar. Die städtebauliche Entwicklung läßt dabei deutlich den Übergang zur industrialisierten Bauweise erkennen. Die anfänglich sehr hochgesteckten Ansprüche von Architektur und Stadtkultur wurden nicht weiter umgesetzt. Mehr und mehr bestimmte die Großplatte und der Radius des Baukranes die Architektur der neuen Wohngebiete, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre entstanden.

Meine kurzen Ausführungen zur Entwicklung der Stadt Eisenhüttenstadt, die im Jahr 2000 das fünfzigste Jubiläum der Stadtgründung begeht, möchte ich wie folgt zusammenfassen: Diese Stadt ist in direkter Art und Weise im Ergebnis der Gründung der ehemaligen DDR entstanden. Als metallurgisches Zentrum der ehemaligen DDR war bis zur Wende 1989 auch ihr politischer Stellenwert sichtbar. Bessere Versorgungsbedingungen als in anderen Regio-

nen der ehemaligen DDR, höherer Wohnkomfort in den Wohnkomplexen eins bis drei, geringere Wartezeiten auf Wohnraum können ebenfalls festgehalten werden. Auf der anderen Seite steht die Abkehr von den anfänglichen Ansprüchen von Architektur und Stadtstruktur, die Vernachlässigung der Ortsteile Schönfließ und Fürstenberg an der Oder, mit dem Ergebnis des zunehmenden Verfalls von Gebäuden. Aber auch die technische Lücke im ehemaligen Eisenhüttenkombinat Ost, der heutigen EKO-Stahl GmbH, die erst in diesem Jahr durch die Inbetriebnahme des neu gebauten Warmwalzwerks geschlossen wird, ist ein Kennzeichen für diese Stadt und für ihre Entwicklung. Die verschiedenen Facetten, die ich nur kurz angerissen habe, kennzeichnen auch hier in dieser Stadt die Bandbreite der Probleme und Widersprüche der ehemaligen DDR, die auch die Kommunalpolitik noch 1997 immer wieder auffordert, Lösungen im wirtschaftlichen, infrastrukturellen aber auch im sozialen und kulturellen Bereich zu finden. Vor allem bitte ich auch an dieser Stelle das Land und auch den Bund, nicht locker zu lassen bei der Entwicklung der Infrastruktur dieser Grenzregion. Es ist für uns in dieser Region in der ehemaligen DDR besonders wichtig, daß wir eine schnelle vernünftige infrastrukturelle Anbindung auch an den Ostraum Polens bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Anwesende! Ich wünsche der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages im Rahmen ihrer Anhörung einen angenehmen Aufenthalt in Eisenhüttenstadt. Ich wünsche Ihnen viele neue, bisher unbekannte Eindrücke von dieser Stadt, vor allem wünsche ich Ihnen aber auch interessante Vorträge zur weiteren Aufarbeitung von Geschichte, Folgen und aktuellen Nachwirkungen der SED-Diktatur. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Bürgermeister Werner, für Ihr freundliches Wort des Willkommens und der Information über Geschichte und Gegenwart der Stadt Eisenhüttenstadt. Wir wollen nun auch das tun, was Sie uns noch einmal geraten haben. Wir wollen uns mit dem Thema befassen und uns an das heranwagen, was wir uns vorgenommen haben. Es wird im Verlaufe des heutigen und morgigen Tages eine Fülle von sehr differenzierten und persönlichen Einschätzungen geben, aus dem Leben eines jeden von uns. Wir wollen uns zunächst aber ein Stück einstimmen und einführen lassen. Wir haben uns dafür eine halbe Stunde Zeit genommen und zwei Kommissionsmitglieder gebeten, dies zu übernehmen. Es beginnt unter der Überschrift: „Alltag in der Diktatur“ Herr Professor Faulenbach. Danach spricht Herr Professor Maser zu „Erscheinungsformen des Mangels in der DDR“. Zunächst aber Herr Professor Faulenbach bitte.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist bereits deutlich geworden, daß wir mit dieser Anhörung versuchen, Aspekte des Alltagslebens der großen Mehrheit der Bevölkerung der DDR in den Blick zu nehmen, wobei es uns nicht zuletzt um die Erfassung von Prägungen durch diesen Alltag geht, die im vereinigten Deutschland nachwirken.

Ich sehe aber gerade, daß Herr Minister Reiche soeben eingetroffen ist und denke, daß er an meiner Stelle jetzt zu Ihnen sprechen sollte. Ich setze dann gleich noch einmal an.

Minister Steffen Reiche, MdL: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Willkommen im brandenburgischen Eisenhüttenstadt. Für eine solche Tagung, denke ich, wird man wenig geeignete Orte finden, aus zwei Gründen: Wie im Brennspiegel ist in dieser ehemals sozialistischen Modellstadt konzentriert zusammengefaßt, wie in einer Art Siedebehälter kann man hier einen Extrakt dessen vorfinden, was DDR sein wollte, und was sie dann eben nur geworden war. Diese Stadt ist in Brandenburg, und das hat zur Folge, daß hier vorsichtiger umgebaut worden ist als in anderen Orten. Nicht nur daß die tausendste Wohnung saniert worden ist, das wäre auch in anderen Ländern so passiert. Wir haben hier in Brandenburg bewußt versucht, Bewahrenswertes zu bewahren, nicht nur im Denkmalschutz, sondern quer durch den Alltag, nicht nur im Dokumentationszentrum, sondern auch im richtigen Leben. Wir haben schon 1990 gesagt: Da kommen wir her, da wollen wir hin und das bringen wir mit. Und das Erstaunliche ist, für andere noch mehr als für uns, daß sich manches gar nicht als Ballast erwies, sondern als hilfreich. Wer tiefer aus der Provinz und weiter von Berlin weg hierher kam, hat das Neue oft genauso unkritisch übernommen, wie er sich auf das damals Vierzigjährige voll und ganz eingelassen hatte. Und das sind, denke ich, zwei gute Gründe, daß Sie hierher gekommen sind, um beides zu untersuchen: den Alltag zwischen Selbstbehauptung und Anpassung und die Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit.

Die Mangelgesellschaft zu reflektieren, nachdem man sieben Jahre Erfahrung in der Überfließgesellschaft gesammelt hat denke ich, ist ein schwieriges Verfahren. Denn damals, ohne den Überfluß, ohne die Erfahrung von sieben Jahren vereintem Deutschland, haben wir natürlich den Mangel ganz anders erlebt. Aber allgegenwärtig war er ein Grundmerkmal dieser Gesellschaft. Und das Einzige, was wirklich und zuverlässig im Überfluß da war, war der Mangel. Denn er wurde kontinuierlich neu erzeugt. Eine witzige Analyse, die mir noch in guter Erinnerung ist, beschreibt das treffend: Was wird, wenn die Wüste sozialistisch wird? Der Sand wird knapp! Das bringt, denke ich, die Sache auf den Punkt. Die Art und Weise, mit Überfluß umzugehen oder zumindest Notwendiges in ausreichendem Umfang zu produzieren, erzeugt mit großer Sicherheit an anderer Stelle oder in einem anderen Bereich Mangel. Will man den Alltag in der Mangelgesellschaft heute analysieren, muß man sorgfältig differenzieren zwischen der damaligen, sozusagen natürlichen, unvoreingenommenen Mangelerfahrung und der heutigen Vorstellung von Mangel, die immer mit der Empörung gemischt ist, die sofort hinzukommt, wenn man den Mangel einmal nicht mehr als vertrautes Lebensgefühl hat. Man muß sehr sorgsam differenzieren, denn wer auch nur wenige Tage, vielleicht nur einen Tag den Westen erlebt hatte, der kam gleich in eine riesige Distanz. Er lebte von da an in einem Spagat, denn er hatte erlebt, was möglich ist, wenn Menschen sich selbst organisieren können. Bis dahin war Mangel das Vertraute,

das ärgerte immer wieder, machte Panik, aber es fehlte die Erfahrung, ohne Mangel zu leben. Wir wollen die DDR nicht wiederhaben, aber wir lassen sie uns auch nicht nehmen. Da muß also doch etwas im Alltag in der DDR zwischen Selbstbehauptung und Anpassung gewesen sein, nicht nur ein Balanceakt, nicht nur eine Nische, sondern da sind Dinge mit uns verwachsen, Teil einer Biographie geworden, die man um so ruhiger betrachten kann, um so größer, und das heißt sicherer die Distanz geworden ist. Aber die Sicherheit der gewachsenen Distanz ist hilfreich, weil man immer diese Differenz mitleben muß, will man sich nicht als Ostalgiker selber unfähig machen, hier zu leben. Wir lassen es uns nicht nehmen, denn da ist ein Stück Versuch, Anerkennung zu erreichen, daß das Gewesene auffälliger, sozusagen um Anerkennung heischend, drapiert wird, als es eigentlich sinnvoll oder notwendig wäre. Für den Betrachter von außen manchmal vielleicht eher etwas peinlich, ist das für die Selbst- und die Binnenkommunikation außerordentlich wichtig.

Ich will aus der Erinnerung zwei Formen von Mangel kurz nennen, die mir mit der gewachsenen Distanz besonders wichtig erscheinen, und die ich sozusagen *par pro toto* und paradigmatisch nennen möchte. Es sind auch zwei wesentliche Gründe, weshalb ich schon damals Schwierigkeiten hatte, bei der Rückkehr von den kurzen Reisen, und heute deshalb nicht mehr zurück könnte. Das Erste ist der Mangel an Ästhetik und Schönheit, die allgegenwärtige Abwesenheit von einem auch nur halbwegs anspruchsvollen Design. Der schlechte Geschmack der Arbeiterführer durchzog alles oder berührte alles wie ein übler Geruch. Es war sozusagen ein stehengebliebenes Bewußtsein für Formen und Farben, das, selbst wenn es abgeschüttelt werden sollte, als das Negativ zum gezeigten Positiv für den Kundigen immer wieder zu erkennen war. Dadurch hatte vieles etwas abgestandenes. Eine Erinnerung: Ich zeigte 1987 mit einem abwertenden, fast vorwurfsvollen Unterton einem Freund aus Italien die DDR. Und um so ärgerlicher ich war und wurde, um so wohler fühlte er sich: Das erinnert mich alles an meine Kindheit, sagte er. Der gute Mensch war fünfzig Jahre alt und mir wurde schlagartig deutlich, wo wir stehengeblieben waren oder daß wir zumindest nur mit großer Zeitverzögerung vorwärtsgekommen waren. Das hat heute auch sein Gutes, der Mangel an Entwicklung hat eine nicht überschaubare Menge an Denkmälern erhalten, und riesige Flächen, die heute unter Naturschutz stehen, entstehen lassen. Das Zweite ist der Mangel an Geschwindigkeit. Kam ich damals von Besuchen zurück, mußte ich mein Leben sozusagen über Nacht entschleunigen. Nicht nur, daß vieles langsamer und gemächlicher ging, zugleich mußte auch anderes in absurder Hast und Hektik passieren. Man kam letztlich irgendwie nicht voran. Der Mangel an Öffentlichkeit beförderte das in die Gesellschaft – eine dauerhafte Inszenierung, die für uns stattfand. Wer seine Rolle nicht dankbar annehmen wollte, mußte sich verstellen. An Künstlern des Verstellens gab es keinen Mangel. In der Mangelgesellschaft interessierte mehr, was du bist, als was du hast.

Zunächst wird Mangel ja immer als das Fehlen einer dringend benötigten Sache oder einer Person beschrieben. Aber auch ein Mangel an Fein- oder Taktgefühl und ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften oder an Ausdauer und Ent-

schlossenheit wird in dem einschlägigen DDR-Wörterbuch angeführt. An den Mangel an Arbeitsplätzen ist dort nicht gedacht, aber an Mängel, die es auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft noch zu überwinden gelte. Zweitens, so belehrt dieses Wörterbuch aus der DDR weiter, kann Mangel auch als Synonym für Fehler stehen. An einer Ware kleine Mängel feststellen. Charakterliche Mängel hier und da beheben. Darüber hinaus gibt es in diesem Wörterbuch einen weiteren Hinweis auf die politische Bedeutung von Mangel, und zwar die Mangel, ein Gerät zum Glätten der Wäsche zwischen zwei gegenläufigen Walzen. Jemanden in die Mangel nehmen, durch die Mangel drehen. Die heute Anzuhörenden werden diese Mangel, denke ich, nicht fürchten müssen, wenn sie die Zurückhaltung ablegen.

Ich hoffe, daß diese Anhörung über Erfahrung und Bewältigungsstrategien in der Mangelgesellschaft auch dazu beitragen kann, politische Fragen an die Überflußgesellschaft zu stellen. Angesichts der lang anhaltenden Diskussion um Schulden, um Renten und Steuerreform habe ich den Eindruck gewonnen, daß wir uns zunehmend mit Strategien am Ende der Planungssicherheit für den Staat und persönliche Lebensläufe befassen müssen. Mangel ist auch ein wichtiges Anzeichen für notwendige Veränderungen. Nicht als Aufforderung zur Beseitigung des Mangels, sondern manchmal eben auch als Zeichen, daß Strukturen verändert werden müssen, daß Institutionen im Wandel begriffen sind. Viele würden vermutlich bei diesem Thema in der Gefahr stehen, sich von einem investigativen, voyeuristischen oder denunziatorischen Blick leiten zu lassen. Mich interessiert dieses Thema wieder neu, weil ich mich frage: Was können wir brauchen, aus der Mangelgesellschaft von einst, für die Mangelgesellschaft von morgen. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Minister, herzlichen Dank, daß Sie uns besucht und daß Sie zu uns geredet haben. Ich hoffe, Sie haben ein wenig Zeit, um festzustellen, ob das eine oder andere, was Sie an Erwartungen, Hoffnungen oder Fragen geäußert haben, sich hier wiederfinden wird. Uns allen aber ist, glaube ich, deutlich geworden, schon aus den drei ersten, kurzen Grußworten, daß das, was ich Ihnen prophezeit habe, Wirklichkeit sein wird: daß wir hier sehr unterschiedlicher Meinung sind, und Dinge, weil wir sie unterschiedlich erfahren haben, verständlicherweise auch unterschiedlich erzählen und bewerten. Nun aber, wie schon angekündigt, der Vortrag von Herrn Professor Faulenbach. Ich bitte Sie noch einmal um Entschuldigung dafür, das Sie mit dem Risiko leben mußten, kurz unterbrochen zu werden. Bitte Herr Professor Faulenbach.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir wollen hier über Aspekte des Alltagslebens der großen Mehrheit der Bevölkerung der DDR sprechen, weil es uns vor allem um die Prägungen geht, die heute im vereinigten Deutschland noch nachwirken.

Ich möchte einleitend unseren Fragerahmen abstecken, indem ich – jeweils sehr knapp – die Begriffe „Alltag“ und „Diktatur“ skizziere, nach Interpretationen des Alltags in der Diktatur frage, Dimensionen und Probleme des All-

tags in der Diktatur anspreche, die Relevanz der Alltagsebene für die Analyse der Diktatur kennzeichne und die Bedeutung des DDR-Alltags für die Menschen heute erörtere.

Zunächst zu den Begriffen „Alltag“ und „Diktatur“. Beide Begriffe – „Alltag“ und „Diktatur“ – gehören zu jenen Begriffen, von denen die meisten Zeitgenossen glauben, sie seien ziemlich klar – jedenfalls können sie sich etwas darunter vorstellen. Und doch handelt es sich um Begriffe, die wissenschaftlich nur sehr schwer zu definieren sind. Insbesondere gilt es für den Begriff „Alltag“, über den es seit den frühen 80er Jahren vielfältige wissenschaftliche Kontroversen gegeben hat.

Alltag scheint umgangssprachlich sein Pendant im „Sonntag“, im Feiertag zu haben, „Alltag“ hat insofern etwas mit Arbeit zu tun. Doch mit einer derartigen Bestimmung ist die komplexe Kategorie Alltag nicht wirklich beizukommen.

Der Begriff besitzt – wie der Soziologe Peter Alheit meint – eine ausgesprochen „theoriefeindliche Eigenschaft“. Alltag ist irgendwie „überall – in den Fabriken, in den Büros, daheim am Küchentisch, auch in den Kneipen und auf den Fußballplätzen. Er nistet in unseren heimlichen Wünschen und in den unbefragten Erwartungen, die wir hegen.“ Alltag ist mithin zentral und marginal zugleich. Versuche, den Begriff zu definieren, scheinen dem Bemühen gleichzukommen, einen Pudding an die Wand zu nageln. Immerhin läßt sich sagen: „Alltag“ meint vor allem das konkrete Leben; ihm ist eine Perspektive „von unten“ immanent. Auch ist „Alltag“ aus meiner Sicht vor allem eine Kategorie, die auf die Erfahrungsebene, die Subjektivität der großen Mehrheit Menschen einer Gesellschaft zielt; in ihr spiegeln sich „Schnittpunkte soziokultureller Prozesse“.

Alltagsgeschichte – so hat der Historiker Alf Lüdtke definiert – „fragt nach dem täglichen Handeln der 'Vielen'; wichtig werden die Erfahrungen der 'Namenlosen'. Es geht um ihr Arbeiten und Nicht-Arbeiten; geschildert werden Wohnen und Wohnungslosigkeit, Kleidung und Nacktheit, Lieben und Hassen, Streiten und Kooperieren. Neben die Klassenlinien rücken die der Geschlechterdifferenz; aber auch die Prägungen der Generationen finden aus dieser Sicht vermehrt Beachtung.“ Läßt sich Alltag auch kaum befriedigend definieren, so lassen sich doch offenbar Aspekte von „Alltag“, Aspekte des täglichen Lebens der vielen nennen: Arbeit, Freizeitverhalten; Essen, Trinken; Sexualität; Wohnen und Kleidung; soziale Verhaltensmuster und Gemeinschaftsbildungen; Religiosität und anderes.

Der Sozialhistoriker Peter Borscheid sieht den Alltag bestimmt durch Tätigkeiten, bei denen das „Repetitive“ vorherrscht. Alltag ist demnach geprägt durch sich wiederholende Tätigkeiten, durch Gewohnheiten und Habiti, er ist gleichsam routinisiert und relativ stabil. Wenn man so will impliziert die Alltagsdimension „das oft wenig Spektakuläre und doch Geschichtsmächtige“ (Heydemann).

Anders als in den 80er Jahren, als es heftige Diskussionen unter den Historikern und Sozialwissenschaftlern über den Alltag gab, ist der Gegensatz von Sozialgeschichte und politischer Geschichte inzwischen abgeschwächt worden, unter anderem auch deshalb, weil Herrschaft als Teil des Alltags begriffen wird. So wird Alltagsperspektive inzwischen meist als ein legitimer Zugang zur Gesellschaftsgeschichte gesehen, der auch für die Analyse von politischen Strukturen und Prozessen Relevanz hat. Keine Frage, ein aufgeklärter alltagsgeschichtlicher oder alltagssoziologischer Ansatz wird heute die Herrschaftsdimension berücksichtigen.

Nun zum Begriff der „Diktatur“: der Begriff, der heute meist polar dem Begriff „Demokratie“ gegenübergestellt wird, meint unumschränkte Alleinherrschaft eines Einzelnen oder einer Gruppe; in der modernen Diktatur ist nicht nur das politische, sondern auch das gesellschaftliche Leben der Diktatur unterworfen. Der Begriff „Diktatur“ schließt Demokratie aus, Menschen- und Bürgerrechte haben keine Geltung. „Diktatur“ ist gegen die Zivilgesellschaft gerichtet. Der Begriff „Diktatur“ ist dabei offener als der des „totalitären Systems“, für das man bestimmte Kriterien glaubt angehen zu können: eine verbindliche Ideologie, eine Partei, Monopol der Herrschaft über den Staatsapparat, über Polizei, Militär, Justiz, eine mächtige Geheimpolizei etc. Angesichts einer gewissen Starrheit der Totalitarismustheorie wird der Begriff der Diktatur von manchen Historikern und Politologen im Hinblick auf die spätkommunistischen Systeme bevorzugt.

In welchem Verhältnis stehen „Alltag“ und „Diktatur“ zum Fall DDR? Die Gesellschaft in der DDR stand in enger Beziehung zu Partei und Staat, was selbstverständlich Konsequenzen für den Alltag in der DDR hatte. Die revolutionär-kommunistischen Parteien wollten die bürgerliche Gesellschaft mit allen ihren Elementen (Trennung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, Unabhängigkeit der Justiz, Schutz der Privatsphäre usw.) überwinden und eine neue Gesellschaftsstruktur und vor allem einen „neuen Menschen“ schaffen. Von ihrem Anspruch her war die kommunistische Politik „totalitär“. Dies gilt auch für das SED-System, das in seiner Entstehung z.T. als Übertragung des sowjetischen Modells erklärt werden kann.

Inwieweit war der totalitäre Anspruch realistisch? Ist die soziale Realität der DDR – und damit auch der „Alltag“ in der DDR – einfach als Ausfluß kommunistischer Politik zu begreifen? Die Lebenswelt der Menschen war offensichtlich nicht ausschließlich vom SED-System bestimmt, andererseits aber auch keineswegs unabhängig von diesem. Eine Trennung von Staat und Gesellschaft, von politischem und gesellschaftlichem Leben kann bezogen auf die DDR nicht ohne weiteres vorgenommen werden.

Jürgen Kocka, Alf Lüdtke unter anderem haben von einer „durchherrschten Gesellschaft“ gesprochen, womit sie sagen wollen, daß in der DDR die Gesellschaft vom SED-System durchdrungen war. Die sozialen Beziehungen in ihrer ganzen Breite und Vielfalt waren demnach unmittelbar mit der Durchsetzung und Sicherung der Herrschaftsstrukturen verbunden. Konsequenz war unter

anderem, daß die Scheidelinie zwischen privat und öffentlich unklar und von Überschreitungen bedroht war. In der Alltagserfahrung muß sich dieses Ineinander von politischem System, Gesellschaft und individueller Lebenswelt spiegeln.

Es gibt andere Begriffe, die versuchen, die spezifische DDR-Struktur zu erfassen. Der Begriff der „Organisationsgesellschaft“ etwa hebt auf den Tatbestand ab, daß im „administrativen Sozialismus“ die Gesellschaft bürokratisch geplant und völlig durchorganisiert war. Dies bedeutete z. B., daß praktisch jeder DDR-Bürger mehreren Organisationen angehörte (ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung waren SED-Mitglieder, praktisch alle waren Mitglieder der Massenorganisationen). Auch dieser Begriff hat seine alltagsgeschichtliche Dimension.

Gesprochen worden ist aber auch von einer „Nischengesellschaft“. Demnach hat das politische System entweder die Gesellschaft nicht voll durchdringen können oder nicht durchdringen wollen: jedenfalls gab es nach dieser Begrifflichkeit Räume, in denen man sich einrichtete, sein „privates“ Leben mehr oder weniger unbehelligt führen konnte. Auch dieser Begriff spiegelt ein Stück Alltagserfahrung unter dem SED-System.

Diese und ähnliche Begriffe erfassen Teile der Realität der DDR, bedürfen aber der Überprüfung, unter anderem auch aus alltagsgeschichtlicher Perspektive, die vermutlich recht unterschiedliche Erfahrungen zu Tage fördern wird. Schon diese Versuche, die DDR-Struktur, d. h. das Verhältnis von politischem System und Gesellschaft begrifflich zu kennzeichnen, ergeben im Hinblick auf den Alltag in der Diktatur die Hypothese, daß in dieser Gesellschaft politisches System und Gesellschaft eng verwoben waren, mit der Konsequenz, daß politischer und gesellschaftlicher Bereich und öffentlicher und privater Bereich sich nicht klar trennen lassen; die Übergänge waren fließend. Und doch ist zu fragen, inwieweit in der DDR-Gesellschaft im DDR-Alltag der Wille der Partei dominant war. Manche Beispiele lassen sich finden, die zeigen, daß der Wille der Partei und der staatlichen Stellen nicht immer die Resultate hatte, die angezielt wurden, vielmehr nicht gewünschte Nebeneffekte zu verzeichnen waren. Brach sich nicht auch teilweise der politische Wille an der Lebenswelt, wenn man so will, an den konkreten Menschen und ihren Bedürfnissen, Wünschen und Zielen?

Viele haben sich auch bewußt dem System, jedenfalls in bestimmten Hinsichten, entzogen. Eine derartige Verweigerungshaltung konnte sehr unterschiedlich motiviert sein und konnte als politische Opposition aufgefaßt werden. Sie schloß in anderen Hinsichten Arrangements nicht aus. Jedenfalls spricht sehr viel für die These, daß die Geschichte der Menschen und die Geschichte des SED-Systems nicht identisch sind; die Geschichte der Menschen ist mehr als Diktaturgeschichte. Dies spiegelt sich auch in ihren Erfahrungen, die heute relevant sind. Auf diesem Hintergrund erhält eine sozial- und alltagsgeschichtliche Betrachtung ihre besondere Bedeutung.

Mein dritter Punkt: Probleme und Dimensionen des Alltags. Selbstverständlich lassen sich die verschiedensten Aspekte der Alltagsrealität, des „Alltäglichen“, in der DDR untersuchen. Von besonderem Interesse sind freilich Aspekte, die Spezifika der DDR-Gesellschaft erkennen lassen. Einige der Fragen, die sich heute stellen und von denen einige in Anhörungen thematisiert werden sollen, seien hier kurz genannt:

Wie lebte die „schweigende Mehrheit“ der Bevölkerung und was dachte sie? (Dieser Frage ist bislang viel zu wenig nachgegangen worden). Wie veränderte sich aus der Sicht der Menschen die Versorgungslage? Inwieweit ist die DDR aus der Alltagsperspektive in den letzten Jahrzehnten noch als Mangelgesellschaft zu begreifen? Inwieweit prägen Fragen von Versorgung und Konsum das Verhalten der Bevölkerung? Welche Bedeutung hatten Konsum und Lebensstandard der Bevölkerung für das politische System und seinen Legitimationsbedarf? Was bedeutete die Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen im Alltag der Menschen? Inwieweit wurden in diesen individuelle und Gruppen-Interessen befriedigt? Welche Rolle spielte das Arbeitskollektiv für die Menschen in einer Gesellschaft, die man mit dem Soziologen Martin Kohli als eine „Arbeitsgesellschaft“ bezeichnen kann? (Überhaupt ist der Betrieb als soziale Realität näher zu betrachten, da das Leben in besonderer Weise durch den Betrieb strukturiert wurde). Trifft die Einschätzung des Historikers Peter Hübner zu, daß die sozialistische Brigade als Vertreterin der Lohnarbeiterinteressen fungieren konnte? Inwieweit differierte das Alltagsleben in den verschiedenen Regionen, in Berlin, Leipzig, in der DDR-Provinz? Was bedeuteten die verschiedenen generationellen Erfahrungen für das Alltagsverhalten der Menschen? Haben sich unterschiedliche Lebensstile herausgebildet und was bedeutete dies für eine Gesellschaft, die teilweise – wie Sigrid Meuschel gezeigt hat – entdifferenziert war und sich als egalitär verstand?

Inwieweit war die DDR-Gesellschaft geschlossen? Welche Rolle spielte der Westen im DDR-Alltag in den verschiedenen Phasen? Diese Frage impliziert die Bedeutung der elektronischen Medien des Westens; die Rolle der West-Besucher, der Westverwandten, West-Besuche; die Intershop-Läden etc. War das Gesamtbild vom „Westen“ realistisch? Und wie wurden vor 89 die „Wessis“ gesehen? Der Kreis der irgendwie an der Durchherrschaft der Gesellschaft Beteiligten war sehr groß. Was bedeutete die Teilhabe auf den verschiedenen Niveaus der Hierarchien im Alltag? Wurde über diese „Teilhabe“ die Integration des Systems sichergestellt? Welche Rolle spielten im Alltag Überwachung und Bespitzelung, das Berichtswesen und die Stasi? Inwieweit beeinflusste dieser Komplex das Alltagsverhalten der Menschen? Gab es Bereiche, in denen sie wenig relevant waren? Welche Rolle spielte „Bautzen“ im Alltagsbewußtsein der verschiedenen Generationen? Inwieweit herrschte im Alltag Kollegialität und Solidarität vor und wie waren sie begründet? Welche Rolle spielten Milieus, traditionelle und sich in der DDR herausbildende, wie wichtig waren verwandtschaftliche, nachbarschaftliche oder – durch den Betrieb gegebene – Beziehungen? Enthielten die Beziehungsgeflechte eine politische Komponente oder waren sie potentiell politisierbar? Was trat an die Stelle

traditioneller Religiosität? Wie wurde die Freizeit gestaltet, welche Rolle spielten Kultur und Sport im Nahbereich?

Generell stellt sich die Frage: Wo bzw. inwieweit war eigenverantwortliches oder gar autonomes Handeln im Alltag möglich und wurde praktiziert? Zu fragen ist nach den Grenzen der „Durchherrschaft“ der Gesellschaft, nach dem sozialen und kulturellen „Eigensinn“. Die Reihe der Fragen läßt sich unschwer verlängern. Viele dieser Fragen lassen sich nur durch mikrohistorische Studien beantworten; die „oral history“ kann dabei eine wichtige Methode sein, die freilich der umsichtigen Handhabung bedarf. Dies bedeutet aber, daß die Geschichte des Alltags zusammen mit den Menschen, die in der DDR gelebt haben, zu erarbeiten ist.

Mein vorletzter Punkt: Die Relevanz der Alltagsebene für das SED-System. Das skizzierte Ineinander von Politik und Gesellschaft läßt die Frage entstehen, welche Bedeutung der Alltag der vielen für das politische System hatte. Auch in diesem Zusammenhang ergeben sich Fragen: Inwieweit haben Alltagsprobleme die politischen Instanzen beschäftigt, inwieweit waren sie für diese lösbar? Das Politbüro kümmerte sich jedenfalls durchaus um vielfältige Fragen, die der Alltagsebene zuzuordnen sind. Hat das System, hat die Partei Alltagsverhaltensmuster genutzt, etwa mentale Prägungen, die sich in früheren Epochen gebildet hatten? Wo verliefen im Alltag die Grenzen der Diktatur? Sind sie überhaupt bestimmbar? Haben Alltagsprobleme zur Delegitimation des SED-Systems entscheidend beigetragen? Sind sie eine wesentliche oder gar die entscheidende Voraussetzung für die „friedliche Revolution“ und die Vereinigung 1989/90?

Generell interessiert auch aus der Sicht des Alltags das Funktionieren des Systems, das nicht ausschließlich auf Gewalt basierte. Gerade aus der Perspektive des Alltags läßt sich – wie Thomas Lindenberger zurecht betont hat – „Herrschaft als soziale Praxis“ untersuchen. Keine Frage, daß die Machtmittel zwischen „Herrschenden“ und „Beherrschten“ asymmetrisch verteilt waren. Und doch gab es auch Abhängigkeiten der „Herrschenden“ von den „Beherrschten“, beide standen in Interaktion, es gab in gewisser Weise ein Geben und Nehmen. Fragen kann man in diesem Kontext nicht nur nach Gegensätzen, sondern auch nach gemeinsamen Interessen und Wertvorstellungen von Herrschenden und Beherrschten gegenüber Außenstehenden, Fragen, die sehr differenziert zu beantworten sind. Inwieweit gelang es dem System mit welchen Mitteln, Unterstützungen zu gewinnen? 1989/90 jedenfalls funktionierte das System weder „oben“ noch „unten“: Das Ende der DDR und der anderen kommunistischen Systeme hat man vereinfacht mit dem Bonmot charakterisiert, daß „die oben“ nicht mehr konnten und „die unten“ nicht mehr wollten.

Nun zu meinem letzten Punkt, den Nachwirkung des DDR-Alltags heute. Die Lebensverhältnisse seit 1990 haben sich in den neuen Ländern bzw. bei den Menschen, die zuvor in der DDR gelebt haben, radikal verändert: der früher geregelte Alltag ist viel weniger geregelt, bisherige Routinen und Beziehungs-

geflechte sind mehr oder weniger obsolet geworden; der neue Alltag scheint vielfach noch nicht selbstverständlich, d. h. gleichsam „fragwürdig“, zu sein.

Was ist aus dem DDR-Alltag erhalten geblieben? Inwieweit prägt der DDR-Alltag heute noch die Erwartungen und Wertorientierungen der Menschen, was löst heute aufgrund dieser Prägungen Irritationen aus: Inwieweit gibt es noch ein starkes Bedürfnis nach Fürsorge durch den Staat? Wie kommt man mit der verbreiteten Laissez-faire-Mentalität des Westens zurecht? Wie geht man mental mit dem Phänomen neuer Ungleichheit um? Werden das Arbeitskollektiv und andere Organisationselemente vermißt? Zu fragen ist auch, inwieweit die Menschen ihre Erfahrungen in der DDR bewältigt haben, inwieweit sie sich bislang in den Aufarbeitungsprozessen wiedergefunden haben.

Zu recht hat der in Frankfurt/Oder lehrende Soziologe Detlef Pollack darauf hingewiesen, daß die heutige Einstellung der Mehrheit in den neuen Ländern nicht ausschließlich als das Weiterwirken von DDR-Sozialisation zu begreifen ist. Eine wichtige Rolle spielen auch Erfahrungen des Transformationsprozesses auf dem Hintergrund früherer Erwartungen.

Insgesamt gesehen muß die Aufarbeitung der Geschichte des SED-Systems über die politischen Strukturen und Prozessen, die Fragen der Verantwortlichkeit, über Repression und Opposition hinausgehen. In der DDR-Bevölkerung gab es keine durchgängige alles erklärende Polarität von Tätern und Opfern. Das Leben der vielen mit all seinen Ambivalenzen, wenn man so will: mit seiner „Normalität“ muß in den Blick kommen. Gewiß darf dieses Leben nicht idealisiert und idyllisiert werden. Gerade auch die dunklen Seiten, die Inhumanität und Menschenverachtung, die Teil des SED-Systems waren, sind mitzusehen. Doch muß das gesamte Leben in der DDR in der DDR differenziert einbezogen werden. Viele Gräutöne, so glaube ich, werden dabei sichtbar. Und neben dem Willen des politischen Systems die Lebenswelten der Menschen mit ihrem Eigensinn.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor, wir danken Ihnen, mit welchem Vollgas Sie uns heute Ihr Wissen kundgetan haben. Herzlichen Dank, Sie haben auch erstaunlich gut die Zeit eingehalten. Ich möchte als erstes aber noch die Möglichkeit nutzen, den Minister Reiche freundlichst zu verabschieden, der eine ganz wichtige Tagung zu leiten hat, wo es um die Wissenschaft in Berlin und Brandenburg geht. Wir wünschen Ihm eine gut Fahrt. Herzlichen Dank, daß Sie hier waren. Da ich nicht annehmen kann, daß jeder der hier Anwesenden das weiß, sei zur Information noch gesagt, daß Professor Faulenbach sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission ist, und daß er das auch in der vorigen Kommission schon gewesen ist. Er lehrt an der Universität in Bochum. Nun folgt Professor Maser. Er lehrt an der Universität Münster. Auch er ist sachverständiges Mitglied dieser Enquete-Kommission.

Prof. Dr. Peter Maser: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Daß es in der DDR an manchem gemangelt hat, wird niemand bestreiten, der je im ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem

Boden gelebt hat. Was könnten da alles für Geschichten erzählt werden! Als ich zu Beginn der 60er Jahre an den Folgen eines Magendurchbruchs laborierte, war der chirurgische Chefarzt des Weidenplankrankenhauses in Halle sehr stolz, weil es ihm gelungen war, Polsterwatte für Sessel und ähnliche bequeme Möbel so aufzubereiten, daß mit dem bläulichen und von farbigen Punkten durchsetzten Material meine Bauchhöhle ausgestopft werden konnte. Medizinische Watte war damals eben nicht lieferbar. Als ich in Halle meine Doktorarbeit geschrieben hatte, Ende der 60er Jahre, bekam ich eine feierliche Bescheinigung des Rektorats ausgehändigt, die mich berechtigte, dreitausend Blatt Schreibmaschinenpapier auf einen Schlag zu kaufen, um die notwendigen Kopien meiner Dissertation herstellen zu können. Die Ormig-Folien für die Vervielfältigung mußten dann allerdings die freundliche Westverwandtschaft stiften. Als ich mich Anfang 1977 aufmachte, die DDR in Richtung Westen zu verlassen, riß genau zu der Zeit, als ich meinen Wartburg 353 dringend zur Erledigung der ganzen Ausreiseformalitäten brauchte, das Kupplungsseil. Da es in der ganzen DDR damals keine Kupplungsseile für den Wartburg gab, bastelte ich also jeden Abend eine Behelfslösung, die Gott sei Dank immer genau einen Tag lang hielt. Kaum hatte ich dann die DDR verlassen, waren Kupplungsseile wieder lieferbar und meine Verwandten glücklich, die unseren Wartburg geerbt hatten.

Geschichten über Geschichten. Wir könnten alle Tage damit verbringen, solche Erinnerungen zusammenzutragen, und kämen damit doch nicht zum Ende. Gestern haben wir ja etwas in dem Museum von Eisenhüttenstadt davon erlebt. Heute geht es uns mit solchen Geschichten oft so wie unseren Eltern und Großeltern, wenn sie von den Mängeln der Kriegs- und Nachkriegszeit berichten. Da schwingt dann auch immer etwas von berechtigtem Stolz mit. Wir haben es trotzdem geschafft. Wir haben organisiert und getauscht, was immer nur möglich und notwendig war. Wir haben uns dadurch die Laune nicht verderben lassen und unseren Spaß gehabt, auch wenn das Bier oft nur drei Tage lang hielt. Der sozialistische Gang war einer von der langsamen und umwegreichen Art, aber wir kannten uns doch aus. Solche Erinnerungen verdecken heute gelegentlich, wie oft die Mängel, die das Alltagsleben in der DDR begleiteten und prägten, dieses Leben erschwerten bis an die Grenze des Erträglichen. Wie viele Millionen Stunden haben insbesondere Frauen in den sozialistischen Wartgemeinschaften verbringen müssen, um ihre Familien zu versorgen. Wie oft mußten sich Rentner auf den Weg machen, um bei der zuständigen PGH zu betteln, daß doch nun endlich ein Handwerker kommen möge, um wenigstens die notwendigen Reparaturen auszuführen. Was mußten körperlich Behinderte oft ausstehen, weil ihnen die notwendigen orthopädischen Hilfsmittel nicht geliefert werden konnten.

Der Mangel in der DDR, lassen wir uns da von unserer Erinnerung nur nicht täuschen, war vor allem bitter, entwürdigend, mühselig und eigentlich nur zu ertragen, weil es den anderen auch nicht besser ging. Die Mängel in der materiellen Versorgung der Bevölkerung waren zudem ja nur die eine Seite der Mangelgesellschaft der DDR. Erinnern wir uns genauer, so wird uns schnell

einfallen, woran es da auch noch alles fehlte. Ich erinnere an die verfallenden Städte, die verkommenen Straßen und die gigantischen Umweltbelastungen, die eine veraltete Industrie produzierte. In Halle soll die durchschnittliche Lebenserwartung ungefähr fünf Jahre unter der der sonstigen DDR-Bevölkerung gelegen haben, weil Leuna und Buna eben allen Dreck, der da anfiel, einfach in die Luft pusteten. Da hörte der Spaß dann doch schlagartig auf! Ich erinnere daran, mit welchen Mängel wir uns im kulturell-geistigen Bereich auseinanderzusetzen hatten. Bestimmte Schallplatten und Bücher gab es nur, wenn man seine Beziehung zu den zuständigen Verkäuferinnen sehr sorgfältig pflegte. Viele Bücher, die man eigentlich gerne lesen wollte, gab es überhaupt nicht. Und selbst dann, wenn sie zum Beispiel in einer Universitätsbibliothek vorrätig waren, mußte man zuerst nachweisen, daß man würdig war, diese zu lesen. Die internationale Presse war uns ebenso unzugänglich wie die meisten ausländischen Fachzeitschriften. Reisen konnten wir nur in jene Regionen, die die SED-Machthaber als für uns zuträglich betrachteten. Wie viele waren glücklich, wenn sie endlich das Rentenalter erreicht hatten, weil sie dann in den Westen reisen konnten. Manche besonders Mutige reisten dann mit einem bundesdeutschen Paß gleich weiter nach Paris, Venedig, London, sahen etwas von der Welt und mußten nach ihrer Rückkehr in die DDR anhaltend darüber schweigen, was sie empfanden, als sie endlich den Eiffelturm, den Canale Grande oder die Tower-Bridge gesehen hatten. Mangel in der DDR bedeutete auch Einschränkung bei der Wahl einer Schule oder eines Berufes. Ich wäre gerne Germanist oder Historiker geworden, daran war für ein Pfarrerskind nicht zu denken. Also wurde ich Theologe. Das ging sogar mit einer Sonderreifepfprüfung an der „Arbeiter- und Bauernfakultät Walter Ulbricht“ in Halle für solche, die man nicht zum Abitur zugelassen hatte. Heute bin ich über diese „sozialistische Berufslenkung“ nicht mehr unglücklich und fühle mich als Hochschullehrer ohne Abitur doch ganz am richtigen Platz. Aber einfach war das für mich damals nicht, und für viele andere auch nicht, die ihre berufliche Laufbahn nicht nach den eigenen Wünschen und Leistungen ausrichten konnten, sondern sich den bürokratischen Weisungen der Machthaber beugen mußten. Wieviele Umwege waren da nötig, auf was mußte da alles verzichtet werden, was wurde da unzähligen Menschen zugemutet von einer Partei, die glaubte immer recht zu haben auch im Blick auf den einzelnen Menschen!

Mangel in der DDR herrschte vor allem aber bei all jenen bürgerlichen Freiheiten, die unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den neuen Bundesländern inzwischen glücklicherweise ganz selbstverständlich in Anspruch nehmen. Unsere Eingaben waren zu oft demütige Bittgesuche. In der Kneipe wurde viel zu oft geflüstert. Das Telefon war nur eingeschränkt zu benutzen. Wer sich nicht innerhalb der sozialistischen Massenorganisationen zusammenfand, konnte rasch als Mitglied einer „feindlich-negativen“ oder doch zumindest verdächtigen Gruppierung Schwierigkeiten bekommen. Bei den Wahlen tat man gut daran, die Wahlzettel nur zu „falten“. Selbst bei Familienfesten überlegte man, ob der Vetter aus Dingsda als Parteigenosse alles hören dürfe und müsse, was eine Familie bei solch einem Anlaß eben so redet. Manche fromme

Seele verzichtete sogar auf ein christliches Begräbnis, um den Kindern unnötige Schwierigkeiten zu ersparen. Der Mangel in der DDR hatte unzählige Erscheinungsformen, er bestimmte das alltägliche Leben, entwürdigte Menschen, hielt sie in Unmündigkeit und schränkte sie in ihren Lebenschancen ein. Viele hat es das Leben oder die Gesundheit gekostet. Der Mangel in der DDR wurde zum Selbstläufer. Wo es an so vielem fehlte, mußte es an immer neuen Punkten zu weiteren Mängelercheinungen kommen. Der Mangel in der DDR war systembedingt! Die sozialistische Gesellschaftsordnung und Planwirtschaft konnten die Gleichheit fast aller nur auf der Ebene des Mangel organisieren. Zu mehr hatte es in der DDR und auch in den anderen sozialistischen Staaten niemals gereicht.

An seinen Mangelkrankheiten ist der Sozialismus schließlich zugrundegegangen. Und an der Behebung der Folgen dieser sozialistischen Mangelkrankheiten werden wir noch lange Zeit zu tragen haben. Die Kosten dafür werden heute in Milliardenhöhe kalkuliert. Wenn die vielfältigen Erscheinungsformen des Mangels in der DDR, die auch die offenen und verdeckten Subventionen aus der Bundesrepublik allenfalls zu mindern vermochten, trotzdem nicht den ganzen Alltag der DDR ausmachten, dann hat das mit der Kraft der Menschen zu tun, die zwischen Selbstbehauptung und Anpassung zahlreiche Bewältigungsstrategien entwickelten. Sie ließen sich vom Mangel nicht überwältigen und jagten schließlich die davon, die in ihrer ideologischen Verblendung die alleinige Verantwortung für die Mangelgesellschaft in der DDR trugen und sich selber durch zahlreiche Privilegien ein angenehmeres Leben sicherten. Im Herbst 1989 gingen die Menschen auch deshalb auf die Straße, weil sie die von den SED-Machhabern organisierte Mangelgesellschaft endgültig satt hatten. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Peter Maser. Wir kommen zum nächsten Referat. Dr. Lindenberger wurde 1955 in Heidelberg geboren, studierte von 1975 bis 1982 Geschichte und Philosophie in Berlin, promovierte 1992 und ist seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für zeithistorische Forschung in Potsdam. Seine aktuellen Arbeitsgebiete sind Politik und Sozialgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Polizeigeschichte und Alltagsgeschichte. Darum haben wir ihn eingeladen, und wir sind froh, daß er da ist. Wir begrüßen ihn herzlich und bitten ihn ums Wort.

Dr. Thomas Lindenberger: Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte zunächst mit der kurzen Frage beginnen: Was bedeutet der von meinen Vorrednern festgestellte und auch positiv begrüßte Wechsel von einer traditionellen Politikgeschichte zu alltagsgeschichtlichen Betrachtungsweisen, wenn wir ihn konkret auf die DDR beziehen? Zunächst: Es genügt nicht, nach den Institutionen und Funktionären der Diktatur und ihres weitverzweigten Systems von Vasallen, Mitarbeitern, ob formell oder informell, zu fragen. Gleichrangig ist auch die Frage danach zu stellen, wie die in der DDR lebenden Menschen sich die von der SED oktroyierten Herrschaftsverhältnisse aneigneten, wie sie sie deuteten und wie sie sich ihnen gegenüber verhalten konnten und

wollten. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, nicht die Geschichte „der“ DDR, sondern auch die der in der DDR lebenden Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei spielen in der Arbeit der historischen Rekonstruktion Erinnerungen und in den Erinnerungen aufgehobene Erfahrungen eine zentrale Rolle.

Zugleich heißt dies jedoch ein „Gelände“ der historischen Erkundung zu betreten, das mittlerweile mit Tretminen aller Art in Gestalt von Empfindlichkeiten, Vorurteilen und Vorbehalten nur so gepflastert scheint. Und dies nicht ohne Grund, denn wir leben im Jahr acht nach dem demokratischen Aufbruch von 1989, das auch das Jahr sieben des vereinigten Deutschlands und der marktwirtschaftlichen Umgestaltung Ostdeutschlands ist. Bei unseren heutigen Feldforschungen stoßen wir mehr denn je auf die Prägung der Erinnerungen an die DDR durch die Ereignisse der letzten Jahre. Das wirft mehrere Probleme, vor allem methodologischer Art auf, die ich hier nicht ausbreiten will. Je nach befragter Generation spielen Verlustserfahrungen nach 1989 in der Konstruktion und Darstellung der eigenen Lebensgeschichte eine andere Rolle. Gemeinsam ist ihnen jedoch die Tendenz zur nostalgischen Rückschau auf die Lebensverhältnisse in der DDR. Zur durch die SED als Ideal proklamierten Homogenisierung und Egalisierung von Lebensbedingungen kommt nun, so will es bisweilen scheinen, eine retrospektive Homogenisierung von erinnerter Erfahrung hinzu.

Es kann nun aber hier und heute nicht darum gehen, damalige „Realität“, so wie wir sie aus Dokumenten und anderen, gegenläufigen Erinnerungen rekonstruieren können, gegen diese heutige Befindlichkeit zu stellen, letztere sozusagen mit harten Fakten als bloßes Wunschenken zu entlarven. Das hieße in ähnlich bevormundender Weise, wie das früher kommunistische Heilsbringer mit ihrer Rede vom „falschen Bewußtsein“ gegenüber verstockten Arbeitern gemacht haben, einen einseitigen Wahrheitsvorsprung zu reklamieren.

Es versteht sich ferner von selbst, daß die Auswertung von narrativ-biographischen Interviews immer von der Strukturierung der Erzählung des Interviewpartners durch seinen gegenwärtigen lebensweltlichen Kontext ausgehen muß. Das gilt für jeden Zeitpunkt und jede Situation der Erhebung und ist jeweils angemessen zu berücksichtigen, ebenso wie der für derartige Forschungen generelle Vorbehalt, daß auf diese Weise nie im quantitativen Sinne „repräsentative“ Lebenserinnerungen erhoben werden können.

Dennoch erscheint es mir angesichts der zur Zeit besonders empfindlichen oder auch nostalgischen Stimmungslage, auf die wir bei Erhebungen zu Alltagserfahrungen in der DDR stoßen, lohnenswert, unsere Materialbasis ein wenig zu verbreitern. Die Erfahrungen der DDR-Bewohner sind ja glücklicherweise nicht erst seit jüngster Zeit Gegenstand des historischen Interesses. Schon in den Jahren vor ihrem unverhofften Ende und unmittelbar danach wurden erste Befragungen durchgeführt und Ergebnisse veröffentlicht. Ich schlage vor, für unseren heutigen Anlaß einige dieser Befunde, in denen der Alltag der DDR ungebrochener, ohne die Schockwirkungen der sich in die

Länge ziehenden marktwirtschaftlichen Umgestaltung aufscheint, einzubeziehen.

Versetzen wir uns kurz in das Jahr 1988 zurück, in unseren damaligen Stand des Unwissens oder Halbwissens, der Ahnungs- oder Perspektivlosigkeit, oder auch – aber dies wenn wir ehrlich sind vermutlich bei den wenigsten – optimistischer Vorahnungen, je nach Standort Ost oder West, oben oder unten, etc. Lutz Niethammer, einer der ganz wenigen, der schon vor der demokratischen Revolution von 1989 vergleichsweise unzensuriert Lebensgeschichten von DDR-Bewohnern erforschen konnte, faßte die Ergebnisse dieser Exkursion in ein ihm bis dahin fremdes Land unter anderem in folgendem Punkt zusammen: Nachdem er einen ökonomistisch definierten Wohlstandskonsens in der Aufbaugeneration der DDR anhand recht unterschiedlicher Lebensläufe herausgearbeitet hat, kommt er auf die Jugend zu sprechen: Das in den Alltag eingesickerte Denken und Sprechen in Kategorien von Plan, Prämien und Produktion – so Niethammers Beobachtung über die DDR – „ersticken Phantasie und Perspektive“, angesichts dieses Alltags „entfremdet sich das an sozialistischen Idealen und revolutionären oder antifaschistischen Heroen geschulte Wertebewußtsein der Jugend. Sie, die besser ausgebildet, höher spezialisiert und geringer motiviert ist als ihre Eltern und Großeltern“ bräuhete „eine experimentelle, reflexive und expressive Kultur und politische Spielräume, die nicht nur Spielwiesen sind.“ Und mit einem Seitenblick auf die eigene westdeutsche Gesellschaft fährt er fort: „Eine soziale und erfahrungsgeschichtliche Generationenkonstellation, wie sie als politischer Generationskonflikt v. a. im westdeutschen Bürgertum in den 60er Jahren auftrat, hat in der DDR nie bestanden.“

Dieser im Westen produktive und innovative Konflikt sei im Osten „eingefroren worden“ und verursache „zunehmend einen Entwicklungsstau des Systems“. Mit dem späten Abtreten der Aufbaugeneration werde – so prophezeite Niethammer damals, 1988, vorsichtig – „in der DDR eine Lücke im normbildenden Erfahrungstransfer“ auftreten, die nur überwunden werden könne, wenn in der DDR eine sich für die Verarbeitung der Erfahrungen und Werte der Folgegenerationen öffnende Kultur entwickeln werde. Da damit aber unter den gegebenen Verhältnissen – wir erinnern uns: das letzte Aufbäumen des Politbüros gegen das „Ankommen“ der Perestroika in der DDR – nicht zu rechnen sei, „wird man mit einer erheblichen Verminderung der gesellschaftlichen Kohäsion und Motivierbarkeit zu rechnen haben“.

Niethammers Beobachtung ist auch heute, im Jahr acht nach der 1989, aus mehreren Gründen bemerkenswert: Nicht nur als eine interessante und recht rare Fußnote in der Geschichte der Geschichtswissenschaft, indem einem Historiker eine zudem noch zutreffende Prognose gelang, denn was ist „erhebliche Verminderung der gesellschaftlichen Kohäsion“ in der Konsequenz anderes als die später im Nachhinein konstatierte „Implosion der DDR“. Interessanter für uns heute ist der Weg, auf dem er zu dieser Aussage gelangte: Befunde über generationenspezifische Erfahrungen, über notwendig daraus zu schließende Distanzen und Entfremdungsprozesse zwischen Generationen in

der späten DDR. Daß die Weltgeschichte der DDR nicht die Zeit und Gelegenheit gelassen hat, dieses prekär gewordene Verhältnis zwischen den Generationen politisch und kulturell zum innovativen Konflikt auszugestalten, vielmehr die gemeinsame Flucht nach vorne in das geeinte Deutschland dieses offene Problem an den Rand drängte, setzt den Befund für sich genommen nicht außer Kraft. Er rechtfertigt vielmehr nach wie vor die Frage nach generationsspezifischen Erfahrungen in der DDR, und dies auf einer Ebene, die die verschiedenen politisch-sozialen Milieus und Subkulturen, die in der DDR trotz aller Gleichmacherei nebeneinander existierten, mit einer verbanden: Damit meine ich die Ebene der alltäglichen Lebensbewältigung, der individuellen Lebensentwürfe und der damit verbundenen Wertvorstellungen und Normen.

Alltag in der DDR war immer ein Alltag mit der Politik, in letzter Instanz mit der Politik der SED, aber auch mit den von dieser Politik abgeleiteten „Politiken“ der von ihr beherrschten Staatsapparate, Betriebe und Massenorganisationen. Biographische Forschungen haben verschiedenartige, ja durchaus gegensätzliche Varianten dieses Lebens mit der Allgegenwart politischer Herrschaft herausgearbeitet. Sie reichen von aktivem Mitmachen zahlreicher überzeugter Parteimitglieder über loyale Kooperation bei Aufrechterhaltung einer bestimmten Mindestdistanz, die sich zum Beispiel in der Nichtmitgliedschaften äußerte, bis hin zu strikten Abgrenzungen im Rahmen von Status-quo-Arrangements etwa im Verhältnis von in der Kirche aktiven Menschen zu „ihrem“ Staat. Eine ähnliche Variabilität läßt sich aber auch hinsichtlich des Ausmaßes und Unabdingbarkeit der geforderten aktiven Zustimmung für die SED-Herrschaft konstatieren: In sicherheitsrelevanten Bereichen und im Bildungsbereich ging es anders zu – oder sollte es zumindest anders zugehen – als etwa in der materiellen Produktion.

Die eindeutig persönliche Sphäre, also: Familienverband, Verwandtschaft, Ehepartner und Kinder, und die Sphäre der für die alltägliche Lebensführung entscheidenden sozialen Beziehungen waren durch diese Präsenz politischer Instanzen von vornherein stark geprägt, unabhängig von der Organisationszugehörigkeit. „Privates“ – im traditionellen „bürgerlichen“ Sinne – und „Öffentliches“ trennscharf zu bestimmen, fällt in vielen Lebensgeschichten schwer, auch wenn die Unterscheidung im Sinne zweier Gravitationszentren gesellschaftlicher und individueller Realität natürlich möglich und sinnvoll ist. Entscheidend für die Strukturierung von Alltagserfahrungen in der DDR ist nicht die Tatsache einer Grauzone zwischen diesen beiden Lebensbereichen – die es in der einen oder anderen Weise immer gibt –, sondern der schiere Umfang, die relative Breite dieser Grauzone und der Versuch der SED, diesen Bereich homogen im Rahmen eines geschlossenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Plans durchgängig zu gestalten.

Das läßt sich sinnfällig an Entscheidungen, die die individuelle Lebensführung und damit den Alltag verändern und neu ausrichten, veranschaulichen: Heiraten und Kinderkriegen standen in enger Wechselwirkung mit Wohnungsverga-

bepolitiken, Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft hing von den staatlicherseits zur Verfügung gestellten Kinderbetreuungseinrichtungen ab, Bildungsmöglichkeiten waren mit politisch kodierten Klassenzugehörigkeiten und Loyalitätsbeweisen geknüpft, die Teilhabe an anderen materiellen Errungenschaften wie Ferienplätzen, Eintragung in eine Warteliste für Autos etc. an die Mitgliedschaften in Massenorganisationen und so weiter. Der alltägliche Umgang mit den vom politischen Willen der SED und nicht nur den materiellen Möglichkeiten diktierten Konditionen für die Beschaffung und den Erwerb der Grundlagen für die eigene Lebensführung war eine Selbstverständlichkeit, eine Routine, das beinahe nicht erwähnenswerte Minimum.

Betrachtet man nun Lebenserinnerungen älterer DDR-Bürger, und damit meine ich diejenigen, deren Kindheitserinnerungen noch deutlich in die Zeit vor der DDR zurückreichen, so sticht zunächst ins Auge: Diese beanspruchte Zuständigkeit von Partei und Staat für alle Lebensbereiche stieß durchaus auf eine aus Kriegs- und Nachkriegszeit resultierende Erwartungshaltung, man könnte sagen, eine „Nachfrage“. Auch bei politischer und weltanschaulicher Distanz zum Regime wurde diese Zuständigkeit gerade in der Arbeiterschaft im allgemeinen akzeptiert. Ein akzentuierter, auch politisch-moralisch konnotierter Bruch mit zentralistischen Versorgungspolitiken wie 1948 in den Westzonen, fand nie statt, das System der Rationierung des alltäglichen Bedarfs wurde erst 1958 abgeschafft. In etlichen Biographien läßt sich diese in den Noterfahrungen der 40er Jahre angelegte Empfänglichkeit für Versorgung (statt Markt) nachzeichnen. Das machte diese Beziehung übrigens keinesfalls konfliktfrei und harmonisch, wie der 17. Juni 1953 gezeigt hat. Gerade der 17. Juni hat diese Art der Beziehung eher gefestigt, da nun die Versorgungserwartungen der Arbeiterschaft zu einem der wichtigsten, wenn dem wichtigsten innenpolitischen Handlungsparameter der SED-Führung wurden.

Insofern kann also von einer diese Beziehung begünstigenden Erwartungshaltung gesprochen werden, unabhängig davon, daß 1. die Annahme des Angebots mit Einschränkungen der persönlichen Freiheit verbunden waren, mit denen viele, wenn nicht die meisten nicht einverstanden waren, und 2. unabhängig davon, daß die herrschende Partei und das von ihr gesteuerte Staatswesen zu keinem Zeitpunkt dieser Nachfrage in vollem Umfang gerecht werden konnte. Vom Standpunkt der Organisierung und rationellen Verteilung materieller Güter hat sie sich dabei übernommen.

Aber – und dies ist für die Strukturierung und das Erleben von Alltag in der DDR entscheidend – das Herrschaftsprogramm der SED erschöpfte sich nicht in der zentralistischen Organisierung von Produktion und Verteilung materieller Güter; es beanspruchte wesentlich mehr: es ging auch um ideelle Güter, um Chancen und Möglichkeiten sozialer Sinnengewinnung. Die in den Alltag eingelagerten Beziehungen zwischen Bürger und Staat bestanden nicht nur in Kontrolle und Überwachung, und nicht nur in Planerfüllung und Versorgung, sondern vor allem auch in einem engmaschigen Netz der sogenannten „gesellschaftlichen Betätigung“: Gemeint ist damit das autoritär verfügte System lo-

kal begrenzter Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, die im sozialen Nahbereich das „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ als demokratische Substanz des Staatssozialismus verbürgen sollten. Die weit gespannte Angebotspalette dieser „ehrenamtlichen“ Tätigkeiten, sei es nun in Schiedskommissionen, als Vertrauensmann der Gewerkschaft, Helfer der Volkspolizei, Mitglied des Wohngebietsaktivs der Nationalen Front, der Hausgemeinschaft usw. und so fort aufzuzählen, würde den Rahmen des Vortrags sprengen.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang folgende Beobachtung: Es wird oftmals und zu recht von der DDR als einer „Erziehungsdiktatur“ gesprochen. Diese Feststellung bezieht sich auf zwei Sachverhalte: Zum einen darauf, daß diese Diktatur nicht nur mit den Mitteln der unmittelbaren Repression und Bestrafung gegen Kritik und Abweichung vorgegangen ist. Sie arbeitete auch mit allen ihr zur Gebote stehenden Mitteln der Überzeugung, unter der Voraussetzung, daß sich die Bürger dieser Überzeugungsarbeit nicht entziehen durften. Zum zweiten bezeichnet Erziehungsdiktatur den bevorzugten Modus dieser Überzeugungsarbeit: Aus der gesicherten Position des Mächtigeren heraus auf Grund eines angemessenen Kompetenzvorsprungs den vorgefundenen Bürger zum sozialistischen Menschen zu formen, vorzugsweise durch angebotene oder aufgeherrschte Lernprozesse. Die Unschuld und die Unmündigkeit von Kindern war demnach die erste Staatsbürgertugend der DDR, elterliche Allwissenheit, Güte aber auch Strenge, hingegen das habituelle Rüstzeug staatssozialistischer Regierungskunst.

Auch beim „Mitregieren“ ganz unten ging es ums Erziehen und Erzogen-Werden. Allgemeiner läßt sich die These aufstellen: Staat-Bürger-Interaktionen waren – in den Grenzen der politischen Programmatik und Herrschaftssicherung – durchtränkt von den überkommenen Normen konventioneller Familienstrukturen: Die Gemeinschaft von Vati, Mutti und den Kindern waren neben anderen unhinterfragbare Fixpunkte in diesem Sinn-Angebot. Ihre Regeln schrieben sich durch permanente Mimesis in die Staat-Bürger-Beziehungen ein, wurden zur zweiten Natur der SED-Herrschaft und feierten dann in der Honeckerschen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ihre staatsmännische Apotheose: Mutter Partei und Vater Staat gaben ein streng-aber-gerechtes Elternpaar, das lieber Zuwendungen austeilte als strafte, aber prinzipienfest strafte, wenn es denn sein mußte. Der unmündige Bürger wollte demnach erzogen sein, wo er ging und stand, und je nach Temperament ließ er die entsprechenden Prozeduren mehr oder weniger aufgeweckt und empfänglich oder verstockt bis aufsässig über sich ergehen – auf die materiellen Vorteile und ideellen Gewinne, die aus der Allgegenwart dieser Bemühungen gezogen werden konnten, verzichteten die wenigsten.

Ältere DDR-Generationen waren von dieser den Alltag entscheidend mitgestaltenden Modalität politischer Herrschaftsausübung und damit Gestaltung „offizieller“ sozialer Beziehung in unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Weise geprägt und dennoch eigenartig miteinander verbunden. Um der Kürze der Zeit willen sei lediglich auf zwei kontrastierende Typen von Biographien verwie-

sen, von denen in der Forschung des öfteren berichtet wird. Auf der einen Seite begegnen wir Menschen, die der Krieg und die Nachkriegszeit in einem umfassenden Sinn zu Waisen gemacht haben: Übriggebliebene aus zerstörten oder geteilten Familien, darunter oftmals Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten, Menschen, in deren biographischer Konstruktion die auffordernde Zuwendung durch den DDR-Staat, die Aufstiegs- und Partizipationsangebote als Angebot einer Ersatzfamilie angenommen wurden. Die darin gewonnene Perspektive und Rollensicherheit wird dann in den persönlichen Bereich der eigenen, neuen Familie eingebracht, persönliche und nicht-persönliche Sphäre werden in einem ständigen Austausch und Interaktion gedacht und gelebt. Bei solchen Menschen treffen wir häufig auf prinzipielle Anhänglichkeit an die DDR, und zwar aus einem lebensgeschichtlich durchaus triftigen Grund, und übrigens durchaus vereinbar mit Kritik an konkreten Mißständen, vereinzelt Machtmißbrauch usw.

Auf der anderen Seite, am anderen extremen Ende der Skala gewissermaßen, sind Lebensgeschichten anzusiedeln, in denen der wechselseitige Integrationsprozeß, diese „cohabitation“ von Bürger und Staat nicht von einschneidenden Verlusten in der Biographie des Erzählers, sondern von deren Reichtum ausgeht: Durchaus gefördert von Staat und Partei, kann er sein erfolgreiches familienorientiertes Sozialverhalten, als Vater oder Mutter einer großen Familie etwa, eingebunden in verwandtschaftliche Netze der Gegenseitigkeit, festverwurzelt in seiner angestammten Heimat, ohne weiteres in den politisch definierten Nahbereich sozialer Beziehungen einbringen und investieren. Die Kompetenzen, die Verhaltenssicherheit der Väter und Mütter ist gefragt in den kleinen Kollektiven, wo man sich auch um die Schwächeren kümmern, Anleitungsmittel zeigen – sich aber nicht unbedingt als politisch „Hundertprozentiger“ aufführen muß. In derartigen Biographien fällt häufig eher die Betonung einer weltanschaulichen oder religiösen Distanz zur großen Sache bei gleichzeitiger Wahrnehmung der Möglichkeiten, im Nahbereich „Gutes tun“, auf. Diese Distanz schloß die Annahme der dafür angebotenen Prämierungen und Auszeichnungen als Zeichen sozialer Anerkennung durchaus ein.

Gemeinsam ist diesen hier zugegebenermaßen holzschnittartig aufgezeigten biographischen Typen die Zentralität familialer Handlungsmuster für die Gestaltung des sozialen Nahbereichs, für das Leben und Erleben dessen, was Alltag genannt werden kann. Für viele der älteren Generation war der eigene Weg aus der Nachkriegsmisere, der für alle in der einen oder anderen Weise über die Rekonstruktion persönlicher Bindungen und Beziehungen verlaufen mußte, aufs engste mit dem Aufstieg des DDR-Staates als zunächst mehr improvisierte, dann auf Dauer gestellte Erziehungsanstalt gekoppelt. Und zum Erfahrungsschatz dieser älteren Generationen gehört daher vor allem auch die Anerkennung der aus dieser Sphäre des Familiären herrührenden Wünsche und Bedürfnisse nach materiellem Wohlergehen durch die staatssozialistische Obrigkeit, auch wenn diese jene Wünsche nicht oder nur selten in vollem Umfang befriedigen konnte. Spätestens seit der Parole „Einholen ohne Überholen“ konnte familienzentriertes Wohlstandsstreben als „politisch korrekt“ gelten, da

es im kollektiven Kampf um Planerfüllung und Prämien fest verankert war und seinen legitimen Platz hatte.

Natürlich war dieses Arrangement, das hier idealtypisch beschrieben wurde, brüchig. Ja, es konnte sich erstmals überhaupt erst nach dem Mauerbau abgeschirmt von einer praktischen Option auf das ganze andere Leben, dem ungleich effektiveren Markt im Westen, ein Stück weit erfolgreich entfalten. Vor allem gilt es in diesem Zusammenhang aber auch auf Unterschiede innerhalb der DDR hinzuweisen: sowohl Unterschiede des sozialen Milieus in ihrer Nähe zur SED und zur traditionellen Arbeiterbewegung und deren Geselligkeitsformen, wie auch Unterschiede regionaler und struktureller Art, etwa wenn wir an die ländliche Gesellschaft, die Reste des privaten Handwerks oder die Künstler und Intellektuellen denken.

Des weiteren ist natürlich festzuhalten, daß dieses auf breite soziale Integration zielende Arrangement von staatlichem Erziehungswillen und untertägigen Partizipationsmöglichkeiten nicht funktionieren konnte ohne die Ausgrenzung derer, die aus den verschiedensten Gründen gegen seine implizite oder explizite Grundregeln verstießen. Das konnte die zu „Asozialen“ gestempelten Aussteiger und Karriereverweigerer ebenso betreffen wie idealistische Oppositionelle in der SED; insbesondere mit dem „Rowdy“ wurde jahrzehntelang ein Typ des renitenten Jugendlichen konstruiert und harschen Korrekturpraktiken unterworfen, der das Bild der erwünschten „freien“ deutschen Jugend um so glanzvoller erscheinen ließ. Doch noch als „schlechte Beispiele“ erbrachten diese Auszugrenzenden einen Nutzen für die familiäre Gemeinschaft von Partei, Staat und Volk, und selten wurden sie von den Obererziehern als Unverbesserliche endgültig 'aufgegeben', konkret: gegen hartes Geld in den West verfrachtet. In dieser hartnäckigen Praxis der autoritären Zuwendung, des Kämpfens um jede erreichbare Seele, liegt die tiefere Wahrheit des allseits bekannten Ausrufs von Erich Mielke in der Volkskammer: „Ich liebe doch alle Menschen!“

Den unterschiedlichen Milieus, Subkulturen und Regionen in der DDR war trotz dieser hier nur kurz angerissenen Differenzen eines gemeinsam: Gerade im alltäglich erfahrbaren Horizont des Betriebes, des Kreises, der eigenen Sozialbeziehungen war das DDR-Regime am ehesten in der Lage, sich gewissermaßen staatsbürgerliche Loyalitätsressourcen zu erschließen, auf die es in anderen, den Lebenszusammenhang des Einzelnen nur indirekt berührenden Zusammenhängen, bewußt verzichtete. Die Trennung zwischen einem nach oben abgeschlossenen, definitiv unzugänglichen Bereich der politischen Machtpositionen und dem Bereich, der eigener Einwirkung in berechenbarem Maße zugänglich war, galt wie ein ehernes Naturgesetz. Stellvertretend dafür sei ein ehemaliger LPG-Vorsitzender zitiert, der mir die politischen Gepflogenheiten in seinem Dorf so zu schildern versuchte: „Wenn wir auch zwar ne SED-Diktatur teilweise hatten, oder in – „ – und hier stockt seine Rede etwas, er grübelt kurz, und fährt fort – „schon hatten, wolln mal so sagen, dann muß ich aber sagen, hier in unserem Dorf hatten wer keine. Ich hatte meine Mei-

nung, der andre hatte seine Meinung, da hat jeder seine Meinung gesagt. Da hat keine Fraktion irgendwelche Vorrechte gehabt oder so. Wir ham versucht, alles im Interesse der Gemeinde zu machen, und dem ham wer uns alle untergeordnet.“ Zum Beweis für diese Behauptung führt er die der Kreis- und Bezirksleitung in den 80er Jahren erfolgreich abgetrotzten Bauprojekte an: die asphaltierte Dorfstraße, die neue Kinderkrippe, die Kegelbahn – alles auf eigene Faust unter juristisch riskanter Umwidmung von Gemeindeeinnahmen durchgeboxt, „im Interesse der Gemeinde.“

Diese politisch angelegte Begrenzung der sinnvoll beeinflussbaren Lebensumstände auf den Nahbereich begünstigte einen strikten Lokalismus, einen Parochialismus des Wir-Hier im Gegensatz zu denen da oben und anderswo. Seine Nachwirkungen sind übrigens noch heute gerade hier im Land Brandenburg recht gut zu beobachten. Auch die im DDR-Alltag gebräuchlichste Form der Überschreitung der Trennlinie zwischen Ohnmacht und Allmacht, die Eingabe, reproduzierte durch die Unkalkulierbarkeit ihres Erfolges die Distanz des Einzelnen zur Sphäre der eigentlichen Entscheidungen, auch wenn sie im Einzelfall Abhilfe schaffen konnte.

Werfen wir nun zum Schluß einen Blick auf Alltagserfahrungen jüngerer Generationen. Sie zu rekonstruieren ist schwieriger, denn junge Leute sind in der Regel nicht als Interviewpartner für zeithistorische Forschungen prädestiniert. Verschiedene Forschungsergebnisse vor allem der DDR-Jugendforschung und Reportagen, wie die 1984 im Westen veröffentlichten Tonbandprotokolle Gabriele Eckarts aus dem Werderschen Obstbaugebiet, legen jedoch im großen und ganzen nahe, daß es – wenn auch nur in Ansätzen – zu dem gekommen ist, was Lutz Niethammer 1988 noch rein deduktiv, aus den Befunden seiner Befragungen älterer DDR-Bürger heraus, unterstellen mußte: Die im durchaus widersprüchlichen Gemenge mit diesem Staat erlernten und erlebten Werte und Vorstellungen von einem „guten“ „ordentlichen“ Leben ließen sich nicht bruchlos an die jüngere Generation weitergeben. Was zuvor noch als „halbvoll“ gegolten hatte, galt nun zunehmend als „halb leer“: die Reisemöglichkeiten, die eben nur eingeschränkt bestanden, das Gemeinschaftsleben, das nun mal verordnet und überorganisiert war, das krampfhaftes Übertünchen der anhaltenden und sich vor allem im Lauf der 80er Jahre verschärfenden Versorgungs- und Umweltprobleme, die offenkundige Verlogenheit der offiziellen Rede. Selbst jener spezifische, von Herrschenden und Beherrschten weithin geteilte Alltags-Materialismus, in dem sich alles um Prämien und Versorgungsfragen drehte, schien seine Selbstverständlichkeit einzubüßen:

„Unser Staat versucht mit materiellen Mitteln zu erreichen, daß die Menschen für den Sozialismus sind. Und da streben sie nur danach, möglichst viel zu haben. Das ist für mich ein Fehler an unserem Staat. Und weil er diesen Fehler nicht zugibt, schafft er sich bei uns Minuspunkte.“ Mit diesen simplen Worten brachte eine 17-Jährige, Obstbaulehrling in Werder, den schleichenden moralischen Terrainverlust des DDR-Sozialismus auf den Punkt, im Jahre 1980 wohlgermerkt.

Natürlich ist diese in Ansätzen beobachtete innerliche Abwendung vom Realsozialismus der DDR bei ihren Jugendlichen auch Teil eines Reaktionsmechanismus, wie er immer wieder zwischen Generationen einer modernen Gesellschaft zu beobachten ist. In Absetzung zur Elterngeneration diese nicht selbstverständlichen Errungenschaften für selbstverständlich zu nehmen und Selbstverständliches infragezustellen, ist kein Spezifikum der letzten DDR-Jugendgenerationen. Im Hinblick auf das Ende der DDR sollte die Generationsspezifika von Alltagserfahrungen daher auch nicht überbewertet werden. Daß in der Wende vorzugsweise junge Leute „übermachten“, die mittlere und ältere Generation hingegen eher blieb, läßt für sich genommen noch nicht auf eine besonders intensive Abkehr vom Sozialismus in dieser Generation schließen, sondern dürfte mit der für diesen Lebensabschnitt charakteristischen höheren Mobilitätsbereitschaft zusammenhängen.

Eher ist davon auszugehen, daß die rasante Negativdynamik der letzten DDR-Jahre, das Tempo des Zusammenbruchs zeitgleich mit dem des Ostblocks, daß dies vorhandene Differenzen von Generationen in den Hintergrund drängte. Es wäre auch voreilig, die zunehmende Distanzierung Jugendlicher von der DDR, wie sie vor allem während der 80er Jahre beobachtet wurde, mit einer voraus-eilenden Option für den Westen und sein Wirtschaftssystem zu verwechseln. Der Zusammenbruch der DDR hat vielmehr Gemeinsamkeiten in den Vordergrund treten lassen. Dazu gehörte die Wunschvorstellung, Wohlstand und Freiheit des Westens mit Sicherheit und sozialer Nähe des Ostens zu verbinden, zugleich aber auch das gemeinsame Beschweigen der allgemeinen politischen Bedingungen, unter denen sich dieser Wunsch realisieren ließe. Der Preis der Freiheit war kein Thema. Über diese Wunschvorstellung des optimalen Ost-West-Mix unter Verweis auf die „harten“ Tatsachen hinwegzugehen, sich gewissermaßen mit deren historischer Widerlegung zu begnügen, hieß, sich der Zukunft zuzuwenden, ohne die Vergangenheit verstanden zu haben. Genau diese Gemengelage von Wunschvorstellungen und Schweigen über die politischen Bedingungen ihrer Realisierung sind selbst eine elementare „historische Tatsache“: Sie entspricht den Alltagserfahrungen der Meisten mit 'ihrer' DDR, im Guten wie im Schlechten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir danken Herrn Dr. Lindenberger und begrüßen erfreut den inzwischen eingetroffenen Professor Jacobsen. Ich habe die Freude, Herrn Andreas Ludwig, 1954 in Berlin geboren, vorzustellen. Er studierte dort Geschichte und verfertigte Arbeiten zur Stadt- und Alltagsgeschichte. Seit 1993 ist er Leiter der städtischen Museen in Eisenhüttenstadt und hat dort den Aufbau des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR in die Hand genommen. Auch deswegen ist er hier. Die Mitglieder der Enquete-Kommission, zumindest die, die gestern anwesend waren, haben ihn schon kennengelernt und hatten auch die Möglichkeit, das Museum zu sehen. Wir bitten Sie ums Wort.

Andreas Ludwig: Herzlichen Dank. Ich weiß, daß Sie alle jetzt hier schon sehr angestrengt sind durch die drei Beiträge. Ich möchte mich deswegen ver-

suchen knapp zu fassen und auf das Wesentliche zu kommen. Die Ausgangsfrage ist: Wer hat sich nicht unter dem Titel „Alltag im Museum“ bereits eine Ansammlung von Kakaobüchsen und mechanischen Spielzeugen vorgestellt und sich dabei gefragt, was unseren Alltag ausmacht und was wir im Museum davon zeigen wollen. Die Frage stellt sich, welches Verständnis von Alltagskultur im Museum sollen wir entwickeln. Davon handelt der folgende Beitrag.

„DDR-Alltagskultur im Museum“ – der Titel enthält drei wesentliche Komponenten, die im Folgenden werden sollen: zum ersten das Thema: Alltagskultur, zweitens das Medium und die Institution: Museum, und drittens die zeitliche Dimension, die DDR. Dabei werden sowohl grundsätzliche Fragen aufgeworfen, als auch über konkrete Erfahrungen berichtet, die wir in Eisenhüttenstadt mit dem „Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR“ sammeln konnten.

Erstens: Zu den grundsätzlichen Fragen gehört der Begriff und das Verständnis von „Alltagskultur“. Definitivische Bemühungen um diesen Begriff, meist als „Alltagsgeschichte“ gefaßt, gehören seit 15 Jahren zu den intensiv geführten Auseinandersetzungen in der Geschichtswissenschaft und im Museumswesen. Zunächst als thematische Sammlung von Lebensbereichen verstanden, etwa Arbeit, Freizeit und Wohnen, besonders der Lebensweise von Unterschichten, dann vor allem auf die Dimension alltäglicher Lebenspraktiken angewandt und in das Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand im Nationalsozialismus bezogen, entwickelte sich die Definition von Alltagsgeschichte und Alltagskultur immer stärker hin zu dem gemeinsamen Verständnis eines Perspektivwechsels: der Betrachtung der Geschichte ausgehend von den Erfahrungen ihrer Akteure, der genauen Beobachtung der Details, des räumlichen und sozialen Umfeldes, und ihrer Inbeziehungsetzung mit gesellschaftlichen Prozessen (Lüdtke, 1989). Alltagsgeschichtliche Forschung und Arbeitspraxis bemühen sich, so die selbstgestellte Forderung, um die Einbeziehung der Erfahrungsdimension, sowohl der historischen Subjekte wie der Forscher, um Dichte der Beschreibung, sowie um die Herausarbeitung unmittelbarer Zusammenhänge mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Alltagsgeschichte und Alltagskultur sind also weit mehr als ein lebensweltliches Aperçu, als die Bereitstellung anschaulicher Belegstücke für historische Prozesse.

Zweitens: Das Museum ist als Institution in besonderer Weise geeignet, Fragen der Alltagskultur aufzugreifen: sein Metier sind die Gegenstände, die sogenannten historischen Sachzeugen, die als historische und kulturelle Zeugnisse unmittelbare sinnliche Anschauung vermitteln. Das Museum erfährt seine Spezifik durch eine Konzentration auf die Sicherung und Überlieferung der Sachkultur. Ich möchte an dieser Stelle als definitivisches Angebot formulieren: „... Gegenstände ihrem Zeugniswert entsprechend zu sammeln, zu erforschen, zu bewahren sowie sie unter wissenschaftlichen, kulturellen und didaktischen Gesichtspunkten auszustellen.“ (Deutscher Museumsbund, 1997) Eine Selbstverständlichkeit vielleicht, jedenfalls noch keine erreichte. Diese Arbeitsschwerpunkte unterscheiden das Museum von anderen Institutionen eines „gesellschaftlichen Gedächtnisses“ wie Archiven und Bibliotheken, als auch

von anderen Bildungsträgern. Durch seine Ausstellungen ermöglicht das Museum nicht nur die Begegnung mit authentischen Gegenständen, sondern stellt eine Kommunikationssituation der Besucher untereinander her.

Drittens schließlich zur zeitlichen Dimension: die DDR als Gegenstand von Museumsarbeit ist zunächst die historische, zeitlich abgeschlossene Epoche ihrer staatlichen Existenz, eingeschlossen ihre Vorgeschichte. Darüber hinaus ist sie auch Gegenwart, indem ihre lebensweltlichen, sozialen und mentalen Strukturen langzeitige Folgen aufweisen, die den Prozeß der deutschen Einheit auf längere Sicht begleiten werden und die auch die Arbeit eines Museums nachhaltig beeinflussen, das sich mit der Alltagskultur befaßt.

Es stellt sich also die Frage, was ein Museum der Alltagskultur der DDR im Rahmen seiner gesellschaftlichen Verantwortung leisten müßte, welche Anforderungen formuliert, welche Aufgaben ihm zugewiesen werden sollen. Ich sehe diese Anforderungen und Möglichkeiten in drei Bereichen:

- in der bewahrenden, archivalischen Funktion des Museums,
- in seinen partizipatorischen Möglichkeiten, und
- in seiner kommunikativen Funktion.

Grundlegend wird die Aufgabe des Museums zunächst mit der Sicherung und Bewahrung der materiellen Hinterlassenschaften zu beantworten sein, dem Rettungsgedanken, der es ermöglicht, die Objektkultur des Alltags langfristig auch in seiner historischen Dimension für Forschung und Bildung bereit zu halten. Das Museum leistet an dieser Stelle Grundlagenarbeit, in Parallelität und Ergänzung zu Archiven und Bibliotheken.

Zugleich greift es, gerade beim Thema Alltagskultur der DDR, in aktuelle Prozesse ein, indem es in seiner Sammlungstätigkeit den Prozeß der Auflösung einer materiellen Kultur gleichsam begleitet und daher unmittelbar an der Veränderung der Lebensverhältnisse beteiligt ist. Für jeden einzelnen ergeben sich daher partizipatorische Möglichkeiten bei der Verwirklichung eines gemeinsamen Ziels.

Drittens schließlich kann das Museum durch seine Ausstellungen die Auseinandersetzung der Menschen mit der lebensweltlichen Kultur befördern helfen. Gerade Ausstellungen sind aufgrund ihrer leichten Zugänglichkeit und ihrer thematischen Offenheit geeignet, einen dialogischen Prozeß zwischen Besucher und Gegenstand, sowie aufgrund der Besuchsgewohnheiten in Ausstellungen eine Kommunikation zwischen den Besuchern hervorzurufen.

Diese Anforderungen sind in das Konzept des „Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR“ eingeflossen. Ausgangspunkt war die vielen sicher noch in Erinnerung befindliche Beobachtung des rasanten Verschwindens und Verfalls der Objekte des DDR-Alltags, der sich bei wiederholten Besuchen in der sich auflösenden DDR und in den Jahren 1990/91 rasch einstellte. Die Frage, was von diesen Dingen erhalten bleiben würde und wie man sich die DDR in einem Abstand von bereits zehn oder zwanzig Jahren bildlich würde vorstellen

können, erschien gravierend, und es lag auf der Hand, ein Museum mit der Aufgabe des Erhalts zu betrauen.

Allein die Dynamik des komplexen Prozesses der deutschen Einheit – die beinahe Gleichzeitigkeit des Verfalls der DDR als Staat, der Austausch der Güter des privaten Konsums, die Auflösung der Betriebe bzw. die Umstellung ihrer Produktion, die Auflösung gesellschaftlicher Institutionen – leitete eine teilweise Funktionslosigkeit der Objekte und deren Vernichtung oder Austausch ein.

Wollte man dem aus musealen und kulturhistorischen Erwägungen heraus vorbeugend begegnen, mußte die oft lange Phase der völligen Entwertung und anschließenden kulturellen Neubewertung der Objektkultur – Michael Fehr nennt dies die Müllphase der Objekte – diesen Prozessen angepaßt werden.

Da ein öffentliches Interesse an der Bewahrung der DDR-Alltagskultur während der ersten Zeit des Vereinigungsprozesses noch nicht erkennbar war, ist es als zugleich glücklicher Umstand und vorausschauende Initiative hervorzuheben, daß die Stadt Eisenhüttenstadt sich des Thema annahm und 1993 die Gründung eines Dokumentationszentrums für die DDR-Alltagskultur beschloß.

Seit Sommer 1993 befaßt sich das Dokumentationszentrum also mit der Alltagskultur der DDR. Die Konzeption dieses Museums geht von einer engen Zusammenarbeit mit der Bevölkerung aus, die sich auf mehreren Ebenen vollzieht.

Zunächst erwirbt das Dokumentationszentrum seine Sammlungen durch Spenden aus der Bevölkerung. Indem es verdeutlicht, daß die Alltagskultur der DDR Teil eines umfassenderen geschichtlichen Prozesses ist und bewahrt werden sollte, tritt es für die Breite historischer Beschäftigung mit dem östlichen Teil Deutschlands ein und wirbt zugleich für eine Beteiligung vieler am Aufbau des Museums.

Die Gründe für ein solches Vorgehen sind sowohl wissenschaftliche wie gesellschaftliche: Nach wie vor ist die Zahl alltagsgeschichtlicher und sozialhistorischer Forschungen über die DDR gering gegenüber den auf das politische System orientierten. Die 1993 im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ erstellte Übersicht über laufende DDR-Forschungen hat das eindrucksvoll belegt und es dürfte sich an der eindeutigen Verteilung der Forschungsvorhaben bis heute nicht grundsätzliches geändert haben.

Das Dokumentationszentrum Alltagskultur möchte daher für die alltags- und sozialgeschichtliche Forschung Impulse geben und zugleich durch seine Sammlungen dazu anregen, die Ebene der Sachkultur in diese Forschungen einzubeziehen – viele Fragen ergeben sich nicht aus der schriftlichen Überlieferung, sondern aus den materiellen Sachzeugen, aus dem Zusammenhang von Lebensalltag und Politik, aus den Zeichen und kleinen Unterschieden (Bour-

die), die den Dingen anhaften. Durch eine fachgerechte, wissenschaftliche Dokumentation soll die materielle Kultur für Wissenschaft und Forschung zugänglich gemacht werden. Daß intensive Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen gesucht werden müssen, liegt auf der Hand.

Ein weiterer Grund ist ein museumsgeschichtlicher: es gibt in Deutschland eine große Zahl von Museen, die sich mit der Lebensweise der Menschen beschäftigen. Diese zum großen Teil volkskundlich ausgerichteten Museen haben heute große Probleme, Alltagskultur und Lebensweise von Unterschichten – man könnte erweitert sagen: der nicht gesellschaftstragenden Gruppen – bereits im 19. Jahrhundert darzustellen. Dies liegt zum einen in der Sammlungsstrategie der Museen begründet, die sich eher für bürgerliche als für Arbeiterkultur, eher für bäuerliche Kultur als für die der Landarbeiter interessierten. Natürlich müßten Fragen des Kulturbegriffs in den Museen sehr viel differenzierter diskutiert werden, aber im Ergebnis bleiben historisch begründete Defizite festzuhalten, denen mit der Aufmerksamkeit gegenüber der Alltagskultur unserer Tage begegnet werden soll. Es muß also in unserem Interesse liegen, die historische Sachkultur in einer vorurteilsfreien Breite zu dokumentieren, die spätere schmerzlich empfundene Lücken zu vermeiden sucht.

Alltagskultur und Alltagsgeschichte sind zu wesentlichen Teilen durch mündliche Tradierung bestimmt. Erfahrungen, Kenntnisse und ihre interpretatorische Einordnung in gesellschaftliche Zusammenhänge finden sich auf unserem Arbeitsgebiet nur zum Teil in schriftlichen Quellen wieder, gerade wenn es um lebensweltliche Zusammenhänge geht. Das Konzept des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR sieht deshalb die Einbeziehung mündlicher Geschichte in die Museumsarbeit vor. Die Gegenstände sprechen nicht aus sich selbst heraus, sondern sie bedürfen der Erläuterung; bezogen auf alltagskulturelle Objekte bedeutet dies, den Berichten und Erzählungen der Produzenten und Nutzer der Dinge große Aufmerksamkeit zu widmen.

Dies verweist auf die Bedeutung der erfahrungsgeschichtlichen Dimension der Geschichte in der Museumsarbeit. Beinahe jedes Museumsobjekt beinhaltet diesen erfahrungsgeschichtlichen Hintergrund: gemeint sind Fragen nach den Begleitumständen von Produktion und Erwerb, nach Preisen und Kaufanlaß, nach Verfügbarkeit und Mangel, nach Funktionstüchtigkeit und Nutzung. Ausgehend von einem einzigen, zunächst möglicherweise banal erscheinenden Gegenstand kann sich ein lebensweltlicher Kosmos erschließen, der ebenso private wie gesellschaftliche, alltagsgeschichtliche wie politische Dimensionen enthält. Dies gilt nicht nur für den einzelnen Gegenstand, sondern genauso für Konvolute, in denen diese Zusammenhänge noch dichter zum Ausdruck kommen können.

Die Zusammenarbeit des Dokumentationszentrums mit der Bevölkerung ist unter diesen Gesichtspunkten von entscheidender Bedeutung. Der überwiegende Teil der bislang etwa 35.000 Sammlungsgegenstände ist auf dem Wege der privaten Spende an das Museum gelangt. Dies mag nicht nur als Ausdruck des Vertrauens gewertet werden und an die alte bürgerschaftliche Tradition der

gemeinsamen Verantwortung für das Museum als Kultureinrichtung erinnern, sondern bietet durch den persönlichen Kontakt mit vielen ehemaligen DDR-Bürgern die Möglichkeit, eine große Bandbreite von Erfahrungen kennenzulernen. Wir bitten deshalb diejenigen, die uns Gegenstände überlassen, um Interviews, in denen sie ihre Schenkung kommentieren.

Es liegt auf der Hand, daß die Dokumentierung dieser lebensweltlichen Hintergründe nicht durch den Ankauf ausgewählter Sachzeugen der Vergangenheit als reine Belegstücke für eine wie immer geartete historische Aussage erfolgen kann. Die Vorgehensweise des Dokumentationszentrums Alltagskultur unterscheidet sich von daher von der vieler anderer Museen. Dies scheint mir wesentlich, weil es sich vom Thema her eben nicht um eine rein historische Fragestellung handelt, sondern um einen immer noch virulenten gesellschaftlichen Prozeß.

In den bisherigen Ausführungen wurde viel zum Museum als Ort der Sammlung und Bewahrung gesagt. In der Tat liegt hierin ein Schwerpunkt der bisherigen Arbeit des Dokumentationszentrums Alltagskultur. Sammlungsarbeit, gerade in der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, bedeutet jedoch nicht allein die Vorbereitung späterer Aktivitäten von Forschung und Ausstellung, sondern vor allem einen gemeinsamen Prozeß historischer Arbeit. Sie ist Teil historischer Reflexion und öffentlicher Wirkung.

Unter dem Aspekt des Titels, den Sie Ihrer Arbeit gegeben haben, „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, soll deshalb auf die begleitende Unterstützung bei der Verarbeitung der Erfahrungen aus der DDR-Zeit hingewiesen werden, die das Dokumentationszentrum leisten will. Die Beschäftigung mit der Geschichte des alltäglichen Lebens in der DDR erscheint langfristig als stabilisierendes Moment in einer labilen Lebensphase. Das Dokumentationszentrum Alltagskultur mag für eine historische Orientierung Ort und Anlaß bieten, „lieu de mémoire“, einen Ort der Erinnerung, wie ihn Pierre Nora in seinen unterschiedlichen Dimensionen des Museums benannt hat.

Ein solcher Ort der Erinnerung ist zunächst die Stadt selbst. Gerade Eisenhüttenstadt ist aufgrund seiner Geschichte geeignet, auf idealtypische Vorstellungen einerseits, auf Realitäten der Entwicklung der DDR andererseits aufmerksam zu machen.

Insbesondere gilt dies jedoch für die Ausstellungen, durch die das Dokumentationszentrum seinen Aufbau begleitet. Sie sind unter dem Aspekt der Rechenschaft gegenüber Öffentlichkeit und Schenkern konzipiert, vor allem jedoch unter dem Aspekt des Gesprächsanlasses, des Meinungsaustausches. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß das Ausstellungspublikum, das sich aus Ost- wie Westdeutschen zusammensetzt, durch die Konfrontation mit den alltagskulturellen Objekten zu sehr kontroversen Meinungsäußerungen veranlaßt sieht. Die Dinge des Alltags provozieren Erinnerung, die in der Ausstellung

zwischen den Besuchern ausgetauscht wird, zwischen Ost und West wie zwischen den Generationen.

Wir haben uns bewußt für einen Ausstellungstyp entschieden, der die Kommunikationssituation in den Vordergrund stellt, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine vor allem auf Information orientierte Ausstellung sich noch nicht auf einen abgerundeten Kenntnisstand über die DDR und ihre Alltagsgeschichte stützen kann. Wir plädieren für eine weit gefaßte Offenheit, die natürlich sowohl Chancen wie Probleme birgt. Niemand kann dem Ausstellungsbesucher verwehren, bei einem einfachen „das kenne ich auch“ zu verharren, niemand sollte gezwungen werden, sich didaktisch geleitet zu einem Vermittlungsziel führen zu lassen.

Die Chancen bestehen in der Gelegenheit zur Reflexion und Diskussion. Gerade die Alltagskultur bietet die Möglichkeit eines unvoreingenommenen Zugangs zur Geschichte, der vom Lebensweltlichen zum Politischen geht und dies miteinander verbindet, der damit auch Blockaden aufbrechen kann, individuelle Erfahrungen mit Dimensionen der DDR-Gesellschaft verknüpft. Auch hierin scheinen mir wesentliche Handlungsmöglichkeiten des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR zu liegen. Was wir anstreben, ist ein Dokumentationszentrum für die Alltagskultur der DDR als Ort des sozialen Gedächtnisses. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vielen Dank, Herr Ludwig, insbesondere für Ihre Hinweise auf die Fragestellung unserer Kommission, ob das, was wir an Erfahrung in der Kommission sammeln, in den Prozeß der Vereinigung eingebracht werden kann. Meine Damen und Herren, wir sind jetzt mit einer kurzen Verspätung an dem Tagesordnungspunkt „Pause“ angelangt, und wir wollen diese Pause auch einhalten.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben jetzt eine gute Stunde Zeit, um nachzufragen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Die ersten vier Vortragenden sind uns dabei behilflich gewesen, uns dem Thema nicht nur zu nähern, sondern mitten drin zu sein. Es liegen eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Ich möchte zunächst dem Professor Wilke das Wort geben.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Eine der Zentralfragen, wie Kollege Faulenbach ausgeführt hat, behandelte das Problem der Reichweite der Diktatur. Wie weit konnte die SED ihren totalitären Willen in der Gesellschaft der DDR durchsetzen, und in welchen Fällen hat das Alltagsleben, und da hat er auch das Nötige gesagt, nämlich das sich dieses eigentlich der wissenschaftlichen Theoriebildung entzieht. Wird dieses Alltagsleben, dieser totalitäre Gestaltungswillen der außer Zweifel steht, umgebogen? Wie weit sind Kompromisse seitens der Herrschenden notwendig gewesen, und sei es nur in der Deckenhöhe in dem Aufbau von Stalinstadt, wo der Generalsekretär 53 sagte: „30 cm höher bauen“. Was mich aber bei der Angelegenheit auch im Blick auf den

deutschen Vereinigungsprozeß vor allem noch einmal interessieren würde, ist, daß in Ihren Ausführungen die genaue Bestimmung des Charakters der SED-Diktatur nicht vorgenommen wird. Wenn man, und Sie haben ja viel über die NS-Diktatur gearbeitet, die den nationalsozialistischen Führerstaat mit dem diktatorischen Regime der SED vergleicht, so fallen ja ein paar Merkmale sofort ins Auge, über die aber merkwürdigerweise gerade in diesem Feld Alltagsleben nicht gesprochen wird. Und das heißt, die sowjetische Abhängigkeit. Die Art und Weise der Inthronisierung der Moskauer Kader der SED durch die sowjetische Sieger- und Besatzungsmacht, das ist mittlerweile geklärt und auch erforscht, und diese diktatorische Macht begann ja sofort mit der Umerziehung und Ausrichtung der Deutschen auf die sowjetischen imperialen Interessen. Sie hatten ja ein umfassendes Umerziehungsprogramm im Gepäck, daß, wenn man es grob vereinfacht, auf die Integration nationaler deutscher Tradition im sowjetischen Interesse oder in großrussischem Interesse, hinauslief. Und es hat ja auch dazu geführt, daß Russischunterricht und anderes mehr eingeführt wurde. Aber zu den Befunden über die Wirksamkeit des Russischerwerbs gehört ja auch, daß zwar alle russisch lernen mußten, aber niemand russisch spricht. Ein letztes in diesem Zusammenhang. Wie ist diese, man muß es glaube ich so sagen, sklavische Abhängigkeit von der sowjetischen Vormacht, die das Verhalten der SED-Diktatur bis Mitte/Ende der 80er Jahre geprägt hat, zu bewerten? Wie ist das vermittelt worden, mit dem Alltag der DDR, das habe ich schon angemerkt, und was bedeutete diese Abhängigkeit im Bezug auf die doppelte Diktaturgeschichte? Wie würden Sie da die Unterschiede zwischen dem nationalsozialistischen Führerstaat und der SED-Diktatur qualifizieren? Danke!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als nächster der Kollege Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Mein Problem liegt an der Stelle, daß ich mich frage, was haben wir für den Prozeß der deutschen Einheit als Politik aus dem zu lernen was an Befunden ermittelt worden ist, oder was noch ermittelt wird? Müssen wir auf Erfahrungen aus der ehemaligen DDR, die die Bevölkerung ja hatte, noch längere Zeit besondere Rücksicht nehmen? Denn diese Frage muß sich die Politik stellen, und sie muß sich da beraten lassen von denen, die die Befunde erheben. Das ist die generelle Anfrage, die ich an alle Referenten stellen würde. Das zweite, ich glaube nur bei Herrn Faulenbach gehört zu haben, daß er auf verwandtschaftliche Beeinflussungen eingegangen ist. Aber das auch nur sehr kurz, wobei nicht ganz deutlich für mich war, ob er jetzt die verwandtschaftlichen Beeinflussungen meint, die zwischen Ost und West gingen, oder die innerhalb Ostdeutschlands. Deswegen würde ich speziell mal nach diesem Teilaspekt fragen. Das hängt natürlich mit meiner Biographie zusammen, weil ich ein Ost-West-Produkt bin. Kann man generell für die Gesellschaft der ehemaligen DDR eine unterschiedliche Entwicklung in Familien feststellen, ich meine zwischen solchen, die die DDR sauber, also rein DDR gelebt haben, und solchen Familien, die ständig mit westlicher Beeinflussung lebten? Und in diesem Zusammenhang wäre dann der besondere Aspekt, inwieweit westliche Medien diese ge-

sellschaftlichen Beeinflussungen betrieben haben. Und das Dritte, gibt es bei den Untersuchungen Hinweise darauf, daß es regional unterschiedliche Auseinanderentwicklungen zwischen Ost und West noch von besonderer Art gegeben hat? Ich meine beispielsweise das Eisfeld, wo durch Aufrechterhaltung der Katholischen Kirche und ihrer Aktivität andere Entwicklungen beobachtet worden sind oder bis heute zu beobachten sind, als in anderen Regionen, wo die Kirche diese Einflußnahme nicht mehr halten können.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Der nächste wäre Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Wir haben heute vormittag meines Erachtens eindrucksvoll das Grunddilemma der Alltagsgeschichtsforschung vor Augen geführt bekommen. Und zwar der Alltagsgeschichtsforschung ganz generell, ob sie sich nun mit dem Mittelalter oder der DDR beschäftigt. Wir haben sehr viele Fragen, aber nur sehr wenige allgemeine, verallgemeinerungsfähige Befunde. Und deswegen sind natürlich auch die einzelnen Beiträge ganz unterschiedlich gewichtet und werfen auch ganz unterschiedliche Fragen auf, die man jetzt im einzelnen auch gar nicht alle andiskutieren kann. Ich will dennoch das Eingangsstatement von dem brandenburgischen Minister Herr Reiche nun auch wiederum so unkommentiert nicht stehen lassen. Ich glaube, daß die zwei prinzipiellen Mängel, die er formuliert hat, einmal den Mangel an Form, Farben und Design und einmal den Mangel an Geschwindigkeit, tatsächlich nur jemand als einen Grundmangel erkennen konnte, der des öfteren nach Westdeutschland fahren konnte. Und das konnte nun die Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht. Insofern schien mir das doch sehr atypisch zu sein, ein Wahrnehmungsmuster, das ganz objektiv für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung einfach nicht zutreffen kann. Jetzt habe ich ein paar ganz konkrete Fragen. Die erste Frage richtet sich an Herrn Faulenbach, würde sich zwar noch viel stärker an Kocka und Lüdtker richten, aber vielleicht können auch Sie mich darüber aufklären, da Sie ja diesen Begriff der durchherrschten Gesellschaft auch praktisch referierend eingeführt haben. Ist das nicht eigentlich nur ein Alternativbegriff, mit dem man letztendlich auch eine totalitäre Gesellschaft beschreiben müßte? Ist es nicht ein wissenschaftlich-taktisches Vorgehen? Die nächsten Fragen richten sich an Herrn Lindenberger. Gleich zu Beginn seines Referates stellte er fest, daß es in der Alltagsforschung niemals zu quantitativen Aussagen kommen könnte. Nun stellt sich für mich, wenn das tatsächlich so ist, die Frage, inwiefern kann man dann tatsächlich auch bestimmte Basisprozesse überhaupt auf den Begriff bekommen. Und hier schließt sich auch die Frage oder die Bemerkung an, in welchem Verhältnis denn tatsächlich heute Politik, Sozial- und Alltagsgeschichte stehen. Bis 1989 waren ja die Vertreter der Sozialgeschichte relativ davon überzeugt, daß politische Prozesse eine soziale Intendierung haben. Und nach 1989, nachdem auch die DDR-Gesellschaft als Forschungsfeld empirisch bearbeitet werden konnte, drehte sich das auf einmal um. Auf einmal stellten wir fest, daß bestimmte soziale Prozesse, man denke zum Beispiel nur an die Umwandlung in den Bildungsschichten, eine politische Intendierung haben; viel stärker als das in anderen Gesell-

schaften war. Mich würde jetzt mal interessieren, in welchem Zusammenhang sich die Alltagsgeschichte verorten könnte. Da schließt sich wiederum eine Frage an. Ich hatte bei Ihren Ausführungen ein bißchen das Thema der generationenspezifischen Alltagserfahrungen vermißt. Das hängt also mit dem zusammen, was ich eben sagte. Welche politischen Ereignisse haben eigentlich tatsächlich auch auf den Alltag der Leute eingewirkt? Stichwort 17. Juni, Stichwort Mauerbau, Stichwort Prag 68. Das fehlte mir alles ein bißchen, weil ich bisher auch immer den Eindruck hatte, daß das zwar politische Ereignisse waren, aber dennoch eine unglaublich hohe Wirkung auch für das Alltagsverhalten, für die mentale Verfassung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, einer bestimmten Generation hatte. Meine Frage: Inwiefern trägt mich erstens mein Eindruck, daß Ihre Fragestellung sehr stark vor allem auf die Arbeiterschaft und Städte orientiert ist, und zweitens, worin überhaupt Ihr empirischer Hintergrund besteht. Zum Schluß würde mich interessieren, Herr Ludwig, auf welcher finanziellen Grundlage sich Ihr Museum bewegt, und welche Perspektive Ihr Museum hat. Als wir gestern so durch Ihr Museum gingen, ist mir aufgefallen, daß sich dort zwar ein Großteil der ehemaligen materiellen Kultur der DDR versammelt hat, oder Sie es da zusammengesammelt haben, aber doch bestimmte Bereiche gänzlich fehlten. Zum Beispiel die ganze Frage der Militarisierung des DDR-Alltags, also Stichwort Kriegsspielzeug etc. Das fehlte alles total, und damit hängt eigentlich die Frage zusammen, inwiefern ein solches museales Konzept überhaupt in der Lage ist, auch die geistige Seite des DDR-Alltags, die mentale Seite seines Alltags, darzustellen. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: In der ersten Runde würde ich gerne noch zwei Meldungen berücksichtigen und dann den Referenten die Möglichkeit geben, zu antworten. Das wären Professor Jacobsen und Professor Mocek.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Lindenberger, ich habe eine konkrete Frage an Sie. Es ist zunächst einmal festzustellen daß wir natürlich am Anfang unserer Aussprache stehen. Noch verschiedene Beiträge werden uns über das im Mittelpunkt stehende Thema informieren. Und dennoch meine ich, daß wir rechtzeitig auch einmal über den nationalen Bereich oder den regionalen Bereich hinaus die Dinge mit in unsere Analyse einbeziehen müssen. Etwas davon hat mein Kollege Wilke schon angedeutet, nämlich die Überfremdung jenseits der Grenzen, also nicht nur von der Sowjetunion. Was im Hinblick auf die Bewältigung des DDR-Alltags und des Verhaltens von Menschen damals in einer SED-Diktatur zu berücksichtigen ist, ist das Zusammenleben, das Zusammentreffen mit den „sozialistischen Brüdern“. Hat diese multinationale Perspektive mit den „sozialistischen Brüdern“ zusammen etwas Neues, Revolutionäres aufzubauen, im Alltag eine Rolle gespielt? Wenn ja, in welchem Umfange? Ich denke vor allem an die unmittelbaren Nachbarn, Herr Lindenberger, also an die Polen und an die Tschechen. Es zeigt sich ja nun, – das muß man mit großem Bedauern wiederum herausstellen –, daß hier noch im Jahre 1997 große Schwierigkeiten bestehen. In dem Zusammenleben, in der Auseinandersetzung über das Vergangene – das brauche ich hier im einzelnen nicht weiter zu vertiefen, da jeder weiß, was darunter zu verstehen ist. Das ist

wahrscheinlich in der Tschechei sogar noch komplizierter als in Polen. Aber das hat doch auch eine Rolle im Alltag gespielt. Immer im Hinblick auf den Vergleich der Alltagssituation in der damaligen DDR, im Vergleich zu Polen, dem „sozialistischen Bruder“, und im Vergleich natürlich auch im Hinblick auf die reale Existenz in der Sowjetunion. Das wäre also zunächst einmal eine Frage, Herr Lindenberger. Gibt es da schon irgendeinen Befund, den wir auch in den Mittelpunkt stellen könnten? Das heißt im Hinblick auf unsere Empfehlungen? Darauf kommt es letzten Endes immer wieder an, so daß wir in der zweiten Kommission ein Schwergewicht vielleicht darauf setzen könnten? Alltagserfahrung im Umgang mit den Nachbarn, was müßte hier verbessert werden, vor allen Dingen auch angesichts dessen, was sich in den Jahren bis 1990/91 in der DDR, was Polen und die Tschechei angeht, abgespielt hat. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön Herr Professor Jacobsen, Herr Professor Mocek, bitte.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Professor Faulenbach hat die Kunst der Frage meisterhaft demonstriert und bei den Antworten den Mut zur Lücke gehabt. Und eine solche Frage möchte ich jetzt einmal aufgreifen und Sie bitten, die Antwort zu skizzieren. Sie fragten, ob Alltagsprobleme zur Delegitimation des SED-Regimes entscheidend beigetragen haben. Die meisten Ihrer Fragen ging ja in Richtung auf eine bejahende Antwort, aber das möchte ich hier eben mal erfragen. Wenn man das bejaht, dann hat das zwei Folgefragen. Ich behaupte, daß Alltag eben nicht nur eine Nische war, sondern aus sich heraus politisiert war? Würden Sie dem zustimmen? Zweitens, wie lange war denn die SED im Alltagsbewußtsein legitimiert? So Sie das nicht als Lapsus jetzt in der Diskussion negieren. An Herrn Maser habe ich die Frage, was der fünffache Mangel über 40 Jahre an den Menschen denn bewirkt, was er aus dem DDR-Bürger gemacht hat. Hat das spezifisch geprägt? Oder hat der Mangel eigentlich nur vorübergehende Handlungseinstellungen von Tag zu Tag dirigiert, aber eigentlich nicht einen Menschentyp geprägt. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank. Ich würde jetzt die Befragten bitten, all die Fragen zu beantworten, die an Sie gestellt sind. Der Einfachheit halber schlage ich vor, daß wir hier links außen bei Ihnen anfangen, Herr Dr. Lindenberger.

Dr. Thomas Lindenberger: Ich beginne mit der Frage von Herrn Vergin zu den regional unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb der DDR. Wenn man das alltagsgeschichtliche oder sozialgeschichtliche Programm ausarbeiten würde, wäre einer der wichtigsten Punkte gerade diese von der SED beanspruchte Homogenisierung, die jetzt in Erinnerungen noch mal ein Stück weit auflebt, auch durch historische Forschung zu konterkarieren. Ich kenne verschiedene Forschungsprojekte, wo die Spezifik einzelner Regionen unterhalb der Bezirksebene, wie sie infolge bestimmter Investitionsprogramme, von Zuwanderungsprozessen in der unmittelbaren Nachkriegszeit oder durch Aufrechterhalten von, wie Sie angeführt haben, religiös-konfessionellen Enklaven,

sehr schön deutlich wird. Wenn man so will, hat so etwas als ein Widerlager zum homogenisierenden Projekt der SED gewirkt. Von der SED selbst initiierte Wandlungsprozesse haben dann einer Region ein spezifisches Gepräge gegeben, das sie vom Rest der DDR absetzt. Wie uns in unserem Institut bei Forschungen aufgefallen ist, kann man z. B. für verschiedene ländliche Regionen feststellen, daß die sehr starken materiellen Degenerationserfahrungen der 80er Jahre, die vor allem in Städten spürbar waren, dort so nicht empfunden wurden, sondern daß dort viele „Dörfler“ mit relativ handfesten Argumenten und aus ihrer Biographie heraus zeigen können, wie sie eigentlich erst in den 80er Jahren bei einem gewissen Minimum an Wohlstand angekommen sind. Das gilt für ehemalige Landarbeiterinnen, die in der Industrie arbeiten konnten, das gilt zum Beispiel für solche Strukturen, wie ich sie geschildert habe, die mit einer gewissen Modernisierung in den 80er Jahren zusammenhängen. Und ich glaube derartige Befunde sollte man sammeln, um dieses sehr pauschale Bild von der DDR, wonach irgendwann ab Anfang, Mitte der 80er Jahre überall alles gleichmäßig zusammengebrochen sei, zu differenzieren. Das führte nämlich auch zu bestimmten Einstellungen, lokalem Stolz, lokaler Selbstbehauptungserfahrung, die noch mit in die 90er Jahre hineingetragen werden, und die dann auch wiederum die Demokratisierung von politischen Strukturen nicht unproblematisch machen, weil man dann sozusagen ein Stück weit auf seinem Besitzstand sitzt und den auch nicht durchlässiger machen will, zum Beispiel für Außenstehende.

Das führt mich auch zu dieser Frage von Herrn Jacobsen, die ich sehr wichtig und interessant finde: Zum einen könnte ich jetzt darauf verweisen, daß in Frankfurt/Oder an der Viadrina ein umfangreicheres Projekt über die Grenzregion und ihre Geschichte durchgeführt wird. Erste Forschungsergebnisse weisen in die Richtung, daß natürlich zwischen der offiziellen Völkerfreundschaftsretorik der SED und den tatsächlichen Möglichkeiten von Bürgern, davon selbst relativ eigenständig Gebrauch zu machen, immer eine Kluft herrschte, und daß entsprechende deutsch-polnische Begegnungen immer im Kampf gegen bürokratische und parteiamtliche Vorbehalte durchgeführt werden mußte. Das geht auch zusammen mit dem Befund, den ich schon als relativ allgemeingültig hinstellen möchte, über die minimalen Möglichkeiten durch „gesellschaftliche Aktivitäten“ im Nahbereich etwas verändern zu können, dort etwas in eigener Verantwortung „durchziehen“ zu können. Das war immer verbunden mit dieser strikten Abschließung des Bereichs, der überhaupt für den Einzelnen zugänglich und einflußbar war. Und das begünstigte von den Strukturen her nicht, daß man, wie man möglicherweise wollte, über die Grenze hinweg soziale Beziehungen aufbauen konnte. Wenn man die Erbschaft der DDR für die politische Kultur der neuen Bundesrepublik jetzt in diesen Regionen der früheren DDR werten und bilanzieren will und sich überlegt, was für Konsequenzen das hat, ist das meiner Meinung nach ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen erzeugten eine Art Parochialismus der kleinen Leute, und der kann sich, wo er überlebt hat, gegen Ausländer, gegen Angehörige anderer Nationalitäten genau

so richten wie die, die aus der nächsten Stadt kommen. Das sind Strukturen, die wir hier gerade in Brandenburg eher als auf dem Vormarsch befindlich wieder erleben, als daß sich da eine Art Lockerung der Verhältnisse ergeben hat.

Dann will ich noch kurz was sagen zum Problem „Verortung der Alltagsgeschichte“. Mit der Frage der Befunde und wie man zu konkreten Ergebnissen kommt, sind wir im Bereich von wissenschaftstheoretischen Erörterungen. Ich möchte mal als generelle Behauptung hinstellen, daß natürlich die Alltagsgeschichte insofern mit einem kritischen Impuls gegen ein bestimmtes Wissenschaftsverständnis angetreten ist, als daß sie gesagt hat, man kann nicht den gesamten historischen Prozeß auf eine eindeutige Kette von zentralen Daten und Ereignissen und Strukturen reduzieren, und sagen, an den drei, vier Umbruchsituationen hat sich sozusagen der ganze Rest entschieden. Von einem anderen Wissenschaftsverständnis her kann man auch sagen, man lernt sehr viel aus der Geschichte, wenn man in der Lage ist, ein differenziertes Tableau von verschiedenen Gemengelagen von Politik und Alltag zu erstellen, das sich nicht auf derart eindeutige Schlüsselereignisse oder Schlüsselbegriffe zurückführen läßt. Das ist in der Darstellung etwas umständlicher, ist auch in der Aneignung etwas umständlicher, aber ich glaube, die Verhältnisse, gerade was jetzt das „Nachleben“ der DDR betrifft, sind so kompliziert. Wir werden da keinen glatten Schnitt finden, wo wir dann mit drei Handgriffen das ganze Problem darstellen können. Es ist eine Frage von wissenschaftstheoretischen Überlegungen, wie man überhaupt Geschichte als historischen Prozeß darstellen soll. Und bei Alltagsgeschichte wird das etwas mehr in der Art von feinen Abstufungen, grau in grau, getan, und nicht einfach durch die Benennung von drei, vier großen Ereignissen, die einem den Schlüssel oder den Zugang zu den letzten 40 Jahren geben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Lindenberger. Jetzt bitte Professor Faulenbach.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, das war eine ganze Reihe von Fragen, die sich zwar berühren, aber keineswegs kumulativ behandelt werden können. Ich muß sie deshalb der Reihe nach abarbeiten. Zunächst zur Frage von Kowalczyk. Das liegt meines Erachtens zu einem Teil an der Tatsache, daß wir uns nach 1989/90 zunächst einmal bemüht haben, Fragen des politischen Systems und der politischen Verantwortlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Wir haben uns vorrangig mit Tätern und Opfern beschäftigt. Sozialgeschichtliche Fragestellungen haben wir zwar zum Teil schon gesehen, sind in dieser Richtung im Aufarbeitungsprozeß jedoch noch keineswegs weit vorangeschritten. Ich sehe da einen ausgesprochenen Forschungsbedarf, so daß sich gegenwärtig vielfach nur Hypothesen formulieren lassen, doch keine tragfähigen Antworten. Natürlich hat Herr Lindenberger Recht, daß Alltag eine Kategorie ist, bei der man schon sehr viele Studien braucht, um auf einer höheren Ebene wieder zu einer Synthese zu kommen. So weit sind wir im Forschungsprozeß gegenwärtig vielfach noch nicht.

Sie haben weiter nach der „durchherrschten Gesellschaft“ gefragt. Man mag über die Wortbildung geteilter Meinung sein, doch ist diese Begriffsbildung der Versuch zu sagen, daß die DDR-Gesellschaft nicht ausschließlich Ausfluß des Parteiwillens war. Die SED hat starken Einfluß gehabt, sie hat die Gesellschaft geprägt, sie hat versucht, sie zu „durchherrschen“, aber es gab daneben durchaus Phänomene, die nicht einfach als Ausfluß der Politik der SED begriffen werden können. Deshalb „Durchherrschung“ der Gesellschaft: die DDR-Gesellschaft war nicht ausschließlich eine Funktion des SED-Systems, obgleich der Parteiwille die Gesellschaft durchdrang. Vielleicht haben wir andere Begriffe zu finden, doch entspricht der Begriff dem gegenwärtigen Diskussionsstand, nach dem wir sagen können: manches war nicht unmittelbar vom Parteiwillen her ableitbar. Vergegenwärtigen wir uns doch die Situation 89/90. Diese Prozesse müssen ja eine Vorgeschichte und Ursachen haben, es müssen Potentiale dagewesen sein, die sich vorher gebildet haben, damit es zu diesen Vorgängen im Herbst 89 kam. Auch in den Verhaltensmustern der Menschen müssen Prägungen vorhanden gewesen sein, die nicht ohne weiteres vom Parteiwillen ableitbar sind, vielmehr sich allenfalls in einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem gebildet haben können.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Kowalczyk, bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczyk: Ich habe ganz bewußt nach dem Unterschied zu dem Begriff der totalitären Gesellschaft nachfragen wollen. Jetzt frage ich noch konkreter, wo der Unterschied der totalitär verfaßten Gesellschaft zu dem Begriff liegt, den Ludz in den 60er Jahren einführte.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Im Vergleich zum Totalitarismus-Begriff wäre der Begriff „durchherrschte Gesellschaft“ eine offenere Begriffsbildung, die die Hypothese enthält, die ich versucht habe zu benennen. Die Totalitarismustheorie neigt in den konkreten Ausformungen dazu, die Gesellschaften praktisch als Resultat eines totalitären Willens zu sehen. Wir sind bei der Erforschung des Nationalsozialismus, auch anderer Systeme, zu dem Ergebnis gekommen, daß der politische Wille totalitärer Herrschaft in der Gesellschaft teilweise gebrochen wird. Im Dritten Reich liefen in der Gesellschaft Prozesse ab, die vom politischen System nicht von vornherein geplant waren. Wir können dieses auch bezogen auf die Sowjetunion und auch auf die DDR sagen. In diesem Sinne möchte ich diesen Begriff bringen. Man kann, lieber Kollege Jacobsen, nach einem noch besseren Begriff suchen. Ich verwende ihn so lange, bis wir nicht einen treffenderen entwickelt haben.

Zweite Bemerkung, Kollege Wilke; die Rolle der Sowjetunion, keine Frage, ist von vielen Menschen über lange Zeit im Alltag mehr oder weniger als die einer Besatzungsmacht empfunden worden, die Unterschiede zum Westen sind offensichtlich. Die Distanzen zwischen den Sowjetmenschen und der Bevölkerung waren trotz der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ und ähnlicher Einrichtungen wohl beträchtlich. Die Hypothese, daß die Sowjetunion die ganze Zeit über den Charakter einer Besatzungsmacht nicht völlig los geworden ist, scheint begründet. Auf dem Hintergrund der Distanzen können

wir als Historiker sagen, daß der „Verwestlichung“ der westdeutschen Gesellschaft keine vergleichbare „Veröstlichung“ der östlichen Gesellschaft entspricht. Ich möchte im übrigen hier ungerne in eine Systemvergleichsdebatte eintreten, die sollten wir bei anderer Gelegenheit führen. Die Frage des Aufeinanderfolgens verschiedener Systeme ist natürlich für die Gesellschaft, auch auf der Ebene des Alltags bedeutsam. Was bedeutet es über Epochengrenzen hinweg, daß die Menschen die gleichen geblieben sind: zwar brechen Weltbilder zusammen, doch bleiben Mentalitäten über Epochengrenzen erhalten. Das gilt für alle Gesellschaften, auch für die westlichen und läßt sich auch im Hinblick auf die Epochenwende von 1989/90 sagen. Mentalitätswandel vollzieht sich in längeren Prozessen. Bezogen auf die SBZ/DDR nach 1945 bedeutet dies, daß das SED-System zwar von seinem Selbstverständnis her konträr zum NS-System stand, gleichwohl an bestimmte Verhaltensmuster im Nationalsozialismus angeknüpft hat. Die SED hat bestimmte Orientierungen obrigkeitlicher autoritärer Art und andere genutzt. Daß auch in der Sicht der Bevölkerung die Systeme nicht so unterschiedlich waren, haben schon Niethammer und seine Mitarbeiter vor der „Wende“ festgestellt: die ältere Generation verwechselte manchmal die Begriffe für Großorganisation der NS-Zeit und der Nachkriegsperiode, was darauf hindeuten könnte, daß in durchorganisierten Gesellschaften mit großen Massenorganisationen die Alltagserfahrungen einander teilweise ähneln. Die Frage nach der Kontinuität in den mentalen Verhaltensmustern ist selbstverständlich auch für den Westen über die Zäsur von 1945 hinweg relevant; sie ist vielfältig diskutiert worden. Vieles spricht dafür, daß manches sich auch in Westdeutschland erst in den 60er und 70er Jahren verändert hat; die Veränderungen vollzogen sich in einem längeren Prozeß.

Dann zu der Frage von Herrn Mocek zum Zusammenhang von Alltagsproblemen und Legitimationsproblematik. Natürlich haben die Rahmenbedingungen, die normative Kraft des Faktischen, für das SED-System eine wichtige Rolle gespielt. Was die Relevanz der Alltagsfragen angeht, so waren sie für das System so wichtig, daß auch sehr konkrete Fragen dieser Art im Politbüro behandelt wurden. Vieles hat ja nicht funktioniert, so daß in den 80er Jahren der Eindruck allgemeiner Stagnation, auch in der Alltagswirklichkeit entstand. Die Frage der Zukunftsfähigkeit dieses Systems ist auf diesem Hintergrund für manche zu einem Problem geworden. Insofern haben Alltagsfragen im Prozeß der Destruktion des SED-Systems eine Rolle gespielt. Und diejenigen in Westdeutschland, die mit Hinweis auf die Bananen sich über DDR-Verhaltensmuster lustig gemacht haben, verkannten, daß die Frage des Lebensstandards eine absolut „legitime Frage“ ist. Ein System, das bestimmte als wichtig betrachtete Bedürfnisse nicht erfüllt, kann die Frage nach alternativen Systemen nahelegen, seine Legitimität kann gefährdet sein. Das System im Westen schien jedenfalls bestimmte Leistungen zu erfüllen, die das System der SED nicht erfüllte. Als Ende 89 die Situation vergleichsweise offen war, da schlug der Ruf „Wir sind das Volk“ in „wir sind *ein* Volk“ um. Nochmals: aus der Alltagssituation gespeiste Beweggründe für den Systemwechsel waren keineswegs illegitim.

Verwandtschaftsbeziehungen und andere Beziehungen spielten im Geflecht der DDR eine erhebliche Rolle als System gegenseitiger Hilfe. Auch der Kommunikationszusammenhang mit dem Westen war ein bedeutender Faktor, auch aus der Sicht des Systems, das Westverwandte als „Risiko“ betrachtete. Übrigens waren die Verwandtschaftsbeziehungen auch für den Westen bedeutsam: Große Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik, die keine Verwandten in der DDR hatten, wußten von der DDR sehr viel weniger als diejenigen, die Verwandte hatten. Möglichkeiten, sich gegenseitig zu besuchen, haben erheblich zur Kommunikation, zu Verbindungen und Verbundenheit, auch zum Zusammenhalt der Nation beigetragen. Insofern sind die verwandtschaftlichen Beziehungen ein bedeutender Faktor in den Ost/Westbeziehungen gewesen. Schließlich, was die Medien angeht, Fernsehen und Radio waren überaus bedeutsam. 1988 hörte ich in Thüringen von mir ganz unbekanntem Sendungen des Hessischen Rundfunks, die offenbar regelmäßig gehört wurden. Aus dem Deutschlandfunk und von anderen Sendern wurden bestimmte Informationen bezogen. Wesentliche Teile der Bevölkerung nahmen mehr oder weniger an dem Geschehen in der Bundesrepublik teil.

Auf die letzte Frage, was wir im Hinblick auf die Gegenwart zu folgern haben, werden wir in der Schlußdiskussion sicher noch eingehen. Hier nur dies: Es geht zunächst einmal darum, den jeweiligen Alltag mit seinen Erfahrungen kennenzulernen und über die Bedeutung dieser Erfahrungen zu reden. Zu lernen, die Erfahrungen der anderen zu respektieren, dürfte bedeutsam sein. Schönen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Ich bitte alle, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir noch 25 Minuten haben für die Antworten auf die gestellten Fragen und für die noch zu stellenden Fragen. Darum würde ich gerne mit Ihrem Einverständnis fragen wollen, ob sich noch jemand auf die Rednerliste einschreiben möchte, oder sonst die Rednerliste schließen und dem Professor Maser das Wort geben.

Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte zunächst ganz kurz noch einmal etwas zum Begriff der durchherrschten Gesellschaft sagen, über den ja nun schon einiges in der Diskussion gesagt wurde. Man muß sich natürlich fragen: Mit welcher Absicht wurde ein solcher Begriff in die Debatte eingeführt? Was soll er leisten? Was soll er möglicherweise auch ausschließen? Daß es auch im totalitären System immer Winkel, Ecken, Schichten usw. gegeben hat, wo die Anforderungen nicht hundertprozentig erfüllt wurden, ist eigentlich eine Banalität. Bei der Beschreibung des Alltags im Rahmen einer totalitären Gesellschaft geht es doch immer darum, inwieweit das Verhalten der Menschen nach außen und innen, insbesondere aber gegenüber den Machthabern, in unterschiedlichen Erscheinungsformen bestimmt, verpflichtet und geprägt wurde. Das alles ist Leben und Alltag: der Karnickelzüchterverein, die Kirchengemeinde und dies und das bis hin zu Familie, Freundschaft, Nachbarschaft. Aber so allgemein gebraucht ist der Begriff nicht ausgesprochen erkenntnisfördernd.

Herr Kollege Mocek hat danach gefragt, wie das weiterwirkt und wie das spezifisch geprägt hat. Und Herr Kollege Faulenbach hat eben über die Schwierigkeiten gesprochen, die wir mit diesen Nachwirkungen haben. Ich schaue die ganze Zeit auf die Wand gegenüber, die für das Publikum also die Rückwand ist. Dort kann man gerade eben noch sehen, daß da einst ein großes Bild in der Mitte gehangen hat. Ich überlege mir: Wer wird da wohl dargestellt gewesen sein? Ich weiß nicht, ob über den Türen möglicherweise nur banale Lautsprecher gehangen haben oder vielleicht kleinere Bilder neben dem großen in Mitte. Irgendwie ist diese Wand für mich ein Symbol dafür, wie der Alltag der für uns langsam zum Schatten wird. Wir müssen uns heute fragen: Was bedeuten uns diese Schatten? Wie wirken sie in unsere Gegenwart noch immer hinein? Ich glaube, um das hier so etwas thesenhaft und einfach zu sagen: Wenn die DDR hier als materielle Mangelgesellschaft beschrieben worden ist, dann dürften zu den prägenden Folgen auch zunächst der Kaufrausch nach der Währungsunion und dann die bis heute anhaltende Verunsicherung in der Konsumgesellschaft gehören, die großen Schwierigkeiten also, sich in dem Überangebot der Überflußgesellschaft zu orientieren, damit umzugehen und eine gewisse Gelassenheit zu entwickeln – das wird alles Zeit brauchen. Das sind Auswirkungen und Nachwirkungen der DDR-Mangelgesellschaft.

Das kann man natürlich auch noch auf einer ganz anderen Ebene beobachten, die meines Erachtens sehr viel schwieriger ist. Ich meine die Probleme im Umgang mit der Vielfalt der Demokratie, dem Pluralismus einer freien Gesellschaft und auch mit dem Rechtsstaat. Diese haben auch etwas damit zu tun, daß man es so ganz anders über Jahrzehnte hin erlebt hat. Auch diejenigen, die die totalitäre Durchherrschaft zunächst als Zumutung empfunden haben, nehmen inzwischen das Angebot der Freiheit als Anstrengung wahr, mit der sich nicht gut umgehen läßt. Das hat auch etwas mit dem Problem der Konfliktfähigkeit zu tun. Wenn Anpassung das einfachste Verfahren war, um den Anforderungen von außen her zu entsprechen, dann erlernte man nicht die Fähigkeit, Konflikte durchzuhalten, diese überhaupt erst einmal zu begreifen und sie dann auch durchzustehen.

Weiterwirkende Prägungen der Mangelgesellschaft und der Alltagswirklichkeit der DDR sehe ich auch im kulturellen Bereich. Auch hier gibt es das Problem des Überflusses, auch das des Überflusses an Informationen. Es ist ja nicht nur die Folge einer raffinierten Strategie irgendwelcher im Geheimen wirkenden Mächte, wenn sich die alten SED-Bezirkszeitungen in den neuen Bundesländern so glanzvoll gehalten haben. Das hat selbstverständlich auch damit zu tun, daß solche großen Zeitungen wie die FAZ, die Süddeutsche und welche man da auch immer nennen könnte mit ihrer Informationsfülle noch immer als Zumutung empfunden werden, mit der man noch nicht umgehen kann. Wobei ich zu allen diesen Beobachtungen auch dieses noch sagen möchte: In der wirklich jungen Generation der neuen Bundesländer sieht das alles schon wieder ein ganzes Stück anders aus!

Ein Wort noch zu den großen historischen Daten und deren Einfluß auf die einzelnen Lebensläufe, auf die Alltagserfahrungen der Einzelnen. Ich glaube schon, daß man es oft an einzelnen Daten festmachen kann und daß sich mit diesen oft eine grundlegende Veränderung des Lebensgefühls verbunden hat. 1953 wurde eben deutlich gemacht, daß das Regime im Ernstfall auch bereit ist, auf seine Menschen schießen zu lassen. Und jeder, der 1961 schon bewußt miterlebt hat, weiß, wie damals biographische Perspektiven in einer solch grundlegenden Weise verändert wurden, daß das bis ganz tief in den Alltag hineingewirkt hat. Bis 1961 sagten wir uns: „Herrgott, wenn du aus der Oberschule rausfliegst, ist das Problem ja nicht ein so wahnsinnig großes. Die Fahrkarte nach Berlin kostet ein paar Mark fünfzig, und dann geht es eben woanders weiter.“ Und dann war diese Aussicht plötzlich verschlossen! Und 1968 ist verbunden mit der Erfahrung einer grundlegenden, tiefen Enttäuschung darüber, daß auch dieser Versuch, einen Sozialismus mit menschlichem Anlitz zu verwirklichen, durch die Truppen des Warschauer Paktes abgebrochen wurde. Damals haben sich viele innerlich und äußerlich verabschiedet aus allem Mitdenken darüber, was aus dieser Gesellschaft noch werden könnte. Die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki hat dann wieder neue Perspektiven eröffnet. Wenn man die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR durchbuchstabiert, wird man dieses Datum mit hereinnehmen müssen. Da hat es für viele einen neuen Ansatzpunkt gegeben. Da konnte man mit der berühmten Ausgabe des Neuen Deutschland zu den Behörden hingehen und sagen, auch wenn man angebrüllt wurde: „Ja, ihr lieben Leute, auch ihr habt unterschrieben. Und ich bin ein Bürger dieses Staates, der das mit unterschrieben hat.“

Zu den weiterwirkenden Prägungen gehört zum Schluß auch, daß die Einschätzung des Sozialismus als prinzipielle Möglichkeit der Lösung gesellschaftlicher Probleme immer noch auch davon bestimmt wird, daß es in der DDR neben aller Abweisung des „realen Sozialismus“ auch eine verbreitete Hoffnung gegeben hat, irgendwie und auf irgendeine Weise müsse doch dieser Sozialismus „verbesserlich“ sein. Um diesen Begriff des „verbesserlichen Sozialismus“ aus allerlei Kirchenpapieren hier nochmals aufzunehmen: 1989/90 ist er zunächst einmal gewissermaßen beurlaubt worden, aber in dem Maße, in dem wir jetzt mit allen möglichen sozialen und sonstigen Problemen zu kämpfen haben, wirkt auch diese Prägung weiter. Es gibt durchaus ernstzunehmende Menschen, die erneut darüber nachzudenken versuchen.

Ein allerletztes noch: Auch in dem Umgang mit Lebensläufen, Berufsaussichten usw. sehe ich noch manche nachwirkenden Erscheinungen. Die 40jährige Prägung durch die DDR-übliche Berufslenkung hat im Blick auf die heute erforderliche Mobilität gewiß ihre Auswirkungen, wenn man sich etwa die Daten zur Lehrstellen- und Arbeitsplatzvermittlung anschaut. Das hat dann sehr viel damit zu tun, daß die Eltern derer, die heute Lehrlinge werden sollen, es eben gewohnt waren, ortsnah eine Berufsausbildung zugewiesen zu bekommen. Die neuen Anforderungen zu begreifen und aufzunehmen, das fällt dann einfach noch schwer.

Ich möchte zum Schluß sagen: Wir müssen bei allen unseren Betrachtungen auf dem Teppich bleiben! Wir sind im achten Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung. Wenn man sich einmal klar macht, was in dieser Zeit von den Menschen in den neuen Bundesländern politisch, moralisch und mental verlangt worden ist, dann soll man die Erwartungen und Forderungen auch nicht zu hoch spannen, sondern mit den Menschen rechnen, wie sie nun einmal sind. Daß die Dinge innerhalb dieses historisch so kurzen Zeitraumes, selbst im Rahmen einer Biographie kurzen Zeitraumes noch nicht zu Bestergebnissen geführt haben, darf uns doch nicht verwundern.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Ludwig bitte.

Andreas Ludwig: Ja, bei mir wird es etwas kürzer. Ich habe nur eine Frage zu beantworten. Zunächst die Nachfrage von Herrn Kowalczuk nach den Finanzen. Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR ist eine städtisch getragene und finanzierte Einrichtung, insofern, Sie kennen die öffentlichen Haushalte, mit äußerst knapper finanzieller Ausstattung. Es ist so, daß vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, aus finanziellen und in erster Linie aus personellen Gründen überhaupt noch nicht leistbar. Einiges von dem, was ich gesagt habe, ist deswegen Zukunftsmusik oder erst in Ansätzen realisiert. Wie man den Nachrichten entnehmen konnte, beschäftigen Sie sich sehr intensiv mit der Überlegung der Gründung einer Stiftung zur Bearbeitung der DDR-Geschichte. Aus unserer Sicht eines Museums kann ich diese Initiative nur sehr begrüßen, denn es würde einer Institution, nicht nur unserer, auch vielen anderen, helfen, mit den Ansprüchen, die an sie gestellt werden besser zurecht zu kommen und vor allem langfristig zu arbeiten. Die Fragen, die sich auf die gezeigten Inhalte der gestrigen Ausstellung bezogen: In der Tat ist diese Ausstellung – gemeint ist die Ausstellung „Offenes Depot“ – ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem vielen, was vorhanden ist. Sie haben gestern in massiver Drängung 4.000 Objekte gesehen, 35.000 sind ungefähr im Depot. Darunter befindet sich vieles, was politische Zusammenhänge direkt und indirekt erschließen läßt.

Die Frage nach der Militarisierung der Gesellschaft, die eine ganz zentrale ist, findet sich natürlich auch in der Objektwelt wieder. Und das ist nicht nur der Panzer oder das Armeefahrzeug, was im Kindergarten stand und dann je nach den ideologischen Schwerpunkten der Erzieher und Erzieherinnen im Erziehungsalltag eingesetzt oder nicht eingesetzt wurde, sondern sehr viel tiefgründiger auch in der Ausprägung bestimmter Gegenstandsgruppen in einer doch, stärker als im Westen, militarisierten Gesellschaft einfach vorhanden ist.

Die Frage der politischen Bedeutung der Alltagsobjekte, die dahinter steht, erschließt sich natürlich nicht so leicht, als wenn man Dokumente zum politischen Leben liest. Natürlich gibt es in den Sammlungen des Dokumentationszentrums hier neben anderen Museum direkt politische Dokumente, vom „Dokument“, d. h. dem Parteibuch, bis hin zur politischen Broschüre ist vieles da, aber wesentlich erscheint mir im Bereich der Alltagskultur nach den indirekten Hinweisen, nach den versteckten Hinweisen der Politisierung der DDR-Ge-

sellschaft zu fahnden, und auch nach der Selbstinterpretation dieses von den DDR-Bürgern durchaus als politisch und politisiert begriffenen Lebens zu suchen. Es ergeben sich viele Ansatzpunkte der Befragung und Selbstbefragung. Es kommt durchaus darauf an, in welchen Zusammenhängen Objekte an das Museum abgeliefert werden. Es ist ganz wichtig, ob man ein Paket mit Büchern aus dem Dietz-Verlag oder aus der Evangelischen Verlagsanstalt bekommt. Das sind ganz offensichtliche Hinweise. Es ist auch äußerst interessant, ein ganz landläufiges Geschäftsnotizbuch des Jahres 1990 zu erhalten, in dem nur eine einzige Eintragung drin steht: 29.01. – SED Kreisleitung. Offensichtlich hat dieser langfristig angesetzte Termin die Ereignisse nicht überstanden, und das Buch ist gleich mit der Wende abgeschafft worden. Es sind die feinen Unterschiede nach Bourdieu, die feinen Hinweise, denen man mit dem Umgang mit Dingen als Museums als Betrachter umgehen lernt. Schenkungen der Bevölkerung an das Museum sind Selbstaussagen massivster Art, eine Reminiszenz an die eigene Jugend, die als historisch bewahrenswert in ihrem Zeitgeist gilt, eine Dokumentation des beruflichen Alltags eines Menschen in gegenständlichen Zeugnissen, dokumentiert. Es ist oft eine Lebensbilanz, die dem Museum anvertraut wird, die natürlich auch früher als 1989 enden kann. In einem konkreten Fall ging es darum, daß jemand sein berufliches Programm der Erziehung zur Wohnkultur dem Museum übergeben hat. Dieses berufliche Leben bricht an diesem Punkt 1971 ab. Es heißt für uns zu fragen, was hat den Schenker bewogen, dort eine Zäsur in seinem beruflichen Leben zu sehen. Und wenn man weiß, daß er vorher eine kulturelle Zeitschrift geleitet hat, und hinterher in einer Normungsabteilung gelandet ist, dann ist das in der Tat eine sowohl alltagsgeschichtliche wie auch politikgeschichtliche Aussage, die allerdings erst aus den Objekten dekodiert werden muß.

Wenn Sie nach den Perspektiven der Arbeit im Dokumentationszentrum fragen, würde ich zwei Punkte wählen: Einmal die Wissenschaft als solide Gründung der Bearbeitung musealer Objekte. Hier besteht aus den genannten finanziellen Gründen ein erheblicher Nachholbedarf. Zum zweiten der Punkt des Experiments: Wenn ich träumen dürfte, würde ich mir vorstellen, daß ich ein Wissenschaftler, einen Museumsmenschen und einen Künstler ein halbes Jahr hier zu Gast hätte, um zu einem bestimmten Thema des DDR-Alltags ein halbes Jahr zusammen zu arbeiten, und dem Publikum eine Ausstellung, ein Produkt zur Diskussion vorstellen könnte, d. h. interdisziplinäre Arbeit in der Diskussion mit dem Menschen.

Alltagsgeschichte ist vor allem ein Perspektivwechsel, den ich im Augenblick für das Wesentliche halte. Darüber ist zu reden, sowohl von den Ostdeutschen wie auch von den Westdeutschen, und zwar nicht nur über jeweils das andere Land, sondern auch über das eigene. Deswegen ist Alltagsgeschichte auch als Diskussionsangebot der gegenseitigen Selbstverständigung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Ludwig. Der nächste ist Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe nur zwei Fragen bzw. Anmerkungen. Herr Lindenberger hat meines Erachtens zurecht darauf verwiesen, daß der Alltag mit der Politik verknüpft ist. Ich will noch weiter gehen und sagen, in diesem konkreten Fall ist Alltagsgeschichte nicht so starr von den Herrschaftsstrukturen abzugrenzen, wie das manchmal gemacht wird. Das hängt viel enger beisammen. Das zeigt sich an Beispielen, die ich bringen will. Das erste ist, Prof. Faulenbach verweist auf das Politbüro, Beschlüsse und Dokumente. Es ist ja hier Alltag nur unter dem Gesichtspunkt zu sehen, für die Führung, deren Methoden, daß sie die Wirtschaft voran bringen will. Das ist eine der drei Methoden, wenn man es generalisieren will. Das kann man Neutralisierung nennen. Neben der Repression, dem Zwang, und neben der ideologischen Indoktrination, ist das dritte Moment, zu versuchen – wie in anderen Systemen auch – einen möglichst großen Teil der Bevölkerung neutral zu halten, damit der nicht gegen das System eingestellt ist. Dazu brauche ich natürlich bestimmte Voraussetzungen, vor allem eine funktionierende Wirtschaft, die den Alltag erträglich macht. Und da das nie geklappt hat, war Neutralisierung immer ein Schwachpunkt. Daher ist auch von der Herrschaftsmethode her der Alltag ganz wichtig, aber im Sinne eben von: Wie kann ich hier eingreifen, diese Neutralisierung zu erreichen? Das zweite ist die Generationsspezifika. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist der objektive Befund. Selbstverständlich muß ich in verschiedenen Phasen auch sehen, daß der Alltag unterschiedlich ist. Die Überlebensfrage von 1945 bis 47 war in ganz Deutschland die gleiche, und sie hat natürlich den ganzen Alltag gleich gestaltet. Es kommt hinzu, daß das nicht das einzige war, sondern dann kommt das politische System, dann kommt die Besatzungsmacht mit ihrer rigiden Politik, die natürlich auch sofort auf diesen Alltag zurückwirkt. Es ist also ein mehrfaches, was man in dieser Phase sagen kann. In den 50er Jahren wird das anders. Also die frühe Hoffnung, im kulturellen Bereich, daß hier wirklich etwas Neues kommt, verschwindet in dem Maße, in dem diese Repression stärker wird. Und wenn man dann die 60er Jahre nimmt, wo in der Wirtschaft neue Hoffnungen geweckt werden, sieht das objektiv natürlich dann auch anders aus, wie etwa in den 80er Jahren, wo nur noch von der Substanz gelebt wurde, und das Ganze untergeht. Man kann das nicht an der Generation festmachen, man kann genauso zeigen, daß es objektive Gründe sind, die es zu berücksichtigen gilt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als nächster stehe ich auf der Frageliste. Ich möchte noch einmal nach dem von Ihnen gebrauchten Begriff „Erziehung“ nachfragen, Herr Dr. Lindenberger, zu der Bemerkung, daß die Regierenden versucht haben, die in der DDR Wohnenden zu erziehen. Ich hätte in diesem Zusammenhang an Sie und an Herrn Professor Maser eine Frage. Was bedeutet das für das Alltagsleben, für die Alltagserfahrung von Menschen, wenn Sie den Eindruck haben, sie werden da von Leuten regiert, die in der Position der alles besser Wissenden sind, Robert Havemann hat mal vom „Institut für ewige Wahrheiten“ gesprochen, und er hat damit eine bestimmte Gruppe von Menschen gemeint. Aber bezogen auf den wissenschaftlichen Anspruch, dem ideologischen Über- und Unterbau, hatte die SED-Führung die Überzeugung:

Wir haben die Erkenntnis der Geschichte begriffen, und wir können euch sagen, wie es weitergehen muß, damit wir alle glücklich werden können. Das ist aber nicht nur das Denken einer bestimmten Elite gewesen, die sich als Avantgarde ansah und bezeichnete, sondern mehr oder weniger intensiv auch das Bewußtsein von erheblichen Teilen der Mitglieder in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Und dann hat es die Dummerchen gegeben, im günstigsten Fall die Auszubildenden, die Schüler, die von dieser Avantgarde nun lernen können. Was hat denn das für das Verhältnis der beiden zu tun? Wie wirkt sich das auf die Menschen aus, auf die einen, die meinen: „Wir sind im Besitz der Wahrheit“, und auf die anderen, die dachten: „Wir sind im günstigsten Fall auf dem Wege dahin“. Was bedeutet das für heute? Mich würde interessieren, ob es da Erkenntnisse gibt. Der nächste ist der Herr Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Herr Vorsitzender, ich möchte auf ein spezifisches Problem kommen, das die deutsch-deutschen Verhältnisse betrifft. Wenn wir von Alltag reden, dann denken wir zuerst an die Bürger der ehemaligen DDR. Das sind eigentlich die, die dageblieben sind. Es sind ja über 3 Millionen in dieser Zeit gegangen. Das sind mehr als 15 Prozent der Bevölkerung. Wenn man nach der Alltagserfahrung fragt, darf man die keinesfalls vergessen. Die haben auch ihre Wahrnehmungen des Alltags gehabt. Das zweite ist die Frage: Was bedeutet das jetzt für die Forschung, für den Alltagszusammenhang? Was bedeutet der Weggang dieser 15 Prozent? Das sind ganz bestimmte Lebensgeschichten. Leute mit ganz bestimmten politischen Einstellungen und Erfahrungen sind weggegangen, und das bringt natürlich Brüche hinein. Ich habe Dörfer in Mecklenburg vor Augen, wo dann in den 50er Jahren durch Bauernlegen fast alle weggegangen sind. Das hat auf den Alltag grundlegend gewirkt, das hat einen ganz tiefen Einbruch hinterlassen, das ist nicht mehr die alte Kultur, diese ist zerbrochen. Das muß man auch für andere Bereiche ganz deutlich mit wahrnehmen. Das heißt, die DDR ist nicht nur das, was geblieben ist, sondern das andere, was gegangen ist, gehört dazu. Man muß das in Relation setzen, auch bei der Alltagserfahrung. Es sind da sozusagen Traditionszusammenhänge, Überlieferungen, Dinge zerbrochen. Und das kam hier bisher noch nicht so deutlich herüber, denn meines Erachtens gehört das natürlich zur politischen und der Repressionsgeschichte, aber das hat eine ganz enorme Bedeutung für die Wahrnehmung, wenn entsprechende kulturelle politische Eliten nicht mehr da sind, die mithelfen, die Wirklichkeit zu interpretieren, das Alltagsleben zu gestalten. Da geht Wichtiges verloren, und wenn dies durch ideologische Maßnahmen begleitet ist, die diese Tradition, diese Umfelder tabuisieren, dann geht noch mehr verloren. Und das ist eine Frage, was da an Immunisierung des SED-Regimes im Alltag auch noch bis heute übrig geblieben ist. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Der Letzte ist der Kollege Hilsberg. Bitte schön.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Herr Professor Maser, Sie haben eingangs gesagt, Mängel waren nur zu ertragen, weil es den anderen auch nicht besser ging. Ich will das mal hinterfragen. Ich glaube, daß das nicht reicht. Wir haben

es hier mit einem Erduldungsphänomen zu tun, man kann auch sagen, Anpassungsphänomen. Der Hintergrund war doch der, daß man nicht in der Situation war, Verantwortung für diesen Mangel zu tragen, weil man sich auch mit dem System selbstverständlich nicht identifizierte. Aber hatte dieser Umstand, daß man dafür eigentlich keine Verantwortung trug, nicht auch etwas Süßliches, Verführerisches an sich? Etwas, das das Leben in diesem System im Grunde genommen auch erträglich gemacht hat, indem man sich hervorragend tummeln konnte, man konnte seine Scherze, seine Witze darüber machen. Und man hat etwas ganz Wichtiges überhaupt nicht wahrgenommen, was in der offenen Gesellschaft zu einem verantwortlichen Bürger dazugehört, nämlich sich verantwortlich zu fühlen für diese Öffentlichkeit und für dieses System, was da sichtbar für alle den Bach herunterging. Die zweite Frage an Dr. Lindenberger: Wie verträgt es sich eigentlich, wenn Sie auf der einen Seite sagen, daß es in den 50er Jahren eine relativ höhere Identifikation mit dem System gegeben hat.

Zwischenruf: Dr. Thomas Lindenberger: Das habe ich nicht gesagt.

Sie relativierten aber an dieser Stelle. Ich habe es so empfunden. Aber ich will diese Frage auch von Gutzeit aufgreifen. Wir haben relativ hohe Auswanderungszahlen, 3 Millionen, die die DDR verlassen haben. Da kommt dann noch hinzu, daß ja der Wunsch nach einem Öffnen der Mauer auch gerade die junge Generation permanent begleitet hat, sie konnten sich nur selten artikulieren. Aber beispielsweise bei einer Demonstration anlässlich eines Rockkonzertes, das 1987/86 vor dem Berliner Reichstag erscholl, gab es Rufe: „Die Mauer muß weg!“ Das ist das eine, und die zweite Frage ist der autoritäre Anspruch, der Gestaltungsanspruch des Staates. Das stieß im gewissen Sinne in den 50er Jahren auch auf eine Erwartungshaltung. Wie verträgt sich das eigentlich mit den politischen Forderungen des Aufstands vom 17. Juni, die ja sehr deutlich in politischen Forderungen mündeten, nach freien Wahlen, nach demokratischen Grundrechten. Und solche Forderungen lassen sich nur vor dem Hintergrund verstehen, daß man eine solche Erwartungshaltung nicht hatte, sondern daß man sich emanzipieren will.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Herr Dr. Lindenberger, ich würde Sie bitten, zu beginnen.

Dr. Thomas Lindenberger: Wissenschaftler versichern die Akzeptanz der Tatsache, daß es so etwas wie ein Versorgungsprinzip gibt, und noch nicht den krassen Wechsel zum Marktprinzip, wo jeder auf sich selbst gestellt ist, um sich die alltäglichen Güter für seinen Bedarf zu besorgen. Das ist nicht identisch damit, daß man den Preis, den man politisch dafür zahlen sollte, in der DDR so akzeptiert hat. Der 17. Juni faßt die Verweigerung, diesen Preis zu zahlen, zusammen, weil die Leute gesagt haben, erstens stimmt das vorne und hinten nicht, auf der materiellen Seite, und zweitens, nicht unter diesen Bedingungen. Dadurch, daß in diesem Aufstand der Adressat so eindeutig die DDR-Regierung war, und die Reaktion der DDR-Regierung darauf in den Folgejahren ja durchaus die war, genau zu wissen, daß von dort aus, von der Versor-

gungsfrage her, das Staatsgefüge am stärksten bedroht werden konnte, hat sich dadurch natürlich eine solche gegenseitige Erwartungshaltung stabilisiert. Die Regierung war dafür zuständig, Verteilung zu organisieren. Das Versorgungs- oder Zuteilungsprinzip sollte als das Paradigma in allen materiellen Beziehungen der Gesellschaft das Marktprinzip stetig zurückdrängen. Was die Empfänglichkeit für dieses „Angebot“ betrifft, kann man dann durchaus differenzieren zum Beispiel zwischen städtischen Bevölkerungsteilen wie der Arbeiterschaft, und anderen, noch privatwirtschaftlich wirtschaftenden Bevölkerungsteilen, die das anders sahen, und die dann dementsprechend repressiv auch entweder aus dem Land getrieben wurden oder klein begeben mußten, bzw. so peu à peu reingedrängt wurden mit der Übergangsphase der einfachen LPG's Anfang der 60er Jahre. Für diese staatliche Versorgung war immer ein politischer Preis zu zahlen, und in den 50er Jahren wollte die Mehrheit der Bevölkerung diesen politischen Preis nicht zahlen.

Ich finde sehr gut die Frage von Herrn Gutzeit nach dem Alltag der Weggegangenen und den Auswirkungen, den sozialen Lücken, die durch ihren Weggang gerissen wurden. Wenn man lokale Mikrostudien macht, muß eigentlich jede Mikrostudie individuell auch von diesem Gesichtspunkt her ansetzen. Man wird das Gesicht bestimmter Dörfer, oder Stadtteile, oder Regionen nicht verstehen können, wenn man nicht genau weiß, in der und der Zeit ist eben eine bestimmte soziale Gruppe, sagen wir von Großbauern oder Mittelbauern, gegangen, die schon seit Jahrhunderten dieses Dorf oder diese Gegend geprägt haben, und danach war tabula rasa. Man konnte dann natürlich um so leichter die sozialistische Landwirtschaft einführen. Hingegen in anderen Gegenden haben sich die Strukturen eher gehalten, weil die nicht alle auf einmal weggegangen sind, weil bestimmte Dinge sie auch noch zusammengehalten haben, wenn etwa an so etwas wie das katholische Milieu denkt. Das als Stichwort zu dieser auch sehr regionalen Spezifik, die es dann immer wieder zu beobachten gilt. Die zweite Herausforderung für die Forschung bestünde darin, heute diesen damals Weggereisten noch einmal nachzureisen, um mit ihnen lebensgeschichtliche Interviews zu machen. Das ist aber dann sehr aufwendig. Sie können sich vorstellen, die sind in alle Winde verstreut. Sie gehören eigentlich zum Forschungsgegenstand dazu, und wenn uns jemand viel Geld geben würde, könnte man auch auf die bestehenden Forschungsprojekte noch draufsateln, um diese Personengruppe ebenfalls gezielt zu befragen. Mehr kann ich im Moment dazu aber nicht sagen.

Noch kurz einen Kommentar zu Herrn Maser, den ich mir nicht ganz verkneifen kann. Familie, Freundschaft, Karnickelzüchterverein als „Selbstverständlichkeiten“ hinzustellen ist eine reine Perspektivfrage. Es gibt viele Menschen aus der ehemaligen DDR, für die ihr Karnickelzüchterverein, ihre Familie und ihre Freundschaften eben keine Selbstverständlichkeiten waren, sondern wenn wir sie nach ihren Erfahrungen befragen, dann dreht sich 90 Prozent dessen, was sie erzählen, genau um solche Dinge. Dinge wie, wann sie geheiratet haben usw., wie sie zum Beispiel Familienleben unter diesen Bedingungen so hingekriegt haben, daß sie der Meinung waren, es war eigentlich ein ganz gu-

tes Familienleben. Für die Bewertung dessen, was politisch an der DDR wichtig und interessant ist, dürfen wir diese „Stimmen“ nicht ausgrenzen, wir können auch nicht einfach so darüber hinweggehen. Diese „Selbstverständlichkeiten“ waren in der DDR eben keine Selbstverständlichkeiten. Das ist, meiner Meinung nach ein ganz zentraler Punkt. Insofern möchte ich da auch Herrn Professor Weber zustimmen: eine engere Verklammerung von alltäglichem Leben und politischem Eingreifen, politischem Determiniert-werden als in der DDR habe ich bisher in konkret-historischer Anschauung nicht zu Gesicht bekommen. Das ist natürlich die Herausforderung, die sich für eine Alltagsgeschichte oder Sozialgeschichte oder wie auch immer für uns stellt. Da kann man eben nicht ohne weiteres sagen, das sind Selbstverständlichkeiten. Das läßt sich auch an der Geschichte mit den „großen“ Daten festmachen. Die tauchen eben nicht in allen Lebensläufen auf. Es gibt Leute, die einem ihr Leben erzählen, und dann kommt vielleicht 1953 vor, aber nicht 1961. Oder umgekehrt. Und da muß man schon den Tatsachen nachgehen, wie konnte das sein, wie konnte das kommen, daß für diese Menschen, oder für eine Gruppe von Menschen, sich diese Situation anders darstellte als für jemanden, der aus einer sehr stark politisch erlebten Biographie rückblickend auf diese seine eigene Geschichte oder die Geschichte seiner Gruppe schaut. Ich finde, daß wir nicht das eine gegen das andere ausspielen dürfen, sondern zur Kenntnis nehmen müssen, daß Lebensläufe, Lebensgeschichten und Alltagserfahrungen unterschiedlich geprägt sind, und daß all dieses aber, sagen wir mal, zum Vermächtnis, das in den Prozeß der deutschen Einheit eingeht, dazugehört.

Dann wollte ich noch ein ganz kurze, letzte Bemerkung zum Begriff „totalitäre Durchherrschaft“ machen. Ich finde nicht, daß wir uns mit solchen „Patentlösungen“ wie „totalitäre Durchherrschaft“ zum Schluß begnügen sollten. Aus meiner Perspektive als empirisch orientierter Sozialhistoriker bin ich der Meinung, daß wir mehr davon haben, wenn wir den Streit um diese Begriffe eine Zeit lang ruhen lassen. Ich insistiere nicht darauf, ständig „durchherrscht“ zu sagen, und mich dabei gleichzeitig immer von „totalitär“ oder der Totalitarismustheorie abzugrenzen. Es geht mir um sozialhistorische Fragestellungen, die man mit Theorien mittlerer Reichweite, wie sie die Sozialgeschichte entwickelt hat, ein Stück weit bearbeiten kann. Wobei ich davon ausgehe, daß es einen gemeinsamen Grundkonsens darüber gibt, daß die DDR eine diktatorisch verfaßte Gesellschaft war, und daß zur Grundlage dieser Diktatur ein totalitäres Programm gehörte. Der Begriff „Durchherrschaft“ war ursprünglich ein vorläufiger Versuch von Alf Lüdtke, die Tatsache der Vermengung von Alltag und Politik auf einen „kleinen“ Begriff zu bringen, aber ohne ein großes Konzept daraus zu machen zu wollen. Man kann daher nicht von konkurrierenden Konzepten, „Durchherrschaft“ hier, „Totalitarismus“ da, sprechen. Der Durchherrschaftsbegriff beansprucht keineswegs, das Gegenstück zur Totalitarismustheorie darzustellen. Ich bin der Meinung, wir sollten eine Zeitlang erst mal zu konkret-historischen Problemen arbeiten, um vielleicht in einer zweiten Runde Bilanz zu ziehen, auch in theoretischer Hinsicht. Ich lese die aktuellen Beiträge zur Totalitarismustheorie immer mit großem Interesse, so-

zusagen als Anfeuerung meiner eigenen sozialhistorischen Projekte, und daher glaube ich, daß ein fruchtbarer Dialog zwischen Sozialgeschichte und Totalitarismustheorie möglich ist und mehr bringen wird als wissenschaftsstrategische Saalschlachten um Begriffe auszutragen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Lindenberger, nach meinem Verständnis haben Sie meine Frage nicht vollständig beantwortet.

Dr. Thomas Lindenberger: Zur Bedeutung dieses erzieherischen Duktus, dieser erzieherischen Herrschaftsmethode, oder dieses Gestus, ständig als Erzieher zu wirken: Es gibt eine ambivalente Wirkung. Das eine ist diese oft berichtete Unmündigkeitserfahrung, über die häufig auch mit ironischen Konnotationen berichtet wird, daß man eben wie die kleinen Kinder ständig antreten und sich zusammenstauchen lassen mußte und dergleichen. Auf der anderen Seite stehen natürlich damit verbundene Erfahrungen der Förderung, also daß man gefördert wurde wie ein Zögling. Für einen Teil der älteren DDR-Generation war es eine wichtige Erfahrung, daß Qualifikationen, Fortbildung, in diesem Sinne auch „Erziehung“ zum beruflichen Aufstieg führen konnte, bedeuten konnte in gehobene Positionen einzurücken, mitbedingt durch den Weggang von vielen Personen. Das hat Vielen im Laufe der Zeit die Möglichkeit eröffnet, sich zu qualifizieren. Ich glaube, daß die Doppeldeutigkeit dieses Erziehungsangebots, und dieser Erziehungszumutung immer zugleich vorhanden war. Das habe ich auch aus einigen Interviews sehr deutlich so herausgehört: es wird einerseits als Erfolg registriert, daß man es geschafft hat, daß man zum Beispiel in interessante Positionen vorgestoßen war, gleichzeitig wird über die Last dieser permanenten Fortbildung und Lehrgänge usw. gestöhnt, und über das dort Zurechtgetrimmt-Werden, vor allem auch politisch Erzogen-Werden. Insofern war das eine zweiseitige Erfahrung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Herr Professor Faulenbach, bitte.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Die Frage von Herrn Eppelmann, was bedeutet es, daß die einen über die Wahrheit verfügen, die anderen die Wahrheit irgendwie nur zu rezipieren haben. In der Tat hat dieses erhebliche Folgen für das Sozialverhalten, denn die Zweifel an dieser Wahrheit waren einfach da. Dies führte wohl vielfach zu äußerer Anpassung bei geheimen Vorbehalten, eventuell zu einer Gespaltenheit, jedenfalls zu verschiedenem Rollenverhalten, je nachdem, wo man sich gerade dann aufhielt. Ich darf es vielleicht mal aus meiner Sicht sagen, wenn Wissenschaftler aus der DDR Vorträge im Westen hielten, habe ich es immer wieder erlebt, daß man nach dem Vortrag, unter vier Augen, bemüht war, sich von den vertretenen Positionen jedenfalls teilweise zu distanzieren. Diese Tendenz zu dem gespaltenen Verhalten könnte etwas mit bestimmten Anpassungen zu tun haben, die man leisten mußte, doch legte man zugleich Wert darauf zu sagen, daß es noch eine andere Wahrheit gebe.

Zweite Bemerkung zu Herrn Gutzeit, ergänzend zu dem, was schon gesagt wurde. „Weggehen“ ging wohl immer einher mit Stigmatisierungen, wobei die Motive differierten. Übrigens gibt es auch in der DDR eine partielle Fortdauer bestimmter Milieus. Ich denke eben an das protestantische oder katholische Milieu, Milieus, die trotz der erheblichen Veränderungen, wenn auch in reduzierter Form, weiterexistierten. Zum Teil wurden in diesen Milieus wohl noch stärker als im Westen Verhaltensmuster konserviert, obgleich oder besser weil das Umfeld so verändert war. In den Prozessen 89/90 hatten diese Milieus eine beträchtliche Bedeutung.

Schließlich noch ganz kurz zu Hermann Weber. Das politische System, die Gesellschaft und der Alltag waren, in einem erheblichen Maße, amalgamiert; sie waren wechselseitig durchdrungen. Die Frage, die uns jetzt leiten muß, ist gleichwohl, wie sah dieses konkret aus. Inwieweit gab es die Möglichkeit, sich zu entziehen, konnte sich Eigensinn entwickeln, eine Eigenwelt herausbilden – trotz dieser Amalgamierung. Ich möchte in der Tat einen theoretischen Frage-rahmen haben, der diese Fragen zuläßt, denn bestimmte geschlossene Theorien werden unter der Hand für die Wirklichkeit genommen, werden gleichsam ontologisiert. Ich möchte Fragekonzepte haben, die offen für empirische Untersuchungen und ihre Ergebnisse sind, zugleich jedoch eine Einordnung in Zusammenhänge zulassen.

Vielleicht eine allerletzte Bemerkung, auf Grund einer größeren Zahl von Intensivinterviews kann ich sagen, daß die politischen Zäsuren, die wir als relevant angenommen haben, keineswegs immer von den Menschen in ihren Biographien als bedeutsam angesehen wurden. Es gibt schon einen biographischen Eigensinn, der eben nicht unmittelbar den politischen Entwicklungen und Zäsuren folgt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Ich erteile Herrn Professor Maser das Wort.

Prof. Dr. Peter Maser: Zunächst einleitend dieses: Die Anmerkung von Herrn Lindenberger ist mir schlicht unverständlich. Ich habe doch die Bedeutung des Karnickelzüchtervereins als Lebensraum niemals bestritten, ich habe doch auch von der Kirchengemeinde gesprochen. Es ging mir um den Begriff des Durchherrschtseins und des Durchherrschens. Dabei wollte ich auf die Banalität der Feststellung aufmerksam machen, daß es auch in totalitären Systemen eben immer auch solche Lebensräume gibt. Und daß man dann schon fragen muß, mit welcher Absicht solche Lebensräume nun in den Vordergrund oder auch in den Hintergrund der Betrachtung geschoben werden. Was die Auswirkung politischer Großereignisse anbelangt, wird niemand so blauäugig sein, nur nach den direkten und von den Betroffenen selbst wahrgenommenen Auswirkungen zu fragen. Selbstverständlich geht es auch um die indirekten Auswirkungen, die in den Biographien ablesbar sind.

Zur Frage von Rainer Eppelmann nach der Erziehung möchte darauf verweisen, daß die SED und ihre Ideologie durchaus auch als politische Religion zu

betrachten sind. Wenn man das einmal unter diesem Gesichtspunkt durchrechnet, dann ist es vielleicht so wie bei einer geschlossenen religiösen Erziehung. Man endet entweder als Kardinal oder aber als Ketzer auf dem Scheiterhaufen. Oder man sortiert sich in die schweigende Mehrheit ein, in der man sich dann in unterschiedlichen Graden von Zustimmung, Anpassung oder vorsichtiger Ablehnung bewegt. Da sind Glaube, offene Ablehnung oder ein mehr oder weniger unentschiedenes sich Anpassen als Folge einer solchen Erziehung immer möglich.

Stephan Hilsberg hat nach der Auswirkung des Mangels gefragt, unter den alle in gleicher Weise gestellt waren, und damit die Frage verbunden, wie es sich auswirkte, daß die Verantwortung für solchen Mangel von niemandem übernommen werden mußte. Ich würde meinen, die Mangelgesellschaft hat natürlich auch Teile der persönlichen Verantwortung oder der persönlichen Leistung außer Kraft gesetzt. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen: In Halle gab es am Markt einen halbstaatlichen Möbelbetrieb, der ganz ordentliche Möbel aus ordentlichem Holz herstellte. Wir wurden allesamt, die wir in derselben Altersgruppe waren, Kunden dieser einen Firma. Damit wurde die Frage unseres persönlichen Geschmacks zurückgedrängt auf das Problem, welches Bild wir dann noch zwischen die überall gleichen Möbel hängen. Aber keiner hätte den anderen gefragt: „Warum stellst du dir diese Möbel und nicht andere in deine Wohnung?“ Und das kann man natürlich auch auf ganz andere Felder der persönlichen Existenz übertragen bis hin zu der Frage: „Was machst du beruflich? Warum machst du nichts anders?“ Auch hier konnte man natürlich leicht auf die Mangelgesellschaft verweisen und sagen: „Ich wäre ja gerne dieses oder jenes geworden, aber unter den Bedingungen, unter denen ich hier lebe, konnte oder kann ich das nicht werden.“ Insofern ist auch das eine Auswirkung der Mangelgesellschaft, daß die persönliche Verantwortung in den Hintergrund trat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor. Herr Ludwig, ich erteile Ihnen das Wort.

Andreas Ludwig: Ja, zur Frage der Erziehung und ihrer Auswirkung hatte ich schon etwas gesagt. Ich möchte deswegen auch noch mal zum Mangel kommen, zur Frage von Herrn Hilsberg, und darauf hinweisen, daß man sehr stark differenzieren muß. Auf die Frage hin, welche Funktion hatte der Einzelne in der DDR-Gesellschaft: Jemand, der auf Grund seiner beruflichen Position keine Möglichkeiten hatte, den Mangel zu ändern oder Einfluß zu nehmen, hat sich natürlich eher als Betroffener gefühlt. Jemand ab dem mittleren Management in Betrieben oder Handelsorganisationen hat natürlich sehr wohl auch versucht, den Mangel aktiv anders zu verteilen, Dinge heranzuschaffen usw. Ich denke, da muß man sehr genau hinsehen. Die Frage ist, ob die Mangelgesellschaft sozusagen grundsätzlich eine Mangelgesellschaft der Produktion ist oder eine der Verteilung, eine Frage, die wir sicherlich jetzt hier nicht noch einmal anschnitten sollten.

Zum zweiten die Frage der Generationen: Inwieweit waren die einzelnen Menschen in die DDR-Ökonomie und in die DDR-Politik involviert auf Grund ihrer beruflichen Laufbahn? Inwieweit wollten sie Verantwortung übernehmen, Funktion tragen oder inwieweit hatten sie sich bereits innerlich von dieser DDR verabschiedet? Das gilt vielleicht gerade für die jüngere Generation der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Daß der Mangel sozusagen ein Abwarten war und nicht mehr diese extreme, auch politisch aufgeladene Bedeutung hatte für jemand, der zum Beispiel in der Aufbaugeneration in der DDR tätig war. Die Frage nach den Flüchtlingen ist für mich eine Frage, die im Augenblick sehr wichtig ist, nämlich die Frage nach der Position des Einzelnen im Osten und im Westen zu der offenen Gesellschaft. Ich bin der Auffassung, daß Leute, die aus der DDR weggegangen sind oder ausgereist sind, möglicherweise ein völlig anderes Verhältnis haben, wenn sie jetzt wieder in die DDR zurückkehren in die jetzt neuen Bundesländer, vielleicht ganz andere Fragen stellen, ganz andere Dinge dabei spüren als jemand, der hier entweder aufgewachsen ist, oder jemand, der die DDR eigentlich von der Transitstrecke her kennt. Ich denke, das wäre noch einmal eine Aktualisierung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Ludwig. Wir machen genau um 14.00 Uhr weiter. Ich bitte allerdings um Pünktlichkeit.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Schön, daß ich Sie wieder hier begrüßen darf. Ich finde es gut, daß auch weiterhin nicht nur Mitglieder der Enquete-Kommission und dazu geladene sachkundige Referenten hier unter uns sind, sondern daß es Menschen gibt, die das Anliegen, das uns hier zwei Tage zusammenführt, interessiert. Ihnen möchte ich in ganz besonderer Weise noch einmal ein herzliches Dankeschön für Ihr Interesse und Ihr Zuhören sagen. Aber nun genug der Vorrede, wir wollen in die nächste Runde einsteigen. Es geht um Beispiele des Umgangs mit dem alltäglichen Mangel, und wie ausgewiesen wird Herr Professor Maser die Moderation übernehmen. Bitte, Herr Professor.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ich darf Ihnen in der Reihenfolge wie es in der Tagesordnung ausgedrückt ist die Teilnehmer an dieser Runde vorstellen. Da ist zunächst Herr Uwe Bartsch zu nennen. Herr Uwe Bartsch, geboren 1954 in Berlin-Lichtenberg, hat zunächst eine Ausbildung als Elektroinstallateur durchlaufen, ist dann in der Zeit zwischen 1975 und 1981 im Abendstudium zum Ingenieur für Elektroenergieanlagen geworden, hat von 1971 bis 1981 im väterlichen Handwerksbetrieb gearbeitet, 1981 folgte eine Unternehmensgründung in Ost-Berlin, seit 1994 ist Herr Bartsch Mitglied des Landtages von Brandenburg und dort Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Zu Frau Dr. Ina Merkel, geboren 1957, ist zu vermelden, daß Sie zunächst von 1976 bis 1978 Volontärin in der Kulturabteilung der „Jungen Welt“ gewesen ist, anschließend Kulturwissenschaft, Ästhetik und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität studiert hat, 1983 Diplom, 1986 Promotion mit einer Dissertation zu einem kulturwissen-

schaftlichen Thema, dann Assistentin am Institut für Kulturwissenschaften der Humboldt-Universität. 1989/90 ist Frau Dr. Merkel Gründungsmitglied und Sprecherin des unabhängigen Frauenverbandes am Runden Tisch gewesen, 1990 Gründungsmitglied der Osterliner Geschichtswerkstatt, von 1992 bis 1993 weilte Frau Dr. Merkel zu einem Forschungsaufenthalt in den USA und seit 1993 ist sie Assistentin am Institut für europäische Ethnologie der Humboldt-Universität. Im Rahmen der europäischen Ethnologie wird dort in einem Forschungsschwerpunkt die DDR-Kulturgeschichte und Geschlechterforschung betrieben. Es gibt eine ganze Reihe Veröffentlichungen von Frau Dr. Merkel, etwa „Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR“ oder „In Hoyerswerda leben jedenfalls keine noch so kleinen viereckigen Menschen“. Das ist in Anführungsstrichen zu sehen. „Briefe an das Fernsehen der DDR über die Ausprägung mentaler Besonderheiten bei der Bewältigung eines problematischen Alltags“ – das ist der neueste Titel von Frau Dr. Merkel. Die dritte Persönlichkeit in dieser Runde, Herr Dr. Manfred Garlipp, geboren 1938, von 1965 bis 1962 Medizinstudium an der Martin-Luther Universität Halle/Wittenberg, dann Facharzt und Assistenzarzt am Bergbau-Krankenhaus in Eisleben, also in der weiteren Umgebung von Halle, dann Weiterwanderung in den thüringischen Raum nach Greiz, dort Oberarzt am Kreiskrankenhaus, und seit 1981 ist Herr Dr. Garlipp Chefarzt der chirurgischen Abteilung am Krankenhaus hier in Eisenhüttenstadt. Vor und nach der Wende war er parteilos und ohne Bindung an gesellschaftliche Organisationen, aber vom Herbst 1989 bis zum März 1990 war Herr Dr. Garlipp Leiter des Runden Tisches in Eisenhüttenstadt gewesen. Sie haben damit einen ersten Eindruck davon gewonnen, wen wir hier gebeten haben, uns einen Einblick in den Umgang mit dem alltäglichen Mangel zu geben. Ich darf jetzt als ersten Herrn Bartsch bitten, uns etwas zu diesem Problem zu sagen.

Uwe Bartsch, MdL: Ich bin in den ersten 25 Jahren meines Lebens in der Lichtenberger Normannenstraße aufgewachsen. Mein Vater hatte seit 1964 in Lichtenberg einen Handwerksbetrieb, und schon in der frühesten Kindheit wurde ich mit den Defiziten im Handwerk in der DDR durch meine schulische Ausbildung konfrontiert. Mit 13 Jahren hatte ich in der Schule einen Aufsatz zu meinem Berufswunsch schreiben müssen. Da äußerte ich mich, daß ich einmal Handwerksmeister werden will, in einem Handwerksbetrieb meines Vaters, und eventuell mir irgendwann einen eigenen Handwerksbetrieb aufbauen wollte. Diesen Aufsatz mußte ich vor der Elternversammlung lesen, und ich weiß noch, ich bin mit einigen Eltern nach Hause gegangen, die sagten zu mir, wenn du dich dann mal wirklich selbständig machen willst, später, gehe doch lieber zur Produktionsgenossenschaft. Das Handwerk hat bei uns keine Chancen. 60 bis 70 Prozent der Eltern meiner Mitschüler waren beim MfS oder bei der Nationalen Volksarmee. Auch später, in der 10. Klasse, kann ich mich noch genau erinnern, daß im Staatsbürgerkundeunterricht, wann immer über privates Handwerk oder über Gewerbetreibende gesprochen wurde, daß ich immer ein Negativbeispiel war. Es hieß immer: Stimmts Uwe, wir lassen keinen reich werden von den Handwerksmeistern bei uns in der DDR. So bin

ich dann 1971 in den Handwerksbetrieb meines Vaters gekommen. Mein Vater durfte zur damaligen Zeit keine Lehrlinge ausbilden. Lehrlinge waren bilanziert, sie wurden vom Stadtbezirksbauamt zugeteilt. Die Berufsgruppe Lichtenberg für Elektroinstallation hatte aus 30 Mitgliedern bestanden und nur einen Lehrling bekommen. Und der ist meistens beim Obermeister gelandet, oder bei irgendwelchen anderen Mandatsträgern irgendwelcher Parteien. So mußte ich meine Ausbildung zum Elektroinstallateur in der Abendschule machen. Danach habe ich ein Ingenieurstudium angefangen, und tagsüber im Betrieb meines Vaters Akkord gearbeitet. Ich bin dann insgesamt acht Jahre auf die Abendschule gegangen und habe mich zum Elektroinstallateur qualifiziert. 1981 habe ich mich aus dem Betrieb meines Vaters herausgelöst. Ende der 70er Jahre gab es eine Wende, so daß wieder private Handwerker zugelassen wurden. So bekam ich 1981 die Genehmigung zum Führen eines Kleinstgewerbes. Kleinstgewerbe hieß, daß man beim Jahresanfang bilanzierte Arbeiten vom Stadtbezirksbauamt vorgeschrieben bekam, wo genau die Arbeiten aufgliedert waren, an denen man teilnehmen durfte.

An die ersten Jahre im Betrieb meines Vaters kann ich mich noch genau erinnern, wenn wir größere Arbeiten durchgeführt haben. Zum Schluß gegen 1989, wurden es immer kleinere Arbeiten, die die Handwerksbetriebe erfüllen konnten. Das war der Materialsituation geschuldet. Ich kann mich genau noch an 1981 erinnern. Bei der ersten Berufsgruppenversammlung mußte ich mich in eine Liste eintragen, daß ich mich für eine Bohrmaschine anmelde, diese Bohrmaschine war bilanziert. Die Berufsgruppe hatte dann immer ab und zu eine Zuteilung von 20 Bohrmaschinen bekommen, und die wurden dann möglichst auf Neuanfänger verteilt, oder auf andere Betriebe. So kann ich mich noch an meinen ersten Tag in meiner Werkstatt erinnern: Mein Vater stellte mir Material bereit, so daß es so aussah, wenn Kundschaft kam, als ob ich ein Materiallager habe, weil Material erst bestellt werden mußte. Wir hatten drei Lieferanten zur Verfügung, das waren die Elektrogenossenschaft in Berlin, das war der Maschinenbauhandel, und man konnte sich eventuell noch an Volkseigene Betriebe wenden, wo man Materialverschnitte oder einige Sachen am Maschinenbauhandel vorbei beziehen konnte. Die Berufsgruppenversammlungen spielten sich immer so ab, daß ein Herr des Stadtbezirksbauamtes anwesend war, der die Sorgen und Nöte der Handwerker aufgenommen hat. Ich kann mich noch genau erinnern, die Materialengpaßlisten waren 1981 so 2 bis 3 Seiten lang. Da waren ausgesuchte Sachen drauf, und 1989 waren es dann schon fast Bücher. 1989 war die Schuko-Steckdose, die Glühlampe, die Sicherung, die Schraubkappe, das Kabel, war alles Engpaß zum Schluß. Die Betriebe haben natürlich, wenn sie dann Material beziehen konnten, bestimmte Materialien ganz deutlich gehortet, um sie irgendwo tauschen zu können. Es war zum Schluß eine sehr starke Tauschgesellschaft entstanden. Man durfte ja auch auf die Rechnung nicht schreiben „Tauschgeschäft“, man mußte „sozialistische Hilfe“ draufschreiben, damit es durch die Steuer anerkannt wurde.

Da spielten sich einige sehr lustige Sachen ab. Ich möchte zwei Beispiele nennen. Da wir bis 1989 keine Installation mehr durchführen konnten, haben die

Betriebe Revisionen in den Elektroanlagen durchgezogen, also in Kaufhallen, in Schulen. Das hieß, die Elektroklemmstellen und Lampen mußten nachgezogen und nachmontiert werden, weil kein neues Material mehr verarbeitet werden durfte. Aber für diese Arbeit benötigte man ein Meßgerät. Dieses Meßgerät war auch wieder bilanziert, man bekam es nur über Zuteilung des Maschinenbauhandels, und so wandte ich mich, in der DDR war man ja sehr erfindereich, an den Hersteller des Meßgerätes, und die sagten, wir würden ihnen gerne ein Gerät außerhalb der Bilanz zur Verfügung stellen, aber dafür brauchten wir Kupferdraht. Diesen Kupferdraht haben wir nicht, wenn sie uns Kupferdraht besorgen, dann werden wir ihnen dieses Gerät zur Verfügung stellen. Also machte ich mich auf den Weg und versuchte über Kontakte und Beziehungen Kupferdraht zu besorgen. Diesen Kupferdraht bekam ich dann über den Maschinenbauhandel Berlin.

Dieses Gespräch damals, dieses Tauschgespräch, ist vom Ministerium für Staatssicherheit mitgeschnitten worden. Ich möchte das mal vorlesen, um zu zeigen, womit die Leute sich die Zeit vertrieben haben: „Lothar Jung erkundigt sich bei Frau Bartsch, ob Uwe zu Hause ist, Bartsch verneint, er wollte eigentlich schon zu Hause sein, Lothar braucht den Uwe mal wegen seinem Kabel. Lothar muß erst einmal wissen, welche Farbe, wenn er das bis morgen weiß, dann könnte es was geben. Lothar bemerkt, daß er um 19.15 Uhr zu Hause ist, der Uwe soll sich dann melden. Frau Bartsch will es ausrichten. Sollten sich beide Personen nicht mehr erreichen, soll Uwe sich dann morgen auf der Arbeitsstelle melden, schlägt Lothar vor. Frau Bartsch sagt Bescheid. Am nächsten Tag meldet sich Uwe bei Lothar und teilt mit, daß er Y-Draht hat, eine einzelne Ader, möglichst alle Farben, außer grün, gelb. Zu Lothar hat er gesagt, schwarz geht auch. Es geht aber nur als Kollegenverkauf. Er würde Lothar 1.000 m geben. Der fragt an, ob Uwe das verkaufen kann, da sein Geschäft dann eingeht, Uwe bejaht. Lothar will seinen anderen Kollegen fragen, ob der etwas braucht, dann würde der auch schon mal 1.000 m nehmen. Uwe macht darauf aufmerksam, daß es eine blanke Ader sein könnte, und Kupfer, Y 2,5 Quadrat. In Alu gibts das nämlich auch. Das weiß Lothar nun nicht, ob es Kupfer ist. Uwe würde eventuell auch noch 1,5 Quadrat nehmen. Lothar meint, daß er morgen durchstellen muß, dann könnte das in der nächsten Woche schon klappen. Von Uwe geht der Draht dann weiter nach Dresden, er bekommt Meßgeräte dafür, da geht seinen richtigen offiziellen Gang. Uwe will sich morgen auf der Arbeitsstelle von Lothar erkundigen, ob es Kupfer oder Alu ist. 18.53 Uhr. Hauptabteilung 18, Genosse Pommerenke.“ Das ist ein Mitschnitt von einem Tonband. Ich hab mir das heute in meinem Betrieb aufgehängt, als Mahnmal aus der DDR-Zeit. Man kann sich vorstellen, wenn man Jahre danach entscheidende Akten irgendwo gefunden hat, daß man vieles anders verstanden hat, warum bestimmte Sachen in der DDR so langwierig waren, und, ich sag mal, doch sehr kompliziert.

Zum Jahresanfang machte man als Handwerksmeister immer einen kleinen kniffligen Vorstoß ans Stadtbezirksbauamt, und schrieb einen Brief, machte auf die Materialsituation aufmerksam, um dann aus der Bilanzierung entlassen

werden zu können, und dann bekam man meistens keine Antwort vom Stadtbezirksbauamt. Aber die Zeit ist fortgeschritten, ich möchte auch noch einmal kurz etwas aus dem Jahre 1989 vorlesen, das ist treffend für das Ende der DDR: „Werter Kollege Bartsch! Ihr Schreiben vom 2.3., wurde durch uns an den Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Bezirksbaudirektors, Genossen Kurzner, als Anlage zu einem Schreiben über die derzeitige ungenügende materielle Untersetzung unserer Pläne weitergeleitet. Die Situation bei der Bereitstellung von Elektromaterial ist uns als Stadtbezirksbauamt und auch dem Bezirksbauamt bekannt. Mehrfach wandte sich der Kollege Klemens, Geschäftsführer der Elektrogenossenschaft Berlin, beim Materialrapport im Bezirksbauamt an den Stellvertreter des Bezirksbaudirektors, Genossen Dr. Lutzendorf, da der Maschinenbauhandel der EAG fast alle Verträge nicht bestätigt hat. Es wird durch uns alles unternommen, um ständig auf die akutesten Probleme der Materialwirtschaft hinzuweisen, aber eine Entspannung bei der Bereitstellung von Elektromaterial ist derzeit nicht zu erwarten. Mit sozialistischem Gruß, Dammerow, Stadtbezirksbaudirektor, 13.3.1989.“

Ähnlich spielte es sich in einigen Werken ab. Die Autoschlosser hatten keine Teile für Autos, die Elektriker, wie schon gesagt, kein Installationsmaterial, die Rohrleger kein Rohr, die Maler keine Farbe, keine Tapete, die Tischler kein Holz, und so könnte man fast alle Handwerksbetriebe nennen. Es wurde zum Schluß nur noch getauscht, um im Betrieb zu überleben. 1989, nach der Wende, engagierte ich mich dann über ein neues Forum im Bürgerkomitee, und wir gründeten Handwerkervereine, im Norden von Berlin, in Bernau, um eine Stärkung für Handwerk und Gewerbe zu erreichen.

Ich bin dann 1990 in die CDU eingetreten. Betriebliches Vermögen wurde in der DDR ja abgewertet. Wir mußten 1989 eine Eröffnungsbilanz erstellen. Ich glaube, daß da bei der Wende sehr viele Fehler, gerade mit der Beurteilung des Kleinstgewerbes, passiert sind, es waren ja Betriebe da, und die Betriebe hatten sich dann mit alten Materialbeständen rumzuschlagen, die stark abgewertet wurden, die dann auch irgendwann verschrottet werden mußten. Und jeder Betrieb hatte trotz der Materialsituation enorme Materialvorräte, aber auch nur spezifisch in einer bestimmten Richtung, die er dann zu irgendwelchen Tauschgeschäften ausnutzte. Kredite waren kaum vorhanden. In DDR-Zeiten hatte man geringe Kredite nur als Handwerksmeister bekommen. Die Umbewertung von 1 zu 2 war also nicht ausschlaggebend. Wir hatten große Probleme, einen neuen Kundenkreis zu entwickeln. Wir hatten schlecht ausgebildete Mitarbeiter, die wir übernehmen mußten, aus VEB-Betrieben, die nicht auf Akkord gearbeitet haben, die wir umerziehen mußten in den Jahren. Ich habe heute noch zu kämpfen mit meinem Betrieb. Ich habe heute 38 Mitarbeiter und ich bilde auch Lehrlinge aus. Es war in DDR-Zeiten, wenn wir von der Reichsbahn oder irgendwelchen großen VEB-Betrieben, die ja nicht auf Akkord gearbeitet haben, Mitarbeiter übernahm, waren die überhaupt nicht fachlich in der Lage, sich auf dem Markt zu behaupten. Die Betriebe mußten sich einem unheimlich hohen Konkurrenzdruck unterwerfen. Wir haben Management-Buy-Out-Betriebe gehabt, haben Treuhandbetriebe gehabt, und mußten

uns mit Betrieben mit Werksverträgen herumschlagen. Die Ämter, die die Auftragsvergabe machen, waren teilweise mit Mitarbeitern aus der alten DDR-Verwaltung besetzt. Oder in Berlin, da ist es bei Hochbauämtern passiert, daß die schiefelastig besetzt waren, aus anderen Teilen der Stadt, die haben im Schlepptau ihre eigenen Betriebe mitgebracht, die dann ohne Werbung noch durch die Oststadtbezirke rumgefahren sind. Es war für die Betriebe unerhört schwierig, diesen Aufholprozeß, den die Betriebe im Westteil, die 40 Jahre gesund gewachsen waren, in 5 oder 6 Jahren nachzuholen. Deswegen haben wir heute auch sehr große Schwierigkeiten im Mittelstand, weil die Eigenkapitalquote, die man in der DDR-Zeit nicht erarbeiten konnte, nicht vorhanden war, weil die Mitarbeiter ausgebildet werden mußten, weil der Konkurrenzdruck stärker war, weil wir gerade in Berlin und Brandenburg verschiedene Tarifgebiete hatten, die guten Mitarbeiter abgewandert sind in den Westen, und wir als Betriebsinhaber auch aus DDR-Zeiten auch ein sehr ausgeprägtes Sozialverhalten hatten, also auch nicht Mitarbeiter schnell wieder abgebaut haben. Wir haben ja gerade im Mittelstand in den neuen Bundesländern eine unheimlich krisenhafte Situation. Die Konkurse sind hochgeschneilt, auch in Brandenburg. Im Jahr 1994 waren wir dort bei 600 Konkursen, voriges Jahr bei 1.400 und ich wage gar nicht daran zu denken, wie es mal enden wird. Danke

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Vor allen Dingen, daß Sie in Ihrem Beitrag nicht nur ein eindrückliches Bild der Vergangenheit abgegeben haben, sondern auch die Schwierigkeiten im Transformationsprozeß zumindest so angedeutet haben, auch konkret angedeutet haben, daß es dazu nachher gewiß auch eine Menge von Rückfragen geben wird. Aber zunächst sind wir hier in der Runde weiter, Frau Dr. Merkel, bitte.

Dr. Ina Merkel: Mein Beitrag wird von ganz anderer Art sein, weil ich nicht als Zeitzeugin, sondern als Wissenschaftlerin gefragt worden bin, weil ich mich seit einiger Zeit mit DDR-Konsumkultur und dem Problem von Konsumpolitik beschäftigt habe. Die Folie, die ich hier an die Wand geworfen habe, hat dankenswerterweise mein Kollege Felix Mühlberg von der TU Chemnitz zur Verfügung gestellt, der zur Geschichte der Eingaben seine Dissertation schreibt. Sie können an dieser Folie zwei Dinge sehen: Zum ersten die Gewichtung der Bedürfnisse, wie sie sich in den Eingaben artikulierten. Sie sehen, daß da der Bereich Handel und Versorgung, wo Klagen über die Versorgung mit Konsumgütern und ähnliches eingereicht wurden, zwischen 5 und 10 Prozent liegt, also in den 80er Jahren relativ gering vertreten ist. Sehr dominant – und das zieht sich durch die gesamte DDR-Geschichte hindurch, und da kann man wirklich auch von einer Notsituation in vielerlei Hinsicht sprechen – sind Eingaben zu Wohnungsfragen. Sie machen, insbesondere bei Arbeitern und Angestellten, über 50 Prozent der Eingaben aus. Sie sehen hier auch, daß im Verlaufe der 80er Jahre das Bedürfnis nach Reisen enorm ansteigt. Der Bedarf danach, und die Klagen darüber, die Eingaben, die dazu gemacht werden, das sind tatsächlich nicht Ausreiseanträge, denn die sind beim Bereich Inneres registriert worden, sondern wir haben hier nur den Reisewunsch artikuliert.

Sie können zweitens an dieser Folie Unterschiede in den Bedürfnisstrukturen der verschiedenen sozialen Schichten der DDR-Bevölkerung sehen. Sie weisen indirekt auf einen unterschiedlichen Grad der Befriedigung von Bedürfnissen. Ich möchte einfach nur darauf aufmerksam machen, daß die Eingaben in Bezug auf soziale Unterschiede zwischen Berufsgruppen, auch nach Frauen oder Männern, nach Alter und nach Generationen Auskunft geben können. Ich habe diese Folie deshalb an die Wand geworfen, weil ich zunächst die Dimensionen des Mangels in der DDR näher bestimmen und damit relativieren wollte, bevor ich Ihnen an Hand von zwei konkreten Beispielen kulturelle Praktiken im Umgang mit Mangel vorstellen möchte. Mangel kann in bezug auf verschiedene Gegenstände, aber auch innerhalb eines zur Verfügung stehenden Haushaltsbudgets kulturell und individuell höchst unterschiedliche Bedeutungen annehmen. Der echte Mangel an Wohnraum einer fünfköpfigen Familie, die mit zwei Räumen ohne Bad auskommen muß, ist mit dem Mangel an Reisen nach Bulgarien für ein junges Paar nur bedingt vergleichbar. Mangel ist ein relationaler Begriff.

Gestatten Sie mir bitte, daß ich zunächst ganz kurz die Begriffe Mangel und Mangelgesellschaft problematisiere, so wie sie mir im Zusammenhang mit der DDR verwendet zu werden scheinen. Laut Wörterbuch ist Mangel ja zuallererst konnotiert mit Armut, Not und Entbehrung, und erst in zweiter Linie mit Knappheit, dem Fehlen von etwas, mit Unzulänglichkeit. Ich denke, daß er in seiner ersten Bedeutung – Armut, Not und Entbehrung – für die DDR-Gesellschaft zumindest der 80er Jahre nicht ohne weiteres anwendbar ist, vor allem nicht in Bezug auf Konsum. Das kann man vielleicht für die Nachkriegszeit so sagen. Wenn man überhaupt von Notsituation sprechen kann, in den 80er Jahren, betrifft dies vor allem die Wohnungssituation. Das wird sehr deutlich, wenn man sich den Ton der Eingaben ansieht. In Wohnungseingaben spürt man die Dringlichkeit; sie haben oft den Charakter eines Hilferufs und zeugen von katastrophalen Wohnbedingungen.

In seiner zweiten Bedeutung – Knappheit, Fehlen von etwas – deutet alles darauf hin, daß es eine Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen und der Kaufkraft der Bevölkerung und dem Warenangebot gab. Nicht, daß man sich bestimmte Dinge nicht leisten konnte, sondern daß es immerzu an irgend etwas fehlte, gehörte seit den 60er Jahren zu den Grunderfahrungen der DDR-Bürger. Von Knappheit waren vor allem Waren betroffen, die nach dem Krieg noch als Luxuswaren galten: Auto, Waschautomaten oder Bekleidung, Delikatessen, Süßfrüchte, die innerhalb von 40 Jahren auf Grund eines enorm gestiegenen Lebensstandards in den Grundbedarf abgesunken sind. Dies ist eine generelle Entwicklung der europäischen Nachkriegszeit. Wir haben es hier also mit einem historischen Prozeß zu tun, weshalb diese Knappheiten, oder, wie es in der DDR hieß, Engpässe, auch von den verschiedenen Generationen unterschiedlich wahrgenommen und als mehr oder weniger bedeutungsvoll für das Alltagsleben eingestuft wurden.

Problematisch an dem Begriff der Mangelgesellschaft finde ich, daß er aus der Perspektive der westlichen Konsum- oder Überflußgesellschaft gebildet zu sein scheint. Volle Schaufenster hier, lange Schlangen da – das ist das dazugehörige Bild. Damit ist meines Erachtens der Ausgangspunkt falsch gewählt, er hilft zu polarisieren, nicht nach kulturellen Unterschieden zu fragen. Und, das finde ich am problematischsten, er läßt die kulturelle Kritik an der Konsum- bzw. Überflußgesellschaft des Westens außen vor. Der Westen wird zur bunten Folie, auf der sich die DDR dann nur noch in schwarz/weiß konturiert. Die eigentlichen Fragen sollten doch aber sein: Was folgt aus der Tatsache, daß es die DDR-Regierung nicht vermochte, die Bedürfnisse seiner Bürger und Bürgerinnen in jedem Fall angemessen zu befriedigen? Was bedeutet dies vor allem für ihre Erfahrungen? Was wurde wann überhaupt als Mangel wahrgenommen und in welchen Handlungsalternativen verarbeitet? In welchen Alltagsroutinen und mentalen Grundmustern schlugen sich Mangelerfahrungen nieder? In Bezug auf diese Fragen können hier nur erste, sehr verkürzte und knappe Denkansätze versucht werden.

Fragt man nach mentalen Grundmustern, die die DDR-Bevölkerung unter diesen Bedingungen ausprägte, so fällt vor allem die tiefe Verankerung der fast 20-jährigen Rationierungserfahrung ins Gewicht. Als am 29. Mai 1958, nach fast 20 Jahren, die letzten Reste der Lebensmittelrationierung in der DDR abgeschafft wurden, funktionierte die Rationierung schon nicht mehr vordergründig als ein System der gerechten Verteilung von Mangelwaren an alle gleichermaßen Bedürftigen, sondern als Preisregulierungs- und Subventionierungssystem. Zugleich sicherte sie der Bevölkerung ein Mindestmaß an Zuteilung bestimmter Waren. Fast 20 Jahre Rationierungserfahrung haben im Konsumverhalten tiefe Spuren hinterlassen. Stärker noch als der Mangel selbst wirkten hier vor allem die der Rationierung zugeschriebenen Bilder von Gerechtigkeit, Durchschaubarkeit und Kontrollierbarkeit der Verteilung und der Anspruch auf eine gewisse Zuteilung prägend. Mit dieser Mentalität mußte die DDR-Regierung bei all ihren konsumpolitischen Entscheidungen rechnen.

Mit der endgültigen Aufhebung der Rationierung war auch symbolisch das Ende der Nachkriegszeit vollzogen. In der damaligen Losung „Handeln statt Verteilen!“ wurde der Unterschied von Rationierungswirtschaft und Konsumgesellschaft sinnfällig auf den Punkt gebracht. Dennoch funktionierten bestimmte, dem Rationierungssystem entsprechende Grundprinzipien bis zum Ende der DDR. Dabei handelt es sich zum einen um die Übertragung des Festpreises auf alle Waren und Konsumgüter, zum zweiten um die Subventionierung bestimmter Warengruppen, von Mieten, Dienstleistungen und öffentlichem Verkehr, und zum dritten um Formen der Kontingentierung und Zuteilung von Waren, die es nicht der Kaufkraft entsprechend im Angebot gab. Doch auch die ungewollten Nebeneffekte der Rationierungswirtschaft, die Existenz eines Zwei-Klassen-Systems von Waren und eine vor allem im Dienstleistungsbereich ausufernde Schwarzmarkt- und Schattenwirtschaft blieben in veränderter Form bis zum Ende der DDR bestehen. Seit der Einführung der HO (staatliche Handelsorganisation) im Jahre 1948, d. h. von Läden, in denen

rationierte Waren frei verkauft wurden, anfangs völlig überteuert, existierte neben der Rationierungswirtschaft ein zweites Verkaufssystem. Hier kaufte vor allem der Mittelstand, private Unternehmer, freischaffende Intelligenz und andere besser verdienende Schichten.

Aber damit befand sich die DDR-Konsumpolitik von Anbeginn im Widerspruch zu den eigenen Idealen, die ja auf gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes unter allen Mitgliedern der Gesellschaft zielten. Mit der Eröffnung von Exquisitläden 1962 und Delikatläden 1966 wurde diese Politik fortgesetzt. Egalisierende und differenzierende Verteilungsprinzipien standen sich konträr gegenüber und zugleich ergänzten sie sich auch auf wunderbare Weise. Die daraus folgenden kulturellen Praxen, den Erwerb und Gebrauch von Waren betreffend, soll im Folgenden an zwei Beispielen illustriert werden.

Am 28. Dezember 1981 schrieb der Bürger Franz G. aus Frankfurt/Oder an das Fernsehen der DDR. Ich zitiere: „Werte Genossen! Ich habe beim Einkauf zu Weihnachten im HO Freizeit- und Sportartikel in Frankfurt/Oder einen Vorfall erlebt, der die Einkaufsstimmung nur negativ beeinflusste. Mir geht es nicht darum, nur etwas zu kritisieren. Vielleicht bietet sich einmal bei der Programmgestaltung an, die von mir geschilderten Einkaufserlebnisse satirisch zu verarbeiten. Mit sozialistischem Gruß, Franz G.“

Ich zitiere nun eine Niederschrift über einen persönlich erlebten Vorfall beim Kauf von Gleitschuhen am 21.12.1981 im HO Freizeit Frankfurt/Oder: „Mir geht es darum, anhand dieses Vorfalles darzustellen, wie durch interessenslose Handelstätigkeit negative Bewußtseinsbeeinflussung stattfindet. Nun konkret: Seit 14 Tagen wurden die Bürger durch Beschäftigte der Verkaufsstelle HO-Freizeit darüber informiert, daß am 21.12.1981 Gleitschuhe verkauft werden. Am 21.12.1981 standen um 14.00 Uhr 100 bis 120 Bürger und warteten auf die Öffnung des Geschäftes. Meine Meinung dazu: Ist es notwendig, daß für ein solches Handelsobjekt, Preis 12.50 DM, ein solch konzentrierter Verkauf organisiert wird? Nach Öffnung stürmten die Bürger das Geschäft. 70 Bürger gingen bis hinten durch, und es bildete sich abermals eine erhebliche Konzentration. Nach geraumer Zeit wurde ein Container herausgeschoben auf den sich nun die 70 Bürger stürzten. Es gab Geschrei, Gedränge und ein Wühlen, denn die Gleitschuhe gibt es in unterschiedlichen Größen.

Reaktion der Verkäuferin: Platz da – Tür frei machen – jeder nur ein Paar kaufen. Günstiger wäre es gewesen, wenn die Verkaufskräfte eine Vorsortierung vorgenommen hätten, anstatt unqualifizierte, unhöfliche Äußerungen gegenüber den Bürgern abzugeben. Die Organisation, welche vorherrschte, war ein organisiertes Chaos! Noch ein weiterer Vorfall: Es wurden Holzschlitten angeboten. Bürger erkundigten sich, ob es nicht auch Glasfieberschlitten gäbe und ob vielleicht welche nach vorne gebracht werden. Antwort der Verkäuferinnen: Ja, wir haben welche, aber erst müßten diese Holzschlitten verkauft werden, dann bringen wir die anderen nach vorne. Der Schluß: Am Ausgang gab es eine Rolle Verpackungspapier, wo jeder Bürger sich seinen Teil abreißen mußte. Auf dem Papier stand: Frohes Weihnachtsfest und guten Einkauf!“

In dieser Schilderung, die ich im besten Sinne als ethnographische Beschreibung verstehe, sind verschiedene Grundmuster DDR-typischer Formen des Erwerbens von Gegenständen vorgeführt. Es sind dies: Warten und Jagen. Ich füge an dieser Stelle noch das Sammeln hinzu. Alles drei Topoi, die auf aufgeschobene Bedürfnisbefriedigung verweisen. Warten auf die Lieferung verweist auf die in der Menge ungenügenden Produktionskapazitäten, ein Faktum, mit dem DDR-Bürger in Bezug auf alle möglichen Konsumgüter konfrontiert waren. Angefangen mit dem Auto, auf das im Schnitt 8 bis 15 Jahre gewartet wurde, läßt sich die Liste beliebig fortsetzen. Sie kennen das alle. Damit einher gingen Verteilungsstrategien, die je nach Konsumgut unterschiedlich gehandhabt wurden, grundsätzlich aber nach dem Muster: „Wer zuerst kommt, malt zuerst“ funktionierten. Bestelllisten und Schlangenbildungen waren dafür die prototypischen kulturhistorischen Formen. Beide hatten für die Konsumenten egalisierende Effekte: Unabhängig vom Geschlecht, Einkommen oder Funktion kam man an die Reihe, wenn man eben dran war. Daß dieses – insbesondere den Bestelllisten innewohnende – demokratische Grundprinzip im Verlauf der DDR-Geschichte immer umstandsloser durchbrochen wurde, verweist auf einen enormen sozialen Sprengstoff, der dem Warten innewohnt. Über Privilegien werden Sie heute noch etwas hören, deshalb sei hier nur kurz darauf verwiesen, daß zu der kulturhistorischen Figur des Wartens auch die persönliche Beziehung zu den Verteilern gehört, die man sich mit Hilfe von Blutsverwandtschaft, Bekanntschaft, Korruption oder eben auch Eingaben erwerben konnte. Gebräuchliche Metaphern dafür waren Begriffe wie „Bückware“ oder „Vitamin B“.

Darin deutet sich an, was in den beiden anderen Beispielen für Formen des Wartens noch verstärkt wird, daß sich auf der Grundlage von Mangelwaren Machtverhältnisse zwischen Verkäufern und Käufern und auch unter den Konsumenten etablieren konnten. Dies ist historisch kein einmaliger Fall, sondern läßt sich für Kriegs- und Notzeiten verallgemeinern. Dennoch, hier wurde die Verfügungsmacht genüßlich ausgespielt. Völlig willkürlich ließ das Verkaufspersonal die Kunden warten. Daß dies kein Einzel- oder Extremfall war, darauf verweisen die zahllosen Witze über unfreundliche und langsame Bedienung, die in der DDR umliefen.

Auch für die anderen beiden Topoi – Jagen und Sammeln – sind bewußt archaisch wirkende Begriffe gewählt worden, um den Anachronismus, der in diesen Konsumpraktiken steckt, hervorzuheben. Der Konsument jagt hier im besten Sinne des Wortes einem Gegenstand hinterher. Oftmals wurde der Gegenstand auch erjagt, obwohl man keinen unmittelbaren Gebrauch davon machen konnte. Sammeln und Horten für Notzeiten oder als Tauschobjekte gehören zu dieser Figur dazu. Die Assoziationskette Jagen und Sammeln läßt sich noch weiter fortsetzen. Die unmittelbar daran anschließende Figur ist der Tausch. Die vielgepriesenen sozialen Netzwerke waren oftmals nicht viel mehr als private Naturaltauschkärkte, an denen teilhaben konnte, wer etwas zu tauschen hatte, oder bereit war, einen übersteigerten Preis für das von anderen Erjagte und Ersammelte zu zahlen. Getauscht wurden Autos gegen Grundstück-

ke, der Urlaubsplatz an der Ostsee gegen Fliesenlegerarbeiten, Westgeld 1 zu 5 usw. Von der eingetauschten Dienstleistung bis zur „Kleinen Warenproduktion“ ist es jetzt nur noch ein kurzer Schritt. Zu allen Zeiten griffen die DDR-Bürger zur Selbsthilfe, insbesondere wenn es um die Mode ging. Und so wurde das im HO gekaufte noch am selben Abend umgearbeitet. In die Hosenbeine wurde ein Schlag eingenäht, die Windeln wurden eingefärbt und in den subversiven Nischen wurde getöpft und gewebt. Was die industrielle Warenproduktion nicht bot, wurde in mühseliger Kleinarbeit im Keller handwerklich produziert. Das Kleinmikro für die Aktentasche, ein Ventilator für das Auto, oder die Trockenhaube aus dem Plastikeimer.

Zuletzt noch etwas zum Meckern. Für meine Begriffe ist das Meckern eine habituell verfestigte Grundhaltung, die für mich ein wichtiges mentales Element zur Beschreibung von DDR-Konsumkultur darstellt. Man meckerte jemanden an, oder man meckerte mit jemandem über etwas. Abendbrotgespräche, Familienfeiern, kollektives Beisammensein, solidarische Spontanzusammenschlüsse in den Schlangen – überall gab es „was zu meckern“. Meckern stellt eine Form psychischer Kompensation dar. Es entlastet vom Druck des alltäglichen Ärgers und dient der Bewältigung eines schwierigen Alltags. Zugleich zeugt es von einem gewissen Gemeinschaftssinn, denn es ging oftmals um überindividuelle Belange, die da in der Straßen- und Familienöffentlichkeit artikuliert wurden. Das Meckern konstituierte den inneren Konsens der DDR-Bürger. Im Ärger waren sie sich einig. Das war eine Form der gemeinsamen Verweigerung von Zustimmung zu den von Partei und Regierung oder auch nur von der Ortsobrigkeit oder den betrieblichen Vorgesetzten verkündeten neuen Phrasen und Anforderungen. Gemeckert wurde von unten nach oben, oder von oben nach unten. Mit dem Habitus des Meckerns korrespondierte ein spezifischer Humor, den die Fähigkeit, über sich selbst und die Unzulänglichkeiten des eigenen Alltags lachen zu können, auszeichnete. Dem Meckern wohnte eine systemstabilisierende Komponente inne, weil es anzeigte, daß man es noch aushalten konnte, und vor allem deshalb, weil es oftmals einen Vorschlag zur Veränderung enthielt, was die Reformfähigkeit des Systems unterstellte. Erst wenn Kritik in Wut, Resignation oder Verzweiflung umschlug, konnte sie systemgefährdend werden. Das Meckern bedeutet kulturell sicherlich noch viel mehr – es war konstruktiv, es war subversiv – diese Gesellschaft lebte und hatte Farbe, manchmal einzig und allein nur durch dieses Meckern. In dem zweiten Beispiel, auf das ich hier verzichten muß, wäre es um das besondere Verhältnis zur Gegenständlichkeit gegangen, daß DDR-Bürger und -Bürgerinnen aufgrund des Mangels und der daraus folgenden Langlebigkeit von Konsumgütern eingegangen sind.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Herr Dr. Garlipp, wenn ich Sie jetzt dann gleich bitten darf.

Dr. Manfred Garlipp: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen weniger an den materiellen als an den immateriellen Dingen festmachen, die ich im Gesundheitswesen seit 35, fast 36 Jahren Be-

rufstätigkeit erlebt habe. Wie jeder weiß, und heute morgen haben wir schon davon gehört, von Herrn Professor Maser, gab es materiellen Mangel auf allen Gebieten, eben haben wir es auch wieder gehört. Auch im Gesundheitswesen war es nicht nur vor 30 Jahren so, das hat sich bis in die letzten Jahre hingezogen. Jeder weiß auch, oder zumindest die meisten wissen es, daß wir Mangel an Röntgenfilmen hatten, und natürlich kann man heute über viele Dinge lächeln. Aber wenn es eben Röntgenfilme waren, die wir nicht hatten, wenn es keine Gummihandschuhe mehr zum Operieren gab, die wir flicken mußten, wenn wir dies nicht mehr hatten, dann wurde es eben nicht mehr lächerlich, dann wurde es ernst, bitterer Ernst, das aus vielerlei Gründen, nicht nur wegen der Arbeitsaufwendigkeit, sondern wegen der hygienischen Bedenken, die es hervorrief. Eine schlimme Situation für uns, die damit umgehen mußten. Da gab es eine Verordnung in der DDR, die die Silberrückgewinnung aus Röntgenbildern sicherte. Und da die DDR mit Silber nicht gesegnet war, mußten wir also nach fünf Jahren die Röntgenaufnahmen vernichten. Egal ob das Aufnahmen waren, die man für spätere Gutachtungszwecke, für wissenschaftliche Verlaufsbeurteilungen oder wissenschaftliche Arbeiten überhaupt benötigte, oder auch sonst, um Regreßansprüchen standhalten zu können den Richtern gegenüber. Wir mußten sie zurückgeben und sie wurden vernichtet zur Silberrückgewinnung. Darunter leiden Versicherungsträger in der Bundesrepublik natürlich heute noch mehr, weil wir ihnen diese Aufnahmen, die sie oft noch brauchen, wenn Versicherungsansprüche bis in die heutige Zeit hineinwirken, nicht schicken können. Das war nur ein Beispiel.

Ich gehe, um die Zeit einzuhalten, im wesentlichen auf die immateriellen Dinge ein, die uns dort beschäftigt haben, und die vielleicht für den Außenstehenden nicht so sichtbar waren, auch nicht für den Patienten. Zuerst ist die Frage der personellen Besetzung interessant, die Kader. Damals hieß es ja nicht „Personalfragen“ sondern „Kaderfragen“. Speziell möchte ich die Besetzung der leitenden Positionen ansprechen, und zwar in den Krankenhäusern. Ich bin im Krankenhaus Arzt und verstehe vom Krankenhauswesen eben einfach mehr als von Ambulanzen oder von Polikliniken, und deswegen verzeihen Sie mir bitte, wenn ich auf diese ambulanten Versorgungsbereiche nicht so sehr eingehen kann. So weit wie es erbeten wird will ich in der Diskussion herzlich gerne dazu etwas sagen, soweit ich das kann.

Aber zunächst, wie gesagt, zum stationären Bereich, wie ist hier entschieden worden? Das war unterschiedlich von Krankenhausebene zu Krankenhausebene. Selbstverständlich wurden in einem Krankenhaus wie in Eisenhüttenstadt an eine Chefposition nicht die gleichen gesellschaftlichen Anforderungen gestellt, in der Regel nicht, wie an einen Chefarzt in einem damaligen Bezirkskrankenhaus, heute Schwerpunktkrankenhaus, von der Uniklinik kann ich nicht reden, das ist eine eigene Bereichsstufe. Aber nun zu den Versorgungskrankenhäusern. Selbstverständlich hat man dort auch mal jemanden hingesetzt, der gesellschaftlich überhaupt nichts aufzuweisen hatte. Aber das konnte sich in der nächsten Etage schon grundlegend ändern.

Als Beispiel: Ich war in einer sehr prekären Situation, zwei oder drei Jahre vor der Wende. Ich brauchte dringend einen weiteren Oberarzt und hatte einen sehr guten Mann, den ich gerne hierher bekommen hätte. Der ist aber nicht eingestellt worden, obwohl eigentlich formal der Chef im Dienstvertrag das Recht der Mitsprache und der Entscheidung hatte in Personalfragen. Es stimmt natürlich nicht, daß leitende Positionen immer nur mit Parteikadern besetzt wurden. Natürlich wurden leitende Positionen immer wieder punktuell anders besetzt, als ein Beispiel dafür, wie tolerant wir doch sind. Es gab da tatsächlich diese Beispiele, aber sie wurden dann entsprechend auch publik gemacht. Wir wurden dann so vorgezeigt. Als Aushängeschild, seht mal der Garlipp zum Beispiel auch, der geht Sonntags mit dem Gesangbuch in die Kirche. Versteckt das in seiner Tasche, er geht in die Kirche und sonst nirgendwo hin, und dann wird er eingestellt in Eisenhüttenstadt. Also, es war durchaus dieses Doppelspiel, der Öffentlichkeit zu zeigen: Wir sind ja nicht so, daß wir nur Parteileute nehmen, oder gesellschaftlich sehr engagierte Leute nehmen. Wer weder Parteimitglied war, auch nicht in Blockparteien, noch sonst gesellschaftliche Bindungen hatte, mußte unter Umständen andere Verstrickungen haben, in der Staatssicherheit arbeiten zum Beispiel, was eben nicht so offenkundig war. Das hat natürlich dann dazu geführt, daß man diesen Leuten mit großem Mißtrauen zum Teil gegenüberstand. Zumindest in den ersten Jahren konnte man Freundschaften, kollegiale Bindungen, nicht so wachsen lassen, wie es notwendig gewesen wäre. Ich habe das jahrelang, wirklich jahrelang, sehr bitter gespürt.

Die nächste Frage war, wie konnte ein fachkompetenter Mann innerhalb seiner Abteilung oder in der gesamten Klinik Einfluß nehmen? Im Grunde genommen so gut wie nicht. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen, wie es in meinem Fall gelaufen ist. Ich wurde etwa alle 5 Jahre vom Kreisarzt und vom ärztlichen Direktor darum gebeten, eine Konzeption zu erarbeiten, eine Entwicklungskonzeption. Was man machen kann, wie man sich es vorstellt, räumlich, personell, vom Profil der Einrichtung her. Natürlich macht man sich als junger Mann, ich war ja ein junger Mann damals, sehr viele Gedanken darüber, liest wissenschaftliche Literatur, die man dann im Zusammenhang zusammenstellt, und überreicht das dann, so lief das also. Ich bekam dann in der Belegschaft ein großes Dankeschön, eine Prämie, mehrfach in Höhe von 200 Mark, und wurde sehr belobigt, daß ich so eine schöne Konzeption vorgelegt habe. Ich armer Irrer habe nicht gewußt, daß diese Entscheidungen und diese Fragen, die ich dargelegt hatte, lange entschieden waren. Es war immer am Montagnachmittag. Sie wissen sicher, daß Montagnachmittag der Tag der Partei war? Regelmäßig, in allen Betrieben eigentlich. Und da waren die Dinge lange entschieden, die ich da vorgelegt hatte. Aber das habe ich nie erfahren. Ich habe ein paar Jahre dazu gebraucht, um zu begreifen, daß es unsinnig ist, sich da überhaupt noch Gedanken zu machen. Fachkompetenz war wirklich in diesen Fragen nicht gefragt, es sei denn, man gehörte eben zu dem Kreis, der sich Montagnachmittag traf. Dann war das anders.

Das nächste, was ich zum immateriellen Bereich anreißen möchte, sind die Fragen der Kontakte mit Fachkollegen aus dem Ausland. Wir hatten nicht nur Kontakte mit Kollegen aus der Bundesrepublik, also aus dem deutschsprachigen Raum, sondern auch aus Polen. Wir leben ja in der Nachbarschaft zu Polen. Ich habe eine einzige Dienstreise nach Warschau im Jahr der Solidarnosc bewilligt bekommen, und das auch erst nach langem Fragen. Mehr nicht. Ins westliche Ausland ohnehin nicht. Wir hatten einen eklatanten Literaturmangel bei Fachliteratur, so daß man sich vorstellen kann, daß wir in eine Isolation gekommen sind, die mit den Anforderungen schwer zu vereinbaren war. Auch in der Medizin, ich spreche nur von den Versorgungskrankenhäusern, gab es diese Isolation. Diese Isolation in Europa war sicher mit der Isolierung des Gesundheitswesens und der Medizin im dritten Reich vergleichbar. Ich habe es so empfunden. Ich habe zum Beispiel in der Schule ganze Lehrbücher aus der Beraterfachzeitschrift zusammengesucht und habe Berater angeschrieben. Selbst diese Briefe durfte man nicht mit freundlichen Grüßen zeichnen, auch nicht mit der Anrede „Lieber Herr Kollege“ oder „Sehr geehrter Herr Kollege“ versehen. Nein, das war absolut nicht möglich, wenn das rauskam, war man dran. Beim Kreisarzt mußt du dich verantworten. Und trotzdem haben wir uns etwas moderne Literatur besorgt. Ich habe solche Bücher heute noch stehen, als Kuriosität. Sind ja nun schon ein bißchen veraltet.

Und ein weiteres will ich noch sagen, was einem persönlich doch das Arbeiten sehr erschwert hat. Das ist das Hineinregieren in die persönlichen Belange des Einzelnen, in die rein privaten Dinge, gewesen. Wie oft bin ich zum Beispiel zu meinem Dienstvorgesetzten, dem ärztlichen Direktor damals, gerufen worden, weil wir uns geweigert haben, die Kinder am Tag der Nationalen Volksarmee in den Kindergarten zu schicken, weil sie dann zum Panzer Blumen hinbringen mußten. Wir haben uns geweigert, daß sie Lieder sangen, in der Schule Gedichte lernten, die mit militärischen Dingen verbunden waren. Wenn wir die Kinder nicht lernen ließen, was wir ihnen verboten hatten, zum Beispiel auf Schießscheiben mit menschlichen Umrissen zu schießen, wurden wir zur Verantwortung gezogen. Es war doch lächerlich. Wenn du deine Kinder nicht hinschickst, handelst du dir Unannehmlichkeiten ein. Das war natürlich eine psychologische Gewöhnungskette. Erst sollst du auf einen Umriß schießen, das nächste war dann der Pappsoldat. Wer da nicht mitmachte, mußte sich also hinterher gegenüber dem Kindergarten, der Schule oder selbst im Betrieb verantworten. Ich bin also wiederholt immer wieder aufgefordert worden, dazu Stellung zu nehmen. Mußte mich auf allen Ebenen dafür rechtfertigen, daß wir eben die Kinder in anderer Weise erzogen haben. Dann hatten wir eines Tages resigniert. Ich hab dann versucht, die Patienten nach bestem Wissen und Können zu behandeln, wie es irgendwie ging.

Und nun komme ich wieder in den materiellen Bereich. Wir waren Weltmeister in der Improvisation. In der Tat, und wenn ich da ein Beispiel anführen würde, das würde sicher zu weit führen. Was wir aus welchen Dingen gemacht haben, und wie schwer dies war, dazu ein kleines Beispiel. Man braucht für die Knochenchirurgie Antriebsmaschinen, Bohrmaschinen und andere Aggregate,

die es nicht gab. Es dauerte 10 Jahre, bevor der Herstellerbetrieb, in der DDR war der in Königssee, in Thüringen, ein sogenanntes Nullattest ausstellte, das heißt, bis er offen sagte, daß er keine produzieren konnte. Was macht man in der Zwischenzeit? In der Zwischenzeit sucht man sich ausrangierte Zahnarztbohrmaschinen, oder Bohrmaschinen aus der Industrie, die man umbaut, umfriemelt. Man nimmt Knochenimplantate, die man aber nur einmal verwenden darf. Die bohrt man einer Leiche wieder aus, wenn der Betreffende gestorben ist, und baut sie dem nächsten wieder ein, was die Patienten natürlich alle nicht wußten. Ist ja auch klar, wir wollten ihnen nur helfen. Es klingt makaber, aber es ist so. Natürlich das nächste, das sind die Dinge, die einen mit Arbeit überflutet haben, die mit dem medizinischen Bereich nichts zu tun haben. Das hat uns allen unendlich viel Zeit gekostet, von den Patienten fern gehalten. Nun kann man sagen, die Zeit ist vorbei. Sie ist vorbei, natürlich. Und die materiellen Defizite, die ich so ein bißchen nur anreißen konnte, sind sehr schnell überwunden worden, und keiner spricht heute mehr davon, jeder weiß das auch. Aber jeder vergißt das auch genauso schnell.

Aber heute ist halt die Situation so, daß wir das Machbare haben, und das aber nicht bezahlen können. Jetzt gibt es Grenzen, die nicht nur durch diesen Mangel an Geld entstehen. Es gibt tatsächlich eine neue Inkompetenz in den Krankenhäusern. Und das ist eine ganz schlimme Situation. Wer sich da reindenk, mag ja für das eine oder andere aus dem Gesundheitsstrukturgesetz von Herrn Seehofer Verständnis haben und auch begreifen, daß es nicht bedenkenlos Investitionen im Gesundheitswesen geben kann, wenn man dann die Mitgliedsbeiträge nicht erhöhen will, usw. Das mag der Einzelne noch verstehen. Aber die Mitarbeiter in der mittleren Ebene verstehen dies in der Form oft nicht. Wenn dadurch Dinge, die eigentlich möglich sind, eben absolut nicht mehr möglich sind. Ein Beispiel wieder dafür. Wir haben jetzt vor ein paar Tagen im Krankenhaus die sogenannten Strukturgespräche gehabt, mit den Krankenkassen, die jedes Jahr stattfinden. Und ich bemühe mich in Eisenhüttenstadt seit 16 Jahren, seit ich hier bin, eine Gefäßchirurgie aufzubauen. Ein Teilgebiet der Chirurgie, das sicher sehr zukunftssträftig ist. Es ging in der DDR-Zeit deshalb nicht, weil ich keine entsprechenden röntgentechnischen Voraussetzungen dafür hatte. Man braucht dazu Röntgentechniker, Röntgenärzte, die das mitmachen, und man braucht die entsprechende Technik dazu. Jetzt haben wir sie. Ich kann es aber trotzdem nicht einführen, weil die mit einer ungeheuren Lobby ausgestatteten Krankenkassen eben sagen: Nein, dies bezahlen wir in Eisenhüttenstadt nicht. Wir haben genügend solche Gefäßchirurgien mit den Nachbarkrankenhäusern vereinbart, aber mit Eisenhüttenstadt nicht. Dies kann ich vielleicht noch verstehen. Aber viele Mitarbeiter eben nicht. Es ist nicht nur die Krankenkasse, es ist die kassenärztliche Vereinigung, die uns dort bestimmte Bremsen einsetzt. Es gibt auch die Schwierigkeit, daß man die eigenen Behandlungsergebnisse nicht mehr kontrollieren kann, wie wir es manchmal doch früher besser konnten, weil wir heute einfach die Patienten nicht mehr reinbestellen können. Wir haben keine Klinikambulanz. Dagegen wehrt sich die kassenärztliche Vereinigung. Also entlasse ich den Patienten, den ich

heute operiere, nach 10 Tagen aus dem Krankenhaus und sehe ihn nie wieder. Ich habe gar keine Rückinformation, im besten Fall ein kollegiales Gespräch, aber nie die Möglichkeit, dies exakt statistisch nachzukontrollieren. Das kann ich nicht. Wie denn? Ich kann ihn nicht röntgen später, ich darf ihn nicht reinbestellen, denn es kostet Geld, und das Geld habe ich nicht. Das wird von den Kassen nicht bezahlt. In Hochschulen geht das, aber diese Nachuntersuchung, diese klinische Forschung ist ja in kleinen Krankenhäusern auch möglich, und wir haben es ja immer so gemacht. Geht nicht mehr, und das nächste ist natürlich, daß wir noch Gefahr laufen, in zwei Kategorien in der Medizin hineinzurutschen, in die minimierte Medizin. Das habe ich eben angedeutet, mit dem Beispiel, daß wir eben keine Gefäßchirurgie haben und ganz kontingentiert Herzschrittmacher einbauen dürfen, weil die eben nicht bezahlt werden. 60 oder 70 ist der Bedarf in Eisenhüttenstadt. 35 sind genehmigt worden für diese Chirurgie. Wir müssen am Jahresanfang im Strukturplan festlegen, wieviel Patienten wir dieses Jahr behandeln. Es erinnert mich fatal, wirklich fatal, an die Planwirtschaft der DDR. Es ist sicher nicht das gleiche, aber was ganz ähnliches. Es wird natürlich auch nachgeprüft, das man nicht finanziell zuviel behandelt, was die Kassen nicht bezahlen oder nicht zuwenig behandelt, damit das Krankenhaus nicht ins Defizit kommt usw. Das ist gar nicht so einfach, diese Punktlandung zu machen, diese 3.000 Patienten in der Chirurgie im Jahre 1997 genau zu bringen und nicht 3.010 oder 3.020. Denn das Angebot hängt davon ab, wie ich planen kann, wieviel Verkehrsunfälle werden in Eisenhüttenstadt sein, die ins Krankenhaus kommen, wieviele Blinddärme operiert werden müssen, oder Gallensteine oder Krampfadern, wieviele Schilddrüsenoperationen gemacht werden müssen. Das weiß ich nicht von vornherein. Es gibt Erfahrungswerte der letzten Jahre natürlich, aber auch eine Fehlerbreite, eine Streubreite. All dies erinnert fatal an Planwirtschaft und wer sie kennt, weiß, wovon ich spreche. Und das nächste ist natürlich die Gefahr der rationierten Medizin. Daß wir nicht nur der Gefahr der minimierten Medizin ausgesetzt sind, sondern auch der rationierten Medizin. Das heißt, daß wir also in absehbarer Zeit wahrscheinlich doch bestimmte medizinische Hochleistungen, wenn es so weiter geht, überhaupt nicht mehr bezahlen können. Es wird einfach so sein. Es geht nicht nur den Hochschulen, den hochspezialisierten Einrichtungen so, das wird auch in den Krankenhäusern der mittleren Ebene so sein. Sicher nicht bei der Grundversorgung, aber bei der Regelversorgung.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank auch Ihnen Herr Dr. Garlipp. Wir haben jetzt im Gedränge der Kürze eine Menge gehört zu manchem Begriff, mit dem zumindest ich nicht unbedingt sofort etwas anfangen kann. Der Y-Draht und auch die Gleitschuhe sind mir noch nicht ganz klar in ihrer Funktion, und die nachhaltige Transplantationsmedizin, die hier kurz angedeutet wurde, zieht natürlich auch so manche Fragen nach sich. Aber wir haben hier eine erste Runde durch Meldungen aus der Kommission, und da sich, ja ich möchte sagen der Zufall so darstellt, daß wir hier eine Fraktionsrunde zustande bekommen in einem ersten Durchgang, möchte ich dann als ersten Herrn Koschyk um das Wort bitten, ich mache noch mal darauf auf-

merksam, daß unweigerlich 15.40 Uhr hier Schluß sein soll, damit Sie wenigstens noch eine Tasse Kaffee trinken können vor der nächsten Runde. Also Herr Koschyk, dann Herr Weber, dann Herr Kowalczyk, dann Herr Jacobsen.

Abg. Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Ich hätte eine Frage, sowohl an Dr. Garlipp als auch an Herrn Bartsch. Ich meine, Sie haben ja sehr eindrucksvoll für Ihre beiden Berufsbereiche den offenkundigen Mangel geschildert und haben auch die Abhängigkeit von Partei- und Staatsstrukturen, Sie Herr Bartsch für Handwerk und Mittelstand, auch Sie Herr Dr. Garlipp als nicht in Parteistrukturen eingebundener Arzt, geschildert. Ich hätte mal eine Frage, und zwar, ist Ihnen eigentlich in diesem ständigen Spannungsfeld und in dieser Auseinandersetzung mit Partei- und Staatsstruktur bewußt geworden, daß man auf bestimmter politischer staatlicher Ebene sich dieses Mangels bewußt gewesen ist und ihn sehr wohl auch in Kauf genommen hat. Ich frage das vor allem auch Sie, Herrn Dr. Garlipp, weil das, was Sie jetzt an immateriellen Mängeln im Gesundheitswesen geschildert haben, natürlich eine ganze Reihe materielle Mängel bis hin zur medizinischen Versorgung der Menschen nach sich gezogen hat. Ist dies bewußt auch einkalkuliert und auch bewußt geduldet und hingenommen worden, nach Ihrer Erkenntnis und nach Ihren Erfahrungen bei einer Auseinandersetzung und Diskussion mit entsprechenden staatlichen und politischen Stellen? Mich hat auch sehr beeindruckt, Dr. Garlipp, was Sie am Schluß zur Situation heute gesagt haben. Deshalb habe ich die Frage: Ist es denn so, daß in den neuen Bundesländern von den entsprechenden Stellen zu wenig Rücksicht auf den Nachholbedarf genommen wird, denn ich meine, die Auseinandersetzung vollzieht sich ja mehr auf der Ebene der Kassen, der kassenärztlichen Vereinigung. Kann man da nicht stärker auch den offenkundigen Nachholbedarf einfordern und einklagen? Es hat mich schon sehr bedrückt, was Sie zur Gesundheitssituation heute gesagt haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der nächste Redner ist Herr Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich fange mit dem an, mit dem Herr Koschyk eben aufgehört hat. Mich würde auch interessieren, wie Sie das einschätzen. Wir haben darauf verwiesen, der Zentralismus ist ja offenbar die eine Schiene, da hat sich wenig geändert. Aber hängt es nicht auch damit zusammen, daß mit den Inhalten, den ideologischen Überfrachtungen auch gewisse Grundvorstellungen, etwa vom Krankenhaus, zusammenhängen. Sie haben erwähnt, daß auch entsprechende Nachuntersuchungen sein müssen, daß dies aber einfach auch über Bord geworfen wird durch diese kassenärztliche Vereinigungen. Ich glaube nicht, daß es ein „normales System“ ist, das im Westen besteht, und von „drüben“ konnte man ja gar nichts übernehmen. Das heißt, ist es nicht auch ein Fehler, so zu tun, als ob das, was im Westen existiert, das einzig Gute und Wahre ist? Sind wir sicher, daß man hier nun gar nichts lernen konnte, aus bestimmten Strukturen zumindest, die drüben gewesen sind? Aber mich interessiert, wie Sie das einschätzen, aus dem Krankenhausbereich. Das zweite ist etwas Grundsätzliches, mehr zu der vorherigen Diskussion. Es ging ja darum, ob der Alltag wirklich sich so stark ablösen kann von dem herrschenden Sy-

stem. Was Sie drei gesagt haben, macht überdeutlich klar, daß es nicht der Fall ist. Das sind ja alles systembedingte Probleme gewesen, die Sie gezeigt haben, die Ihren Alltag, und vor allem den Arbeitsalltag, geprägt haben. Glauben Sie, oder schätzen Sie das so ein, daß das eine Besonderheit nur in Ihren Berufen gewesen ist? Oder war es aus Ihrer Kenntnis dieser DDR-Wirklichkeit nicht doch so, daß eben hier diese systembedingten Dinge in fast allen Bereichen des täglichen Lebens, und damit auch der Alltag, ganz einfach nicht zu trennen ist von den Strukturen des Systems?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön, Herr Kowalczuk, bitte.

Sv. Iiko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Bemerkung oder Frage richtet sich an Frau Merkel. Ich habe mich gefragt, als ich das Schaubild von Ihnen sah, was uns dieses Schaubild mit den Eingaben und der Verteilung eigentlich sagen soll. Es hat mich zum Beispiel überhaupt nicht überrascht, daß die Frage von Handel und Versorgung weit unten rangierte, die Wohnungsfrage aber ganz weit oben, und irgendwo dazwischen in aufsteigender Linie die Reisefrage. Die Reisefrage ist meines Erachtens ganz einfach zu erklären. Bis Mitte der 80er Jahre konnte man praktisch überhaupt nicht in den Westen reisen. Dann gab es eine gewisse Lockerung für bestimmte Personenkreise. Insofern stieg natürlich auch die Anzahl der Eingaben. Und ähnlich gelagert war das mit Handel und Versorgung. Ich glaube nicht, daß man von diesem Bild her schlußfolgern könnte, das sich die Handels- und Versorgungsfrage verbessert oder gar geklärt hätte. Vielmehr war es relativ sinnlos, in diesen Fragen überhaupt eine Eingabe zu schreiben. Das war eine Erfahrung, die jeder in der DDR, und ich nehme an, auch Sie, gemacht hatten. Sie haben versucht, den Begriff des Mangels und der Mangelgesellschaft zu problematisieren, was natürlich Ihr gutes Recht ist. Nur ich glaube, daß der Ansatz, so wie Sie unser Programm hier verstanden haben, doch etwas zu kurz greift, weil wir unter Mangelgesellschaft eben nicht nur den materiellen Mangel meinen, sondern genau so, oder vielmehr, auch den immateriellen Mangel. Insofern war auch die DDR-Gesellschaft in den 80er Jahren eine ausgeprägte Mangelgesellschaft. Es schließt sich noch eine kleine Frage an Herrn Bartsch an. Sie haben dieses MfS-Dokument erwähnt, wenn ich das richtig verstanden habe, was von der Hauptabteilung XVIII erstellt wurde, die ja zuständig war für die Volkswirtschaft. Mich würde nur interessieren, ob Sie Kenntnisse darüber hatten, ob diese Abteilung sich tatsächlich zielgerichtet und in welchem Umfang ungefähr mit den selbständigen Handwerkern beschäftigt hat, oder ob das ein Zufallsfund war.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön, ich habe jetzt noch Herrn Jacobsen und dann folgende drei weiteren Wortmeldungen. Von Herrn Faulenbach, Herrn Hilsberg und Herrn Poppe. Herr Jacobsen, bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Eine prinzipielle Frage an Herrn Bartsch und Frau Merkel. Nun kann man sich natürlich fragen, was heißt Mangelgesellschaft in diesem System. Es war eine reduzierte Lebensqualität in allen Bereichen. Aber es kommen meines Erachtens zwei entscheidende Ge-

sichtspunkte hinzu, und ich wäre dankbar, wenn Sie versuchen würden darauf ein wenig einzugehen. Mir fehlte bei dem, was Sie angedeutet haben, der größere Zusammenhang von Politik und Gesellschaft. Ich will das an zwei Beispielen verdeutlichen. Einmal, wie weit hat denn dieses Wahrnehmen von Mangel in allen Teilbereichen, materiell und immateriell, dazu geführt, daß in dieser Gesellschaft das Vertrauen in das sogenannte „bessere Gesellschaftssystem“ in der Geschichte schrittweise reduziert und abgebaut wurde? Wenn ich auf der einen Seite propagandistisch überhöht betone, es gibt kein „besseres Gesellschaftssystem“, der Sieg gehört dem Weltkommunismus, auch die, die den vermissen, und man gleichzeitig in der Gesellschaft spürt, dieser Anspruch kann gar nicht erfüllt werden im Rahmen des Wettkampfes der Systeme. Das ist ja offenkundig, wir haben das vor allen Dingen ja auch in der Sowjetunion erlebt. Aber es kommt nicht nur der Vertrauensverlust hinzu, es kommt etwas anderes hinzu. Da bin ich mir nicht ganz sicher, wie man es beurteilen, und ob man es überhaupt beurteilen kann. Wir haben, um es einmal vom Systemvergleich aufzugreifen, auch im Dritten Reich ganz bestimmte negative Erscheinungsformen gehabt. Vielleicht weniger im wirtschaftlichen, da ging es bis 1939 aufwärts. Wenn wir auch wissen warum. Aber es gab andere Bereiche, wo man sich nicht im klaren darüber war, wie man das System angesichts der negativen Schlagzeilen oder Gefühle bewerten sollte. Aber was man konnte und geschickt verstand war, war die Kompensation: Da und dort kann man zwar negative Erscheinungsformen feststellen, aber wir haben das große, bessere System, also damals das nationale Pathos nach 1938/39. Konzentrationslager sind schlecht, aber Deutschlands Größe steht wieder im Mittelpunkt, und wir sind wieder wer. Gibt es so ein Wir-Gefühl? Der Versuch, in dieser Mangelgesellschaft zu kompensieren über, mit Hilfe der sogenannten Überlegenheit des Systems, das braucht Zeit. Dieses Wir-Gefühl wird sich entwickeln, abgesehen davon, man hat ja immer wiederum die eigenen Situation mit der Situation in den anderen sozialistischen Staaten, oder auch in der Sowjetunion verglichen. Man kam dann häufig zu dem Ergebnis, daß wir an der Spitze in der DDR stehen. Denken wir an das, was in Polen geschah, als hier die Grenze mehr oder weniger geöffnet wurde, und die Polen in der DDR einkaufen konnten. Das wurde dann auch wieder gestoppt. Also: Hat diese Kompensation irgendwie eine Rolle gespielt, diese Vorstellung: Man muß nur Geduld haben, eines Tages werden wir der Überlegene in der Wirtschaft und auch in allen anderen Teilbereichen sein? Ich wäre dankbar, wenn Sie sich dazu noch einmal kurz äußern würden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön, Herr Faulenbach, bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst Fragen an Frau Dr. Merkel. Ich habe mir auch den Begriff „Mangelgesellschaft“ notiert, den Sie problematisiert hatten. Ich selbst habe heute morgen gewisse Zweifel an diesem Begriff geäußert. Gleichwohl weist natürlich diese Gesellschaft unverkennbar in einer Vielzahl von Bereichen Mangel auf. Wenn wir uns im engeren Sinne auf den Bereich der Versorgung mit Konsumgütern beziehen, würden Sie denn für die

späteren Phasen von einer Konsumgesellschaft mit Engpässen sprechen, oder wie würden Sie das begrifflich fassen wollen, was tatsächlich vorlag? Welche Begrifflichkeit würde sich aus Ihrer Sicht dann anbieten?

Die zweite Frage, die uns interessiert, ist die nach den Nachwirkungen. Sie haben ähnlich wie Mary Foolbrook das „Meckern“, bei ihr heißt es „Meckern und Anpassen“, als Kennzeichen des Sozialverhaltens in der DDR charakterisiert. Sie haben dann gesagt, das war habituell. Jetzt darf ich vielleicht doch mal fragen: Wie stabil ist dieser Habitus? Wirkt er nach oder ist er inzwischen überwunden? Ist der Habitus nur noch Geschichte?

Eine Frage zu Herrn Bartsch. Sie haben die Probleme der Transformation benannt. Hat es in der Übergangsphase auf der Ebene von Industrie- und Handelskammern usw. im Hinblick auf die Qualifikationsdefizite, die Sie als einen wesentlichen Punkt benannt haben, hinreichend berufliche Fortbildungschancen gegeben, und gibt es sie heute, etwa im Bereich des Handwerks, der Facharbeiter usw.? Sie haben dann gesagt, besser wäre vielleicht gewesen, Betriebe weiterzuführen als den Versuch zu machen, neue zu gründen. Sie müßten vielleicht noch etwas erläutern, was es mit diesen Alternativen auf sich hat.

Schließlich an Dr. Garlipp noch kurz gefragt: Sind Sie der Meinung, Herr Dr. Garlipp, daß heute die Krankenhäuser und die medizinische Versorgung in den neuen Bundesländern absolut gleichwertig ist mit der der alten Länder oder sehen Sie noch Unterschiede? Denkbar wäre, daß sie vielleicht sogar in mancher Beziehung besser, in anderer schlechter wären. Hat da im übrigen eine Nivellierung stattgefunden, sagen wir zwischen großen und kleinen Krankenhäusern? Die Frage optimaler Krankenhausgrößen wird auch im Westen diskutiert. Möglicherweise diskutieren wir inzwischen dann generelle Fragen des Gesundheitssystems der Bundesrepublik, nicht nur Fragen der ehemaligen DDR.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der nächste ist Herr Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Eine Anmerkung, eine Frage. Die Anmerkung bezieht sich auf Frau Dr. Merkel. Für meine Begriffe ist der Mangel ein unmittelbares Merkmal der Planwirtschaft. Die Planwirtschaft, die ja nebenbei auch zu Überkapazitäten geführt hat, ist im Systemzusammenhang mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu sehen, deren Folge die Planwirtschaft war. Insofern trifft das den Kern des Unterschieds zwischen dem westlichen System und dem damals östlichen, und ist insofern auch ein kultureller Unterschied. Wir haben ja bei dem Vortrag von Herrn Garlipp gesehen, in welcher Art und Weise diese Mangelercheinungen dann eingegriffen haben in das persönliche Leben der Menschen. Insofern hat Ihr Vortrag auch deutlich gemacht, daß man einen Unterschied zwischen Alltag und politischem System eigentlich nicht machen kann. Daß das unmittelbar ineinander übergeht, kann man nur verstehen, wenn man es zusammen sieht. Aber an Sie eine Frage im Zusammenhang mit dem Mangel, den wir heute haben. Ihre Kollegen sind alles Leute, die die DDR erlebt haben, und die sie in den Mangelercheinungen

nie begrüßt hatten, auch nicht relativiert haben, denke ich mal. Aber die versucht haben, ihn irgendwo zu überwinden, und zwar mit ziemlich viel Kräften und auch Phantasie. Wenn die heute erleben, daß es nach wie vor Mangel gibt, anders motiviert, beispielsweise aufgrund des Geldes, der dazu führt, daß wir Erscheinungen haben wie Zweiklassenmedizin beispielsweise, welche Zusammenhänge werden da hergestellt, welche Schlußfolgerungen werden da gezogen, im Vergleich zwischen dem Mangel in der DDR und heute?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Poppe, bitte schön.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/ Die Grünen): Ich bin ein bißchen verwundert, daß bei allen doch in erster Linie der materielle Mangel im Vordergrund stand, trotz gegenteiliger Bekundung zum Teil. Ich habe die DDR immer erlebt als einen Mangel an Freiheit, im Unterschied zu dem Überfluß an Indoktrination. Mangel an Freiheit auch im Alltagsleben. Also nicht als große politische Kategorie, sondern in dem alltäglichen Dasein zwischen Arbeitsstellen, Schulen, Kindergärten, Verwaltungen usw. Insofern fand ich es auch interessant, als Professor Jacobsen noch mal das Problem der Kompensation hinterfragte. Sie haben, Frau Merkel, vorhin das Meckern eingeführt, als eine Möglichkeit der Kompensation. Es gibt ja auch andere, zum Beispiel diese typischen Ostwitze, die nach der Einheit verloren gegangen sind. So nach dem Muster: Haben Sie keine Handtücher? Nein, hier gibt es keine Bettwäsche, aber keine Handtücher gibt es nebenan. Dieser ostmitteleuropäische Witz, der eine Verarbeitung alltäglicher Mangelerscheinungen bedeutet, und der zugleich ein Zusammenrücken von Leuten bedeutet. Also, eine kompensatorische Verarbeitung alltäglichen Mangels durch Zusammenrücken der Betroffenen, die sich völlig darüber im Klaren sind, was Herr Bartsch zum Beispiel über das Tauschgeschäft vorgetragen hat, die daraus eine Überlebensstrategie entwickeln, oder ist das eher ein Ausdruck einer kollektiven Resignation. Ich würde gerne von Ihnen noch etwas dazu hören, wie sich denn der Mangel auf den Umgang der Betroffenen miteinander und auf den Zustand der Gesellschaft ausgewirkt hat, sowie auch noch ein Wort dazu, wie sich dieser heute darstellt. Der beschriebene Mangel ist verschwunden, haben sich nun andere Mängel entwickelt – zum Beispiel im alltäglichen Umgang der Menschen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Viele Fragen sind gestellt worden. Wir beginnen jetzt hier zu meiner Rechten mit Frau Dr. Merkel. Bitte schön, Frau Dr. Merkel.

Dr. Ina Merkel: Sie sind irgendwie witzig mit Ihren Anfragen. Sie, Herr Poppe, Sie sagen, wir konzentrieren uns jetzt nur auf materiellen Mangel, genau dazu sind wir gefragt worden. Dann haben wir jetzt 10 Minuten Zeit, etwas vorzutragen, und dann wundern Sie sich, daß bestimmte andere Fragen nicht vorkommen. Also man kann in 10 Minuten nur begrenzt was sagen, und daraus resultieren natürlich auch eine Reihe von Verkürztheiten, wo man bestimmte Dinge nicht mehr ausführen kann. Ich bin gebeten worden, etwas zum Konsum zu sagen, zum Konsumverhalten. Das ist eine ganz konkrete Anfrage. Ich würde sagen, das ist schon irgendwie ein bißchen eine Überforderung, in

10 Minuten auf alles zu antworten. Ich kann jetzt hier auch gar nicht auf alle Fragen eingehen. Ich glaube, eine zentrale Frage, die von Verschiedenen noch einmal nachgefragt worden ist, ist die nach dem Begriff der Mangelgesellschaft, und vielleicht kann ich dazu noch ein paar Gedanken äußern. Sie scheinen ja offenbar, Herr Hilsberg hat es noch einmal auf den Punkt gebracht, Mangel und Planwirtschaft miteinander zu verknüpfen. Also Mangelgesellschaft und Planwirtschaft werden synonym gesetzt. Und genau das würde ich problematisieren. Historisch gesehen gibt es die verschiedensten Formen von Mangelercheinungen und Mangelgesellschaft. Sie können, und das haben Sie ja nun heute gerade auf dem Podium auch gehört, von dem Kollegen Arzt, Mangel auf den verschiedensten Ebenen artikulieren, auch die heutige Gesellschaft kann man als eine Mangelgesellschaft wahrnehmen. Es mangelt ihr fatal an Arbeitsplätzen. Und ich finde, daß dieser Mangel systembedingt ist und daß er sich gravierend auf den Alltag der Leute auswirkt. Diese Verkopplung von System und Alltag führt vielleicht zu größeren Notlagen, als jemals in der DDR der Mangel an schicker Kleidung geführt hat. Es handelt sich um eine existentielle Frage. Was ganz anderes ist es mit dem, was Herr Poppe bemerkt hat, mit immateriellem Mangel. Das weist ja diese Skizze, die ich hier kurz angeführt habe, aus, daß offenbar Bedürfnisse in ganz verschiedene Richtungen gehen. Das hat aber für meine Begriffe, z. B. dieses Reisebedürfnis, nicht nur damit zu tun, daß man in der DDR eingesperrt war, und nicht raus kam, sondern das ist sozusagen eine europäische Nachkriegsentwicklung. Es ist ein Wohlstandstrend, der in Mittel- und Westeuropa einsetzt, und an dem die DDR teilhaben will. Deswegen ist dieser Begriff der Mangelgesellschaft problematisch, weil dagegen nämlich der Pendantbegriff der Überflußgesellschaft oder Konsumgesellschaft für den Westen steht, so daß Mangel in der DDR oftmals nur aus der Perspektive der Westgesellschaft heraus wahrgenommen wird. Man vergleicht sich mit den Westlern. Das ist ja das, was Sie heute, glaube ich, auch im Vereinigungsprozeß sicherlich beklagen, daß DDR-Bürger so schnell auf einmal so viel Geld haben wollen, damit es ihnen so prima geht wie den Westleuten, aber da hätten sie noch gar nicht das Richtige dafür geleistet, was weiß ich. Solche Begriffe, die ganze Gesellschaften oder Systeme abbilden sollen, eignen sich nicht für differenzierte Betrachtungen. Nehmen Sie mal Begriffe, die es für den Westen gibt. Da gab es den Begriff der Überflußgesellschaft, dann kennen Sie mindestens noch den Begriff der Risikogesellschaft, dann jetzt den neuesten Begriff, Erlebnisgesellschaft. Ich weiß nicht, ob sich ein Westler in seinem Alltag mit diesen Begriffen abgebildet sieht, oder ob die nicht immer nur historische Trendwenden in der Entwicklung einer Gesellschaft, wo eben Bedürfnisstrukturen sich verändern, angeben. Aber auch Sie würden sich dagegen verwehren zu sagen, das ist ein Ausdruck des kapitalistischen Systems, oder der parlamentarischen Demokratie. Und genau das ist mein Problem mit dem Begriff der Mangelgesellschaft. Der wird geknüpft an Planwirtschaft und an sozialistische Ideale. Und ich muß mich auch fragen – eine Frage, die jemand anderem gestellt worden ist – ob der Mangel bewußt in Kauf genommen worden ist. In allem Möglichen. Ich glaube, daß die DDR-Regierung, das kann man auf dem Gebiet des Konsums und auch in der Woh-

nungswirtschaft sehr gut zeigen, wirklich mit dem Rücken an der Wand agiert hat. Mit den wenigen Ressourcen, die diese Regierung hatte, vielleicht hat sie manche auch verschleudert, vergammelt und vernutzt, durch die Art und Weise, wie Planwirtschaft funktioniert hat, mit wenig Entscheidungsspielräumen, das will ich gar nicht in Frage stellen. Aber Fakt ist, sie hat sozusagen mit dem Rücken an der Wand versucht, daraus zu machen, was zu machen war. Man kann ihr nicht unterstellen, daß sie sozusagen böse den Leuten keine Wohnung gegeben hat. Ich habe jetzt leider keine Zeit, es ein bißchen ausführlicher zu machen. Ich höre mal an dieser Stelle auf. Diese unmittelbare Verknüpfung, die würde ich aber problematisieren.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Ich will bloß zur Klärung noch eines sagen. In internen Papieren standen tatsächlich Themenbereiche für die Referenten drin. Für Herrn Bartsch: Handwerk und Dienstleistung, Frau Merkel: Konsum und Konsumverhalten, Herr Garlipp: Gesundheitswesen. Bloß damit diese kleine Kontroverse insofern noch geklärt ist. Der nächste ist dann Herr Bartsch, bitte schön.

Uwe Bartsch, (MdL): Zunächst zu dieser Dokumentation vom MfS. Herr Koschyk, Sie fragten, ob staatliche Stellen involviert waren, bei dieser Mangelgesellschaft, gerade im berufsspezifischen Bereich. Ich möchte auch ein kurzes kleines Beispiel anfügen. Wir hatten vom Stadtbezirksbauamt in Lichtenberg einen Betreuer, der war früher Betreuer vom Ministerrat für Hoyerswerda und war da unten gewesen. Und ich mußte eine Elektroanlage installieren beim Festival des politischen Liedes, und es fehlte eine bestimmte Kabelsorte. Der fuhr dann mit mir durch Berlin zum ND-Pressesfest, rollte das Kabel einfach ein und lud es in mein Auto. So einfach war das. Sie waren involviert, jeder wußte es, wir redeten nur noch zum Schluß über die Mängel und über die Probleme. Herr Weber fragte, wie man den Alltag im System der DDR überstanden hat. Man hatte Nischen, man hatte Freunde, man hatte die Kirche, man hatte einen speziell ausgeprägten Zusammenhalt in der Familie gehabt. Den hat man auch ganz stark praktiziert. Herr Jacobsen fragte nach der Kompensation. Ich sage mal, zum Schluß war bei allen immer der Rettungsanker die Ausreise. Ich bin ja auch christlich erzogen worden, und da ich zudem noch Handwerkersohn war, war mein Spitzname in der Schule „Religionsschwein“. Man hat sich durchgesetzt, hat sich durchgeboxt, aber man hat es überlebt. Als ich 1981 meinen Betrieb aufmachte, machte zur selben Zeit ein anderer Kollege einen Betrieb auf. Wir haben uns immer Mut zugeredet. 10 Jahre Mut zugeredet, und kurz vor der Wende 1989 hat er einen Ausreiseantrag gestellt. Der Freundeskreis wurde auch jedes Jahr geringer. Jedes Jahre hatte irgend eine Familie mitgeteilt, wir reisen aus. Man hatte zum Schluß schon Angst, in der DDR zu bleiben, weil man die ganzen Freunde, komplette Familien verloren hatte. Ich hatte das Glück, daß ich seit 1986 zu einer Großmutter nach Dortmund fahren durfte. Ich habe mir auch die anderen Seiten der Bundesrepublik angesehen. Ich habe mir gedacht, ich wäre blöd, wenn ich wegreise. Ja, irgendwann hat man auch gesehen, daß es mit der DDR irgendwo dem Ende zugeht. Eine Hoffnung war immer da gewesen, sich mit einer christlichen Erziehung in so

einem System zu involvieren, daß man sich sagte, wir haben das bessere System. Mein Vater war immer sehr stark, der hat mir immer den Rücken gestärkt. Das System hat man überlebt, man hat es kompensiert in der Familie durch ein sehr starkes Elternhaus, und sehr starke Familienbande. Der Rettungsanker war immer der Ausreiseantrag. Ich habe auch jahrelang gekämpft, bis ich 1986 das erste Mal rüber durfte. Herr Professor Faulenbach, Sie fragten nach den beruflichen Fortbildungschancen. Die Kammern haben genug angeboten, die Betriebe hatten nur keine Zeit, das zu nutzen. Wir waren in einem Zeitdruck drin, und sind es heute noch, daß man die Ausbildungschancen teilweise nicht nutzt, die auch durch die Kammern vorhanden sind. Weil jetzt wieder eine Marktberreinigung, eine unheimliche, einsetzt, sind Sie mit so einem Betrieb von Anfang an in so einem Tempo. Ich selber habe auch experimentiert, bloß um den Kunden zu zeigen, wir können mit den neuen Technologien umgehen. Die Kammern bieten da vieles, aber wir haben es leider nicht richtig genutzt. Nach Neugründungen fragten Sie. Die Antwort ist ganz einfach: Weil bessere Förderungsmöglichkeiten für neue Betriebe da waren. Die alten Betriebe, die sind einfach reingekommen, die haben auch bei Null angefangen irgendwo, haben überhaupt keine Existenzgründungszuschüsse, Förderprogramme, EU-Förderung, GA-Förderung, was ja alles noch am Anfang sehr offen gehandelt wurde, erhalten. Man konnte sie nicht nutzen, die Förderprogramme. Herr Poppe, es gab ja schon eine ähnliche Frage, Mangel an Freiheit, man hat das natürlich verspürt. Man hat das immer irgendwo gespürt, aber wie schon gesagt wurde, wir wollten hier heute praktische Beispiele haben, ich hätte auch eine Stunde über Mangel an Freiheiten, wie ich das so empfunden habe, erzählen können. Was meinen Sie, wie ich 1986, als ich das erste Mal rüberreisen durfte, im Auto immer gejubelt habe. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön, Herr Dr. Garlipp, bitte.

Dr. Manfred Garlipp: Herr Kollege, Ihre erste Frage: War den staatlichen Stellen der Mangel bewußt? Die Antwort ist ganz klar, ja. Natürlich, aber man hat es nicht gewünscht oder zugelassen, dieses öffentlich zu machen. Ein Beispiel dafür wieder. Es gab in der DDR ein großes Defizit bei der Diagnostik von schweren Hirnverletzungen, Schädelverletzungen. Ein Computertomograph stand ja bis zur Wende nur wenigen zur Verfügung. Das war damals die Methode der Wahl in ganz Europa, in ganz Westeuropa zumindest. Hier gab es nur an ganz wenigen Stellen Computertomographen. Also haben wir nach Alternativen gesucht. Ich sagte schon, im Improvisieren waren wir groß. Da gab es eine Methode, die war nicht neu, die Blutgefäße des Gehirns darzustellen. Mit dieser Methode kam man fast auf gleiche Aussagen. Das habe ich dann mal auch gelernt und gemacht, habe das dann auch auf dem Chirurgenkongreß in Berlin, in der DDR damals noch, vorgetragen, und habe dann viel Zuspruch, Riesenanfragen bekommen. Die Leute reisten an, fragten, wie macht ihr das, weil es wie gesagt eine Improvisation war, die aber sehr hilfreich sein konnte. Nun habe ich gedacht, wenn so viele Leute nach Hilfe schreien, dann publizierst du das mal. Da gab es eine Zeitschrift in der DDR, die hieß „Medizin

aktuell“, eine am Abend schnell lesbare Zeitschrift. Da habe ich es eingereicht, weil ich dachte, das lesen sie alle, da können sie sehen, wie man sich helfen kann. Diese Arbeit durfte aber dort nie erscheinen. Ich habe danach eine Zeit lang viele Anfragen bekommen, bin nach Berlin in die Redaktion gefahren. Da hat man mir ein Ersatzhonorar angeboten, 600 DM, mit der Bitte, die Arbeit zurückzuziehen. Die Begründung: es wäre doch eine sehr weite Verbreitung dieser Zeitschrift gegeben, über die Grenze der DDR hinaus, und man müßte nicht unbedingt diesen Mangel an die Öffentlichkeit tragen. Es war also sehr wohl der Mangel bewußt, ich könnte das auch weiter ausführen. Zu Herrn Professor Weber, Zusammenarbeit zwischen den ambulanten und stationären Bereichen. Jeder weiß, daß dieses völlige Zerschlagen der ambulanten Bereiche in den Krankenhäusern sicher ein Fehler war. Ich war ein großer Gegner davon, und bin nicht für den Erhalt der Polikliniken auf die Straße gegangen, weil es in dieser Form unmöglich war. Ich will jetzt nicht ausführen, warum. Nicht, weil wir einem Patienten heute den einen, morgen den anderen Arzt vor die Nase setzen. Jeden Tag ein anderer, es war ein Sammelsurium von Ärzten da, das ging nicht. Aber eine gewisse Ambulanz an die Kliniken anzubinden, das ist ein Segen für die Patienten. Überall dort, wo es gemacht wird, weiß man es. Die Kirchen haben es ja noch lange Zeit machen dürfen in ihren Krankenhäusern, die staatlichen und die privaten und die im öffentlichen Dienst befindlichen Krankenhäuser nicht. Also das ist aber sicher eine Forderung, die weiter besteht, die Verzahnung ambulanter und stationärer Behandlung. Ansätze sind da, wenn man Stichwörter hört wie nachstationäre Behandlung, vorstationäre Behandlung, ambulantes Operieren. Da klingt so was an, daß man das vielleicht verstanden hat. Aber das durchzusetzen ist sehr schwer. Auch gegen die Widerstände der kassenärztlichen Vereinigung, die sagt, daß die Krankenhäuser zu niedergelassenen Ärzten in Konkurrenz treten, wenn ambulant operiert wird.

Und zu der anderen Frage, die sie stellten, zur systembedingten Einflußnahme auf alle Bereiche, da kann ich nur hundertprozentige Zustimmung geben, selbstverständlich. Das ist bei uns nicht nur im Gesundheitswesen, aber auch im Gesundheitswesen spürbar gewesen, daß alles Private, was einen betraf, mit in diese Krankenhausleitung hineingezogen wurde, und daß man sich dafür verantworten mußte. Ich weiß sehr wohl, daß es in anderen Betrieben ganz genau so, oder zum Teil sogar noch schlimmer war. Wir hatten ja immer noch eine gewisse Ausnahmestellung. Zur Frage von Professor Faulenbach. Es gibt es eine Novellierung, sicher, die gibt es, die ist sogar weitgehend fortgeschritten. Aber im qualitativen Sinne, nicht im quantitativen. Das ist heute also noch so, daß eben auf die Bevölkerung bezogen mehr Lebertransplantationen, mehr Herztransplantationen, mehr Nierentransplantationen, mehr Herzoperationen, Bypassoperationen in den Krankenhäusern der alten Bundesrepublik durchgeführt werden als hier in den neuen. Das ist eindeutig so, weil der Nachholbedarf nicht von einem Tag auf den anderen aus der Welt geschafft werden kann. Es sind Herzzentren entstanden, in Cottbus, in Berlin-Buch usw., aber das geht

natürlich nicht sehr schnell. Und was die Qualität anbelangt, ich meine, da ist kaum noch ein nennenswerter Unterschied da.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ja, schönen Dank. Jetzt gebe ich das Wort zurück an den Vorsitzenden der Enquete-Kommission.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Ich möchte noch einmal daran erinnern, zwei Minuten vor 16.00 Uhr hier zu sein, damit wir pünktlich, würdevoll und effektiv um 16.00 Uhr beginnen können. Alles Gute.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie angekündigt wollen wir weitermachen mit unserem nächsten Informations- und Gesprächsblock. Wie die Tagesordnung ausweist, kommt zunächst ein etwas längeres Kurzreferat und dann zwei kurze Statements mit anschließender Diskussion. Die Moderation dieses gesamten Blocks übernimmt Herr Kowalczuk. Ich bitte Ihn, zu beginnen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine Damen und Herren, wir werden uns am Nachmittag mit zwei weiteren Aspekten des DDR-Alltags beschäftigen. Herr Dr. Wolle wird über die politische Instrumentalisierung des Mangels und der Privilegienwirtschaft referieren. Anschließend werden wir zwei Kurzreferate hören über den Westen im DDR-Alltag. Ich darf Ihnen zuvor kurz die drei Referenten vorstellen. Herr Dr. Wolle ist 1950 in Halle an der Saale geboren. Er hat an der Humboldt-Universität in Berlin Geschichte studiert. Er ist zwischenzeitlich aus politischen Gründen von dem Studium relegiert worden und hat während dieser Zeit in einem Berliner Produktionsbetrieb gearbeitet, hat dann 1973 sein Studium fortgesetzt und 1976 dort als Diplom-Historiker sein Studium auch abgeschlossen. Er war anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften und hat dort 1984 promoviert mit einem Thema über die deutschsprachige Rußlandhistoriographie im 19. Jahrhundert. Herr Wolle ist 1989 im November in die SDP in der DDR eingetreten, hat Anfang 1990 den unabhängigen Historikerverband mitinitiiert, mitgegründet. Er ist seitdem auch Mitglied des Vorstandes. Herr Wolle war unter anderem an der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit beteiligt, hat auch mit seinem Kollegen Armin Mitter die erste Publikation von MfS-Dokumenten im März 1990 herausgegeben. Er hat von 1991 bis 1996 als Assistent an der Humboldt-Universität gearbeitet, und ist seitdem als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden beschäftigt. Herr Wolle hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Publikationen und Büchern geschrieben und herausgegeben, die sich mit der DDR-Geschichte beschäftigen. Neben dem schon Erwähnten, möchte ich weiter das Buch mit seinem Kollegen Armin Mitter, Untergang auf Raten erwähnen, und außerdem war er Mitherausgeber eines Bandes über den 17. Juni.

Herr Karl-Heinz Baum ist 1941 in Breslau geboren. Er war lange Jahre akkreditierter Korrespondent der Frankfurter Rundschau in Ost-Berlin. Herr Baum

hat Geschichte, Politikwissenschaft, Publizistik und Soziologie in Berlin und Mainz studiert. Er ist seit einigen Jahren im Berliner Büro der Frankfurter Rundschau tätig. Herr Baum hat unter anderem in den letzten Jahren ein Buch über Thüringen herausgegeben. Im Untertitel heißt es: Ein Streifzug durch Orte, Landschaften und Geschichte. Schließlich Herr Dr. Lothar Fritze. Herr Fritze ist 1954 im damaligen Karl-Marx-Stadt, im heutigen Chemnitz, geboren. Er hat Betriebswirtschaft studiert. Er hat promoviert und war von 1978 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut für Textiltechnologien in Karl-Marx-Stadt, sprich Chemnitz. Er ist z.Z. ebenfalls wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Herr Fritze hat in den Jahren vor 1990 keine Veröffentlichungen, seit 1990 hat Herr Fritze jedoch eine ganze Reihe von Veröffentlichungen vorgelegt, die sich mit der DDR, zum Beispiel mit der Mentalität der DDR-Bürger, mit Wirtschaftsfragen beschäftigen und hat sich damit auch ein großes Standing innerhalb der Wissenschaft erarbeitet. Ich nenne einige Titel seiner Bücher, zum Beispiel: Innenansichten eines Ruins, Gedanken zum Untergang der DDR oder: Panoptikum DDR-Wirtschaft. Zuletzt ist eine Aufsatzsammlung mit verstreut veröffentlichten Beiträgen von ihm erschienen unter dem Titel: Die Gegenwart des Vergangenen. Ich bitte jetzt Herrn Dr. Wolle mit seinem Referat zu beginnen, politische Instrumentalisierung des Mangels und Privilegienwirtschaft.

Dr. Stefan Wolle: Meine Damen und Herren, ich möchte den Versuch unternehmen, die Forderung des heutigen Vormittags zu erfüllen, nämlich den Punkt zu zeigen, wo sich Alltagsgeschichte und politische Geschichte miteinander verbinden. Ich nenne deswegen meinen Beitrag: „Erichs Krönung oder die Kaffeekrise des Jahres 1977. Zur Dialektik von ökonomischem Mangel und politischer Macht im SED-Staat.“ Unter Erich Honecker begann Anfang der 70er Jahre eine Phase wirtschaftspolitischer Neuorientierung. Man nahm Abschied von der „Konzeption der führenden Industriezweige“, versuchte die Ausrichtung auf eine planmäßig proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft, das heißt auf eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige in einer stabilen kontinuierlichen Entwicklung. Vor allem sollten die Bedürfnisse der DDR-Bevölkerung stärkere Berücksichtigung in der Volkswirtschaftsplanung finden. In den 50er und 60er Jahren war die DDR von einer Kampagne in die nächste gestolpert. In der Wirtschaftspolitik herrschte eine Art permanenter Ausnahmezustand. Die Ansprüche waren stets riesengroß und die Resultate überwiegend kläglich. Aber immer wurden die Menschen in Atem gehalten. Die Honeckerzeit war eine Art „Ankunft im Alltag“, ein Zurückschrauben der Ansprüche der Partei an den Menschen auf ein erfüllbares Maß. In der Gesellschaft wie in der Wirtschaft sollten Normalität, Vernunft und Pragmatismus einkehren.

Der VIII. Parteitag der SED markierte den Beginn dieser neuen Wirtschaftspolitik. Hier verkündete Erich Honecker die neue Hauptaufgabe: „Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

und das Wachstum der Arbeitsproduktivität.“ Kernstück des sozialpolitischen Programms war die planmäßige Steigerung des Realeinkommens und damit der Konsumquote, Anhebung der Mindestlöhne, Mindestrenten, Erhöhung der Produktion von Konsumgütern und Ausbau des Dienstleistungssystems. Weiterhin der Ausbau des Bildungssystems, der Kindergärten, des Gesundheitswesens und der Erholungseinrichtungen. So zumindest las es sich in den Verlautbarungen der Partei. Die verbesserte Motivation zur Arbeit sollte Hebel einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität sein. So sollten die erhöhten Aufwendungen der sozialen Politik finanziert werden. Oberstes Ziel des sozialpolitischen Programms war es, die Loyalität der Bevölkerung zu verstärken. In der Realität führte dieses Programm zu einer Erhöhung der gesellschaftlichen Konsumtionsquote und einer Senkung der Investitionsquote. Setzt man den Stand des Jahres 1970 gleich 100 Prozent, so ergaben im Zeitraum bis 1975 die wesentlichen volkswirtschaftlichen Eckdaten eine fast parallele Entwicklung. Das produzierte Nationaleinkommen stieg auf 130 Prozent, und das im Inland verfügte Nationaleinkommen auf 127 Prozent. Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung stiegen ebenfalls auf 127 Prozent. Ihr Realeinkommen jedoch auf 130 Prozent. Das Volumen der Akkumulation nur auf 118 Prozent. Im Letzteren drückt sich der rigorose Schnitt aus, den der neue Plan speziell zur Beseitigung der vorher entstandenen Disproportion vorsah. Interessant ist ein Vergleich zum folgenden Jahr. Die Nettogeldeinnahmen und die Realeinkommen stiegen weiter. Die Akkumulationsrate aber sank unter 100 Prozent. Diese Entwicklung mündete schließlich in einer massiven Verschwendungspolitik, die das Gesamtsystem destabilisierte. Einiges zu den Ursachen: Am 18. Juni 1975 wurde dem Ministerium für Außenhandel der DDR eine formelle Note des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR übergeben. Darin wurde im Auftrag der Regierung der UdSSR mitgeteilt, daß die Preise für Erdöl- und Erdgaslieferungen verändert werden müssen. Der Preis für Erdöl sollte pro Tonne von 14 auf 35 Rubel steigen, der Preis für Erdgas von 14,25 auf 31 Rubel pro 1.00 Kubikmeter.

Die zusätzlichen Belastungen für 1976 würden weitere 725 Mio. DM betragen, schrieb Werner Jarowinsky, mit dem Unterton der Verzweiflung an Erich Honecker. Die internationale Erdölkrise war der Todesstoß für Honeckers ehrgeiziges Sozialprogramm. Es begann der Einstieg in den Teufelskreis von immer neuen Schulden und wirtschaftlich ungedeckten Sozialleistungen, die man aus Sorge um die politische Stabilität nicht anzutasten wagte. Immerhin versuchte man seit 1975 die heilige Kuh der Preisstabilität für Grundbedürfnisse, wenn auch nicht gerade zu schlachten, so doch wenigstens etwas intensiver zu melken. Bereits im April 1975 erregte ein Artikel des Hauptabteilungsleiters im Ministerium für Handel und Versorgung einiges Aufsehen. Der Aufsatz erschien in dem sonst wenig beachteten Fachblatt „Der Handel“ und trug den unspektakulären Titel: „Sortimentskonzeptionen – wichtige Instrumente für die sozialistische Verbraucherpreispolitik“. Dort hieß es: „Mit den wachsenden Geldeinnahmen der Bevölkerung steigen die Ansprüche an das Warenangebot.

Dabei steigt der Bedarf an hochwertigen Konsumgütern, die zur mittleren und oberen Preisgruppe gehören.“

Hinter dieser Formulierung verbarg sich folgende Preispolitik: Die Erzeuger erhöhten nicht nominell die Preise einzelner Produkte, sondern sie lieferten neue Produkte in anderer Verpackung oder mit veränderter Bezeichnung. Das neue Produkt hatte dann angeblich eine höhere Qualität und deswegen auch einen höheren Preis. Die billigeren Produkte verschwanden entweder nach einiger Zeit vom Markt oder waren jedenfalls nicht mehr zu bekommen. Im Laufe des Jahres 1977 kam es zu erheblicher Unruhe und zu Gerüchten wegen diverser Baumwollerzeugnisse. Offiziell wurde die Preissteigerung bestritten, in internen Papieren aber ohne weiteres zugegeben. Diese „Veränderungen“, wie es in dem Bericht euphemistisch hieß, lösten diverse Gerüchte über weitere Preissteigerungen aus. Es kam zu Hamsterkäufen, die der Partei erhebliche Sorgen bereiteten. „Im Sortiment der Haushaltswäsche erfolgt durch die Bevölkerung im Bezirk Dresden, insbesondere seit dem 12.9.1977, sprunghaft ein verstärkter Abkauf an Bettwäschegarnituren, darüber hinaus stieg die Nachfrage ebenfalls in den Sortimenten Bettlaken, Geschirrtücher, Frottierhandtücher und Untertrikotagen.“ Dann folgen einige Beispiele, wie sich das im Einzelhandel bemerkbar macht. Durch die später stark ausgeweiteten Exquisit- und Delikatläden wurde die Methode der schleichenden Preiserhöhung zum System. Am 12. Oktober 1977 faßte das Politbüro einen Entschluß zur Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung mit Exquisit- und Delikaterzeugnissen. Dem folgte ein Beschluß des Ministerrates. Im ersten Halbjahr 1978 sollten 30 bis 35 Exquisitverkaufsstellen, im zweiten Quartal des Jahres 25 bis 30 Delikatverkaufsstellen eröffnet werden. Dabei werden z. B. in Berlin, Leipzig und Magdeburg leistungsfähige Modehäuser und in Leipzig, Dresden, Rostock und anderen Städten Schuhsalons geschaffen. Ausgehend von den Erfahrungen in Berlin werden große Feinkosthäuser, vor allem in Halle, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Erfurt eingerichtet. Soweit die Planung.

In den Exquisit- und Delikatläden gab es sowohl Importwaren aus dem NSW, dem nichtsozialistischen Währungsgebiet, als auch DDR-Produkte zu deutlich überhöhten Preisen. Wirtschaftlich war diese Maßnahme durchaus sinnvoll. Die Tatsache, daß ausreichend Kunden bereit waren, sich trotz der unverschämten Preise gelegentlich eine Büchse Preiselbeeren oder ein Glas eingelegter Gewürz Gurken zu leisten, zeigte, daß der Kaufkraftüberhang objektiv vorhanden war. Ähnlich wie die Intershops waren allerdings auch die Sonderläden psychologisch und politisch eine offene Wunde. Denn es entging den Kunden, zumal den Rentnern, die in den Westen reisen durften, nicht, daß beispielsweise Büchsen mit Ananasstückchen, die im Westen für 1,00 DM angeboten wurden, im Delikat 8,00 DDR-Mark kosteten, gleichzeitig aber öffentlich behauptet wurde, der DDR-offizielle Umtauschkurs gegenüber der Westmark von eins zu eins entspräche der realen Kaufkraft. Der Teufelskreis von steigenden Weltmarktpreisen, Mangelerscheinungen auf dem DDR-Binnenmarkt und wachsender Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde am deutlichsten während der Kaffeekrise des Jahres 1977. Die Drosselung der

Westimporte war zur Überlebensfrage der DDR geworden. Dies konnte nach Einschätzung des Politbüros auf die Dauer nicht ohne Einschränkung auf dem Konsumsektor abgehen. Im Juni und Juli 1977 faßte die SED-Führung eine Reihe von einschneidenden Beschlüssen, die auch die Versorgung der Bevölkerung betrafen. In den folgenden Monaten sollte sich dieses vor allen Dingen auf dem Gebiet der Kaffeeverversorgung auswirken. Erstmals lag dem Politbüro am 20. Juni 1977 eine Vorlage zur Produktion und der Versorgung mit Kaffee und Kakaoerzeugnissen vor. Es ging dabei um die Reduzierung der Rohkaffeimporte aus dem Devisen Ausland. Zwischen 1972 und 1975 mußte die DDR für den Kaffee jährlich durchschnittlich 150 Mio. Valuta aufbringen. Ende 1976 stiegen die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt dramatisch an. Der Import von 35.307 Tonnen im Jahre 1977 kostete die DDR 667 Mio. Valuta Mark. Die Schmerzgrenze war damit längst überschritten. Der Außenhandelspezialist Alexander Schalk-Golodkowsky schlug dem zuständigen ZK-Sekretär Günther Mittag eine Radikalkur vor. „Alle bisher in der DDR produzierten angebotenen Sorten Röstkaffee werden ab 01.7.1977 nicht mehr produziert“, heißt es in der Vorlage für das Politbüro. Es sollte nur noch eine Sorte auf dem Niveau von Rondo zu einem Preis von 12,00 Mark das Kilo, und ab 1. Juli 1977 einen Mischkaffee aus 50 Prozent Röstkaffee und 50 Prozent Surrogaten angeboten werden. „Auf eine Kontingentierung und Verkauf von Röstkaffee im Einzelhandel ist zu verzichten, da eingeschätzt werden kann, daß durch die Erhöhung des Kaffeepreises um ca. 100 Prozent ein Rückgang des Kaffeeverbrauches von ca. 25 bis 30 Prozent zu erwarten ist. Weiterhin ist damit zu rechnen, daß durch diese Maßnahme eine Zunahme der Versorgung der DDR-Bevölkerung durch andere Quellen, wie z. B. durch grenzüberschreitenden Päckchen- und Paketverkehr und Abkauf im Intershop erfolgen würde. In Betrieben, Verwaltung, Institutionen usw., sowie für Repräsentationszwecke ist der Verbrauch von Kaffee generell zu untersagen.“

Das war der Vorschlag von Schalk-Golodkowsky. Doch offenbar gingen diese Pläne zu weit. Politbüromitglied Albert Norden warnte in einem Schreiben an Honecker: „Es ist für mich einfach unvorstellbar, daß wir den Ausschank von Bohnenkaffee in den Gaststätten völlig einstellen wollen. Zukünftig nur noch etwa 20 Prozent der jetzigen Menge an Bohnenkaffee angeboten werden soll, noch dazu als Mischkaffee, bei dem, wie es in der Vorlage heißt, wir weder Erfahrung über die Produktion noch über den Geschmack und die Verbrauchsentwicklung haben. Ich befürchte, die Durchführung der Maßnahme wird auf kein Verständnis stoßen und große Unzufriedenheit auslösen.“ Trotz der Bedenken Albert Nordens wurden die Pläne weiter präzisiert. In einem Schreiben an Honecker berichteten Mittag und Lamertz dem im Urlaub weilenden Generalsekretär die Einzelheiten. Ab 1. August sollte für Großverbraucher ein neuer Mischkaffee eingesetzt werden. Dies betraf alle Behörden und Einrichtungen, die Armee, Betriebskantinen sowie Gaststätten der Preisstufe 3 und 2. Im Einzelhandel sollten künftig vor allem die teuren Sorten Mona, Rondo und Moccaffix angeboten werden. Während die billigeren Sorten vom Markt zurückgezogen werden sollten. Am 26. Juli 1977 beschloß das Politbüro

die neue Versorgungsrichtlinie für Kaffee. Ab 1. August sollte der neue Kaffee-Ersatz ausgeschrieben werden. Die von der Parteiführung verfügte Ersatzmischung bestand aus 51 Prozent Röstkaffee, 5 Prozent Zichorie, 5 Prozent getrocknetem Zuckerrübenschnitzeln, 5 Prozent Schmelzanteilen – was immer das sein mag – und 34 Prozent Trockengerstengemisch. Man müßte es jetzt ausschenken, aber das hat niemand aufbewahrt, aber manche können sich daran erinnern.

Die Mixtur stieß auf einhellige Ablehnung. „Erichs Krönung“, wie der Volksmund den Ersatzkaffee in Anlehnung an einen durch das Westfernsehen populären Werbeslogan nannte, war nicht nur ungenießbar, er ruinierte vor allem die Kaffeemaschinen in Großküchen und Gaststätten. Unter der Bevölkerung machte sich Unwillen breit. Seit Jahren war nicht mehr so offen gemeckert worden. Eine Welle von Eingaben überschwemmte die Behörden. Der Kaffee-Entzug zielte auf den Kern der Lebenskultur der DDR. Das „Gäffchen“, wie es die Sachsen liebevoll nannten, mit viel Milch und Zucker, war das Nationalgetränk der DDR. Die Kaffeerunden waren das zentrale Medium der spezifischen DDR-Gemütlichkeit. Dort wurde getratscht, intrigiert und gemeckert. Da konnte man mal eine spitze Bemerkung über die schlechte Versorgung riskieren oder einen politischen Witz erzählen. Es stellte sich hier jene Eintracht der kleinen Leute her, die für die DDR offenbar so identitätsstiftend war. Die SED-Führung hatte dies unterschätzt und erntete nach der Einführung des Kaffeemixes einen Sturm der Entrüstung. Es gab Versuche, die Mischung zu verändern, die jedoch nicht viel bewirkten. Eilig wurden aus Äthiopien und Angola, aber auch aus den Philippinen, Brasilien, Kolumbien, Indien und Vietnam Rohkaffee gekauft. Diese Exporte sollten nach dem Prinzip Ware gegen Ware getätigt werden. Dabei kam es der DDR entgegen, daß 1978 die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt wieder sanken. Erleichtert meldet ein Bericht an die Parteispitze: „Im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen, vielfältigen Initiativen und Anstrengungen aller beteiligten Organe, höherer Disziplin und besserer Wahrnehmung der Verantwortlichkeit, hat sich die Versorgung der Bevölkerung mit Kaffee normalisiert. In diesem Jahr wurden 49,6 Kilotonnen Rohkaffee eingeführt. Dieses erforderte einen Valutaaufwand von 470 Millionen Valutamark, für die beim Verkauf im Einzelhandel 3,3 Milliarden. DDR-Mark erzielt wurden. Damit erhöhte sich der Kaffeenumsatz wertmäßig.“

Die Bewältigung der Kaffeekrise ist ein Beispiel für das komplizierte Verhältnis von Untertanen und Obrigkeit in der SED-Diktatur. Auf beiden Seiten galt der Primat der Politik. Die DDR-Bürger reagierten auf Versorgungsschwierigkeiten oder Preisveränderungen mit politischem Unwillen; die Staatsmacht reagierte, wohlinformiert wie sie war, außerordentlich sensibel und sehr schnell. Die politischen Entscheidungsträger verfügten über die Kommandogewalt in der Wirtschaftsverwaltung ebenso uneingeschränkt wie in der Politik, der Kultur und den Medien. Die Machtstrukturen bildeten eine einheitliche Hierarchie. Weltgeschichtlich war dies seit dem Untergang der altorientalischen Tempelwirtschaft eine Ausnahmesituation. Denn wenigstens in der europäischen Geschichte sind wirtschaftliche und politischen Macht niemals

vollkommen identisch gewesen. Aus dem Primat der Politik ergab sich aber auch die Möglichkeit, aus politischen und ideologischen Motiven weitreichende wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen und diese mit außerökonomischen Mitteln durchzusetzen, auch gegen jede wirtschaftliche Vernunft. Primat der Politik hieß auch Primat der Verteidigung und der Sicherheit. Wenn überall die „Bilanzen und Kapazitäten“, von denen wir vorhin gehört haben, knapp waren, für die bewaffneten Organe war immer genug da. Das Zauberwort hieß LVO, das heißt Landesverteidigungsobjekt, wo übrigens auch die privaten Handwerker eingesetzt wurden. Die formal zuständigen regionalen und lokalen Instanzen, also die Räte der Kreise, Städte und Gemeinden, hatten kaum noch Einspruchsmöglichkeiten, wenn über die Partei Anforderungen von den „Organen“ kamen. Dringende Materialien wurden dann geliefert. Kapazitäten ohne Rücksicht abgezogen und für besagte LVOs eingesetzt. In der Hierarchie der Organe stand, wie man sich denken kann, die Staatssicherheit an erster Stelle. Gefolgt von der NVA und dem MdI. Während der normale Eigenheimbauer – und normal war in diesem Punkt jeder unterhalb der Politbüroebene – für ein Schornstein nur winzige Mengen Klinkersteine zugebilligt bekam und für diese noch lange Bittgänge unternehmen und Schmiergelder zahlen mußte, wurden an der Berliner Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, unweit der Ausfallstraße Richtung Osten, weithin sichtbar gigantische Fassaden mit roten Klinkern erbaut. Kaum ein Berliner Taxifahrer schenkte sich hier beim Vorbeifahren bissige Kommentare. Dem MfS, das sonst alles wußte, waren diese Zusammenhänge offenbar verborgen geblieben. Aber auch die vielen kleinen „Dienstobjekte“ der Staatssicherheit, die das Land zwischen Fichtelgebirge und Rügen überzogen, erkannte man allen Regeln der Konspiration zum Trotz an dem vergleichsweise guten baulichen Zustand. Während ansonsten der Straßenbau sehr im argen lag, wiesen die charakteristischen Betonplattenwege den Weg selbst zu den geheimsten Objekten der Stasi. Diese erkannte man dann an den frisch gestrichenen Fassaden und den mit richtigen Dachziegeln belegten Dächern, besonders aber an Gehwegplatten, gußeisernen Gartenleuchten, Ziersteinen und anderen im Handel kaum erhältlichen Mangelprodukten.

Primat der Politik hieß also Zuständigkeit der Verwaltung für alle wirtschaftlichen Angelegenheiten. Dies betraf nicht nur die zentralen Entscheidungen des Politbüros oder des Ministerrates sondern reichte hinunter in die winzigste Kleinigkeit der „örtlichen Versorgung“. Über die Errichtung oder Schließung einer Verkaufseinrichtung entschied die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt oder des Kreises. Natürlich hatte die Abteilung Bauwesen hier mitzureden. Diese stellte die mehrfach erwähnten „Bilanzen und Kapazitäten“ entsprechend dem Jahresplan zur Verfügung. Oder eben nicht. Diese Pläne waren freilich nur Papier und mußten gegen andere Interessen durchgesetzt werden. Druck von unten war durchaus nicht sinnlos. Wenn es Beschwerden und Eingaben der Bürger, vielleicht „negative Diskussionen“ oder sogar die Drohung der Wahlverweigerung gab, konnte das Anliegen der Errichtung einer Verkaufseinrichtung durchaus befördert werden. Dann wurde

die Partei aktiv und über den Kreis oder sogar die Bezirksleitung kam die Weisung auf der „Parteistrecke“, auch dies ein Wort aus der DDR. Aus dem Plan einer Ladenöffnung wurde nun ein „Kampfziel“.

Die Durchführung der Maßnahme wurde unter Parteikontrolle gestellt. Wenn es innerhalb der Instanzen Gegenstimmen gab, die für einen anderen Einsatz der wertvollen Kapazitäten plädierten, konnten diese zum Schweigen gebracht werden. Der Hinweis, die Neueröffnung der geplanten Verkaufseinrichtung bis zur Volkswahl oder bis zum soundsovielten Parteitag sei eine politische Frage genügte. Damit hatte jede Diskussion zu verstummen. In den innerparteilichen Diskussionen der kommunistischen Parteien seit Stalins Zeiten war einer der Standardvorwürfe stets der des Voluntarismus. Dies meint den irrigen Glauben, allein durch den Willen – voluntas – unter mangelhafter Berücksichtigung der objektiven Gesetze der Geschichte, die Entwicklung bestimmen zu können. In diesem Vorwurf kommt das spezifische Spannungsverhältnis zwischen dem revolutionären Aktivismus der politischen Praxis und der deterministischen Prädestinationslehre des Marxismus-Leninismus zum Ausdruck. Dieser innere Widerspruch in der marxistischen Lehre ist weder theoretisch noch praktisch jemals bewältigt worden war. Denn der Vorwurf des Voluntarismus gegenüber kommunistischen Parteiführungen war eigentlich immer berechtigt. Man könnte ihn auch durch den Begriff des Fiktionalismus ersetzen. Grundlage jeder Entscheidung waren ideologisch determinierte Fiktionen, deren rationale Überprüfung das Ende der politischen Macht bedeutet hätten. Der Primat der Politik bot kurzfristig die Möglichkeit, durch wirksame und sogar populäre Maßnahmen den Unwillen der Bevölkerung zu steuern. Langfristig konnte am Ende nur der ökonomische Kollaps stehen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Danke, Herrn Dr. Wolle. Als nächster spricht Karl-Heinz Baum über den Westen im DDR-Alltag, wobei ich besonders gespannt bin, ob wir jetzt auch etwas über den im Westen sehr wohl bekannten und beliebten Westkaffee erfahren werden.

Karl-Heinz Baum: Relativ wenig. Das liegt schon daran, daß ich Teetrinker bin, und in der DDR wirklich darunter gelitten habe, daß ich fast nie Tee bekommen habe. Einmal sind mir drei verschiedene Teetassen am Abend bei Freunden angeboten worden, erst so ein Früchtetee, dann ein anderer Früchtetee usw. Ich bin nicht so ein Kaffeetrinker, und wenn ich ehrlich bin, er gehörte ja zu den üblichen Geschenken, die viele Besucher in der Regel mitgebracht hatten, aber das setze ich einfach mal als bekannt voraus. Ich fange mal mit einer ganz anderen Geschichte an, die jedenfalls, wie die Beteiligten mir versichern, verbürgt ist.

Ein Wissenschaftler nutzte einen Kongreß zum Absprung-West. Er sagte dem Bruder Bescheid. Der wußte, was zu tun war: die besten Sachen aus der Wohnung holen, sichern vor der Staatssicherheit, die das Eigentum des „Republikflüchtlings“ beschlagnahmen würde. Der Bruder kam, fand das Familiensilber, doch stellte er alles an den Platz zurück. Er fürchtete, nähme er etwas mit, Mitwisser „wegen Nichtanzeige eines Verbrechens“ zu sein. Da fiel sein Blick

auf die Schale mit acht Orangen. „Die kriegen sie nicht auch noch!“, griff die Südfrüchte und fuhr hochbefriedigt nach Hause.

Spötteleien, Witze, wahre Begebenheiten über in der DDR fehlende Bananen oder Orangen gibt es viele: zwei Steppkes rufen über die Mauer: „Ätsch, wir haben Bananen; ihr nicht!“ „Dafür haben wir Sozialismus und ihr nicht!“ Der Westjunge, gewohnt, alles haben zu können: „Können wir auch haben, wenn wir wollen.“ Sagt der hinter der Mauer: „Kann sein, dann habt ihr keine Bananen mehr.“ Kein Witz: Die DDR-Zeitschrift „Neues Leben“ zeigte 1988 Schlagersternchen Inka mit einer Banane. Bald fragte – seltener Mut in der SED-gelenkten Presse – eine Brigade eines Volkseigenen Betriebs im Leserbrief: „Könnt ihr uns sagen, wo hat Inka die Banane her? Bitte Verkaufsstelle angeben.“

Ein Sicherheitsmann aus Bonns Ständiger DDR-Vertretung berichtete, was der erste einer Gruppe Zufluchtsuchender wollte, nach Wünschen befragt: „Zwanzig Kilo Bananen.“ Der Mann habe nicht glauben wollen, am nächsten Tag erneut Bananen haben zu können. Kein Wunder, Orangen und Bananen kannten Menschen in der DDR-Provinz meist nur vom Schlangestehen in der ersten Dezemberwoche vor Nikolaus. Pralinen gab es meist in der Märzwoche vor dem Frauentag, als Beruhigungspillen in puncto Versorgung gedacht.

Mangelwaren, die die DDR-Wirtschaft als „sozialistische Volkswirtschaft“ nicht oder ungenügend bereitstellte, verbanden die Menschen im Osten mit denen im Westen: Erdbeeren im Mai, Spargel im Juni, Fisch zu jeder Jahreszeit. Zum Stichwort „Spargel“ hörte ich einst in der Markthalle am Alexanderplatz unter den S-Bahnbögen: „Haben Sie Spargel?“ – „Junge, ich geb' dir 'nen Rat: Nimm die S-Bahn, fahr zum Zoo, da kannst Spargel kaufen, soviel du willst!“ – „Hab keinen Paß dabei!“ – „Siehste, so schnell löst sich dein Problem.“

Zum Stichwort Konsum gehört der „Golfstrom“, die Lieferung von 10.000 VW-Golf an die DDR 1977, Volvo, Mazda, Citroen und Peugeot folgten. Manch einer war bei den Massen auf der Messe in Leipzig, als der erste „Wartburg“ aus Eisenach mit Golf-Motor vorgestellt wurde. Die Hallentore gingen immer nur für Minuten auf. Verchromte Wasserhähne, Buggies, Modellautos, Rasierklingen, Lametta böten Raum für weitere Geschichten.

Als Land wo Milch und Honig fließen wurde der Westen im Osten oft gesehen. Als akkreditierter West-Korrespondent hatte ich Mühe, auf Schattenseiten der westlichen Gesellschaft hinzuweisen. Die hat mir kaum einer abgenommen. Der Westen im DDR-Alltag war nicht allein Konsum, so wichtig er war. Der Westen war genauso geistiges Ausbüxen aus dem real-existierenden Sozialismus. Die „Unruhe in der Tiefkühltruhe“ (Slogan einer Hallenser Jugendgruppe 1989) hat in der von der SED verordneten geistigen Isolierung der DDR geistige Anregungen aus dem Westen ausgelöst, freilich kamen sie auch aus der Sowjetunion mit Gorbatschows „Glasnost“ und „Perestroika“, über Ungarn und Polen.

Der „Westen im DDR-Alltag“, das waren Menschen, Medien, Materialien. Persönlicher Kontakt war am wichtigsten, wenn Medien auch nicht zu unterschätzen sind. Mancher Ostdeutsche hat zwar zwiespältige Erfahrungen mit der „buckligen Verwandtschaft“, doch waren familiäre Bindungen allein wegen der großen Zahl bedeutend. Sie waren der herrschenden SED stets ein Dorn im Auge. Die Fluchtbewegung aus dem Osten wäre im Westen, vor allem vor dem Mauerbau 1961, ohne verwandtschaftliche Hilfe kaum zu verdauen gewesen. In den 70er Jahren fuhren nach dem Grundlagenvertrag bei verbesserten Reisemöglichkeiten und geringem Pflichtumtausch rund acht Millionen Westdeutsche im Jahr in die DDR. Da ließen sich mit der DDR-Presse über ideologische Unterwanderung Bände füllen.

Nach dem Mauerbau ließ die SED in Berlin Verwandtenbesuche erst mit dem Passierscheinabkommen 1963 zu. Jene Weihnachtsbilder waren genug Beweis für den Zusammenhalt der Nation. Die Verwandten waren es, die den Angehörigen Geld daließen und so die SED zwangen, 1974 Intershops für die eigenen Leute zu öffnen, wollte sie begehrte „Valuta“ selbst einfahren. Die drastische Erhöhung des Pflichtumtausches 1980 zeigt, was auch SED-Generalsekretär Erich Honecker unterbinden wollte.

Die Verwandtenbesuche ließen auch den Versuch scheitern, zwei deutsche Sprachen zu schaffen: erste Gehversuche eines DDR-Deutsch kamen über die DDR-Medien nicht hinaus. Die Begegnungen der Menschen waren die beste Unterwanderung der Diktatur. Die Westbesucher, nicht nur Verwandte, auch Freunde, selbst Tagestouristen kamen so harmlos daher mit kleinen Geschenken für die zwölfjährige Nichte. Dabei hatte sie gerade gelernt, Lenins oder den Republik-Geburtstag wichtiger als den eigenen zu nehmen. Diese Besucher waren fast alle in der Tat, nicht nur im Stasi-Jargon, „Verteidiger des imperialistischen Systems der BRD. Feinde des Sozialismus“.

1979 empfahl die SED den bedrohten DDR-Kindern, diesen Brief zu schreiben („Junge Welt“): „Der schottische Whisky und die Schweizer Schokolade, Deine Geschenke, sind verzehrt. Die reichlichen Fleischmahlzeiten vom DDR-Rind, die Mutti während Deines Besuches zubereitet hat, haben mir ebenso gemundet... Ich will mit diesen Zeilen nur ein gewisses Verständnis wecken für die Freiwilligkeit und damit Freiheit, die wir bei der Unterstützung der großen Vorhaben der Fünfjahrespläne oder des täglichen Plansolls empfinden. Du gehst also fehl, wenn Du annimmst, daß wir mit unserem Staat unzufrieden sind, weil man angeblich einen ganz anderen Sozialismus aufbauen müßte.“

Natürlich stellten manche Wessis die Geduld der Verwandtschaft arg auf die Probe: mit Paketen, gefüllt wie gleich nach der Trennung 1945. Ich kenne Ostdeutsche, die seitdem weder Haferflocken, Erbswurst, Gries oder Teewurst essen. Beim Geld machte manch Westdeutscher Ernst; selbst von engen Verwandten forderte er den Umtauschkurs, den er zu Hause auf der Bank gesehen hatte. Ich war dabei, wie eine Mutter ihrer Tochter 100 DM West gab, zum Kurs 1:4. Dann lud sie die Tochter samt Familie großspurig ins Interhotel, wo überteuert in DDR-Mark zu zahlen war. Die Mutter rühmte sich zweier guter

Taten: der Tochter Westgeld verschafft und außerdem ein exquisites Essen geboten zu haben. Die 400 DDR-Mark waren bloß der halbe Monatslohn der Tochter.

Nur wenige Menschen haben erfolgreich verbotene Literatur schmuggeln können. Alle paar Minuten schleppte ein Zöllner ganze Bücherstapel von der Zollkontrolle in ein (Stasi-) Zimmer. Zahlreiche Bände „Hetzliteratur“ in DDR-Regalen belegen, daß dennoch viele Versuche gelangen. Allgemein war es wohl so, daß Freunde mehr Bücher schmuggelten für Freunde – und Verwandte mehr Konsumartikel für Verwandte: Buchmitbringsel waren unter guten Freunden stillschweigend selbstverständlich. Freunde waren oft erfinderischer, aber nicht erfinderisch genug. Geistiges Ausbüxen boten auch westdeutsche Musiker und Künstler, von Udo Jürgens über Katja Ebstein und Günter Grass bis Siegfried Lenz.

(West-) Diplomaten und -Journalisten konnten „subversive Literatur“ leichter ins Land bringen. Freilich sollten oder durften auch sie nur mitnehmen, was sie zur Arbeit brauchten. Das Micky-Mouse-Heft wollte der DDR-Zoll ebenso nicht zulassen wie das Karl-May-Buch, freilich nur, wenn es den Zöllnern unter die Augen kam. Diplomaten und akkreditierte Journalisten hatten keine Zollkontrolle.

Stasi-Akten von Diplomaten sind weitgehend vernichtet. So steht es in Akten über Journalisten: „X. verfolgte den Zweck, mit der Verbreitung der Schriften die DDR zu diskriminieren. Ihre Eignung, die DDR zu schädigen und gegen sie aufzuwiegeln, wurde von ihm erkannt und zumindest in Kauf genommen. Das wird auch nicht aufgehoben durch die Äußerung des X., er habe eine Berechtigung, DDR-Bürgern diese Materialien zugänglich zu machen, weil das Material durch die DDR-Presse nicht veröffentlicht werde und von den Verfassern DDR-Bürger als Empfänger gemeint seien.“ Freilich kam es anders als bei DDR-Menschen zu keinem offiziellen Verfahren wegen staatsfeindlicher Hetze.

Oder: „Y. und Z. haben unabhängig voneinander zielgerichtet Kontakt zu ihnen geeignet erscheinenden feindlich-negativen Personen, z. B. unter Studenten in kirchlichen Einrichtungen, hergestellt. An diese Personen haben Y. und Z. antisozialistische Schriften von Bahro, Havemann bzw. das sogenannte „Spiegel-Manifest“ übergeben, die sie unter Mißbrauch der ihnen als Korrespondenten gewährten Kontrollbevorrechtigung im grenzüberschreitenden Reiseverkehr eingeschleust hatten. Mit ihnen führten sie Diskussionsabende durch, in deren Verlauf über diese Literatur sowie aktuell-politische Themen gesprochen wurde.“

„Konterbande“ in West-Ost-Richtung transportierten Geschäftsleute, die fast unkontrolliert über die Grenze kamen, ebenso wie Verleger, nicht nur auf dem Weg zur Buchmesse. Die Verleger wußten, daß Bücher auf Nimmerwiedersehen verschwanden und so seltene in der DDR zirkulierende Exemplare wurden. Sie zahlten Strafsteuer für jedes nicht ausgeführte Buch. Auf der Messe

suchten Horden Stasileute bei Besuchern nach Büchern. Wer erwischt wurde, mußte das gute Stück zurücklassen und mit 150 DDR-Mark büßen. Mehr folgte meist nicht, wohl auch, weil nur so Ingenieure und Ärzte schnell an Fachbücher kamen. Auch DDR-Rentner und jene, die in dringenden Familienangelegenheiten westwärts fahren durften, brachten auf dem Rückweg Bücher und Zeitschriften durch die Mauer. Freilich waren diese Gruppen zu Recht vorsichtig. Das Manöver konnte sie die nächste Westreise kosten.

All diese Menschen nahmen Risiken auf sich, um die geistigen Sperren der DDR zu durchbrechen. Sie taten viel für den geistigen Zusammenhalt der Nation, manch einer mußte ins Gefängnis. Bei Reisen in umgekehrter Richtung kam manches Buch aus DDR-Verlagen bei Westdeutschen an, die so ein wenig vom DDR-Buchmarkt mitbekamen. Ostdeutsche gaben den Wessis zudem gute Buchtips, den Pflichtumtausch richtig anzulegen.

„Der Westen im DDR-Alltag“ waren auch Streitthemen westdeutscher Gäste untereinander, denen die Gastgeber in der DDR fasziniert lauschten. Gerade diese Streitkultur, die sonst nur im Fernsehen-West zu sehen war und da eher abschreckend wirkte (Ostdeutsche waren mehr auf Konsens bedacht) hat viele überrascht, zumal die Streitpartner dabei gute Freunde blieben.

„.....und abends kommt der Klassenfeind“, beschrieb in den 70er Jahren die „Iswestija“ (Moskau) die abendliche DDR-Lage, wenn die meisten Menschen dem real-existierenden Sozialismus ade sagten und auf Westempfang gingen. Der ausgewiesene ARD-Reporter Lothar Löwe wählte den Satz zum Buchtitel. Ich, der Korrespondent, dessen Firma erwartete, daß er wenigstens die abendliche Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens „Aktuelle Kamera“ (AK) sah, erntete oft erstauntes Kopfschütteln oder spitze Antworten: „Der Knopf ist verrostet.“ Einmal bat ich um 19:10 Uhr, das DDR-Programm einzuschalten. „Ham wir gleich.“ Nach 20 Minuten war die Antenne neugerichtet und der offenkundig unbekannte Sender haarscharf eingestellt. Pünktlich 19:30 Uhr zum „AK“-Beginn hörte ich das erleichterte „Bitte schön“.

Den Riß durch die DDR-Gesellschaft beim Fernsehkonsum erlebte ich hautnah, als ich Honecker beim Besuch in Österreich begleitete. Ich konnte stets am Brennpunkt nahe Honecker sein – die Österreicher hielten mich nicht für gefährlich. So kam ich jeden Abend groß ins „AK“-Bild. Ich merkte es bei der Rückkehr: die Grenzsoldaten lästerten: „Sie sind ja fotogen“; Mitarbeiter des DDR-Außenministeriums sprachen mich an, Kollegen, Mitarbeiter der Ständigen Vertretung. Als ich abends „meine Runde“ machte, hörte ich stets die gleiche Frage: „Wo warst du denn bloß so lange?“ Das West-Fernsehen hatte Honecker in Österreich nur kurz notiert.

Nur eine Sendung des DDR-Fernsehens durfte man „ungestraft“, ohne Nase-rümpfen von Kollegen und Nachbarn, sehen: den Montagsfilm, wenn Filmsternchen für Hans Albers schmachteten oder Marika Röck Männerherzen höher schlagen ließ. Unmittelbar darauf zeigte Chefkomentator Karl Eduard von Schnitzler seinen „Schwarzen Kanal“. DDR-Witz: Die Ansagerin kommt

nur bis „Schnitz...“, dann ist wieder West-Empfang. Auf den DDR-Sender schaltete, wer unverhofft Besuch bekam.

In DDR-Wohnstuben waren neben Unterhaltungssendungen des Fernsehens (in Ost-Berlin oft „Glücksrad“ von SAT 1) politische und Sportsendungen die Renner. Auch „Kennzeichen D“ und „Kontraste“ sollen in der DDR nach Bewertung vieler Freunde höhere Quoten als im Westen gehabt haben. 1987 sagte das ein Bekannter gar zur „Elefantenrunde“, dem Streitgespräch der Spitzenpolitiker im Bundestag verteilter Parteien vor und nach der Wahl. Es gab an vielen Orten der DDR Wahlparties bei Bundestagswahlen.. 1987 ging die Sektflasche auf, als Hans-Dietrich Genscher sich für Briefe aus der Heimat Halle bedankte und deutlich machte, er wolle Außenminister bleiben. Damit würde er weiterhin wesentlich die Ost-Politik beeinflussen. Politisch interessierte Menschen verabschiedeten sich bei Stehparties unauffällig gegen 19:30 Uhr oder 22:00 Uhr, um rechtzeitig zu „Tagesschau“ oder „Tagesthemen“ zu Hause zu sein. Das DDR-Fernsehen karikierte 1980 den Tagesablauf eines DDR-Menschen. Zum Satz „Am Abend informiert er sich“ zeigte das Bild eine Uhr, die auf „Tagesschau“-Zeit stand.

Die Fußball-Bundesliga gehörte zum DDR-Alltag. Für spannende Spiele der Liga, für Europacup- oder Länderspiele fuhren junge Leute aus Dresden, Westfernsehen war im östlichen Sachsen kaum zu empfangen (ARD = außer Raum Dresden), mit tragbarem Fernseher Richtung Berlin bis kurz vor Lübben.

Bundesliga mußte es schon sein. Selbst Fans von DDR-Vereinen trugen auf Brust oder Rücken nicht selten Farben oder Embleme westdeutscher Vereine. Fußballbegeisterte planteten Spiele, die der Westen übertrug, fest ein. Um 18 Uhr versammelten sich selbst bei Gartenparties meist die Männer direkt vorm Fernseher: damals „Sportschau“-Zeit. Vater kam aus dem Kleingarten gerade recht. Auch in den Datschen ging um 18 Uhr das Zweitgerät an. Als 1979 der Hamburger SV Deutscher Meister wurde, sagte ein Dresdner (Dynamo Dresden war zuvor DDR-Fußballmeister) den denkwürdigen Satz: „Wieder ein Deutscher Meister von der Elbe.“

Für guten Westempfang legten Millionen Menschen in der DDR Geld für teure Antennen hin. Wegen der West-Fernsehlöcher um Dresden/Görlitz und Stralsund/Greifswald sagten Topleute Top-Angebote ab. Selbst herrschaftliche Villen, die Betriebe verzweifelt anmieteten, wogen den Nachteil nicht auf. Menschen ohne Westempfang wurden bedauert, lebten im „Tal der Ahnungslosen“, im „Tal der toten Augen“. Dort tauchten erste Satellitenantennen auf, nach Anleitung zusammgebaut. Dorfgemeinschaften mit schlechtem DDR-Fernsehempfang schufteten nur dann wie die Wilden, wenn auf dem nahen Berg zugleich die Antenne auf Westempfang geschaltete wurde.

Auch der Rundfunk hatte in der DDR große Hörerkreise; erinnert sei an die Rock-Sendung „Club 18“ oder an Günter Neumanns „Insulaner“. Friedrich Luft's Theaterkritiken waren im Osten genau so bekannt wie im Westen oder

wie das, was Berlins Regierender Bürgermeister jeden Samstagabend in der Sendung „Wo uns der Schuh drückt...“ zu sagen hatte. Dem „Team“ der Deutschlandfunk-Sendung „Aus Ostberliner Zeitungen“ mußte ich mehrfach Grüße ausrichten. Die Funkanstalten nahmen die Zeitungen meist Huckepack mit über Presseschauen oder wörtlich verlesene Beiträge. Die Programmvorschau am Samstag in Funk und Fernsehen war eine der meistempfangenen Sendungen: das Programm wurde oft vervielfältigt und an Interessenten weitergegeben.

Am Ende der DDR sahen und hörten auch SED-Genossen West. Hätten sie's nicht getan, hätten sie im Betrieb nicht mehr mitreden können. Die Arbeiter fragten am Morgen nach wichtigen Radio- oder Fernsehsendungen vorsichtig, aber konkret: „Sage mal, ich habe gehört, ... stimmt das?“ Die Genossen von der SED wußten wie die Zöllner, daß Warschau und Budapest, später auch Prag, wegen der dort zugänglichen Westpresse so beliebte Reiseziele waren. Da gibt es den Witz von zwei Hunden, die durch die Oder schwimmen. „Was willst du denn in der DDR?“ – „Endlich sattfressen. Und du in Polen?“ – „Endlich bellen.“

Nicht nur einmal erschienen in der DDR-Presse Beiträge, die voraussetzten, daß die Leser zuvor ferngesehen hatten. Der berühmteste Kommentar stand in der „Jungen Welt“. Er war nur zu verstehen für den, der am Abend zuvor den im ZDF ausgestrahlten Sowjetfilm „Die Reue“ gesehen hatte: dem Kommentator bohrten sich Aussagen des Films „wie Widerhaken ins Fleisch“, nicht den Menschen in der DDR, die – im Westen – gesehen hatten, daß die Stalinzeit in der UdSSR vorüber war.

Materialien setzen voraus, daß zuvor Menschen aktiv waren, dafür sorgten, Waren in die DDR zu bringen. Dafür waren nicht immer West-Ost-Reisende verantwortlich. Zudem führten die Materialien ein Eigenleben.

Das Angebot in Exquisit-, Delikat- oder Feinkostläden und Intershops bestimmte die SED, die eigens orderte. Die Läden sollten Kaufkraft in DDR-Mark und West-Mark abschöpfen. Westwaren wie die Dose Ananas kosteten im Feinkost 11 DDR-Mark, im Intershop 1,50 – bei Aldi im Westen meist nur 79, höchstens 99 Pfennig. Wer konnte schon zu Aldi? Autos oder Fernseher waren ebenfalls teurer als der normale Westpreis. Intershops sollten laut Honecker „kein ständiger Begleiter des Sozialismus“ sein, waren es aber bis zum DDR-Ende.

In die DDR gelangte Materialien hatten eigene Werte. Mit dem Westpreis waren sie kaum zu vergleichen. Ein drei Jahre alter „Spiegel“ konnte fünf DDR-Mark bringen. Rainer Kunzes „Wunderbare Jahre“ als Maschinenschrift-Manuskript kosteten zehn Mark. Der Schlagbohrer (Westfabrikat) brachte fürs gebohrte Loch eine Mark. Überhaupt wurde da auf manchen Gebieten Marktwirtschaft vorweggenommen, Preise nach Angebot und Nachfrage gebildet. – 42.000 Ostmark für den VW, der 19.000 gekostet hatte. Selbst unter Freunden wurden Zinsen genommen, die ich als Wucher bezeichne: 25 Prozent im hal-

ben Jahr fielen da nicht aus dem Rahmen. Schwarzarbeit mußte mit Westgeld (oder zum 1:5-Kurs in Ost) bezahlt werden. Das „Schwarztaxi“ war meist erheblich teurer als das reguläre, das freilich nie kam. Auf dem Pferdemarkt in Havelberg wurden in die DDR gelangte Westwaren zu Mondpreisen angeboten: Rockgruppen auf Schallplatte oder Kassette waren am meisten gefragt.

Wer von der Stasi beobachtet wurde, aus welchen Gründen auch immer, auch zufällig, hatte adrett, ordentlich und brav zu sein, alles andere galt als „westlich“. Über einen Korrespondenten vermerkt eine Akte: „In seinem Äußeren ist F. fast schlampig. Man muß wissen, daß er nicht auf Anhieb als BRD-Bürger erkennbar sein will.“ Nach dieser Logik wären das dann die DDR-Leute.

Einen Pastor aus Sachsen sah ein IM als „stark westlich orientiert“: „ein unangenehmes Äußeres, war nachlässig gekleidet und trug schulterlanges Haar.“ Es waren wohl die Haare, die die anderen Attribute bedingten. Der Pfarrer „hatte zwei Kinder Sie trugen fast ausschließlich Sachen aus der BRD bzw. aus dem Intershop.“ Um einen Westdeutschen näher zu bestimmen, sein Name ist unbekannt, teilt ein IM 1982 mit, daß „dieser Igelschnitt trägt“, igit. Einer Frau, die „auf alles schimpft“, dichtet ein IM einen Ausreiseantrag an, sie hatte keinen. Ob jemand „Sachen aus der BRD oder dem Intershop“ trug, war für die Stasi wichtig für den Antrag auf Westreise. Danach wurden auch die Hausbewohner ausgefragt.

Der längste Versuch, westliche Einflüsse zurückzudrängen, dauerte über 28 Jahre: Abriegelung mit Mauer und Stacheldraht. Danach ging die DDR gegen Antennen („Pfeilantennen“) vor, vergeblich: die Antennen kamen unters Dach. Als Honecker von fünf Programmen sprach, die DDR-Bürger empfangen können, waren die Antennen wieder da, gleich ausgerichtet. Erhöhter Pflichtumtausch wie Beschränkungen für akkreditierte Journalisten sollten Westeinflüsse behindern. Bonner Verhandlungen mit der DDR-Regierung brachten wieder mehr Einfluß ins Land, etwa über das Kulturabkommen. Vor den Weltfestspielen 1973 waren die „Organe“ großmütig zu den Jugendlichen, rigoros danach. Das wiederholte sich vor und nach Honeckers Bonn-Besuch 1987. Erst konnten unabhängige Gruppen für Frieden durch die DDR pilgern; danach wurden sie behindert, wurde die Umweltbibliothek gestürmt, wurden Menschen bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration verhaftet.

Das Bild des DDR-Durchschnittsbürgers vom Westen und den Westdeutschen war meilenweit von der Wirklichkeit entfernt. Es war ein indirektes Bild aus dem Fernsehen, an Berichten Reisender aus Ost und West überprüft – ein Ideal, ausgerichtet an unbegrenzten Konsum-, Reise- und Arbeitsmöglichkeiten nach dem amerikanischen Traum vom Tellerwäscher zum Millionär. Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, damals von Westdeutschen vorgetragen, stießen auf Unglauben oder wurden abgetan mit: „Wer arbeiten will, kriegt auch Arbeit.“ Zudem hatte damals ein Arbeitsloser-West mehr Geld „auf der Kralle“ als Werk tätige im DDR-Sozialismus.

Obwohl die Bundesrepublik für die meisten Menschen in der DDR – geschöntes Westbild immer bei der Hand – Wunschtraum war, erhielten schon da die Bewohner dieses Staates keine guten Noten: unvollkommen, tolpatschig, ohne Fingerspitzengefühl, arrogant waren noch die besten Noten. Zwei Länderspiele der bundesdeutschen Mannschaft erhielten diese Kommentare: Nr. 1: „Toll, wie Deutschland gesiegt hat.“ Nr. 2: „Prima, daß diese Großgossen eins drauf gekriegt haben.“ Da war nicht mehr Deutschland, da waren nur die Spieler gemeint.

Gerade Veränderungen der 68er Jahre gingen bei Menschen im Osten ziemlich spurlos vorbei. Nur Intellektuelle und ein paar Kirchenleute waren interessiert. Ostdeutsche sahen etwa „Ho Ho Ho Chi Minh“-Rufe als Parteinahme für Kommunisten. Sie übersahen, daß die Jugend eines ehemals staatsterroristischen Landes nicht schweigen wollte, wenn ein kleines Volk womöglich ungerecht behandelt würde. Das Schweigen zum falschen Zeitpunkt warfen sie ja den Eltern vor. Damals kehrte sich die Jugend-West von Tugenden wie Zucht und Ordnung ab: „Damit kann man Konzentrationslager leiten“ hieß der 68er-Satz. Das kam im Osten nicht mehr an. Lieder wie „Sind so kleine Hände, soll man sie nicht schlagen“ (Bettina Wegener) oder „Hallo, kleine Mutti, warum schlägst Du denn Dein Kind?“ zeigen kulturelles Auseinanderdriften in West und Ost. Dies könnte Ursache für die Mauer in den Köpfen heute sein.

Hätten die Deutschen-West unter gleichen Bedingungen leben müssen wie die im Osten, sie hätten sich kaum anders, kaum mutiger verhalten. Der in den Westen gekommene Schauspieler Manfred Krug legte 1979 darauf den Finger. Packe man je 17 Millionen DDR-Menschen und Westdeutsche in zwei Säcke, schütte sie auf der anderen Seite aus, brauchten Menschen wie Systeme „vier Wochen Anpassungszeit“ und alles laufe wie zuvor. Westdeutsche können jedenfalls froh sein, daß ihnen die Geschichte diese Prüfung ersparte. Welcher Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg zu welcher Besatzungszone gehörte, war Zufall. In Berlin kostete es bis 1961 20 Pfennig für die S-Bahn, um in die andere Welt zu gehen. Nach dem Mauerbau sagten Jugendliche in der DDR häufig: „Was kann ich dafür, daß ich auf dieser Seite der Elbe geboren wurde?“

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Karl-Heinz Baum. Herr Fritze, bitte.

Dr. Lothar Fritze: Meine Damen, meine Herren! Will man den geistig-emotionalen Einfluß, den der Westen auf den DDR-Normalbürger ausübte, auf einen Nenner bringen, so müßte man sagen, es war der einer andauernden Verlockung. Aus DDR-Sicht erschienen insbesondere die Konsum- und die alltäglichen Lebensverhältnisse geradezu als glanzvoll. Zu allen Zeiten der DDR dürfte es für eine große Mehrheit ihrer Bürger fraglos gewesen sein, daß man im Westen – im ganzen gesehen – das bessere Leben führt. Das Wissen um die real höheren Einkommen in Westdeutschland, den höheren Lebensstandard, die kürzeren Arbeitszeiten oder den längeren Urlaub war Kernbestand dieser Grundüberzeugung.

Dem DDR-Bürger standen verschiedene Informationskanäle zur Verfügung, um sich ein Bild von westlichem Wohlstand – oder jedenfalls dem, was man darunter verstand – zu machen. In der Tat kann der Einfluß von Westfernsehen und -rundfunk auf die Bewußtseinsbildung des DDR-Bürgers kaum überschätzt werden. Gleiches ließe sich von den Berichten der Rentner sagen, die diese nach ihrer Rückkehr von Verwandten- oder Bekanntenbesuchen erstatteten, oder von eigenen Erfahrungen, die man im Umgang mit Westdeutschen auf Urlaubsreisen im sozialistischen Ausland sammeln konnte. Um sich von der überlegenen Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft zu überzeugen, hat es allerdings nicht einmal der Westmedien, der Intershops oder der persönlichen Inaugenscheinnahme durch Westreisende bedurft. Über Handelsbeziehungen kamen Industriegüter ins Land, die das Weltniveau repräsentierten; ja bereits das erste Paket aus Westdeutschland war für die Erkenntnis völlig hinreichend, daß das, was man im Westen produziert, besser schmeckt, eine höhere technische Reife aufweist oder in sonstiger Hinsicht von besserer Qualität ist. Selbst für einen Schulanfänger hat es genügt, auf den Transitstrecken von Westberlin in die Bundesrepublik auch nur einmal ein Automobil westlicher Produktion zu sehen, um deren Vorzugswürdigkeit zu erkennen. Selbst aus wenigen und bruchstückhaften Erfahrungen konnte auf diesem Wege eine – im Prinzip zutreffende, wenn auch teilweise glorifizierende – Vorstellung von westlicher Lebenswirklichkeit gewonnen werden. Die Lukrativität westlicher Produkte war daher jedermann bewußt; die im Westen üblichen Konsumgewohnheiten galten als vorbildhaft, und von westlicher Lebensart ging ein verführerischer Reiz aus.

Die faktische Wirkung des Westens muß vor dem Hintergrund der DDR-spezifischen Lebenswirklichkeiten, insbesondere der typischen Alltagsprobleme gesehen werden. Zwar konnte auch die DDR ihren Bürgern eine „Alltagsnormalität“ bieten – eine Normalität, die Bedingung politischer Stabilität ist –, gleichwohl jedoch war der DDR-Alltag geprägt durch eine Reihe lebenspraktischer Unannehmlichkeiten, die Gegenstand andauernder Frustration oder gar Empörung waren. In einer stichwortartigen Aufzählung sind an erster Stelle die immer wieder aufgetretenen, teilweise auch chronischen Versorgungsengpässe zu nennen. Diese Instabilitäten und Lücken im Warenangebot erzeugten die in der DDR sprichwörtliche „Rennerei“ nach diesem oder jenem Produkt. Langes Anstehen, Gedränge in den Stoßzeiten und vielleicht noch gestreßtes Verkaufspersonal konnten den Wochenendeinkauf – gerade für berufstätige Frauen – zur Anstrengung werden lassen. Besonders frustrierend geriet das Betteln um Handwerkerdienstleistungen, wobei besonders derjenige erfolgreich war, der außergewöhnliche Gegenleistungen, monetärer oder nichtmonetärer Art, bieten konnte.

Hinzu kam die alltägliche Konfrontation mit Schlendrian und Schlamperei in den Betrieben, an denen man zwar einerseits beteiligt war, gegen die zu kämpfen man aber andererseits auf verlorenem Posten stand. Während man versuchte, Haus oder Wohnung in Ordnung zu halten und einen gewissen Standard zu erreichen, so war doch gleichzeitig der schleichende Verfall der Städte

und großer Teile der Infrastruktur unübersehbar und vor allem unaufhaltsam. Das Grau-in-grau der DDR-Wirklichkeit dürfte für westliche Beobachter noch beeindruckender gewesen sein, aber auch der DDR-Bürger wollte sich damit nie wirklich abfinden.

Die Tristesse der DDR-Verhältnisse stand im klaren Kontrast zur Akkuratess des Westens. Das Bild, das man vom Westen hatte, war ein Bild von Sauberkeit und Perfektion, das Bild eines „aufgeräumten“, funktionierenden Gemeinwesens. Der DDR-Bürger sehnte sich nach etwas mehr Dynamik und Zuversicht; er wollte die Eintönigkeit seines Lebensalltags eintauschen gegen etwas mehr Abwechslung, andere Urlaubsmöglichkeiten, neuartige Freizeitaktivitäten, vielleicht sogar unorthodoxe Lebenspläne, die zu realisieren ihm die uniforme DDR-Gesellschaft versagte.

Natürlich richteten sich die Sehnsüchte der DDR-Bürger nicht nur auf Verbesserungen im materiellen Wohlstand. Der Forderungskatalog an den Staat war reichhaltiger, schließlich boten die DDR-Verhältnisse Anlaß zu verschiedenster, insbesondere auch politischer Kritik. Mit der Tatsache der geschlossenen Westgrenze konnte sich kaum jemand je abfinden, so daß die Forderung nach Reisefreiheit allzeit virulent blieb. Der Führungsanspruch der SED, der sich nicht nur auf alle wesentlichen Entscheidungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft richtete, sondern auch das Denken der Menschen, ihre weltanschaulichen Einstellungen erfassen wollte und damit bevormundete, ja entmündigte, war ein ständiges Ärgernis und wurde zunehmend als unerträglich empfunden. Lachhaft-groteske ideologische Übertreibungen konnte man noch mit Kopfschütteln quittieren, die geistige Knebelung aber, der Zwang, politisch-ideologische Konformität zu heucheln, sich zu verbiegen und zu verleugnen, rief Bitterkeit und Aufbegehren hervor. Der – selbst herrschaftstechnisch betrachtet – übersteigerte Hang der SED, jede nichtstaatlich organisierte oder staatlich nicht kontrollierte Öffentlichkeit zu unterbinden oder nicht genehmigte autonome Aktivitäten von Bürgern gar zu kriminalisieren, hat viele, insbesondere jüngere Menschen, demotiviert, und hat sie schließlich – aus Sicht der SED – abtrünnig werden lassen. Freier Zugang zu Informationen, das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit, politische Partizipation und private Organisationsmöglichkeiten waren denn auch Hauptforderungen im Herbst 1989.

All dies jedoch kann nicht darüber hinweg täuschen, daß letztlich das Wohlstandsgefälle zum Westen für den Willen der Mehrheit ausschlaggebend war, den Systemwechsel herbeizuführen. Diese Präferenz entspricht der für unsere industriell geprägte Zivilisation charakteristischen Dominanz von Bedürfnissen, deren Befriedigung an den Ge- und Verbrauch von materiellen Dingen gebunden ist.

Die gegen Außeneinflüsse scheinbar so abgeschirmte DDR-Gesellschaft war also – ungeplanterweise – doch offen für das unkontrollierte Einsickern wesentlicher Informationen aus dem Konkurrenzsystem. Insofern die Auswirkungen auf eine breite Bevölkerungsmehrheit zu debattieren sind, glaube ich, daß der wesentlichste Einfluß des Westens in einem Bedürfnisimport zu suchen ist.

Der Westen hat zumindest auf die Masse der Bevölkerung in der Hauptsache nicht dahingehend gewirkt, daß man etwa Fakten über die Herrschaftspraxis der SED-Führung zur Kenntnis genommen hätte, sondern es wurden Begehrlichkeiten vor allem im konsumtiven Bereich geweckt.

Betrachtet man dagegen die oppositionell Eingestellten aus den Gruppen der Intellektuellen, der Künstler oder der technischen Intelligenz, so hat das Westfernsehen sicherlich zur Delegitimierung der SED-Herrschaft in den Augen dieser Personen beigetragen, gleichzeitig aber auch die Skepsis gegenüber einer kapitalistischen Alternative zur realsozialistischen DDR geschärft. Der – aus der Sicht eines diktaturgewöhnten DDR-Bürgers – ausgesprochen kritische Umgang der Westmedien mit den Verhältnissen im eigenen Land sprach für die Demokratie und den Rechtsstaat, konnte aber nicht unbedingt das Ansehen der kapitalistischen Marktwirtschaft heben, insbesondere nicht das Vertrauen in ihre Kompetenz, die anstehenden globalen Menschheitsprobleme zu beherrschen. Dies dürfte ein Grund dafür sein, daß das ursprüngliche Aufbegehren 1989 von großen Teilen der oppositionell Eingestellten und teilweise auch der Bürgerbewegungen protestantisch (das heißt: reformatorisch) gemeint war: nämlich als durchgreifende Erneuerung und zugleich als Fortsetzung des eigentlich beabsichtigten, bisher nur nicht verwirklichten – sozialistischen – Projekts. In der Affinität zur Idee einer nichtkapitalistischen, einer gerechteren, freieren, solidarischeren, demokratischeren und ökologisch vertretbaren Gesellschaft wurzeln die Vorstellungen von einem Dritten Weg, der nach Überwindung der SED-Herrschaft besritten werden sollte.

Die Wirkung der aus dem Westen einströmenden Informationen war also durchaus ambivalent. Nichtsdestoweniger hat der Export westlicher Konsum- und Lebensgestaltungsorientierungen in die DDR langfristig gesehen subversiver gewirkt als die Aufklärung über das politische System des realen Sozialismus und die Sensibilisierung für Freiheitsbeschneidungen und Unrecht. Das Schielen auf westliche Produkte, die Identifikation mit westlichen Konsumvorbildern versetzte den DDR-Bürger in die unerfreuliche Situation, materiell-konsumtive Bedürfnisse westlichen Zuschnitts entwickelt zu haben, jedoch auf die defizitären Befriedigungsmöglichkeiten der weniger leistungsfähigen DDR-Volkswirtschaft angewiesen zu sein. Daraus resultierte eine permanente Unzufriedenheit und das Gefühl, ein – gegenüber den anderen Deutschen – benachteiligtes Leben zu führen.

Die Einrichtung von Intershops – Läden, in denen gegen Devisen westliche Waren gekauft werden konnten – entsprach zwar dem Interesse derjenigen, die durch sporadische Zuwendungen von Verwandten oder Bekannten, durch Schenkungen oder infolge von Erbschaften über Devisen verfügten oder sich solche anderweitig beschaffen konnten; Intershops figurierten aber auch als Aushängeschilder des Westens und stellten die Überlegenheit des anderen Systems geradezu sinnlich wahrnehmbar zur Schau.

Der Westen wirkte weniger durch Argumente, weniger durch Aufklärung über die DDR-Verhältnisse oder durch Kritik an ihnen, weniger durch Enthüllungen

von Unterdrückung oder Entrechtung, sondern vielmehr durch sein Vorbild, durch seine Ausstrahlung. Die westdeutsche, vor allem die marktwirtschaftliche Überlegenheit war anschaulich, sie war greifbar, und sie war – so könnte man etwas pathetisch formulieren – dauerhaft präsent in den Herzen der Menschen. Daß der Westen schier uneinholbar voraus war – ganz im Gegensatz zu propagandistischen Verlautbarungen – war offenkundig und den meisten intuitiv klar. Es bedurfte keiner Argumente, um klarzumachen, auf welcher Seite die Vorzüge liegen; umgekehrt aber mußte derjenige nach Rechtfertigungen suchen und komplizierte Argumentationen aufbieten, der dies nicht wahrhaben wollte.

Die SED-Führung beanspruchte ein Informations- und Propagandamonopol, konnte dieses aber nie wirklich durchsetzen. Insofern war ihre totalitäre Herrschaftsintention nicht realisierbar. In einer Welt der elektronischen Kommunikationsmittel, des internationalen Handels sowie internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur und des Sports können Staaten nur noch sehr begrenzt informationell abgeschirmt werden. Die Informationen, die von außen eindringen – und zwar sowohl Informationen über das Konkurrenzsystem als auch über das eigene –, widerlegten die SED-Propaganda. Allein das Bewußtwerden der Tatsache, daß solche Abschirmungsversuche überhaupt unternommen wurden, mußte kontraproduktiv wirken. Die SED-Propaganda, deren apologetische Intention für nahezu jedermann offenkundig war und bereits deshalb abstoßend wirkte, verlor immer mehr an Glaubwürdigkeit – und zwar unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Zum Schluß glaubte auch niemand mehr das, was stimmte.

Die Reaktionen der SED waren durchweg hilflos und wenig wirksam. Der geistige Einfluß des Westens konnte nie zurückgedrängt werden. Der Brutalitätsgehalt der ergriffenen Maßnahmen ließ zwar mit wachsender Herrschaftsdauer in der Tendenz nach, gestaltete sich aber – man denke an Bücherentnahmen aus Postsendungen oder an den Kampf gegen die Herstellung und Verbreitung von Oppositions-Literatur – nicht weniger perfide.

Die Bestrebungen der SED-Führung, den geistigen Einfluß des Westens durch ideologische Stigmatisierungen oder gewaltsame Aktionen zu bekämpfen, wurden in der Bevölkerung keineswegs widerstandslos hingenommen. Abgesägte Westantennen – eine Kampagne in den 60er Jahren unter Mißbrauch der FDJ – wurden wieder aufgebaut; wer glaubte, es sich – vielleicht als Parteimitglied – nicht leisten zu können, seine Antenne öffentlich zu zeigen, installierte sie unter dem Dach. So erwies sich der Selbstbehauptungswille des „kleinen Mannes“, auch ideologisch motivierten Vorgaben der SED zu widerstehen oder sich über Verbote hinwegzusetzen, eher im Kleinen und Alltäglichen. Als ein eher kurioses Beispiel kann vielleicht die Erfindung des sogenannten „Russentod“ dienen – einem doppelwandigen Aluminiumkochtopf, der durch Drähte mit dem Fernseher verbunden wurde und mit dem der Kampf gegen die mutmaßlichen Störungsaktivitäten der Sowjets aufgenommen werden sollte, um den Westempfang zu verbessern.

Obwohl man sich in vielen Dingen äußerlich anpaßte, gab man sich doch selbst nie auf. In Unaufhebbares (wie etwa das Grenzregime) fügte man sich, gleichzeitig aber wurden Verbote, dort wo es möglich war, durch Grenzüberschreitungen ausgehöhlt. Wie lang darf man kurze Haare werden lassen, damit sie den Widerwillen gegen lange Haare nicht erregen? In der hier obwaltenden Unbestimmtheit liegt Raum, Grenzen unmerklich zu verflüssigen, um Grauzonen zu schaffen, die für die Herrschenden die Kosten erhöhen, wollen sie ihre ursprünglichen Vorstellungen weiterhin durchsetzen. Daß die meisten sich zu schnell ergaben, obwohl sie mehr Widerstand hätten leisten können, wenn sie nur etwas mutiger gewesen wären, steht hier nicht zur Debatte. Gleichwohl aber zerrte man nicht selten an den Ketten, wo es gefahrlos möglich schien, und riskierte auch etwas, wenn man sich herausgefordert fühlte. Anders wäre kaum erklärbar, warum die SED ihren Kampf gegen „westliche Dekadenz“ und „Trivialkultur“ im besonderen sowie gegen westliche Einflüsse im allgemeinen – seien es Modetendenzen, Tendenzen in der Freizeitgestaltung, bis hin zu Tendenzen in Kunst und Wissenschaft – letztlich verlor. Gegen die Trends der Zeit – die durch das Verhalten von Menschen etabliert werden – hilft letztlich nur Gewalt oder eine staatlicherseits gesteuerte geistig-kulturelle Umorientierung der Massen. Insofern die SED-Führung – zumindest in der pragmatischeren zweiten Hälfte ihrer Herrschaft – auf offene Gewaltanwendung weitgehend verzichtete und gleichzeitig mit ihrem Versuch, ein genuin sozialistisches Bewußtsein (was immer das auch sei) massenhaft zu erzeugen, scheiterte, mußte sie Tribut an den internationalen Zeitgeist zahlen, das heißt: sie konnte verbreiteten Wünschen in der Bevölkerung nur noch schrittweise nachgeben. Sichtbarster Ausdruck dieser Ohnmacht der Mächtigen war die De-facto-Legalisierung des Westfernsehens in den 80er Jahren, als man mit der Verkabelung der Haushalte „die Stimme des Klassenfeindes“ jedem frei Haus lieferte.

Parallel zu den Maßnahmen, das Land gegen unerwünschte Einflüsse von außen abzuschotten, hat die SED-Führung immer wieder versucht, den nicht vermeidbaren Einflüssen propagandistisch entgegenzuwirken. Unter Hinweis auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Schwächen des gegnerischen Systems hob man die tatsächlichen oder vermeintlichen Stärken des eigenen Systems (so etwa: „soziale Sicherheit“, niedrige Mieten oder konstante Preise für Tarife und Waren des Grundbedarfs) hervor.

Die SED-Propaganda hat es auf diese Weise einerseits fertig gebracht, eine bis heute fortwirkende einseitige Vorstellung von „sozialer Sicherheit“ zu wecken. Indem sie es verstand, einen Begriff von sozialer Sicherheit zu etablieren, der den Aspekt der Rechtssicherheit gänzlich ausblendet (denn was bedeutet „soziale Sicherheit“, wenn politische Gegner unter exzessiver Auslegung von Straftatbeständen jederzeit hinter Gitter gebracht werden können?), muß sie durchaus als erfolgreich eingeschätzt werden. Der sie kennzeichnende Hang zur Schönfärberei hat jedoch die kritische Wahrnehmung der Mißlichkeiten des DDR-Alltags eher verschärft.

Andererseits waren die problematischen Seiten einer Wirtschaft des freien Unternehmertums – insbesondere: Arbeitslosigkeit, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Obdachlosigkeit, Drogenszenen, organisiertes Verbrechen – dem DDR-Bürger ebenso durch das Westfernsehen gegenwärtig, so daß auf diesem Feld die SED-Propaganda mehr oder weniger ins Leere stieß. Was sie jedenfalls auf diese Weise nicht fertig gebracht hat, war, das gegnerische System merklich weniger attraktiv erscheinen zu lassen. So wie sich niemand durch den Hinweis auf Verkehrstote von der Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr abhalten läßt, ließ sich auch die Masse der sogenannten Normalbürger von den charakteristischen Problemen moderner Marktwirtschaften – zumal sie nur in abstracto bekannt waren – nicht abschrecken.

In der Absicht, die Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen und dem Niveau ihrer Befriedigung tendenziell abzubauen, liegt der rationale Kern der Honeckerschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Man hatte begriffen, daß es immer weniger möglich war, die Menschen auf die Zukunft zu vertrösten. Die Konsumgüterproduktion wurde erhöht, man legte ein Wohnungsbauprogramm auf und ergriff eine Reihe sogenannter sozialpolitischer Maßnahmen. Es kam zu gewissen Liberalisierungen in der Kunst- und Kulturpolitik, die später teilweise zurückgenommen wurden.

Mit der Intensivierung der Finanz- und Handelsbeziehungen zwischen Ost und West wurde die unter Ulbricht bevorzugte Strategie der Abgrenzung und Autarkisierung zumindest partiell aufgegeben. Damit aber war – implizit – auch die Entscheidung endgültig bestätigt, den System-Wettstreit auf der Ebene der Befriedigung der materiell-konsumtiven Bedürfnisse aufzunehmen.

Die tatsächlich eingetretenen Verbesserungen des sogenannten „materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ erzeugten allerdings weder eine andauernde größere Zustimmung des Volkes zur Politik der SED, noch zeitigten sie die wahrscheinlich erhoffte Steigerung der Arbeitsmotivation und einen sich daraus ergebenden Zuwachs an Arbeitsproduktivität. Vielmehr wurde die Anhebung des Lebensniveaus – angesichts des westlichen Vorsprungs – eher als Selbstverständlichkeit betrachtet, auf die man Anspruch hat. Erreichtes jedenfalls zählt weniger, wenn es woanders seit langem Standard ist.

Der ökonomische Einsatz – Absenken der Akkumulationsrate, Aufnahme von Krediten im westlichen Ausland – konnte sich unter diesen Bedingungen nicht im Sinne einer Anschubfinanzierung amortisieren. Der Versuch, das Konkurrenzsystem gleichsam mit dessen eigenen Mitteln zu schlagen, führte zu einer dauernden ökonomischen Abhängigkeit – und verschärfte damit letztlich das Dilemma, in dem sich die SED-Führung befunden hatte.

Die DDR war bereits am Beginn ihrer Existenz gegenüber Westdeutschland wirtschaftlich benachteiligt und geriet schnell ins Hintertreffen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn von Anfang an – und zwar unabhängig von den Repressionsmaßnahmen der SED gegen bestimmte soziale Schichten und politische Gegner – ein großer Teil der Bevölkerung, ich vermute: eine Mehrheit,

der Auffassung war, daß ihre wesentlichen Bedürfnisse in der qualitativ anders konstruierten Konkurrenzgesellschaft der Bundesrepublik besser befriedigt werden könnten. Diese Situation verschärfte sich, als sich immer mehr die Gewißheit durchsetze, daß sich die wirtschaftliche Unterlegenheit des Sozialismus weder kurz- noch mittelfristig beheben und sich damit auch die Lücke zum höheren Lebensstandard der Bundesrepublik nicht schließen läßt.

Aus dieser Konstellation ergab sich, daß selbst dann, wenn die SED-Führung die Absicht gehabt hätte, einen Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozeß im Rahmen einer Verfassung, in der die sozialistischen Grundlagen des Gemeinwesens festgeschrieben worden wären, einzuleiten, sie damit hätte rechnen müssen, daß die dann gegebenen Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung und der Parteienbildung genutzt werden, um die sozialistischen Restriktionen einer solchen Verfassung auszuhebeln. Insofern hatten – und es fällt schwer dies zuzugeben – die „Hardliner“ im Politbüro Recht, denen offenbar klar war, daß unter den gegebenen Bedingungen einer drastischen ökonomischen Unterlegenheit jede Abgabe von Macht das Experiment als ganzes in Frage stellt. Wer so dachte, hatte ein zutreffendes Gespür dafür, daß das System nicht demokratisierbar und nicht liberalisierbar war. Aus diesem Grunde aber mußte man – und hierin besteht das unauflösbare Dilemma des Realsozialismus – auf der Zentralisierung und Monopolisierung aller relevanten Entscheidungsbefugnisse in Wirtschaft und Gesellschaft beharren, womit wesentliche Ursachen für Motivationsverluste und Apathie, für bürokratische Verkrustungen und Innovationsschwächen, für Funktionsstörungen und Stagnation und somit letztlich für wirtschaftliche und soziale Ineffizienz verschärft wurden. Die sinkende Attraktivität des Systems erschwerte wiederum den Machterhalt und zwang die Machthaber zum verstärkten Einsatz derjenigen Instrumente, die gerade die geringe Attraktivität des Systems ausmachten oder sie mitverursachten.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Auf meiner Rednerliste stehen jetzt elf Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen, daß wir in zwei Blöcken vorgehen, und möchte vorab alle Diskussionsteilnehmer eindringlich auffordern, ihre Beiträge kurz und knapp zu halten. Wir haben noch 45 Minuten zur Verfügung. Es beginnt Herr Eppelmann, anschließend Herr Gutzeit.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Der Vortrag von Dr. Wolle und der Beitrag von Karl-Heinz Baum haben ja immer wieder Lachen unter uns hervorgerufen. Man hatte fast den Eindruck, die beiden hätten mit dem, was sie gesagt haben, auch in einer Kabarettveranstaltung auftreten können. Das Ganze ist aber eine Beschreibung der Wirklichkeit gewesen, Dank der klugen Politik der Partei der Arbeiterklasse. Und oft, wenn man es denn erlebt hat, war es ausgesprochen ärgerlich und mühselig. Vor diesem Hintergrund würde ich gerne noch einmal die beiden eben von mir genannten Dr. Wolle und Karl-Heinz Baum fragen: Könnten Sie sagen, wie gezielt tatsächlich diese Möglichkeiten des Wohlstands eingesetzt wurden und die Waren, die Mangel waren? Es war doch ein Privileg oder etwas Erstrebenswertes, sie zu bekommen. Nicht

jeder hatte das. Beim Kaffee war es noch was anderes. Aber ich denke an den VW-Golf, als der eingeführt wurde, gab es den nur für gute Mitarbeiter oder verdiente Genossen, und nicht im Ladenverkauf, zumindest nicht in den ersten Jahren, wo ihn jeder hätte bekommen können. Wie war es mit Fliesen, mit farbiger Sanitärkeramik oder finnischen Armaturen? Die hat nicht jeder bekommen oder es gab Leute, die hatten quasi das Gewohnheitsrecht, alle zwei Jahre einen neuen Lada zu fahren. Das ist aber nicht der normale Werktätige in der Deutschen Demokratischen Republik gewesen. Oder, um nur ein Beispiel zu nehmen: Als die Intershops in der Deutschen Demokratischen Republik eingeführt wurden, gab es den normalen oder halbwegs normalen DDR-Bürger, der in diesen Intershop-Läden einkaufen konnte, wenn er Westverwandte hatte oder jemanden kannte, der Westgeld hatte. Nur dann konnte er es tun. Nach meinem Wissen sind da die Waren am teuersten gewesen. Dann gab es Intershops auf der Autobahn, wo nur Westdeutsche kaufen durften. Da sind die DDR-Bürger nicht hineingekommen. Da war es schon ein Quentchen billiger. Und dann gab es Versina-Läden, zum Beispiel in Berlin, da durften nur Journalisten, in der DDR akkreditierte westliche Journalisten, und Diplomaten kaufen. Da war es noch einmal billiger. Und am allerbilligsten war es in Läden, die nur für Mitglieder des Politbüros und ähnliche Leute da waren, die dort Westprodukte für Ostgeld bekommen haben. Für meinen Eindruck ist das nicht Zufall gewesen, sondern das ist bewußt eingesetzt worden. Dazu würde ich gerne etwas hören wollen, genauso zu der Ausgabe von Reisepässen. Es hat ja auch in der DDR Bürger gegeben, die einen ständigen Reisepaß hatten, die praktisch jeden Tag rüberfahren konnten. Mir fallen einige auch namentlich ein, von denen ich weiß, daß die so etwas hatten und die unkontrolliert in beide Richtungen kommen konnten.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Als nächster ist Herr Gutzeit dran. Anschließend Herr Poppe.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte noch einmal das Thema „Kompensation“ ansprechen, und zwar ideologische Kompensationsbemühungen. Die DDR war ja von ihrem Anfang an eine Gesellschaft großen Mangels gewesen, und ideologische Floskeln dienten im hohen Maße dazu, damit umgehen zu können. Nun ist für mich die Frage: Wie schätzen Sie es ein, Herr Wolle, welche Reichweite, welche Bedeutung haben solche ideologischen Verarbeitungsmodelle in dieser Mangelsituation gehabt? Welchen Bereich der Bevölkerung haben sie tatsächlich überzeugt? Und zweitens möchte ich fragen, welche Rollen spielen derartige Gedankengänge, sozusagen, im Nachgang für die Interpretation von DDR-Wirklichkeit? Ich meine das Thema „Nostalgie“. Eine Bemerkung zu Herrn Fritze. Sie sagten, daß im Herbst 1989, in der Bürgerbewegung im starken Maße nur der Wunsch nach einem verbesserten Sozialismus, nach einer verbesserten DDR vorhanden war. Also ich habe da eine andere Wahrnehmung, jedenfalls in den Szenen, in denen ich mich befand, gab es sehr wohl auch andere Modelle, die sich tatsächlich an dem westlichen marktwirtschaftlichen System orientierten und eine parlamentarische Demokratie im Auge hatten. Hier wäre noch einmal die Frage, auch an Herrn Wolle, wieweit sehen

Sie tatsächlich den Einfluß von Gedanken, von politischen Vorstellungen einer westlichen Demokratie im Bereich der DDR-Bevölkerung über die Jahre verankert, sozusagen Vorlieben für gewisse politische Modelle, Parteien? Und zwar Vorstellungen, die nachher tatsächlich mit zur Beendigung dieses Systems beigetragen haben.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Als nächstes ist Herr Poppe dran, anschließend Herr Jacobsen.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/ Die Grünen): Ich kann mich ganz kurz fassen. Meine Frage geht in die gleiche Richtung wie Gutzeits Bemerkung. Herr Fritze, Sie haben gesagt, die Tatsache, daß über die westlichen Medien auch Negativbilder gekommen sind, hat die große Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nicht mehr beeindruckt, also ihr positives Vorurteil gegenüber dem Westen nicht gestört. Und für die Oppositions- und Bürgerbewegung sagen Sie das glatte Gegenteil. Gerade diese Darstellungen wären es gewesen, die die Opposition zu einem angeblichen Modell gebracht hätten, das sozialistische Experiment erstmals zu versuchen. Ich habe das nirgendwo in den Texten der Bürgerbewegungen gelesen. Mir ist nicht bekannt, daß jemand vorgeschlagen hätte, die Planwirtschaft fortzusetzen. Da müßten Sie mir schon das Gegenteil zeigen. Ich möchte mal die Frage stellen, und zwar nicht nur an Sie, sondern auch an die anderen: Hat es eine unterschiedliche Prädestination verschiedener Bevölkerungsgruppen für Einflüsse aus dem Westen gegeben? Und wenn ja, worin bestanden diese Unterschiede?

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Herr Jacobsen bitte. Als Letzter dann in dieser Runde, Herr Mocek.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Fritze, eine konkrete Frage an Sie. Wenn Sie heute die Aufgabe übernehmen würden, einen Katalog zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was denn die ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik im Alltag, gemessen an dem Standard des Westens für Fortschritte hier gemacht haben, was war denn überhaupt noch gemessen, im Hinblick auf Ost und West besser für sie und was, und das ist ja nun das Entscheidende, ist davon heute noch übrig geblieben, und warum ist das so übrig geblieben. Das ist ein Punkt, dem wir uns auch noch zuwenden müssen im Hinblick auf Empfehlungen, Stichwort „Nostalgie“. Vielleicht können Sie uns dazu noch eine Antwort geben. Danke.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Als Letzter nun Herr Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ja, meine Frage geht in die gleiche Richtung. Vielleicht auch an Herrn Dr. Fritze. Wenn ich all die Fakten hier noch einmal Revue passieren lasse, und mich auch an die Witze erinnere, dann will mir aber nicht in den Kopf, wieso gegen Ende der 80er Jahre eine bessere DDR gefordert wurde, nicht aber der Übergang zu diesen Verhältnissen, die dort in der ganzen Breite und durch die Medien und Witze usw. in verschiedener Form bewundert und auch als akzeptierungswürdig hingestellt worden sind.

Das führt mich zu einer Bemerkung zu dem Satz von Herrn Dr. Fritze, die Verkabelung lieferte das Westfernsehen frei Haus. Man glaubte eben, die stärkeren Argumente zu haben. Ich kann mich noch an Anleitungen, Argumentationen erinnern, wie es mit dem Westfernsehen in Studentenheimen war. Das war zwar nicht offiziell erlaubt, aber es hat sich eben dann so eingebürgert. Es war tatsächlich nicht anders. Die stärkeren Argumente gingen nun in die Richtung, was Herr Jacobsen eben als soziale Sicherheit, Kinderbetreuung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit etc. bezeichnet hat. Dann der Rückblick: bessere Startbedingungen des Westens, Marshallplan statt Reparation, und die Dinge, die allen ja bekannt sind, das waren schon weiterwirkende, aber mehr von einer sehr allgemeinen Qualität zeugende Momente, die dann immer dagegen gestellt worden sind, und die bis zuletzt noch eine bestimmte Argumentationskraft hatten.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Alle Referenten sind angesprochen worden. Wir fahren hier oben wieder fort in der Reihenfolge von vorhin. Herr Wolle zuerst.

Dr. Stefan Wolle: Ja, es gab in der DDR ein kompliziertes System von kleinen materiellen Belohnungen im Alltag, die sich durch die gesamte Gesellschaft zogen. An der Spitze der Pyramide standen natürlich die Herrschenden. Sie wurden reichhaltig mit Konsumgütern ausgestattet, speziell mit Produkten westlicher Herkunft. Dies war ja in den Wendemonaten 1989 ein politisch hochbrisantes Thema, das sehr viele Emotionen auslöste. Es lief damals – genauer gesagt am 24. November – ein Film der Redaktion „1199“ über Wandlitz. Es wurde darin die Kaufhalle von Wandlitz gezeigt, eine Schwimmhalle wurde gefilmt, dann ein leerstehendes Haus und schließlich verharrte die Kamera vielsagend schweigend am Gemüsestand. Da waren Ananas zu sehen und frische Tomaten. Darüber kann man heute lachen. Jeder Gemüseladen heute, selbst der in Eisenhüttenstadt ist wahrscheinlich besser ausgestattet als damals der in Wandlitz. Für damalige Verhältnisse und unter den damaligen obwaltenden politischen Umständen hatte es etwas Empörendes und es hat auch wirklich Empörung ausgelöst. Wenige Dinge haben der SED-Führung so geschadet wie dieser Film über Wandlitz, zumal anschließend noch Kurt Hager auftrat und einige schwachsinnige Bemerkungen machte. Aber das nur am Rande, ich wollte über den Gemüsestand reden.

Die Ananas und die frischen Tomaten muß man relativ sehen. Das ist natürlich das Wesentliche und das trifft auch ganz analog auf andere Bevorzugungen, wie z. B. Telefone, zu. Das war ein Trauerspiel mit den Telefonen. Jeder, der in der DDR gelebt hat, weiß das. Aber einige Leute bekamen eben ihr Telefon nach nur Wartezeiten von 14 Tagen. Andere haben 14 Jahre gewartet und bekamen trotzdem kein Telefon. Da war einfach entscheidend, in welchem Betrieb man war. Und da sind nun wieder alle Privilegien unterlaufen worden. Daß solche Leute wie Poppe Telefon bekamen, daran hatte natürlich die Stasi Interesse, weil sie da die Abhörgeräte reingebaut haben. Das war uns bekannt. Aber ich will noch etwas politisch ganz wichtiges sagen. Entscheidend war,

daß neben dieser politischen Privilegienthierarchie eine zweite unsichtbare Hierarchie existierte, die sich aus den Verhältnissen der Schattenwirtschaft ergeben hat. Und natürlich hat auch mancher DDR-Handwerker nur darüber geginst, wie die in Wandlitz gewohnt haben. Dies ist auch ein Aspekt der DDR-Realität, der noch nicht thematisiert wurde. Es gab diese graue Wirtschaft. Sie führte auch zu Privilegien. Wir haben über Tausch gesprochen. Es gab auch, wenn man die richtigen Leute bei der Post kannte und irgendwas zu liefern hatte -Fliesen, oder weiß der Himmel was, der Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt – sehr schnell ein Telefon. Auch das hat funktioniert. Es gab auch bei der Wohnungsvergabe diese Form der Privilegienwirtschaft in ganz massiver Art und Weise. Die Wohnungen wurden zu einem erheblichen Teil über die Betriebe vergeben. Da stand in der Hierarchie wieder der Parteiapparat an der Spitze. Dann kam schon bald die Staatssicherheit. Die haben massenhaft ihre Leute in diesen Neubaugebieten untergebracht, in denen sie zum großen Teil bis heute wohnen und die Anhängerschaft der PDS bilden. Das zur ersten Frage. Es wäre sicherlich noch manches zu sagen. Zum anderen Fragenkomplex will ich noch ganz kurz eine These in den Raum werfen. Es ist, glaube ich, nicht so gewesen, daß in der DDR-Bevölkerung eine Blindheit existiert hätte für die Mängel und Schattenseiten des marktwirtschaftlichen Systems. Jeder, der es hören wollte, konnte sich ausführlich in den Westmedien gerade über die Mängel und Schattenseiten des Systems informieren. Ich glaube auch nicht, daß das Bild der durchschnittlichen DDR-Bürger über den Westen wirklich positiver als die Realität war. Ich würde, ohne es empirisch belegen zu können, aus meiner persönlichen Erfahrung glatt das Gegenteil behaupten. Die westlichen Medien, so wie ich sie über Jahre verfolgt habe, waren gegenüber ihrer eigenen Realität sehr kritisch und haben die Schattenseiten dieser Gesellschaft sehr deutlich gezeigt. Sie waren deswegen natürlich auch glaubwürdig. Insgesamt stimmt das wohl nicht mit dieser einseitigen Glorifizierung des Westens und auch in den Diskussionen, die ja permanent geführt wurden – Ausreise ja, Ausreise nein – spielten diese praktischen Dinge, was einen denn dort erwarten würde, im Westen, durchaus immer eine Rolle. Eins will ich noch sagen, kapitalismuskritische auch gegenüber der Konsumgesellschaft und der Überflußgesellschaft kritische Stimmen und Meinungen hat es natürlich auch außerhalb der SED gegeben. Solche Meinungen waren für die Oppositionsgruppen und Kirchengruppen und für die aufgeweckteren Geister im intellektuellen Milieu sogar ausgesprochen typisch. Das sollte man jetzt nicht vergessen oder beiseite schieben wollen. Und ich finde es ja bis heute nicht verkehrt. Das nur als Randbemerkung. Danke.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Man sollte vielleicht noch kritisch anfügen, daß Kapitalismus natürlich nun nicht gleich staatstragend heißt.

Dr. Stefan Wolle: Das meine ich ja.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Genau, aber so wird es oft übersetzt und verkürzt wiedergegeben. Ich wollte das nur noch ergänzen. Herr Baum, bitte.

Karl-Heinz Baum: Ich erinnere mich zu dem Stichwort „Privilegien“, daß mir das einer mal genau erläutert hat, daß also zuerst die Staatsspitze bei der Belieferung berücksichtigt wurde, dann kam der Export, und zwar zunächst in das „NSW“, das „Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“, also das westliche Ausland, dann das sozialistische und dann kam erst der Bevölkerungsbedarf für die DDR. Nach dieser Regel mußten die Betriebe funktionieren. Ob das immer so war, weiß ich nicht. Aber das ist wahrscheinlich heute alles längst viel besser erforscht. Daß dies immer so genau abgestuft war, würde ich zumindest bezweifeln. Ich habe das so nicht erlebt. Stefan Wolle hat auch schon darauf hingewiesen. Ich habe letztlich nicht begriffen, nach welchem System beispielsweise die Telefone vergeben wurden. Es gab solche Leute wie Poppe, da konnte man sich das denken, wieso die ein Telefon bekamen, und es gab auch Leute, die bis heute nicht wissen, warum sie kein Telefon bekamen. Vielleicht wissen sie es heute aus ihrer Stasiakte, aber ich habe nur gemerkt, das es immer mehr waren, die nachher Telefon bekamen. Es ist völlig richtig, daß die Sachen in den Intershops, in denen die DDR-Bürger einkaufen durften, teurer waren als in denen, wo nur die Wessis reindurften, oder auch teuer waren als bei Aldi, obwohl es genau die gleichen Sachen waren. Das war immer so, ich weiß nicht, warum die SED das so gemacht hat, aber sie wollte ja das Geld irgendwie abschöpfen. Es war ja so, daß die Rentner, die in den Westen fahren durften, wirklich zum Teil die reichsten Leute waren und die gesamte Verwandtschaft unterstützt haben. Das kann man sich in einem normalen Staat gar nicht vorstellen. Viele brachten ja auch wirklich Geld von den Verwandten mit. Ich kenne also Leute, da war der reiche Westonkel längst gestorben, und die bekamen trotzdem jeden Monat noch ihr Westgeld in die DDR übergebracht, von einem, der reisen durfte. Das hatte der im Testament so verfügt. Das hat es also alles gegeben. Dieser DDR-Bürger hat dann vielleicht ein bißchen in der Schule darunter gelitten, weil er immer Westsachen aus dem Intershop hatte.

Zu den „Versina“-Läden: Das sind Läden gewesen, die es in Bonn genauso gibt, wo alle Diplomaten, alle Journalisten einkaufen können. Die DDR hatte nur die Westdeutschen da auch einkaufen lassen. Die Bundesrepublik hat, glaube ich, die DDR-Diplomaten und Journalisten in Bonn aber nicht einkaufen lassen. Ich hab das allerdings genutzt, um sehr viel, was ich sonst nicht hätte machen können auf eigene Kosten, zu kaufen, um Freunde in der DDR mit Konsumartikeln, die sonst mir zu teuer gewesen wären, zu versorgen. Da ich sonst immer alles eins zu eins getauscht habe, kam mir das also immer gerade recht. Alle glaubten, das würde Frankfurt bezahlen, aber das war zufällig immer aus eigener Tasche bezahlt. Das kam mir sehr recht, daß ich so gut einkaufen konnte, und ich hatte eine Menge eingekauft. Ich habe bestimmt zwei Drittel dessen, was ich da eingekauft habe, unter Freunden verteilt. Wie die es dann genutzt haben, weiß ich nicht. Die haben natürlich das dann wieder dem Handwerker gegeben, der kam dann schneller. Wie dieses Privilegiensystem funktioniert hat, da bin ich in meiner Zeit als Journalist in der DDR nie richtig dahinter gestiegen. Das gestehe ich hier, und da wäre ich Euch wirklich dank-

bar, wenn Ihr als Historiker das mal genau herausfinden würdet. Es passierte, daß jemand, dem sie die Westreisen untersagt hatten, dann einen VW-Golf bekommen hat, und der wußte selber nicht, warum. Der war vorher Reisekader gewesen, dann durfte er das nicht mehr sein. Aber den Golf hat er bekommen. War das eine Kompensation? Ich weiß es nicht. Ich wollte auch noch was zu der Fernseh-Verkabelung in der DDR sagen. Für mich war das schon ein Beweis, daß die SED da auf Proteste der Bevölkerung reagiert hatte. Die wollten nämlich gar nicht das DDR-Fernsehen über Kabel haben. Sie haben das DDR-Fernsehen nur unter der Bedingung mitgenommen, daß sie auch das Westfernsehen im Kabel haben. So habe ich das in Erinnerung. Ich könnte Ihnen da einige Beispiele nennen, wo die Leute in Tälern in Thüringen oder in Sachsen selber auf einem Berg eine Antenne gebaut haben, um dann im Tal im Kabel besseren Empfang zu haben. Da war immer die Bedingung, daß auch das Westfernsehen ins Kabel kommt, sonst hätten sie nicht eine Hand gerührt. Daß die SED dies also freiwillig gemacht hat, das habe ich völlig anders in Erinnerung. Es war ein Versuch, Bernd Faulenbach hat das heute morgen gesagt, der Neutralität.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Schönen Dank. Herr Fritze bitte.

Dr. Lothar Fritze: Zunächst zur Frage von Herrn Gutzeit, ob außer dem Ziel eines verbesserten Sozialismus noch andere Modelle 1989 im Schwange waren. Herr Gutzeit erwähnte die parlamentarische Demokratie. Mein Eindruck war, daß viele die Idee eines demokratischen Sozialismus nicht als Widerspruch gesehen haben. Man glaubte, den Sozialismus mit parlamentarischer Demokratie kombinieren zu können. Die Frage, ob das funktionieren kann, ist ein anderes Problem; hier geht es darum, daß diese Idee im Schwange war.

Auf Herrn Poppe würde ich ähnlich antworten. Zunächst ist Herr Wolle auf Ihre Frage eigentlich schon – implizit – eingegangen. Er hat, meines Erachtens zu Recht, darauf hingewiesen, daß die Schwächen der Marktwirtschaft durchaus bekannt waren. Ich würde allerdings sagen, sie waren in der breiten Masse der Bevölkerung gewissermaßen in abstracto bekannt; man hatte sie ja nicht selbst erlebt. Insofern ist die Wirkung nicht die gewesen, daß man die Marktwirtschaft als solche abgelehnt hätte oder den Systemwechsel nicht hätte herbeiführen wollen – 1989. Auf die Intellektuellen hat es meiner Meinung nach anders gewirkt. Jedenfalls muß ich das aus meinem Erfahrungsbereich sagen: Dort gab es starke Aversionen gegenüber der Marktwirtschaft. Und auch hier würde ich sagen, die Idee eines verbesserten Sozialismus bedeutet nicht, daß man die Planwirtschaft in der Form, wie sie in der DDR existierte, fortsetzen wollte. Auch da sind ja andere Modelle von Planwirtschaft – oder auch von einer sozialistischen Marktwirtschaft – denkbar.

Zur Frage von Herrn Jacobsen, was in der DDR besser war oder was vom DDR-Bürger für besser gehalten wurde und was der Forderungskatalog war. Wenn man das auf einen Nenner bringen will, dann muß man wohl sagen: Für besser gehalten wurde und wird das Moment der sozialen Sicherheit. Ich bin schon im Vortrag darauf eingegangen, daß der Begriff der sozialen Sicherheit,

den der DDR-Bürger hat, sehr problematisch ist. Dieser Begriff erfaßt soziale Sicherheit in einem engen Sinne; er umfaßt nicht den Aspekt der Rechtssicherheit. Davon abgesehen ist wahrscheinlich der diesbezügliche Unterschied zwischen den Verhältnissen in der DDR und den Verhältnissen in der Bundesrepublik darin zu suchen, daß die soziale Sicherheit in der DDR eine Sicherheit anderer Qualität war. Der Qualitätsunterschied ist, daß man in der DDR in sozialer Hinsicht kaum wirklich scheitern konnte – vorausgesetzt, man bot ein Mindestmaß an politischer Konformität auf. Und wenn man das getan hat, konnte man persönlich kaum scheitern. Das ist eine andere Form von sozialer Sicherheit als wir sie jetzt haben, obwohl ich einräume, daß natürlich viele DDR-Bürger nach der Wende durchaus überrascht waren, wie engmaschig das soziale Sicherungsnetz in der Bundesrepublik ist. Aber trotz allem, die Möglichkeit, persönlich zu scheitern, ist hier viel gravierender. Insofern steht also das Recht auf Arbeit und der Schutz vor Arbeitslosigkeit an oberster Stelle im Forderungskatalog der DDR-Bürger. Der DDR-Bürger macht, wie ich meine, nach wie vor den Fehler, daß er sich nicht genügend die Frage vorlegt, inwieweit bestimmte Forderungen, etwa ein Recht auf Arbeit, in einer Wirtschaft des freien Unternehmertums überhaupt realisierbar sind.

Zur Frage von Herrn Mocek, warum 1989 eine bessere DDR gefordert wurde. Ich glaube, daß tatsächlich die Idee von einem besseren Sozialismus oder irgendeiner gerechteren Gesellschaft weit verbreitet war. Und zwar wurde diese Idee als – so möchte ich es sagen – abstrakte Hoffnung immer irgendwie hoch gehalten – und gleichzeitig hat die Hoffnungslosigkeit, daß dieses Ziel noch unter den alten Verhältnissen realisierbar ist, stetig zugenommen. Aber in diesem Widerspruch haben, vermute ich, viele gelebt: abstrakte Hoffnungen – wobei die Vorstellungen von der irgendwie besseren und gerechteren Gesellschaft diffus waren – und zunehmende konkrete Hoffnungslosigkeit. – Zu dem, was Sie über das Verkabeln gesagt haben: Daß man wirklich glaubte, die besseren Argumente gehabt zu haben – also das habe ich heute zum ersten Mal gehört. Aber Sie wissen das möglicherweise besser als ich, da Sie ja, wie Sie sagen, an diesen Schulungen teilgenommen haben. Ich kann nur sagen, wenn man das wirklich geglaubt hat, dann hat man sich offenbar geirrt.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Schönen Dank, Herr Fritze. Zunächst Herr Fricke, anschließend Herr Hilsberg.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ja, ich möchte noch einmal auf die Rolle der Westmedien und ihren Einfluß auf den Alltag der DDR eingehen. Ich glaube zunächst einmal, ein wesentlicher Moment war die absolute Unglaubwürdigkeit, die sich die Ostmedien in der DDR erworben hatten und die zu dem Ergebnis führte, daß ihnen selbst dort, wo sie die Wahrheit sagten, nicht mehr geglaubt wurde. Umgekehrt ist es so, daß das Westfernsehen legal schon seit 1973 empfangen werden durfte. Das hat Honecker einmal auf einer ZK-Tagung in beiläufigen Satz sanktioniert. Aber die Frage ist, welchen Einfluß das Westfernsehen und Westrundfunk tatsächlich gehabt haben. Es ist heute morgen mehrmals davon gesprochen worden, unter anderem auch von Karl-

Heinz Baum, daß hier im Raum Dresden das Westfernsehen nicht empfangen werden konnte oder jedenfalls nur unter sehr großen Schwierigkeiten. Von Herrn Dr. Fritze würde ich gerne wissen, wie das kompensiert worden ist. Konnte es überhaupt kompensiert werden? Wenn es nicht kompensiert werden konnte, hat das im Alltag der DDR zu veränderten Verhaltensweisen geführt im Vergleich zu anderen Bezirken, in denen der Einfluß der Westmedien stärker war? Generell möchte ich die Auffassung von Stefan Wolle teilen, daß die Westmedien, Fernsehen oder Rundfunk, kein positives Bild des Westens transportiert haben, im Gegenteil, es war ein kritisches Bild, aber gerade deshalb wirkten sie glaubwürdig. Aber das, was die Staatssicherheit ideologische Diversion der Westmedien genannt hat, das hat es nicht gegeben, hat es niemals gegeben. Der Westen als ein Land, wo Milch und Honig fließen soll – diese Formulierung stammt von Karl-Heinz Baum. Hat da nicht eventuell auch das Werbefernsehen eine Rolle gespielt? Ist das vielleicht im Alltag der DDR in einer Weise konsumiert, die in komischem Verhältnis zur Realität stand? Eine letzte Frage, die politische Rolle der Westmedien. Ich glaube, ganz wichtig war auch, daß die Westmedien, der Rundfunk vor allen Dingen, auch und gerade in der kritischen Phase der DDR, gegen Ende der 80er Jahre, der Opposition eine Basis für ihre geistige und politische Selbstverständigung geboten haben. Es waren gar nicht westliche Ideen, sondern es waren oppositionelle Ideen aus dem Osten, die in die DDR transportiert wurden. Wenn der Deutschlandfunk ein Interview mit Rainer Eppelmann in Berlin-Lichtenberg live, per Telefon frühmorgens im Frühprogramm hatte, dann hatte das natürlich eine sehr viel stärkere politische Wirkung, als wenn Fricke abends einen Kommentar gesprochen hat.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Nun Herr Hilsberg. Anschließend Herr Wilke.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Gerade weil das Westfernsehen ein kritisches Bild des Westens transportierte, war es positiv. Weil die Kritikfähigkeit als insgesamt sehr positiv angesehen wurde, gerade weil wir in Ostdeutschland, in der DDR, einen extremen Mangel an Kritikmöglichkeiten hatten, war das ein Positivum. Dadurch entstand in der DDR in der inneren Diskussion so etwas wie Pluralität. Also konnten sie Leute finden, die Löwenthal beispielsweise gut fanden, während andere ihn für extrem schwachsinnig hielten. Ich kann mich aber auch an Diskussionen erinnern, wo man beispielsweise die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit verharmloste. Die sagten, das sei doch nun wirklich kein schlimmer Mangel. Insofern ist das, was in Ostdeutschland stattgefunden hatte, nicht so unterschiedlich. Denn diese unterschiedlichen Meinungen konnte man eben auch in Westdeutschland finden. Oder wenn beispielsweise die Bielefelder Erklärung diskutiert wurde, das löste bei uns auch heftige Diskussionen aus. Diese These, daß die Ostdeutschen ein geschöntes Bild von Westdeutschland gehabt hätten, kann man nur zum Teil akzeptieren. Ich hätte noch zwei kleine kritische Anmerkungen zu Herrn Fritze. Sie haben gesagt, die DDR war offen für Westeinwirkungen. Dieser Satz stimmt natürlich, aber das war sie wider Willen. Insofern habe ich Sie richtig verstanden. Und auch noch

ein anderer Punkt, was die Perspektivvorstellungen der oppositionellen Gruppen anbelangt. Erstens waren sie für meine Begriffe bis zur Wendezeit, und auch anfänglich in der Wendezeit, bis zum Dezember, Januar die einzigen, die Reformvorstellungen formulierten. Das war alles nicht unterhalb der Forderung: Durchsetzung von Grund- und Menschenrechten, Bürgerrechten und freien Wahlen. Diese ganzen Forderungen lassen sich nicht realisieren, wenn man gleichzeitig an Prinzipien der Kommandowirtschaft oder Planwirtschaft festhält. Wenn sie das Programm der SDP von damals nehmen, ergab sich ein Bild, mit dem sich jeder Sozialdemokrat auch im Westen hätte identifizieren können, und der demokratische Sozialismus das Selbstverständnis der westlichen Sozialdemokraten. Die haben damit allerdings nie irgendwelche Diktaturerscheinungen verbunden. Insofern ist es ein absolut legitimer Ansatz gewesen, in Ostdeutschland den demokratischen Sozialismus anzustreben.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Herr Hilsberg. Jetzt Herr Wilke. Als vorletzter dann Herr Weber.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ein Mangel unserer Diskussion besteht in ihrer zeitlichen Dimensionierung. Wir haben hier im Grunde gesprochen über die 70er und 80er Jahre, wobei zugleich deutlich geworden ist, daß diese beiden Teilgesellschaften in Deutschland immer aufeinander bezogen geblieben sind. Deswegen will ich zunächst einmal daran erinnern, daß die Gründung des Weststaates durch Schuhmacher und Adenauer damals mit der sogenannten Magnettheorie begründet worden ist. Von Schuhmacher wurde schon 1947 die These formuliert, daß die sozialen Verhältnissen in den Westzonen so gestalten werden müssen, daß sie wie ein Magnet auf die abgespaltenen Teile Deutschlands wirken. Gemeint war damals das Saarland und die sowjetische Besatzungszone. Diese Konzeption ist im Prinzip aufgegangen. Vor allem die schönen Geschichtchen von Karl-Heinz Baum belegen, daß diese magnetische Kraft des Weststaates für die Einheit der Nation funktioniert hat. In diesem Zusammenhang habe ich aber noch zwei, drei Fragen an Stefan Wolle und an Herrn Dr. Fritze. Der erste Punkt an Stefan Wolle. Der Kaffeeimport per Päckchen aus dem Westen war also sozusagen bei der Volkswirtschaftsplanung schon berücksichtigt. Gibt es aber nicht noch andere Techniken aus dem Westen, ohne die die SED ihre Diktatur nicht hätte aufrecht erhalten können? Zum Beispiel zog ein Kasseler Betrieb 1961 sozusagen den Volkszorn auf sich, weil aus diesem Betrieb Stacheldraht für die Grenzsicherungsanlagen geliefert wurde. Aus Schweden kamen die Infrarotgeräte, um an den Grenzen die Fahrzeuge zu durchleuchten, um sogenannte Grenzdurchbrüche zu verhindern, und anderes mehr. Gibt es über diese Seite der Herrschaftssicherung durch westliche Technik noch mehr Erkenntnisse und könntest Du dazu etwas sagen? Zu Herrn Dr. Fritze. Die Feststellung, daß der Westen ein Vorbild ist, ist natürlich retrospektiv. Es liegt vollkommen auf der Hand. Aber in den Jahren der Teilung, als im Westen Leute den Mainstream bestimmten, vertraten diese die Ansicht, daß die deutsche Teilung, das letzte Wort der Geschichte in der deutschen Angelegenheit ist. Da hat es doch, gerade weil es genug Leute in der DDR gab, die im Westen die Hoffnung gesehen haben, doch auch verzweifelte Fragen

geben müssen: Warum findet sich der Westen damit ab? Warum regt sich in Westdeutschland keine breite außerparlamentarische Opposition gegen das, was in der Deutschen Demokratischen Republik abläuft? Gab es nicht auch Hoffungslosigkeit und sozusagen Verärgerung darüber, daß der Westen nicht mehr tat? Mein letzter Punkt: Ich denke, die Ostbilder sind von den Westbildern, wenn man das hier ernst nimmt, überhaupt nicht zu trennen. Ich möchte Professor Mocek beipflichten, ich erinnere nur an die Auswertung, die die SED-Chefetage vornahm von der berühmten schäbigen und schamlosen Reise von „Zeit“-Redakteuren 1986, als Löffler für Honecker ausdrücklich feststellte, daß die Berichterstattung der „Zeit“ das Meinungsklima über die DDR in Westeuropa verändert hat. Das heißt also, die Fragestellung, die Sie aufgeworfen haben, inwieweit Sie sich da geirrt haben müssen, ist eine andere Geschichte. Partiiell muß geprüft werden, wie weit die Zensoren und Medienplaner der SED Ende der 80er die Westmedien als Stabilisatoren ihrer Herrschaft miteinbezogen. Das ist eine Frage, die ist nicht einfach abzuweisen. Und ich würde auch gerne wissen, Herr Dr. Fritze, ob Sie da irgendwelche Erkenntnisse besitzen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, lieber Manfred. Nun als Vorletzter Herr Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Also mit letzterem wäre ich etwas vorsichtig, als Kronzeugen Herrn Löffler anzuführen. Die „Zeit“ ist Gott sei Dank auch immer so pluralistisch gewesen, daß ich nicht glaube, daß sie unbedingt in diesem Mainstream, wie Du das nennst, einfließt. Was Manfred Wilke ansonsten sagte, ist wichtig. Man kann nicht nur den Blick auf die Endphase richten, und man muß sehen, diese Idee der sozialen Demokratie, und ich betone „soziale“ Demokratie, das war doch das große Angebot, und das war das, was hier angenommen wird als Gegenstück zu dieser DDR. Und in diesem Zusammenhang ist klar, daß das, was Herr Wille gesagt hat, mit den Privilegien, wesentlich ist, weil Versprechungen, die sich als verlogen herausstellten, das Hauptübel überhaupt in der DDR waren. Das heißt, versprochen wurde eine privilegiertenfreie Gesellschaft, und dann gab es doch Privilegien. Das hat doch die Leute am meisten aufgeregt. Die Versprechungen auf der einen Seite, und das, was die Wirklichkeit war, auf der anderen Seite. Ich denke, Herr Baum, was Sie sagen, man konnte es nicht so genau feststellen. Auch das ist das System: die Willkür. Man konnte nie genau feststellen, weil natürlich in dieser Willkür so gearbeitet wurde, daß keiner sich darauf verlassen konnte, das läuft so oder läuft so. Zu Herrn Fritze. Was ich eigentlich sagen wollte, geht die Information an. Das ist völlig richtig. Das Meinungsmonopol war nicht durchzuhalten. Das war ganz wesentlich. Informationsfreiheit gerade auch durch Rundfunk und Fernsehen. Aber das ist ja eine deutsche Besonderheit, denn das Fernsehen im Westen hat deutsch gesprochen. Das heißt also, wenn wir noch einmal hier den Alltag ansehen, merken wir doch, wie vieles auf grundlegende Schwächen der DDR zurückführt. Die Übertragung dieses rückständigen Stalinismus nach 1945 war die eine Seite, und das ist in allen osteuropäischen Ländern passiert. Aber hier war die Teilung Deutschlands und damit immer wieder die Fixierung

dieses Teils Deutschlands auf den anderen und aus den erwähnten Gründen, das, was man hervorheben muß. Da ist natürlich die Tatsache, daß es eben ein deutsches Fernsehen war, das da zu sehen war, und daß die andere Seite deutsch war, das wesentliche Element. Man muß da in dem Zusammenhang nur darauf verweisen, daß, wenn man an 1945/46 denkt, der Anspruch der Menschen in der späteren DDR, und dann in der Bundesrepublik, aus dem gleichen Deutschland hervorgegangen ist. Herr Baum sagte nun sinngemäß, wenn Bayern von den Russen besetzt worden wäre, und wenn sich die Alliierten 1944 in London anders entschlossen hätten, dann hätte die DDR geographisch anders ausgesehen. Das wußte ja auch jeder, daher der Anspruch, hier kann man auch das Gleiche erreichen. Zu Manfred Wilke: das Ganze hat ja auch eine Kehrseite. In den 50er Jahren hat die Bundesrepublik ja genauso Angst vor der Anziehungskraft des Ostens gehabt. Das „Neue Deutschland“ durfte nicht gelesen werden. Das war natürlich schwachsinnig, rückblickend gesehen, denn wer las schon damals in dieser Zeit das „Neue Deutschland“ freiwillig. Das war eine falsche Angst gewesen. Das nur noch als Ergänzung.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Vielen Dank. Zum Schluß Herr Faulenbach in gewohnter Kürze.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zu Dr. Stefan Wolle. In dem Referat wurde vom Primat der Politik gesprochen, auch von ideologischen Zielen, die das System verfolgt hat. Müssen wir aber nicht bei dem Bereich, mit dem wir es hier zu tun haben, bezogen auf die 80er Jahre davon sprechen, daß es praktisch nur noch ein Reagieren der Politik gegeben hat? Wir sehen ein System von Aushilfen. Wenn die Partei tätig wurde, lagen doch meist irgendwelche Probleme vor, die man irgendwie zu bewältigen suchte. Die ideologischen Ziele waren zum Teil aufgezehrt, es ging nur noch um Herrschaftsverteidigung, um das Umgeben mit aktuellen Problemen innerhalb eines bestimmten Handlungsrahmens.

Eine Frage an Karl-Heinz Baum. Sie haben angeregt, wir sollten über wechselseitige Wahrnehmungen sprechen. Ich möchte fragen: Wie sehen Sie die Entwicklung über 1989 hinaus, was die Klischees des Westen vom Osten und des Ostens vom Westen angeht? Gibt es eine Kontinuität der Vorurteile über die Zäsur von 89/90 hinweg? Oder sind neue Vorurteile entstanden? Eine letzte Frage an Herrn Baum: Teilen Sie als Korrespondent die Vorstellung, daß die Westmedien von der DDR-Führung instrumentalisiert worden sind, wie das eben bei Herrn Wilke anlangt?

Schließlich zu Herrn Dr. Lothar Fritze: Ich habe Sie so verstanden, daß es ein selektives, teilweise doch etwas unrealistisches Bild des Westens in der DDR gegeben hat, wobei die Selektion durch die Probleme und Erfahrungen in der DDR bestimmt war. Nun haben Sie über „Irritationen im Vereinigungsprozeß“ publiziert, über Nostalgie usw. Wie hoch würden Sie die Komponente einer Desillusionierung über den Westen im Hinblick auf die „Irritationen“ im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß gewichten, oder sind andere Fragen für Sie, etwa die Frage sozialer Anerkennung, reale unmittelbar erlebte Probleme

bedeutsamer? Spielt ein falsches Bild des Westens im Hinblick auf gegenwärtige „Irritationen“ für Sie eine erhebliche Rolle?

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Herr Fritze jetzt bitte.

Dr. Lothar Fritze: Zunächst zur Frage von Herrn Fricke. Ja, es stimmt, das Westfernsehen war im Raum Dresden nicht zu empfangen. Wie der Umstand gewirkt hat, daß es nicht empfangen werden konnte, weiß ich nicht. Ich selbst habe in Chemnitz (damals Karl-Marx-Stadt) gelebt und hatte das Glück, von Kindesbeinen an Westfernsehen zu sehen. Ich müßte hier spekulieren. Mich würde es allerdings nicht wundern, wenn, falls man der Sache mal genauer nachginge, herauskäme, daß man im Bereich Dresden eher unkritisch gegenüber der Bundesrepublik eingestellt war.

Zu Herrn Hilsberg: Perspektivvorstellungen der Oppositionsgruppen. Ich glaube nicht, das wir hier große Differenzen haben. Sich pauschal darüber zu äußern, was die Oppositionsgruppen in der Wendezeit wollten, ist schwierig. Die Vorstellungen waren vielgestaltig und für meine Begriffe auch unklar. Ich würde Ihnen allerdings zustimmen, ich glaube die SDP hatte als erste in ihrem Programm die Forderung nach sozialer Marktwirtschaft.

Zu Herrn Wilke, zur Frage, ob die Tatsache, daß man im Westen aus heutiger Sicht zu wenig tat, um die deutsche Teilung zu überwinden, Verzweiflung in der DDR ausgelöst hat. Ich glaube, das wäre zu hoch gegriffen. Mein Eindruck war eher, daß sich die allermeisten in der DDR mit dem Status quo abgefunden hatten, und zwar angesichts der realen Machtverhältnisse. Solange die russischen Panzer existierten, konnte man an die deutsche Einheit oder an mehr als nur eine verbesserte DDR gar nicht denken. Vielleicht sollte man noch sagen, daß die Ostpolitik von Brandt letzten Endes begrüßt worden ist, und zwar als eine Politik, die eben gerade diesem Status quo Rechnung trägt.

Zu Herrn Weber. Das Westfernsehen, das war eine deutsche Besonderheit, eben bedingt durch die gemeinsame deutsche Sprache. Allerdings hatte ich ja die Existenz verschiedener Informationskanäle erwähnt. Für andere Ostblockländer kamen andere Informationskanäle stärker zur Geltung. Die Polen, ich glaube auch die Tschechen und selbst die Rumänen konnten zum Beispiel unter bestimmten Voraussetzungen ins westliche Ausland reisen. Summa summarum dürften die Leute also auch dort weitestgehend zutreffend informiert gewesen sein, so daß die Verhältnisse in diesen Ländern ähnlich zu analysieren sind wie die Verhältnisse in der DDR.

Zu Herrn Faulenbach. Ich glaube schon, daß es ein selektives Bild des Westens gab. Viel hängt an dem Ausdruck „Bild“. Es stimmt durchaus, was Wolle anfangs gesagt hatte, daß man die Probleme des Westens schon kannte, aber die Frage ist, wie bewertet man das. Man kannte ja diese Probleme, die im anderen Teil Deutschlands existierten, nicht aus eigener Anschauung. Man wußte zwar, daß es Arbeitslosigkeit gibt, aber wenn die Oma von ihrer Besuchsreise aus dem Westen zurückkehrte, hatte die natürlich nie einen Arbeitslosen gesehen.

Insofern verdrängte man das, und das Bild, das man von den Konsumgewohnheiten zum Beispiel, vom Konsumstandard hatte, das hat viel mehr gewirkt als das Wissen, daß es auch diese Probleme gibt. Insofern spielt die Desillusionierung im deutschen Wiedervereinigungsprozeß durchaus eine Rolle, wenn auch nicht eine ganz wichtige. Eine negative Rolle hat in diesem Zusammenhang auch die unzulässige Prophetie gespielt, die manche Politiker betrieben haben.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Herr Fritze. Als Vorletzter Herr Baum.

Karl-Heinz Baum: Ich will schnell zu Herrn Wilke etwas sagen, zum Stichwort „Verzweiflung“, weil das gerade Herr Fritze angesprochen hatte. Es war wichtig, daß die deutsche Einheit aus dem Osten gekommen ist. Wir hätten noch so viele Klimmzüge machen können. Letztlich mußten die Menschen im Osten es tun, und nicht wir. Wir konnten immer nur unterstützen. Die Unterstützung bezog sich darauf, daß wir dafür sorgen konnten, in den Verhandlungen und natürlich auch propagandistisch mehr Freiheit zu erreichen. Ein Beispiel. Das, was ganz wesentlich nachher zur Delegitimierung der SED beigetragen hat, nämlich die Forderung nach öffentlicher Auszählung der Kommunalwahlen in der DDR, hatte ich 1981 schon mal mit Kollegen versucht. Es ist nicht zustande gekommen. Selbst wenn wir es so gemacht hätten, wie 1989, natürlich nur mit 30 Wahllokalen, die aber von Westjournalisten kontrolliert worden wären, hätte es im Osten auch nicht das ausgelöst, was nachher hier durch die Offenlegung der Wahlfälschung ausgelöst worden ist. Obwohl das natürlich schon 1981 ganz offensichtlich war, aber die große Mehrheit der Kollegen hat zu mir gesagt, wir wissen doch sowieso, daß sie die Stimmen immer fälschen. Wir, die wir uns mit der NS-Zeit auseinandergesetzt hatten, wußten, daß die Wahlergebnisse von 99 Prozent nie stimmen können. Selbst in Ländern, wo Wahlpflicht herrschte, gab es eine Wahlbeteiligung von nur 92 Prozent. Zu dem Stichwort „Ostpolitik“ will ich noch ein Wort sagen. Die ist vor allem deshalb akzeptiert worden, weil es zum ersten Mal überhaupt, familienbedingt leider nur, Ost- Westreisen gab. Das war ein ganz wesentlicher Punkt bei der Akzeptanz der Ostpolitik von Willy Brandt in der DDR-Bevölkerung, gerade deswegen, weil zum ersten Mal wenige Menschen in den Westen reisen durften, die dann zuhause aus eigener Anschauung berichteten. Das halte ich für eine ganz wesentliche Geschichte, die nicht übersehen werden sollte. Herr Fricke, ich schließe mich dem wesentlichen, was Sie gesagt hatten, im Hinblick auf das westdeutsche Werbefernsehen an. Ich habe es nie gesehen und hatte große Probleme damit. Das war die Zeit, in der ich immer „Aktuelle Kamera“ gesehen habe. Abends, wenn ich zu Freunden kam, sollte ich denen dann Sachen aus der Werbung erklären, aber ich kannte das alles nicht. Meine Freunde kannten das aber alles aus dem Eff-Eff. Das hat eine ganz große Rolle gespielt.

Zu dem Stichwort „Raum Dresden“. Das wissen Sie ja am besten, daß der Deutschlandfunk eine riesige Informationsquelle war. Ich erinnere mich genau, daß ich gerade aus dem Raum Dresden immer wieder Grüße an das Team des

Deutschlandfunks ausrichten sollte, das morgens aus Ostberliner Zeitungen berichtete. Ich mußte denen immer mit Mühe erklären, daß das ein einziger Mann machte. Das hat kein Mensch geglaubt. Ich weiß es ja, weil ich einen gut kannte, der morgens zur Unterstützung hingefahren ist. Der saß da wirklich alleine, bekam morgens um 6.00 Uhr die DDR-Zeitungen, und war um 7.30 Uhr auf Sendung. Da sind natürlich auch Fehler passiert. Gerade der Deutschlandfunk hat in Dresden eine unwahrscheinliche Rolle gespielt. Ich erinnere mich, daß ein Moderator einmal zu Herrn Kleinschmidt über den laufenden Sender gesagt hat, wenn bei den Filmfestspielen ein großer Andrang ist, haben Sie doch noch eine Karte zu verschenken. Da haben anschließend alle Leute gewußt, der Mann ist vom Deutschlandfunk. Das war eine Mittagsreportage.

Übrigens gerade im Raum Dresden hat am Ende das 3-SAT Programm mit dem österreichischen Fernsehen um 21.30 Uhr eine große Rolle gespielt. Ich habe mehrere Anleitungen für Bausätze von Satellitenantennen in den Raum Dresden geschafft, die ich auf der Funkausstellung besorgt hatte, die die Leute sich selber zusammengebaut hatten. Es hat eine große Rolle gespielt, daß das Satellitenfernsehen nachher in Dresden sehr verbreitet war, viel häufiger als woanders. Weil sie sonst kein Westfernsehen bekamen, galten die Dresdner ja immer als etwas „zurückgeblieben“, was gar nicht gerechtfertigt war. Aber es wurde ja immer behauptet, daß der hohe Ausreiseanteil aus Dresden und auch ganz aus dem Nordosten der DDR, aus Greifswald, wo ja auch kein Westfernsehen zu sehen war, damit zusammenhing, daß man dort kein Westfernsehen bekam. Ob das wirklich so war, mußten andere entscheiden. Ich wollte noch etwas zu Herrn Faulenbach sagen. Ich war ganz überrascht, daß ich ganz bestimmte Sachen, die zur Zeit eine Rolle spielen bei der Vorbereitung auf dieses Thema, früher mal in Artikeln geschrieben habe. Über diese Arroganz der „Wessis“ habe ich etwa 1980 geschrieben, als Erfahrung aus meinen Gesprächen mit DDR-Bürgern, wie sie heute wörtlich wiederkehren. Ich schrieb auch, daß alles, was aus dem Osten kam, überhaupt nicht anerkannt wurde, und daß auch die Lebensleistung der Menschen, die dahinter steckt, nicht akzeptiert wurde. Die hatten nämlich für einen Wartburg ein halbes Leben lang gearbeitet, und der „Wessi“ sagte dann abfällig: So ein Ostauto! Auf der anderen Seite, ein paar Worte zum Thema „Milch- und Honigland“: Stephan Hilsberg, ich erinnere mich auch, daß ich von einer ehemaligen DDR-Bürgerin, die inzwischen im Westen lebte und ein Kind bekommen hatte, den Auftrag bekam, aus dem Osten sofort eine Wickelunterlage zu besorgen, weil die besser sei als alle im Westen. Das hat mir im Osten keiner geglaubt. Ich hatte wirklich Mühe, die Leute zu überzeugen, diese Wickelunterlage zu besorgen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Karl-Heinz Baum. Zum Schluß, Stefan Wolle.

Dr. Stefan Wolle: Wickelunterlagen waren eigentlich nicht das Problem, sondern die Windeln an sich. Erst einmal gab es die Stoffwindeln überhaupt nicht, schon gar nicht die praktischen Pampers. Ich wollte noch etwas zu Dresden sagen. Tatsache ist, daß erstens im damaligen Bezirk Dresden die meisten An-

träge auf ständige Ausreise in die BRD gestellt wurden. Es gab dort auch, jedenfalls im Bereich Volksbildung, die meisten politischen Vorkommnisse. Seltsamerweise viele Vorkommnisse mit rechtsradikalem Hintergrund, also Hakenkreuzschmierereien und ähnliches. Darüber gab es auch Überlegungen im Volksbildungsministerium von Frau Honecker. Es gibt nun zwei Erklärungsmuster für dieses Phänomen. Das erste lautet, daß diejenigen, die nicht soviel Westfernsehen sehen konnten, mehr Illusionen über den Westen hatten. Das zweite ist, daß sie weniger Ablenkung hatten und deswegen auf dumme Gedanken gekommen sind. Ich vermag es nicht zu entscheiden. Die Berichterstattung der westlichen Medien über die DDR, dazu wollte ich noch etwas sagen, war im Großen und Ganzen sehr sachlich, sehr unpolemisch und manchmal ein bißchen naiv. Auch die Oppositionsgruppen lebten eigentlich nie in dem Gefühl, sie seien der verlängerte Arm des Westens. Dieser Vorwurf stand natürlich immer im Raum. Das seien Leute, die geheimdienstlich vom Westen gesteuert wurden, hat mir noch Jahre nach der Wende ein Stasimann gesagt. Dieser Vorwurf der schleichenden Konterrevolution usw. stand so sehr im Raum, daß man sich, glaube ich nach meiner Erinnerung, gar nicht so sehr ge-sehnt hat, in westlichen Medien noch mehr präsent zu sein. Ich habe aus bestimmten Gründen die wichtigen Bücher noch einmal gelesen, die ich alle nicht kannte, die vor 1989 über die DDR geschrieben wurden. Darunter sind ein paar ganz gute. Speziell das von Timothy Garton Ash „Und willst Du nicht meine Bruder sein ...“ ist ziemlich interessant. Weit unten auf der Skala steht diese „Zeit“-Reise mit dem Honeckerinterview. Das ist außerhalb der Toleranzgrenze. Allerdings wenn die Magnettheorie von Schuhmacher wirklich funktionieren sollte, dann mußte der Westen auch als Magnet wirken. Es mußte also Kontakte geben. Über diese Frage gibt es immer wieder eine Grundsatzdiskussion. Grundsätzlich bin ich schon der Meinung, daß der Magnet wirkte, weil die Beziehungen vielfältig waren. Sie konnten nur vielfältig sein, weil es Wirtschaftsbeziehungen gab, weil es die Reisen gab, weil es schließlich die politischen Beziehungen gab. Eine Grundsatzbemerkung noch zu der Frage von Kollegen Faulenbach. Es hat ja von Anfang an immer wieder Versuche gegeben, die großen wirtschaftlichen Mängel im Sozialismus zu beseitigen. Es begann 1921 mit der neuen ökonomischen Politik, von Lenin formuliert und durchgesetzt, der einfach im Lande den Hunger beseitigen wollte. Seitdem gab es immer wieder von neuem derartige Anläufe, in der Chruschtschow-Zeit, schließlich unter Gorbatschow. Das System zu reformieren, auch um materielle Bedürfnisse besser befriedigen zu können, war immer eines der Ziele. Ich glaube, daß wir heute festgestellt haben, daß es nicht böser Wille war, sondern Unfähigkeit. Diese Versuche hat es immer wieder gegeben und sie scheiterten tatsächlich immer an dem Punkt, an dem die Macht in Frage gestellt war.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Wir können jetzt nicht auf alle Fragen, die noch offen stehen, eingehen. Ich bedanke mich von hier oben noch einmal bei den Referenten ganz herzlich für den interessanten Nachmittag. Ich

verzichte jetzt selbst auf ein Resümee angesichts der fortgeschrittenen Zeit, und übergebe an den Vorsitzenden, Herrn Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Sascha. Ich wundere mich überhaupt nicht, daß wir immer noch so viele sind, fast am Ende eines langen Tages. Das alles ist auch ein Stück Deutschstunde und hat tatsächlich auch etwas mit unserem Leben zu tun. Mir ist noch einmal beim Erzählen und Zuhören deutlich geworden, wie ungeheuer wichtig das ist, was Sie hier tun. Von daher hoffe ich, daß das, was wir heute gesagt haben und was andere gesagt haben, daß das aufgeschrieben und festgehalten wird. Wir sollten auch aufpassen, daß dieser Teil unserer Empfehlungen umgesetzt werden kann. Wir machen jetzt eine nicht ganz 60 Minuten lange Pause. Ich bitte herzlich darum, daß wir pünktlich zu 19.00 Uhr wieder hier sind, um denen gegenüber höflich zu sein, die als Eisenhüttenstädter von außen noch dazukommen, so daß wir nicht mit der öffentlich angekündigten Veranstaltung unpünktlich beginnen müssen. Danke schön.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zunächst möchte ich alle diejenigen ganz herzlich unter uns begrüßen, die neu hier in diesem Raum sind, die vorher, im Verlaufe des Tages noch nicht anwesend waren, die unserer Einladung zu dieser öffentlichen Veranstaltung gefolgt sind. Öffentliche Veranstaltung deswegen, weil es uns wichtig gewesen ist, nicht nur sachverständigen Rat einzuholen, den Menschen ein Thema zu geben, zu dem sie mit uns reden, und zu dem wir sie hinterher befragen können, sondern wir meinten, daß auch Sie zu Wort kommen sollen, gerade zu der Frage: „Wie sah der Alltag der 16 Millionen ehemaligen DDR-Bürger aus“? Wir denken, das gehört einfach mit dazu, daß wir Menschen, die wir gar nicht kennen, einladen und sie anregen, hierher zu kommen und sich zu erinnern. Dieses Erinnern haben wir schon während des ganzen Tages betrieben, unter wissenschaftlichen Kriterien, aber auch unter biographischen Kriterien. Manchmal ging das heute sehr traurig zu, oder wütend, manchmal auch ganz lustig, oder zumindestens satirisch. An dieser Stelle ist uns allen noch einmal deutlich geworden, daß das Erinnern etwas mit unserer Gegenwart und unserer Zukunft zu tun hat. Wenn wir uns nicht erinnern, ist manches vom dem überhaupt nicht zu verstehen, was heute Gefühle, Situationen, Empfindungen ausmacht, und wir geraten in die Gefahr, wenn wir uns nicht erinnern wollen, aus den Erfahrungen, die wir bisher in unserem Leben gemacht haben, nicht genügend zu lernen. Ich weiß jetzt nicht genau, wer den Satz geprägt hat, ich finde ich ihn aber gut, und darum möchte ich ihn hier sagen: „Wer sich nicht erinnert, begibt sich in die Gefahr oder vergrößert die Gefahr, Fehler, die er mal gemacht hat, immer wieder zu machen.“ Das zumindest vereint uns auch bei den unterschiedlichen Biographien, die wir haben. Wir wollen nicht Fehler, von denen wir wissen, daß es Fehler sind, wieder machen. Ich bitte als ersten Herrn Herzberg. Bitte schön.

Wolfgang Herzberg: Ich bin Jahrgang 44, bin mit meinen Eltern 1947 aus England, aus der englischen Emigration, zurückgekehrt. Meine Eltern waren inzwischen in der Emigration Kommunisten geworden, geworben von der Auslands-KPD. Meine Mutter war Staatsanwältin, fast ihr ganzes Leben lang in der DDR, mein Vater Parteijournalist. Obwohl ich große Spannungen gegenüber meinen Eltern habe, liebe ich sie auch heute noch. Ich bin aber bewußt aus diesem Hintergrund kommend nie in die Partei eingetreten, um mich ein bißchen selbst zu behaupten. Auch um nicht zu sehr vereinnahmt zu werden, davor hatte ich große Angst. Ich habe nach dem Abitur Filmkopierfacharbeiter gelernt. Das war ein gewisses Muß, um studieren zu können, aber auch, um der Arbeiterklasse nahe zu sein, wie es damals begründet wurde im politischen Unterricht. Ich habe dann Kulturwissenschaften an der Humboldt-Universität studiert und bin in den 60er Jahren in die Kämpfe dieser Universität ziemlich verwickelt gewesen. Habe nach dem Berufsverbot Wolf Biermanns, 1965 durchs 11. Plenum, eine große Veranstaltung an der Universität gemacht mit seinen Liedern und Gedichten. Ich sollte dann auch von der Universität entfernt werden. Aber die FDJ-Gruppe und auch viele Dozenten, haben sich vor mich gestellt, und so konnte ich weiter studieren. Ein zentrales Thema an dieser Universität war der „Alltag der Arbeiterklasse“. Seit dieser Zeit hat mich dieses Thema auch sehr beschäftigt. Ich habe ein Jahr im Tiefbau gearbeitet, in Schwedt. Auch ein halbes Jahr in der Landwirtschaft, um mal zu sehen, ist denn das, was deine Eltern dir als Ideale vermittelt haben, stimmig oder nicht. Ich habe mich sehr früh, seit Anfang der 60er Jahre, mit der Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit in der DDR auseinandergesetzt. Bin dann nach dem Studium auch ganz bewußt ins Berliner Glühlampenwerk gegangen. Ich habe dort vier Jahre lang gewerkschaftliche Kulturarbeit gemacht, auch um zu sehen, nach so einem sehr theoretischen Studium, ob denn das alles stimmt, was wir gelernt hatten. Da entstand bei mir die Idee, es wäre sehr wichtig, Arbeiterbiographien zu sammeln, um die unmittelbaren biographischen Erfahrungen aufzuzeichnen und zu publizieren. Das war ein äußerst mühseliger Weg, auch eine Selbstfindung. Ich war dann drei Jahre lang an der Akademie, habe dort eine Aspirantur gemacht, habe sie aber nicht dort abgeschlossen, teils, weil das Material von über 25 Interviews sehr schwer zu verdichten war, teils aber auch aus politischen Gründen. Damals entstand die Solidarnosc-Bewegung. Ich habe mich damit solidarisiert. Das hat sicherlich auch dazu beigetragen, daß ich als akademieunwürdig seit 1981 freiberuflicher Autor wurde, „frei“ natürlich nur in Anführungsstrichen. Es war aber immerhin möglich, aus diesem Material, welches ich gesammelt hatte, mein erstes Buch zu machen: „So war es“, Lebensgeschichten zwischen 1900 und 1980, das 1984 in der DDR erschienen ist. Ich möchte ein paar Passagen daraus vorlesen, weil ich finde, daß diese Interviews sehr viel mit dem heutigen Thema zu tun haben, und ich nicht nur über meine eigenen Erfahrungen reden möchte, sondern eben auch Leute zu Wort kommen lassen will, die vielleicht auch zu wenig Gelegenheit hätten, in dieser Kommission zu Wort zu kommen. Ich habe auch Schwierigkeiten mit dem Thema „Alltag zwischen Selbstbehauptung und Anpassung“, ich würde an erster Stelle das Wort „Identifikation“ setzen, also

„Alltag zwischen Identifikation, Anpassung und Selbstbehauptung“. Außerdem stelle ich mir eine andere Unterüberschrift vor, nämlich die folgende: „zwischen Erfahrung und Bewältigungsstrategien, zwischen einer vom Ansatz her emanzipatorischen Sozialutopie auf der einen Seite, und der immer weiter scheidenden DDR-Wirklichkeit auf der anderen Seite.“ Ohne diesen sozialutopisch-emanzipatorischen Grundansatz, der in der Phase der Gründung der DDR besonders deutlich war, ist DDR-Alltag nicht zu fassen. Deshalb lese ich ein paar Passagen vor, die eben gerade mit dieser Identifikation zu tun haben.

Hier fängt mit über 40 Jahren eine Frau mit sieben Kindern an, im Berliner Glühlampenwerk zu arbeiten. Sie war mit einem Alkoholiker verheiratet und deshalb Hausfrau, natürlich auch mit den vielen Kindern, die waren inzwischen groß geworden. Wie gesagt, 1984 veröffentlicht, später auch im Westen erschienen.

„Der Abteilungsleiter war ein sehr netter Mensch, der sagte mir, ich zeige ihnen das, können sie mal nehmen, können sie zunehmen, können sie abnehmen. Ich sagte, das kann ich alles, gut ich probiere es, es wird schon klappen. Dann hat er mir die Abteilung gezeigt. Die Kollegen waren alles junge Menschen im Alter von meinen Kindern. Auch der Leiter war jung. Laboranten waren es alle, und ich kann ihnen nur sagen, es war eine Umwälzung. So ein Umbruch in meinem Leben, daß ich da angefangen habe. Es war, als wenn da oben im Gehirn plötzlich etwas aufleuchtete. Ich konnte denken, ich konnte selbst überzeugen. Mir wurden Arbeiten übertragen, überreicht, wo ich überhaupt noch nie eine Ahnung von hatte. Es war, als wenn für mich jetzt erst das Leben begann. Es war einfach herrlich und ich habe es geschafft. Ich habe ein Buch studiert, was sie mir gegeben haben, über die Leuchtstoffe und alles. Bis ich es auswendig konnte, bis ich dann gesagt habe, jetzt möchte ich positive Arbeit haben, und dann ging es los und es klappte. Die Arbeitskollegen brachten mir alles bei, daß das ich mit einem Mal begriff. Sie konnten mit allem zu mir kommen, einmal zeigen, und ich habe es rechnen können, und habe es auswerten können. Wenn man nun in so einem Werk, in einer Abteilung arbeitet, wo alles versucht wird, es immer besser zu machen, dann fällt einem auch etwas ein. Zu dem einen Kollegen sagte ich, helfen sie mir doch mal, ich krieg das nicht so hin. Ich habe ja nicht die Erfahrung. Auch nicht die Schule, um denen zu sagen: so und so stelle ich es mir vor. Da hat dann einer zu mir gesagt: wie stellen sie sich das denn vor? Und ich sagte, na gucken sie doch mal, die Mühle kostet mindestens, wenn sie abgenutzt ist, 1.500 Mark bis 1.800 Mark und noch mehr. Und ich sagte, wir müßten mal noch versuchen, wo jede Mühle draufliegt, was dazwischen zu machen ist. Also, sie machte so eine Art Verbesserungsvorschlag. Versammlungen waren auch immer dabei. Aber, ich muß ihnen sagen, eine Versammlung liegt mir nicht. Es ist oft so monoton, ich fasse das nicht. Mir würde es mehr geben, wenn es bloß drei Mann wären, so daß einer oder der andere diskutieren kann. Aber nicht so weit ab sitzen, und da vorne wird gesprochen und dann fange ich an, müde zu werden. Das ist so einschläfernd für mich. Den Aufbau des Sozialismus fand ich alles richtig. Sicher, wir waren ja Arbeiter. Doch wir haben manchmal auch schon wieder

Leute, denen es zu gut geht, und die viel zu viel Geld haben. Da sind diejenigen, die wohl arbeiten tun, aber nicht so ranbringen können. Es müßte alles im Rahmen bleiben. Charakterlich bin ich wohl so geblieben, bloß heute, kann ich nichts von mir geben. Früher hätten sie aus mir keinen Ton rausgekriegt, hätte ich mich nicht getraut, aber heute kann ich es sagen. Ich habe gelernt, selbstständig zu denken. Ich habe immer das Gefühl, du bist auch wer. Wenn ich weggehe, ich bin wer. Du bist nicht so ein unterdrücktes Wesen, nein, das bist du nicht.“

Ich habe jetzt leider viel zu wenig Redezeit, um andere Beispiele zu bringen, die natürlich etwas entgegengesetztes abbilden. Etwa ein Mitläufer, der nur in die Partei eingetreten ist, um in der Normabteilung arbeiten zu können. Auch ein Beispiel, wo jemand ein Stück Selbstbehauptung gelebt hat, indem er zum Beispiel im Rundfunk sagte: „Man muß lernen, frei zu sprechen und zu denken und laut zu denken.“ Wie gesagt, es gibt sehr viele Beispiele in den Biographien, die ich gesammelt habe, daß sich Menschen außerordentlich stark mit dem Alltag in der DDR identifiziert haben. Es gibt natürlich auch sehr viele Beispiele, daß sich Menschen an diesen Alltag angepaßt haben, und es gibt auch eine Menge Beispiele von Selbstbehauptung. Wer diese drei Formen gegeneinander ausspielen will, der meint, es wäre nur das eine oder das andere möglich gewesen, geht am Alltag der DDR vorbei.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Herzberg. Ich bitte jetzt Frau Kowalczyk.

Angela Kowalczyk: Mein Name ist Angela Kowalczyk. Ich bin 32 Jahre alt und habe nach der Wende angefangen, meine Geschichte aufzuarbeiten. Ich fange mit meiner eigenen Entwicklung erst einmal an. In der Schule bin ich früher ein Eckensteher gewesen, bin nur geärgert worden, bin von den Mitschülern nie für voll genommen worden. Von heute auf morgen hat sich das irgendwann geändert durch mein Interesse für die Punkszene, der ich beigetreten bin. Dadurch habe ich dann lernen müssen, mit Angriffen von außen fertig zu werden. Dazu muß ich sagen, daß ich vor dieser Zeit, seitdem ich 14 war, in einer Clique gewesen bin. Das waren ganz normale Jugendliche bei uns in der Nähe, da habe ich bereits gelernt, mich vor Polizeiwagen und so was alles zu verkriechen, weil irgendwelche Anwohner es für nötig gehalten hatten, Jugendliche als Kriminelle abzustempeln. Wir erlebten ständig Ausweiskontrollen, ständig wurden wir vom Platz verwiesen. Dann kam noch diese höhnische Sache dazu, die sagten zu uns, dann geht doch in einen FDJ-Jugendclub, aber den gab es zu dieser Zeit leider auch noch nicht. Später, als es den gab, haben sich von uns herzlich wenig Leute dafür interessiert, in den Club zu gehen, bis ich mich offen zum Punk bekannte. Ich bin das erste Mal auf einer Sylvesterparty mit Punk konfrontiert worden, habe die Musik gehört. Da tauchte einer auf, der sich eine Sicherheitsnadel durch die Wange stieß, und ich fand das wahnsinnig toll. Dadurch erwachte in mir so etwas wie eine Droge. Anfangs wußte ich überhaupt nicht, was es ist. Ich mußte die Leute kennenlernen, ich mußte einfach hin, wollte sie kennenlernen. Daran habe ich al-

les gesetzt. Diese Musik, wenn ich sie hörte, war für mich wie eine Droge, die mich aufgeputscht hat. Nie wäre ich in der Zeit darauf gekommen, daß ich mal als Staatsfeind angesehen werde, oder daß man mich als sonst was ansieht. Ich war doch kein anderer Mensch. Von heute auf morgen wurde ich auf einmal als was anderes angesehen. Das ist jetzt mein Forschungsthema. Ich betreibe Forschungen zum Thema Punk im Osten. Ich kann auch ein bißchen was zu den Punk-Entstehungszeiten sagen. 1978 bis 1980 gab es schon bereits vereinzelte Punkanhänger in Berlin. Diese Leute wurden aber eher von der Umwelt belächelt als bewußt angefeindet. Man konnte mit den Leuten noch nicht allzuviel anfangen. Man wußte nichts von ihnen. Als ich 1981 auf die Szene gekommen bin, gab es bereits eine kleinen Szene, man freute sich, wenn man auf der Straße Leute traf, die anders waren als die normalen Jugendlichen. Hatte einer eine Sicherheitsnadel am Revers, dann hat man den angesprochen. Man mußte den kennenlernen, der hat gewagt, mit einer Sicherheitsnadel rumzulaufen. Es liefen dann eben auch Verbrüderungen ab, es war einfach eine schöne Zeit. Der Zusammenhalt am Anfang in dieser Gruppierung war groß, wir waren ja ständig irgendwelchen Ausweiskontrollen ausgesetzt. Wir wurden verhaftet, nur weil wir anders aussahen, möglichst vom Alex vertrieben, bekamen Alexanderplatzverbote und ähnliche Dinge. Das schweißte uns am Anfang so zusammen, daß wir eine ganz tolle Gemeinschaft waren, um gegen die Sache bestehen zu können. Leider hat es nicht allzulange angehalten, was ich sehr bedauere. Das bröckelte immer mehr auseinander. Wobei die Staatssicherheit einen ganz großen Anteil hatte. Anfang 1982 wurde ich bereits verhaftet und verbrachte sieben Wochen in der Jugendhaft in Pankow. Darüber habe ich unter anderem ein Buch geschrieben. „Punk in Pankow“ heißt das. Wenn sich einer für diese Zeit interessiert, kann ich nur auf das Buch verweisen.

Nachdem ich aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, habe ich das erste Mal hautnah an mir selber die Zersetzungsmethoden der Staatssicherheit erlebt. Mein Vernehmer sagte bei meiner Entlassung zu mir: Jetzt werden sie ja draußen als Politische gefeiert, sind sehr toll angesehen bei ihren Kumpels. Ich hätte nie im Traum daran gedacht, was das bedeutet, aber ich sollte es bald merken. Ich bin im Gegensatz zu meiner Anwältin, die mir eigentlich abgeraten hat, zu fahren, zu meinen Leuten zurück, aber ich mußte dahin, ich mußte wissen, was mit den Leuten passiert war. Als ich hin kam, drehten mir alle den Rücken zu, es wurde bewußt in der Szene ausgestreut, daß ich mit der Stasi zusammengearbeitet hatte und die ganzen Leute angeschwärzt hätte. Bei meinen späteren Recherchen habe ich rausbekommen, die, die mich dessen beschuldigt haben, waren wirklich IM's der Stasi. Innerhalb der Szene fing man natürlich an, sich gegenseitig zu bezichtigen. Mal begründet, mal unbegründet. Es wurden bis zur Wende IM's geworben, die arbeiteten mitunter auch bis zur Wende. Es gibt welche, die auch nie enttarnt worden sind. Diese hatten die Aufgabe, die Szene zu zersetzen. Es gab den netten Ausspruch, den ich aber sehr daneben finde, man wollte die Punkfrage lösen. Das erinnert mich sehr an andere Zeiten. Da der Staat gegenüber andersdenkenden Jugendlichen völlig versagte, öffnete irgendwann die Kirche ihre Pforten für uns. Ich bin dafür sehr

dankbar. Dadurch konnte man auch wirklich größere Tragödien verhindern. Es passierten auf jeden Fall noch genug Sachen, aber dadurch ist einiges aufgefangen worden. Es gab dafür nicht nur Fürsprecher, es gab leider auch sehr viele Gegner, die gegen die Sache der Kirche waren. Unter anderem sagt ein Spruch des ehemaligen Bürgermeisters von Friedrichshain eigentlich alles: Nehmt sie doch nicht auf, wir treiben sie dann zusammen und verhaften sie. Das fand ich sehr bezeichnend. In diesem Sinne hat man uns auch angesehen wie wilde Tiere. Stark gerieten die Punks Anfang der 80er Jahre ins Blickfeld der Stasi. Mir liegt eine von Mielke unterzeichnete Dienstanweisung vor, in der er vorschreibt, gegen Besucher der Kirche, der Bluesmessen, vorzugehen, und darauf zu achten, daß Jugendliche von außerhalb nicht zu dieser Veranstaltung anreisen. Der IM-Apparat wurde innerhalb der Szene ständig weiter ausgebaut. Man wußte nicht mehr, wer Spitzel ist und wer nicht. Das ging über das breite Spektrum der Werbung bis hin zur arglistigen Täuschung. Man erzählte dem jugendlichen IM, daß er was Positives für seine Clique tun würde. Damit gewann man ihn unter anderem. Man übte Druck aus, Einschüchterung. Das benutzte man gerne bei Leuten, die mal inhaftiert waren. Es gab natürlich auch Leute, die aus finanziellen Gründen gerne mit ihnen zusammengearbeitet haben und die auch offen gesagt haben, daß es ihnen egal ist. Das führt natürlich zur Verunsicherung. Das MfS fertigte für seine Mitarbeiter eine Aufstellung an, in der alle „negativ-dekadenten“ Jugendlichen der verschiedenen Szenen aufgelistet wurden, damit jeder kleine Stasi-Spitzel sich genau so ein Schubladendenken anfertigen konnte. Da wurde dann genau aufgeführt, wie die jeweils Leute aussehen. Um die Szene irgendwann gänzlich kaputtzumachen, kam es Mitte der 80er Jahre dazu, daß man einen Großteil der Leute zur NVA einzuberufen versuchte. Einige haben verweigert, kamen deswegen in den Knast. Dann rollte eine Verhaftungswelle an. Man konstruierte Delikte, versuchte, zunächst politisch zu greifen, wenn das nicht klappte, versuchte man es auf krimineller Basis. Bei den meisten Verhandlungen wurde als zusätzliche Strafe ein „Berlin-Verbot“ verordnet. Als Antwort auf diese Maßnahmen sind die Zahl der Ausreiseanträge gestiegen, wobei den Leuten dann neue Schikanen bevorstanden. Nach 1984 hatte es den Anschein, daß das MfS gegenüber Andersdenkenden irgendwie auflockerte, aber das war nur nach außen hin. Innerlich wurde weiter gespitzelt, bis zum Ende hin. Für mich war die Wende eine Art Film. Ich dachte nicht, daß es wirklich eine Wende gibt. Ich hielt es für eine Inszenierung der Staatssicherheit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, liebe Frau Kowalczyk. Der nächste ist der Herr Reski, bitte schön.

Günter Reski: Meine Damen und Herren, liebe Eisenhüttenstädter! Ich lebe seit über 30 Jahren hier in Eisenhüttenstadt, und nach der Wende war ich der erste Betriebsratsvorsitzende der EKO-Stahl AG. Ich denke, die Stadt und das Werk haben sich gegenseitig dermaßen geprägt, und die Abhängigkeit ist dermaßen groß, daß die Entwicklung vom Werk und der Stadt sich dann immer weiter parallel vollzogen hat. Man kann sagen, in drei großen Etappen: Mit dem Beginn des Roheisenwerkes entstand der erste Stadtteilbereich, dann mit

dem Beginn und der Inbetriebnahme des Kalksandsteinwerkes Ende der 60er Jahre weitere Stadt- und Wohnkomplexe mit einer wesentlichen Erhöhung der Zahl der Menschen. Die dritte Etappe war dann die Inbetriebnahmephase des Warmwalzwerkes in den 80er Jahren. Eisenhüttenstadt war lukrativ, weil man hier guten Wohnraum geboten hat, ausreichenden Wohnraum. Die Bezahlung war sehr vorteilhaft gegenüber vielen Betrieben und Unternehmen der Republik. Insgesamt gab es gute Zukunftsaussichten hier. Als EKO-Beschäftigte hatten wir mehrfach und wiederholt Vorteile, Sonderkontingente in der Bekleidungs-zuteilung, in der Autozuteilung, ja selbst bei Schrebergärten oder auch bei den Bananen. Zu den Bananen: Wir haben 1992 mehrfach versucht, die Einheit Eisenhüttenstadt und EKO Eisenhüttenstadt herzustellen. Ich habe dann damals alle Betriebsrats- und Personalratsvorsitzende eingeladen, die dann sagten: Ihr habt damals bevorzugt die Bananen bekommen, nun seht mal auch zu, wie ihr EKO rettet. Das war keine Einzelmeinung. Insgesamt waren somit die Rahmenbedingungen im privaten und familiären Leben sehr gut, und das war auch eine gute Grundlage im Betrieb, um dort gute Arbeitsleistung entsprechend der Erwartungshaltung und den Produktionszielen zu erbringen. Gleichzeitig wurde in diesem Zusammenhang und in diesem Zeitraum die Wohnbezirksarbeit so zielgerichtet und organisiert betrieben, daß alles über die Wohnbezirksausschüsse, Wohnungsparteigruppen, Volkssolidarität, DFD usw. organisiert war. Damit wurde versucht, die Ziele der SED-Politik, das sozialpolitische Umfeld, zu regeln, zu ebnen, damit das Arbeitsleben wieder floriert und gestaltet werden kann. Alle Schichten der Bevölkerung waren darin einbezogen. Über die Organisationen und Verbände wurde dieses gestaltet und geregelt, so daß man insgesamt von einer aktiven Wohnbezirksarbeit sprechen konnte. Das Ziel war natürlich, alle Menschen, so viele wie möglich, dort in die Aktion einzubeziehen. Wohnbezirksfeste, Kinderfeste etc. waren die Umrahmung und sollten auch Freude bereiten. Damit waren insgesamt günstige soziale Verhältnisse gegeben.

Viele Menschen, ich habe das auch persönlich miterlebt, die aus vielen Teilen der Republik kamen, aus einer Altbauwohnung, oder aus einem Hinterhof, naß, dreckig, kalt, oder die unter Arbeitsbedingungen in alten vergammelten Betrieben arbeiteten, die haben dann hier das Umfeld kennengelernt, mit Fernheizungswohnung etc. Sie können sich vorstellen, was das für uns für eine Erregenschaft war, was das für eine Freude war. Daß damit auch die Freude zur Arbeit verbunden war, ergibt sich von selbst. Das Problem war, daß der gesamte metallurgische Prozeß im EKO im Vierschichtbetrieb durchgeführt wurde, und es gab viele Familien, wo beide Ehepartner im Vierschichtbetrieb, manchmal sogar im getrennten Schichtbetrieb, tätig waren. Somit mußten entsprechende Voraussetzungen für die Kinderbetreuung geschaffen werden, das waren die Wochenkrippen und die Kindertagesstätten. Manche haben ihre Kinder erst nach vier, fünf Tagen das erste Mal wieder gesehen. Im Betrieb selbst wurden die Menschen innerhalb der Produktions- und Arbeitskollektive geprägt. Sie waren eingeordnet und untergeordnet im sogenannten „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Da war das gesamte Arbeiten, Lernen und Leben in

seiner Vielfalt, manches vielleicht auch mit Freude, manches auch mit Eigeninitiative gestaltet, und diese Ziele hat sich das Kollektiv letztendlich auch selbst gesteckt. Da waren natürlich ein paar Prämissen vorgegeben, aber in der Gesamtheit wurde das jedem Kollektiv von der Zusammensetzung und Struktur her selbst überlassen. Es gab dann Kollektivveranstaltungen aller Art, Sportveranstaltungen, Theaterbesuche, auch das NAW, also das „Nationale Aufbauwerk“, verschiedene Freizeittätigkeiten. Gleichzeitig wurde aber auch versucht, über politische Schulungs- und Bildungsarbeit, über Schulen in der sozialistischen Arbeit, über das Parteilehrjahr, Buchlesungen, über ein Brigadetagebuch usw. dieses Leben zu gestalten. Oft ist es auch passiert, daß das familiäre Leben dabei in den Hintergrund getreten ist, da sich das ganze Leben auf kollektiver Ebene abgespielt hat. Die Mangelwirtschaft der DDR, die kam zuerst und sehr sichtbar in den Betrieben zum Vorschein. Es fehlte an Hilfsmitteln, Werkzeugen. Die ganze betriebliche Organisation war schwierig zu gestalten, und nicht selten kam es vor, daß ein ganzer Meisterbereich nur einen Schraubenschlüssel hatte, weil es eine Umstellung auf eine neue DIN-Größe gab. Daß darunter die Produktivität litt, die Lust und Liebe am Arbeiten, kann sich sicher jeder vorstellen. Ich glaube auch, das war der größte Nachteil gegenüber den Westdeutschen in der damaligen Zeit. Letzten Endes hat sich dadurch auch Arbeitsunlust eingeschlichen, weil es möglich war, über acht Stunden die Zeit rum zu bekommen, ohne Leistung zu vollbringen. Nicht selten wurde von dem vorgesetzten Leiter gesagt: da ist ein Problem, geht mal hin, schaut euch das an, und versucht das mal zu lösen. Wie, das war dann denen selbst überlassen. Mißmut, schlechte Arbeitsleistung kam dann dabei heraus. Im Gesamtrahmen hat die Besetzung vieler Leitungsebenen auch eine Rolle gespielt, wo die Parteizugehörigkeit die Grundlage war. Somit war natürlich in einem Unternehmen, auch bei EKO-Stahl, die Parteistruktur mit der Parteigruppe, mit der Abteilungsparteiorganisation und mit der Betriebsparteiorganisation gut durchorganisiert. Das gleiche zeigte sich auch auf der gewerkschaftlichen Ebene, so daß der politische Einfluß sehr stark war und in den Kollektiven das A und O bestimmt hat. Mit Beginn der 80er Jahre stellte sich die Mangelwirtschaft eigentlich immer stärker dar. Jeder wußte, daß bestimmte Produkte, daß bestimmte Dinge nicht erfüllt wurden, nicht gebracht wurden, und trotzdem standen in den Zeitungen Erfolgsmeldungen bei jeder Tagung des Zentralkomitees. Die Menschen fühlten sich teilweise nicht mehr verstanden, fühlten sich in ihrer Freiheit immer eingeschränkter. Es entstanden neue Bedürfnisse, zu reisen, ein Studium zu machen, den Lebensstandard zu erhöhen, mit Farbfernseher, Auto, schönen Möbeln oder Bekleidung. Das waren Bedürfnisse, die jeder hatte, die aber nur schwer zu befriedigen waren. Die Schlangen vor den Läden wurden täglich immer länger. Unzufriedenheit drückte sich aus auf der Arbeit und im täglichen Leben. Die Bevölkerung wollte so nicht weiterleben, Kritik an der Partei und Staatsführung wurde laut, bis zu den Vorgängen im Herbst 1989. Der friedliche Umbruch ist von unschätzbarem Wert für uns alle. Die Erwartungshaltung der Menschen war wahnsinnig groß, denn jeder wollte so schnell wie möglich alles haben, niemand hatte mehr Zeit. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Herr Schneider bitte.

Rolf Schneider: Als ich gefragt wurde, ob ich an dieser Veranstaltung teilnehmen würde und mir das Thema genannt wurde, hatte ich zunächst einige Probleme, weil ich nicht genau wußte, was Alltag in einem streng historiographischen Sinn eigentlich bedeutet. Es ist ein Begriff, der eher diffus ist, weil der Alltag des einen nicht dem Alltag des anderen gleich ist. Es ist ja nicht uncharakteristisch, daß hier vor allen Dingen Biographien oder biographisch angereicherte Berichte vorgetragen werden. Ich hätte es lieber gesehen, wir hätten uns ein bißchen mit der modernen französischen Sozialforschung identifiziert, die für diesen Kreis, den wir hier betrachten, das Wort „Privatleben“, la vie privée, benutzt. Das sind die Forschungen von Georges Duby und Jacques Le Goff, wo das gewöhnliche Leben der kleinen Leute, das Leben abseits der großen Schlagzeilen und der großen Namen bedacht, recherchiert und zusammengetragen wird. Wir stellen uns dem Alltag, und Sie wollen möglicherweise wissen, wie mein Alltag war. Es ist der Alltag eines Schriftstellers, der 1932 geboren wurde, der den großen Teil seines Lebens unter den Konditionen der DDR verbracht hat. Schriftsteller sind anachronistische Produzenten, sie sind ja Solisten. Sie sind Einzelgänger in einer Umgebung, die immer mehr vergesellschaftet. Das betrifft nicht nur die Länder, die sich einmal realsozialistisch nannten. Diese Tatsache, daß man als Einzelner an einem Schreibtisch oder an einer Schreibplatte sitzt oder steht, ein Blatt Papier vor sich, auf nichts reduziert als auf das eigene Gedächtnis, ist eine sonst in unserem modernen Industrieleben fast nicht wiederfindbare Angelegenheit. Das macht Literaten fast auch ein bißchen sonderbar, ein bißchen wunderlich, das hebt sie heraus aus dem Mainstream der normalen Sterblichen unserer Gegenwart.

Die DDR bildete sich viel darauf ein, ein Leseland zu sein und sehr viel für die Kultur zu tun. Wenn man die sehr reichhaltigen Netzwerke der gegenwärtigen Bundesrepublik betrachtet, die meiner Branche zugute kommen, so ist das, was die DDR für die Literatur und die Literaten getan hat, ausgesprochen armselig gewesen. Verglichen aber mit dem, was sie sonst an öffentlichen Zuwendungen für Berufe, welcher Art auch immer, gab, war das schon recht beträchtlich. Schriftsteller waren also nicht nur Solisten, sie waren auch ein bißchen privilegiert und sie wurden durch diese Privilegierung auch ein wenig verlockt, sich gefügig, sich gefällig zu zeigen.

Die DDR-Obrigkeit war auf eine beklagenswerte Weise ungebildet. Die DDR-Staatsmacht hatte unendliche Angst vor dem schönen Wort, vor dem gedruckten Wort, weil sie damit nichts anfangen konnte und nichts davon verstand. Es hat kein realsozialistisches Land gegeben, wo die Regierung und die Partei in diesem Maße ungebildet waren wie in Ostdeutschland. Das machte es für uns zugleich einfach und zugleich schwer. Wir hatten größere Mühe als in anderen Volksdemokratien, zumindest in den ersten Jahrzehnten, unsere Produkte durchzubringen. Auf der anderen Seite war die Unbildung dann doch groß genug, daß man gewisse zwischenzeitliche Untertexte an die Öffentlichkeit bringen konnte und zwar sozusagen mit dem Segen des Zensors. Es entwickelte

sich eine Korrespondenz zwischen Literaten und Publikum, Lesepublikum, die sich eigentlich außer dem offiziellen und dem schwarz auf weiß nachlesbaren Text auf diesen zwischen den Zeilen geschriebenen Untertexten verständigte. Das machte das Literatenleben in der alten DDR zu Zeiten recht spannend, auf jeden Fall immer abwechslungsreich für die Literaten und für das Publikum offensichtlich auch, sonst hätte es uns ja nicht in diesem Maße nachgefragt und bedient.

Das Thema des heutigen Abends, unseres Erzählabends lautet: Selbstbehauptung und Anpassung. Ich habe Ihnen erzählt, daß wir alle privilegiert waren durch Sonderzuwendungen, privilegiert waren durch unsere Situation, privilegiert auch durch die Möglichkeit, uns aus bestimmten organisatorischen Umklammerungen zu lösen, indem wir einfach sagten, jetzt ziehe ich mich zurück und schreibe ein Buch. Das wurde im allgemeinen respektiert. Dadurch wurde manchmal auch ein gewisser Filter der Wahrnehmung eingezogen, die wir auf die uns umgebende Wirklichkeit hatten. Die Vorwürfe, daß wir nicht ganz verbunden wären mit dem normalen Leben in der DDR, wurden nicht nur von Partei-offiziellen und Zensoren erhoben, sondern es war ein latent sich auch mittelender Vorwurf, wenn man in Lesungen ging, selbst in Gespräche im intimsten Kreis.

Auf die Frage, ob es in meiner Branche Akte einer demonstrativen Selbstbehauptung gegeben hat, fällt mir unweigerlich ein Ereignis ein, das ins Jahr 1976 fällt. Im November 1976 wurde Wolf Biermann ausgebürgert, als er ein Gastspiel bei der IG Metall in Westdeutschland wahrnahm und die Nachricht, daß die DDR ihn nicht wieder einreisen lassen würde, weil er sich feindlich gegen sie benommen habe bei seinem Auftritt in Köln, erreichte dann über verschiedene Medien am Abend des 16. November uns alle. Und es kam dann zu etwas, was es in der DDR vorher in dieser Form noch nie gegeben hatte. Zunächst versammelten 12 Autoren sich fast spontan, um einen öffentlichen Protest vorzunehmen. Dieser Protest war im Wortlaut sehr höflich, aber der Weg, den der Protest nahm, war ungewöhnlich. Er wurde nicht oder nicht nur an DDR-Offizielle gegeben, sondern er wurde zugleich an zwei große westeuropäische Nachrichtenagenturen gegeben, die ihn dann übermitteln, so daß er noch am gleichen Abend in den westdeutschen Fernsehnachrichten auftauchte und damit republikweit zur Kenntnis genommen wurde. Diese 12 Autoren, die sich da zusammengefunden hatten, wobei eigentlich nur 9 lebendig präsent waren, die anderen kommunizierten per Telefon oder per Zuruf, waren samt und sonders nicht das, was man damals schon anfang, dissident zu nennen. Es waren eigentlich Autoren, die sich im großen und ganzen mit dem Staat DDR, mit seinen politischen Zielen und mit seiner Weltanschauung identifizierten bei allen gelegentlichen Einschränkungen und Einwänden. Der Protest aber war, und das war uns allen damals schon klar und so hat es dann die Staatsmacht auch begriffen, war eine deutliche Gebärde des Aufbegehrens und des Ungehorsams. Und dieser Ungehorsam war ungeheuerlich in der DDR. Die Polen hatten so etwas schon oft praktiziert, da war es nichts Ungewöhnliches, aber für die DDR war es so ungeheuerlich, daß ein jahrelang wir-

kender Repressionsapparat der SED in Gang kam, der diese ohnehin ephemere Solidarität rasch auseinandergebracht hat. Man hat dem einen gedroht, dem anderen hat man geschmeichelt, man hat die einen eingeschüchtert und die anderen hat man negiert, man hat dumme Gerüchte unter sie getragen. Diese Gruppe ist dann rasch auseinandergebrochen. Trotzdem ist das Signal, das dieser Protest damals ausgelöst hat, eigentlich nie wieder vergessen worden, es hat sich in den Biographien aller Beteiligten fortgesetzt. Es hat dazu geführt, daß das Zutrauen und das Einverständnis der Literaten im Hinblick auf die Zustände in der DDR immer geringer wurde, daß sie das in irgendeiner Form immer wieder öffentlich machten. Es hat einen großen Exitus von Kollegen in die Bundesrepublik gegeben, die dann ihre Enttäuschung, ihren Zorn, ihre Einwände öffentlich gemacht haben. Man soll den Anteil der schönen Literatur, derer, die sie verfertigen, am Zusammenbruch der DDR nicht übertreiben. Zweifellos ist die DDR zusammengebrochen an ihrem eigenen Ungenügen, an ihrer wirtschaftlichen Not, an ihrer ungebärdigen jungen Generation, aber einen kleinen Teil an diesem Zusammenbruch haben die Literaten wohl auch gehabt und darauf können sie auch ein bißchen stolz sein.

(Beifall)

(Hinweis: Am 28.4.1997 fand von 19.30 bis 21.00 Uhr ein Erzählabend unter Beteiligung des Publikums statt)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte Sie erstens ganz herzlich begrüßen, zweitens einen guten Morgen wünschen, drittens meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß die Prophezeiung der Wetterfachleute für heute glücklicherweise nicht stimmt und wir keinen Dauerregen haben, sondern daß die Sonne fröhlich scheint, und drittens sind wir noch voller Hoffnung. Auf die eine oder den anderen warten wir noch. Der letzte Abend ist offensichtlich so anstrengend gewesen, daß mancher es noch nicht ganz geschafft hat. Diejenigen, die den gestrigen Abend miterlebt haben – so hoffe ich zumindest – haben mitbekommen, wie es zu DDR-Zeiten manchen Westdeutschen ging, die nach Ost-Berlin kamen und die die DDR kennenlernen wollten, und denen wir dann erklären mußten, damit sie kein falsches Bild bekamen: „Wenn du in Berlin, Hauptstadt der DDR bist, und sonst von der DDR nichts kennst, kennst du noch nicht die DDR“. Ich muß ehrlich sagen, mir ist gestern Abend deutlich geworden, wer die typische DDR kennenlernen wollte, der durfte auch nicht nach Eisenhüttenstadt gehen. Und ich glaube auch, daß das, was ich gestern an Äußerungen gehört habe, nicht typisch für die neuen Bundesländer gewesen ist, auch das sollte man ganz vorsichtig wenigstens gehört haben. Was das nicht abwertet, was wir gestern gehört haben, damit mich bitte keiner falsch versteht, es war aber nicht typisch für 16 Millionen. Ich möchte jetzt gerne dem Professor Dr. Mocek das Wort und die Leitung übertragen, weil er jetzt nämlich die Aufgabe hat, den Themenbereich „Veränderungen von Alltagserfahrungen und -erwartungen 1989/1990“ zu leiten und zu moderieren. Bitte, Herr Professor.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Recht schönen Dank. Ich möchte Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, zunächst unseren Gast vorstellen, Dr. Hans Joachim Maaz, Jahrgang 1943, Studium der Humanmedizin in Halle an der Saale und nun Facharzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapeutische Medizin, Psychoanalyse und seit 1980 Chefarzt für Psychotherapie im Diakoniewerk Halle. Seit 1993 erster Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für analytische Psychotherapie und Tiefenpsychologie und erster Vorsitzender des Mitteldeutschen Instituts für Psychoanalyse in Halle. Von Dr. Maaz gibt es eine große Zahl von Veröffentlichungen, vor allem zu den psychosozialen Folgen des DDR-Systems, und das erste Werk dieser Reihe, „Der Gefühlsstau“, 1990, hat Furore gemacht und war wohl eines der ersten auch gesellschaftstheoretischen Analyseversuche zur Situation der Wende. Dann schloß sich an: „Das gestürzte Volk“, 1991 und „Psychosoziale Aspekte im deutschen Einigungsprozeß“, dann „Die Entrüstung“, 1992, „Die Einheit beginnt zu zweit“, 1992 und „Gewalt in Deutschland – eine psychologische Analyse“, 1993. Wir sind gespannt, was Dr. Maaz hier zur Diskussion stellen wird, und ich möchte Ihnen das Wort erteilen.

Dr. Hans Joachim Maaz: Schönen Dank, Herr Dr. Mocek. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Perspektive auf die sozialen Befindlichkeiten heute läßt sich nur als eine Vermengung der Folgen aus der DDR-Zeit und der Wirkungen und Folgen der Vereinigung verstehen. Der Vergleich, die Relation zwischen östlicher und westlicher Sozialisation ist deshalb das Thema, und das macht manches noch viel deutlicher als vor 6 bis 7 Jahren.

Alltagserfahrung und Alltagserwartung von Menschen werden immer geprägt und beeinflußt von einem Zusammenspiel von ganz persönlichen, individuellen, lebensgeschichtlich geprägten Bedingungen und den äußeren sozialen Lebensbedingungen. Wenn in einer Gesellschaft ein starker Erfolgsdruck oder Erwartungsdruck besteht, wie Menschen sein sollen, wenn solche Normen in einer Gesellschaft dominieren, dann gibt es immer auch über ganz individuelle Lebensvollzüge hinaus verallgemeinerungswürdige Tendenzen von Erfahrungen, von Erwartungen, von Einstellungen und Haltungen. Dies war auf jeden Fall in der DDR gegeben, durch das umfassend autoritär repressive Gesellschaftssystem.

Solche Erwartungen richten sich zum Beispiel an das richtige Verhalten, und das suggeriert ja, das es erwachsene Experten gäbe, die wüßten, was das richtige oder das falsche Verhalten sei, und sei es, daß dieses richtige Verhalten entweder das richtige Bewußtsein in gesellschaftlicher Form oder der rechte Glauben in kirchlicher Form ist, oder auch – auf die Wirtschaft bezogen – eine marktgerechte Flexibilität oder eine neue dynamische Leistungsfähigkeit. Die allermeisten Menschen wurden also von Geburt an unter Erwartungen gestellt, mittels eines Erziehungsdrucks, der aus den Kinder allmählich angepaßte, gehorsame Menschen machen wollte, die sich diszipliniert und ordentlich zu verhalten hätten und sich vor allem uneingeschränkt in den Dienst der sozialistischen SED stellen sollten. Unabhängig von irgendeiner politischen, morali-

schen oder pädagogischen Bewertung solcher Erziehungsziele- oder inhalte kann man auf jeden Fall sagen, wenn solche Inhalte autoritär vermittelt werden, hat das immer gravierende psychosoziale Auswirkungen und Folgen.

Ein Erziehungsstil, der vor allem mit Anpassungsdruck, mit enormem Erfolgsdruck arbeitet, löst unweigerlich am Ende Versagens- und Strafängste aus, weil natürlich jedes Kind, das so behandelt wird, immer wieder denken muß: ich könnte noch besser sein, ich könnte das noch besser hinkriegen. Eltern, Lehrer oder später Vertreter der Gesellschaft erwarten das, und das bewirkt immer auch im Seelenleben Einschüchterung und Hemmung. Man kann also sagen, daß eine Nötigung, die durch autoritäre Erziehungsprinzipien geschieht, bei den derart Beeinflußten am Ende immer Unsicherheiten, Minderwertigkeitsgefühle und Schuldgefühle bewirkt, Schuldgefühle, keine reale Schuld. Schuldgefühle, weil ich nicht so gut bin, wie es von mir erwartet wird. Das kann man garantieren, daß das der Fall ist. Es ist aber nicht immer leicht erkennbar, das kann also hinter einer Fassade von Tüchtigkeit oder so sehr wohl verborgen sein.

Damit sind also Bedingungen gesetzt, die bei Menschen Identitätsprobleme, Selbstunsicherheiten und vor allen Dingen Abhängigkeiten hinterlassen. Abhängigkeit meint, diese Menschen sind nicht geübt und ermutigt worden, auf sich selbst zu achten, ihr eigenes Selbst zu entwickeln und zu fragen: „was will ich, was bin ich“, sondern sich immer sagen zu lassen: „das wird von dir erwartet“. Die Bestätigung der eigenen Identität wird also von außen erwartet, von außen und oben, daher ist eine psychische Grundlage gegeben für Abhängigkeiten und damit für Untertanen.

Neben dieser Nötigung kamen in der DDR noch zwei andere wesentliche Erziehungsprinzipien zur Anwendung, nämlich Lob und Privilegien, aber eben für das gewünschte Verhalten, also für Gehorsam und Anpassung. Mit Nötigung, Lob und Privilegien – so kann man sagen – sind die Prinzipien beschrieben, die am Ende so etwas wie ein Untertanensyndrom ausgestalten. Noch etwas anderes, und darüber werde ich noch etwas mehr sagen, war zu DDR Zeiten wesentlich, nämlich die Praxis der schon sehr früh vollzogenen Trennung zwischen Mutter und Kind. Dies führt immer zu einem Beziehungsdefizit und dieses Beziehungsdefizit verursacht eine Ich-Schwäche, wie wir sagen, und solche ich-schwachen Menschen bilden auch wieder eine psychosoziale Basis, die empfänglich macht für autoritäre Erziehungsprinzipien. Die wirken dann sehr nachhaltig, weil die Ich-Schwäche den Menschen nötigt, von außen ichtärkere Elemente heranzuholen. Was man selbst nicht sein kann, müssen einem andere geben oder sagen.

Die psychosozialen Folgen dieser Verhältnisse versuche ich mit drei Begriffen zusammenzufassen und zu beschreiben. Zunächst zum Begriff der Entfremdung. Damit ist gemeint, daß das heranwachsende Kind in der Regel nicht sein je einmaliges, individuelles Selbst entwickeln kann, sondern ein entfremdetes Selbst entwickelt, entsprechend der Normen, die an es herangetragen werden. Dies sind die repräsentativen Normen der Gesellschaft oder aber auch die Er-

wartung der Eltern, wie das Kind sein soll, damit es angenommen werden kann.

Der zweite Begriff ist das Mangelsyndrom. Ein solches Verhalten führt immer zu einem psychosozialen Mangelzustand. Mit der Entfremdung bleiben selbstverständlich wesentliche psychosoziale Grundbedürfnisse unerfüllt. Zum Beispiel das Bedürfnis: „ich möchte als je einmaliger Mensch akzeptiert, verstanden sein, angenommen sein, gehört werden, im weitesten Sinne also gemocht und geliebt sein, als das, was ich bin. Stattdessen erfahren die meisten Kinder: „du bist erst angenommen oder akzeptiert, wenn du unsere Erwartungen erfüllst“ – also ein wesentlicher psychosozialer Mangel an bedingungsloser Bestätigung. Daß das gravierende Folgen hat, denke ich, werde ich ihnen noch nahebringen können.

Das dritte Phänomen, das ich versuche, mit dem Begriff „Gefühlsstau“ zu beschreiben, ist folgendes: Die normalen Reaktionen, die Menschen auf Entfremdung und auf einen Mangelzustand an psychosozialer Befriedigung haben, dürfen nicht gelebt werden. Diese Gefühle sind Wut, vor allen Dingen Zorn über Einengung und Unterdrückung, Schmerz – seelischer Schmerz über den erfahrenen Mangel – und Trauer darüber, das mit einer solchen Erziehung wesentliche Entfaltungsmöglichkeiten im eigenen Leben oder auch Beziehungsmöglichkeiten, befriedigende Beziehungsmöglichkeiten verloren gehen. Diese Gefühle, Schmerz und Trauer, dürfen in einer entsprechenden Erziehungspraxis nicht gelebt werden, denn die Kinder erfahren dann immer: „sei still, sei lieb, heul nicht rum, werd nicht frech, beiß die Zähne zusammen, sei tapfer, Jungs weinen doch nicht, sei keine Heulsuse“.

All das beschreibt eine umfassende Erziehungspraxis, die darauf aus ist, die natürlichen Reaktionen auf die Gefühle zu verhindern. Das hat aus unserer Sicht gravierende Folgen, weil Gefühle zwei wesentliche Funktionen erfüllen: erstens, die Umwelt der Beziehungsperson zu erreichen und zu erweichen durch Brüllen, weinen usw. Wir zeigen damit: „Ich bin in Not, seht, ich brauche eure Hilfe“. Sie dienen also dazu, die Erwachsenen, die Beziehungsperson heranzuholen und Befriedigung zu ermöglichen.

Da Erwachsene in ihrer Befriedigungsmöglichkeit immer auch begrenzt sind, dienen Gefühle aber auch, wenn es nicht zu einer Befriedigung kommt, zur energetischen Abfuhr für die seelische Spannung, die mit dem Mangelzustand gegeben ist. Der Gefühlsausbruch ermöglicht dann auch in einem unbefriedigenden Zustand zumindestens eine leibseelische Entspannung, damit eine längere Belastung ausgehalten werden kann, ohne daran krank zu werden.

Die Begriffe Gefühlsstau, Mangelsyndrom und Entfremdung verdeutlichen, daß bei einer solchen Erziehung insgesamt im Menschen ein innerer Spannungszustand und eine allgemeine diffuse Unzufriedenheit zurückbleiben, die nun irgendwie ersatzweise abgeführt oder kompensiert werden wollen. Das geschieht in erster Linie dadurch, daß Menschen nun Symptome entwickeln, somatische Krankheiten und Beschwerden. Das heißt eben auch, daß sich kör-

perliche Erkrankungen am Ende aus sozialen und inneren Spannungsverhältnissen entwickeln, die dann leider von der Medizin häufig eben nur organisch verstanden werden und deren seelischer und sozialer Hintergrund gar nicht mehr beachtet wird. Oder die Menschen suchen chemische Stoffe, um diesen inneren Zustand zu befriedigen. Das beginnt bei den einfachen Genußmitteln Kaffee und Alkohol, Nikotin und steigert sich dann über Medikamente, Schmerzmittel, Schlafmittel, Beruhigungsmittel bis hin zu den härteren Drogen. Oder man sucht jetzt Verhaltensorientierungen, wo außen in einer Gesellschaft irgendeine Verheißung, eine Verbesserung sein könnte, um den inneren Spannungszustand zu befriedigen, und das ist, denke ich, für die Masse einer Bevölkerung immer von Bedeutung.

Nun müssen wir aber eine Aussage treffen, die von vielen Menschen nicht gerne gehört wird: Weder in der Gegenwart noch in der Zukunft kann es eine wirkliche Kompensation oder ein Ungeschehen machen der frühen Entfremdung und des frühen Mangels geben. Diese frühen Erfahrungen, die unser Leben prägen, können, wie wir sagen, nur durch eine Trauerarbeit, also durch eine emotional getragene Verarbeitung, wirklich entlastet werden, aber nicht durch die heutige Erfüllung von Wünschen. Hoffnungen, die man auf die Gegenwart oder Zukunft setzt, müssen also psychosozial gesehen Illusionen bleiben, und weil sie Illusionen sind, ist die Tendenz groß, die Wunscherfüllung suchtartig immer weiter zu steigern, also immer mehr Anstrengung, immer mehr Kampf für irgendeinen äußeren Erfolg.

Wir kennen das häufig schon aus der Schule, daß dann gesagt wird: „du kannst noch besser sein, du kannst dich noch mehr anstrengen“, und dann erreicht man wieder eine Verbesserung, aber trotzdem ist es immer noch nicht genug. Das ist eine Tendenz, die auch bei den harten Süchten erkennbar ist. Das wesentliche Prinzip also, das ich hier zur Diskussion stellen will, ist die Ablenkung von einer inneren Problematik, einer innerseelischen Not und einer innerseelischen Spannung und unerfüllten Bedürftigkeit auf äußere Befriedigungsmöglichkeiten, die dann natürlich am häufigsten in Konsum, Besitz, Macht oder Ruhm gesucht werden.

Wenn ich das auf unsere Situation in Deutschland beziehe, dann muß ich zunächst feststellen, daß nach 1945 bereits die individuelle, die sehr persönliche Entfremdung der meisten Deutschen nicht als ein persönliches Problem anerkannt und angenommen worden wäre, sondern mit der Spaltung Deutschlands in zwei unterschiedliche und sich feindselig gegenüberstehende politische Systeme konnten die ganz persönlichen seelischen Inhalte auch abgespalten und kollektiv projiziert werden.

So wurde vor allem das Destruktive, das innerseelisch Gestörte abgespalten. Wir wurden im Osten so erzogen, daß die verbrecherischen Nazis nur noch im Westen wären. Wir haben uns dagegen als ein Volk von Antifaschisten gesehen, ohne daß jemals begriffen worden wäre, daß das eine wesentliche psychosoziale Entwicklung zur Folge hatte. Im Westen war es nicht viel anders. Das Gefährliche, die gefährlichen Kommunisten, waren nur im Osten zu finden.

Wie das Destruktive ist auch das Verpönte projiziert worden. Wir haben immer von den reichen und freien Tanten und Onkels im Westen geträumt und wir sind andersrum als die armen Brüder und Schwestern im Osten verstanden worden. Da liegen seelische Inhalte drin, die sich später im „Jammer-Ossi“ und „Besser-Wessi“ ausgedrückt haben. Das Verpönte ist jeweils dasjenige, das in einer Gesellschaft nicht gelebt werden kann. Wir konnten nicht reich werden, nicht frei sein, wir konnten nicht individuelle Stärke entwickeln. Statt daran zu Leiden, haben wir phantasiert: Die Westdeutschen seien alle stark und reich. Und im Westen kann man unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht individuelle Unsicherheiten, Ängste und Schwächen zeigen. Die muß man verbergen, und deshalb galten wir immer als die Armen und Schwachen. Wir mußten die seelischen Eigenschaften tragen, die im Westen nicht gelebt werden konnten.

Für DDR-Bürger war es immer leicht, ihre individuell erlittene Entfremdung angesichts der wirklich vorhandenen offenkundigen Repression, der politischen Repression und des allgemeinen Mangels in der Gesellschaft auf die politischen Verhältnisse zu schieben, damit von der individuellen Problematik weg auf die gesellschaftliche abzulenken und damit auch eine allgemeine Erlösung von persönlichen Problemen durch Übersiedlung, Flucht oder später zunächst aus dem Prozeß der Vereinigung zu erwarten. Damit konnte die eigene Verantwortung für die persönliche Entfremdung und für eine emotionale Verarbeitung vermieden werden. Statt dessen wurde sie delegiert auf die äußeren Verhältnisse. So war die Zeit von 1989-1990 wesentlich von der Illusion beherrscht, daß man in einer passiven Haltung, allein durch wirtschaftliche und politische Veränderungen, nun auch mehr individuelle Zufriedenheit und damit individuelle Entwicklung erreichen kann.

Man kann davon ausgehen, daß diese Einstellung, diese Erlösungshoffnung durch wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit, zumindest vorübergehend bestätigt worden ist und von den Menschen als richtig empfunden wurde. Das ist von denen, die wir im Volksmund die „Neu-Wessis“ nennen ist das auch bestätigt worden. Das ist eine zahlenmäßig kleine Gruppe, die sich nun, weil sie auch wirklich äußere und materielle Werte gewonnen hat, mit den neuen Verhältnissen nahezu überidentifiziert. Sie tragen die Illusion fort. Die realen Bedingungen für die Mehrzahl der Ostdeutschen sind jedoch andere.

Das Wesentliche ist, unabhängig von allen politischen Bewertungen, daß fast jeder Bürger der ehemaligen DDR in seinem bisherigen Leben sich abgewertet erleben muß. Die bisherigen Alltagserfahrungen zählen nichts mehr. Man empfand, daß es ein verlorenes oder falsches Leben sei. Das ist gebunden an die Abwertung der beruflichen Kompetenz. Wenn man an Menschen in der zweiten Lebenshälfte denkt, die ja berufliche Erfahrungen gesammelt haben, die dann plötzlich nichts mehr Wert sind und dann umdenken müssen, führt das zu Identitätsverunsicherungen, existentiellen Ängsten und oft zu Abwicklungen und realer Arbeitslosigkeit. Das sind gravierende soziale Folgen, weil die

schon vorher beschriebene psychosoziale Unsicherheit, die Minderwertigkeitsgefühle, die vorhandene Ich-Schwäche durch die realen sozialen Verhältnisse verstärkt werden. Man kann sagen, daß schon vorhandene instabile Identitäten nun durch die umfassende Aufforderung zur Neuorientierung nahezu brüchig werden, vor allen Dingen dann, wenn erfolgreiche Veränderungen und Entwicklungen sozial gesehen wenig Perspektive haben.

Wie war es in Westdeutschland? Ich glaube, es gab dort nach dem Krieg auch kein wirkliches Verstehen für die psychosozialen Ursachen für verbrecherische Gewalt, Rassenwahn und Kriegslust. Mit dem Wirtschaftswunder nach dem Krieg sollten seelische Verletzungen möglichst schnell durch äußere Erfolge ausgeheilt werden. Die darauf gerichtete Sozialisation, die vor allem Leistung, Durchsetzung und Stärke in den Mittelpunkt stellte, bedeutet aus unserer Sicht auch eine Entfremdung, deren soziale Folgen aber in der Ausformung fast entgegengesetzt zu den Folgen der sozialistischen Erziehung sind. Im Osten entstanden in der Folgeschwäche Unsicherheit, Ängstlichkeit, Bedürftigkeit, im Westen dagegen Individualität, Durchsetzungsfähigkeit, individuelle Stärke als die beiden Pole seelischen Lebens. Ein gesunder Mensch muß beide haben. Diese beiden Pole sind in den Systemen unterschiedlich bevorzugt gewesen.

Diese Gegensätze im äußeren Erscheinungsbild, aber auch im Denken, Fühlen und Handeln haben zu den Vereinigungsschwierigkeiten, den wachsenden Vorurteilen, den Konflikten und vor allem dem Nicht-Verstehen-Können zwischen Ost- und Westdeutschen beigetragen. Nachdem viele Ostdeutsche auf diese Weise die psychosoziale Fassade über die verborgenen inneren Probleme und Schwächen der Westdeutschen erkennen mußten und konnten wird die absinkende Akzeptanz der westlichen Lebensart im Osten verständlich. Das ist auch deshalb ein bedenklicher Befund, weil alle moderne, politische und soziologische Forschung darauf aufmerksam macht, daß die Akzeptanz für demokratische Verhältnisse vor allem an Wohlstand und soziale Sicherheit gebunden ist. Wenn also schon bei den Westdeutschen weniger von einer „innerseelischen Demokratisierung“, einer Verminderung seelischer Einseitigkeit und seelischer Spaltung und Entfremdung, ausgegangen werden muß, wenn also selbst im Westen immer noch eine größere Abhängigkeit von äußeren Erfolgen und materiellen Werten besteht, dann werden wirtschaftliche und soziale Krisen im Osten erst recht die Identifikation mit demokratischen Verhältnissen erschweren oder erst gar nicht entstehen lassen.

In der psychotherapeutischen Praxis sind wir noch mit einem anderen ziemlich erschreckenden Phänomen in wachsender Traumatik und Häufigkeit konfrontiert, das ich das „Verlustsyndrom“ nenne. Das ist als Folge der frühen Mutter-Kind-Trennung und der daraus entstandenen Ich-Schwäche zu erklären. Erst im vereinten Deutschland werden die Folgen der Ich-Schwäche klinisch manifest, z. B. in Form von sehr deutlichen Angst- und Panikzuständen, Depressionen und einer Fülle neuer psychosomatischer Krisen und Erkrankungen, weil heute erst die in der Gesellschaft geforderte Konkurrenzfähigkeit und Selbständigkeit nun gerade bei den Ich-Schwachen nicht entwickelt wurde. In ge-

radezu paradoxer Weise waren diese relativ vielen Menschen der DDR durch die Enge und die „Fürsorge“ des politischen Systems so eingebunden und gehalten, daß ihre Ich-Schwäche gar nicht erkennbar wurde.

Von dieser Problematik sind auch Leute betroffen, denen es heute besser geht und die dennoch nicht zufrieden sind, sondern auch verunsichert. Sie leiden diffus, ohne daß sie es verstehen oder begründen könnten. Mit diesem Hintergrund läßt sich ein Befund erklären, der aussagt, daß nur die Hälfte derjenigen, denen es im Osten äußerlich besser geht, sich nur als Gewinner der Einheit fühlen. Das ist eine Diskrepanz, die sich nur durch die psychosoziale Situation erklären läßt. Nun kommt es, daß bei diesen Menschen Werte des Wohlstands und vor allen Dingen Werte der Menschenrechte dadurch auch in Frage gestellt werden, etwa in dem Sinne, daß Wohlstand eben auch ungesunde Folgen hat, daß die äußere Fülle seelisch durchaus lästig ist, daß die vorhandene Vielfalt verwirrend wirkt, die Marktwirtschaft soziale Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten schafft, daß Konkurrenz unlautere Mittel bevorzugt, daß äußere Freiheit nicht automatisch innerlich frei macht und daß Meinungsfreiheit in der Gesellschaft wirkungslos verhallen kann.

In entsprechenden Befragungen wird demzufolge deutlich, daß Ostdeutsche deutlich mehr für Ruhe und Ordnung und für die Verantwortlichkeit des Staates einstehen als Westdeutsche. Sicherheit scheint den Ostdeutschen ein höherer Wert als Freiheit zu sein, wobei der Freiheitsbegriff in Frage gestellt werden muß. Äußere Freiheit kann die innere Freiheit erst bewußt werden lassen. Wer sich nicht bewegt, fühlt seine Fesseln nicht. So ist also die Aufbruchstimmung der Wendezeit, die Aktivität und Kreativität in der Zeit von 1989 bis 1990, die Begeisterung über die neuen Möglichkeiten und die auf die Vereinigung gesetzten Hoffnungen doch für viele Menschen inzwischen enttäuscht und ernüchtert worden. Aus psychologischer Perspektive war dieser Prozeß zu erwarten, denn es steckten viele Illusionen dahinter, auf jeden Fall dann, wenn die erwartete Hoffnung auf Wohlstand und soziale Sicherheit nicht erfüllt wurde.

Diese Täuschung ist aber auch eine denkbare Voraussetzung für bittere Erkenntnisvorgänge und schwierige, aber notwendige Veränderungen. Allerdings ist die Gefahr von seelischen Abwehr- und Schutzprozessen, die eine neue Verleugnung, Schuldverschiebung, Projektion und eine Radikalisierung einleiten könnten, die neue Suche nach Schuldigen, nach Feindbildern, wobei die Fremden z. B. schon in die Zielscheibe geraten sind, viel häufiger. Die hohen Werte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind von vielen Leuten in den neuen Bundesländern vor allem als Bürokratie, Arbeitslosigkeit, existenzielle Bedrohung, Ungerechtigkeit und betrügerische Suggestionen erfahren worden. Das alles muß für die Akzeptanz des demokratischen Systems als eine schwere Belastung zur Kenntnis genommen werden. Dazu kommt die umfassende Dominanz der Westdeutschen in allen gesellschaftlichen Führungspositionen, die ungeachtet eventueller funktioneller Notwendigkeiten von den Menschen vor allem als neue Kränkung und Demütigung und damit als Fort-

setzung der schon längst erfahrenen Vormundchaftlichkeit und Abhängigkeit erlebt wird. Das Untertanensyndrom wird dadurch verschärft.

Man kann die unterschiedlichen Ost- und Westsozialisierungen so zusammenfassen, daß die ostdeutsche Unterwerfungsbereitschaft die passive Erlösungshoffnung und die Fürsorgementalität die westdeutsche Dominanz, das Gewinnstreben, die aktive Machermentalität und Durchsetzungsfähigkeit provoziert haben und andersrum. – also eine wechselseitige Verstärkung der Einseitigkeiten in der psychosozialen Entwicklung. Repräsentative Befragungen führen inzwischen zu Befunden, die deutlicher denn je die Fremdheit und Verschiedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen hervorheben. Ostdeutsche gehen, so ihre Selbsteinschätzung, stärker als Westdeutsche auf andere zu, sie beschreiben sich als weniger aggressiv, halten sich für fleißiger und arbeitsamer, glauben, gefühlstärker zu sein, erleben sich als engagierter und interessierter. Daß eine Protesthaltung in dieser Selbsteinschätzung liegt, kann man sehr deutlich spüren. Dabei spielen Unterschiede von Geschlecht, Alter, Wohnort, und Bildungsgrad keine Rolle. Wichtiger als diese Parameter ist die Zugehörigkeit zum Westen oder zum Osten.

Folgt man den Daten der empirischen Sozialpsychologie, z. B. Richter, die eine repräsentative Selbstbefragung von Ost- und Westdeutschen mit dem Gießen-Test durchgeführt haben, kommen Ergebnisse heraus, daß sich die Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen zwar unsicherer, gehemmter, abhängiger, aber auch sozialer, wärmer, zufriedener, eher auf Familie und Freundschaft orientiert, geselliger, kontaktoffener und erdverbundener erleben. Ostdeutsche bevorzugen ein ruhigeres, einfacheres, sichereres, geregelteres Leben mit weniger Streß und in größerer sozialer Verbundenheit.

Die Westdeutschen hingegen erleben sich gegenüber den Ostdeutschen unabhängiger, freier, individualistischer, selbstbewußter, redegewandter und durchsetzungsfähiger, aber auch oberflächlicher, bindungsärmer, gieriger, süchtiger, orientierungsloser, mit Gefühlsverflachung. Auf äußere Lebensumstände reagieren Westdeutsche empfindlicher, unzufriedener und anspruchsvoller als Ostdeutsche.

Es gibt auch Untersuchungen, daß die Denkstile zwischen Ost- und Westdeutschen unterschiedlich sind. So denken Ostdeutsche gründlicher, analytischer, sie bemühen sich mehr, zu verstehen und zu planen. Man nennt das einen deduktiv-analytischen Denkstil. Westdeutsche dagegen denken unsystematischer, kreativer, aber auch erfolgsorientiert-oberflächlicher, und das nennt man einen induktiv-essayistischen Denkstil.

Ich möchte zusammenfassend sagen, daß erst heute, sieben Jahre nach der Vereinigung, die Folgen der unterschiedlichen Sozialisierungen in Ost und West deutlicher und bewußter geworden sind. Dabei spielt das gescheiterte Bemühen um eine schnelle oberflächliche, psychosoziale Angleichung eine wesentliche Rolle, da äußerer Wohlstand, soziale Sicherheit und psychologisches Geltungsbedürfnis für viele Ostdeutsche nicht in Erfüllung gegangen sind. Der

reale Vollzug der Vereinigung hat vorhandene Fehlentwicklungen im Sinne des „Untertanen-Syndroms“ richtungsweisend verstärkt, und gleichzeitig erleben dabei viele Ostdeutsche westliche Lebensbedingungen als vergleichsweise einseitig und fehlentwickelt, so daß deren Attraktivität in den sieben Jahren nach der Wende zunehmend in Frage gestellt wird.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Danke. Wir haben schon sechs Wortmeldungen. Es beginnt Herr Kowalczuk, dann folgt Herr Jacobsen.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Es fällt mir nicht leicht zu beginnen, Herr Maaz. Nach ihrer Analyse und der folgenden Diskussion muß ich selbst für mich befürchten, in ein psychologisches Raster hineingestellt zu werden, das mir natürlich nicht lieb ist. Dennoch will ich den Versuch wagen. Als erstes würde mich interessieren, auf welcher empirischen Grundlage Ihre Sicht denn eigentlich basiert. Ich habe die Vermutung, die ich hier äußern darf, daß Ihre sozialpsychologischen Deutungs- und Argumentationsmuster vor allen Dingen aus der Praxis geboren werden, das heißt, daß sie geprägt werden von den Bevölkerungskreisen, mit denen Sie beruflich zu tun haben. Dadurch ergibt sich aber das Problem, daß Sie es nur mit einer Minderheit zu tun haben. Meine zweite Frage betrifft die von Ihnen konstatierten Schuldgefühle, Abhängigkeiten, die Unbefangenheit, Unterwerfungsbereitschaft. Das sind sicherlich Eigenschaften, die mir bekannt sind und die ich Ostdeutschen zuschreiben würde, die ich aber genauso als Typenbeschreibung für den Westen anwenden könnte.

Wenn ich mir diese Sklavenmentalität betrachte, die mit Begriffen wie Macht und Geld verbunden ist, dann scheint mir das wenig systemspezifisch zu sein, sondern mit ganz anderen Prinzipien zusammenzuhängen. Deshalb würde mich interessieren: Welche Möglichkeiten gab es denn zum Ausbrechen aus einem solchen repressiven Erziehungsprozeß, wie Sie ihn beschrieben haben? Eine dritte Anmerkung: Sie haben gesagt, daß der Prozeß, den wir jetzt beobachten können, aus sozialpsychologischer Sicht zu erwarten war. Meine Frage: Warum konnte man das dann in Ihrem Buch über den „Gefühlsstau“ nicht lesen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Danke. Jetzt Herr Jacobsen und dann Herr Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Maaz, zunächst möchte ich mich für Ihre hochinteressanten Ausführungen, die meiner Meinung nach ein vorzüglicher Ausgangspunkt für eine vertiefte Diskussion sein können, bedanken. Sicherlich werden wir diese aus Zeitgründen nicht in allen Fällen zu leisten vermögen. Sie haben die sozialen Bedingungsfaktoren herausgestellt, die überzeugen, was den Umbruch 1989/1990 angeht. Ich möchte eine Bemerkung machen, die sich auch auf das äußere Umfeld bezieht. Sie haben den Versuch gemacht, gewisse Vergleiche herauszuarbeiten bezüglich der Ausgangsposition 1945 sowie 1989/1990. Die äußeren Bedingungsfaktoren dieser beiden Daten waren ja radikal unterschiedlich. Hat sich das auch ausgewirkt? Im Jahre 1945 gab es eine totale Niederlage, die Bankrotterklärung einer Ideologie,

eines politischen Herrschaftssystems mit allen Erscheinungsformen, die uns bekannt sind. Ein weiterer Unterschied ist der Zeitfaktor. Wir haben nach 1945 viel mehr Zeit gehabt, um uns in die neue Ordnung einzustimmen. Wenn mit Recht von Ihnen hervorgehoben worden ist, daß es ungemein schwierig ist, demokratische Kultur zu akzeptieren in einer sozial unbefriedigenden Lage, so ist dort auch ein Zeitfaktor zu berücksichtigen. Wir waren ja 1945 in einer sehr ungünstigen Lage, zehn bis fünfzehn Jahre hat es gedauert, bis die Menschen in Westdeutschland vor dem Hintergrund der sozialen Veränderungen die neue demokratische Kultur akzeptiert haben.

1989/1990 hat es sich ja nicht um eine totale Niederlage gehandelt. Das war eine Bankrotterklärung der Führung und des Systems. Aber die Menschen haben das nicht in dieser dramatischen Form erlebt, wie wir es 1945 erleben mußten. Hinzu kam nach 1945 eine Periode der Besatzungsherrschaft, also eine internationale Dimension, 1989/1990 war das nicht so gegeben. Hat das alles Ihrer Meinung nach eine Auswirkung gehabt? Müßte man die Frage nach dem äußeren Bedingungs- und Zeitfaktor nicht auch im Hinblick auf Ihre Analyse in die Bewertung mit einbeziehen?

Wir haben in dem jahrzehntelangen Erziehungsprozeß seit 1949 eine wachsende Entfremdung durch Feindbilder. Nun hat sich das 1989 geändert. Was ist Ihr Befund bezüglich der Feindbilder? Ich habe es in dramatischer Weise unmittelbar nach dem Umbruch erlebt, als ich junge Rekruten, die nun eines Tages die Uniformen unserer Bundeswehr anziehen mußten, fragte, wie es denn mit ihren Feindbildern aussehen würde. Es ist ja wahrscheinlich, daß gerade durch die Kritik am westlichen System, das all die Erscheinungsformen negativer Art des wirtschaftlichen Kapitalismus – Arbeitslosigkeit, Armut, Gewaltbereitschaft usw. – nun so dominieren, alte Bilder wieder bestärkt werden, und daß man nun meint, die alten Feindbilder seien vielleicht doch richtig gewesen. Ich wäre dankbar, wenn Sie hierzu noch einmal Stellung nehmen könnten. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Jetzt Herr Burrichter, dann Herr Maser, und zum Schluß hat Herr Dr. Maaz die Gelegenheit zu einer Zwischenantwort.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Maaz, anknüpfend an eine Frage von Herrn Kowalczuk möchte ich darauf hinweisen, daß Ihre treffende Darstellung der Sozialisationstheorie mir allerdings nicht ausreichend in Beziehung auf das politische System hin übersetzt worden ist. Wir haben gestern darüber diskutiert, das eine stringente Analyse der DDR-Geschichte ohne einen totalitarismustheoretischen Ansatz nicht auskommt. Wir haben heute zu registrieren, was Siegfried Mampel schon 1989 festgestellt hat, daß diese Totalitarismustheorie eigentlich noch gar keine Theorie ist. Es geht darum, diese Theorie zu differenzieren und ich bin der Auffassung, daß diese Chance vertan ist, wenn man sie gerade in einen sozialpsychologischen Ansatz nicht einbringt. Ich finde in Ihrem Ansatz die gesellschaftstheoretische Implementierung im Hinblick auf eine spezifische Gesellschaft der DDR nicht realisiert, und daher

kommen bestimmte Fragestellungen nicht zum tragen, die eigentlich von der Sozialpsychologie dringend gestellt werden müßten.

Zweiter Punkt: Ich möchte Sie nach Ihrem Demokratieverständnis fragen, und zwar im Hinblick auf Ihre Darstellung des Sozialisationsprozesses der ehemaligen DDR-Bürger nach der Wende. Sie haben eine Kopplung hergestellt zwischen sozialer Sicherheit, Wohlstand und Demokratieverständnis, und Sie haben diese beiden materiellen Voraussetzungen als Basis für die Akzeptanz des Demokratieverständnisses genommen. Wenn die nicht gegeben sind, würde Demokratie nicht akzeptiert. Dahinter steckt meiner Meinung nach eine technokratische Vorstellung von Demokratie als Verfahren. Ich denke aber, das ist ein problematisches Demokratieverständnis. Es geht doch vielmehr darum – und auch das wäre eine Sache, die von der Sozialpsychologie deutlich herausgearbeitet werden müßte – daß Demokratie so etwas ist wie ein Lebensprozeß, eine Lebensweise, ein Bewußtseinsprozeß, der auf der kognitiven Ebene angeeignet werden muß. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir mit einem verkürzten Demokratiebegriff die gegenwärtige Situation analysieren. Danke.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Manchmal erweist sich ja erst im nachhinein die Regie einer Veranstaltung in vollem Maße als sinnvoll. So ging es mir zumindest mit Ihrem Vortrag, denn ich finde, nach dem gestrigen Abend war Ihr Vortrag heute genau an der richtigen Stelle plaziert. Manches, was gestern abend angesprochen wurde, ist dadurch heute in ein klares Licht gesetzt worden.

Herr Dr. Maaz, die Enquete-Kommission bemüht sich in der Regel, wissenschaftliche, rationale Argumente zu sammeln, um auf diese Weise zu einem Gesamtbild zu kommen. Nach dem gestrigen Abend und nach Ihrem Vortrag müßte sich aber eigentlich die Enquete-Kommission zunächst in eine interne Sitzung zurückziehen und feststellen, daß es offensichtlich neben all dem Rationalen, Wissenschaftlichen und Historischen einen weiten Bereich bei jedem einzelnen Bürger in Ost und West gibt, der von einer solchen Verfahrensweise gar nicht erfaßt wird, sondern der ganz anders funktioniert. Daher meine Frage: Was ist aus Ihrer Sicht neben dieser rationalen Aufklärung zu leisten, nicht nur in der psychotherapeutischen Praxis, sondern auch auf dem Feld der politischen Bildung, damit der Prozeß der demokratischen Bewußtseinsbildung und der inneren Vereinigung vorangetrieben wird? Haben Sie Vorstellungen darüber, was man anstellen könnte, damit man den ganzen Menschen anspricht und erreicht?

Dr. Hans Joachim Maaz: Meine ganz persönlichen Erfahrungen sind von Psychotherapiepatienten gewonnen, weil die uns einen tiefen Einblick gewähren. Über viele Gespräche öffnen sie sich und man kann Verbindungen von Kindheitserfahrungen bis heute ziehen. Alle Befunde aus diesem Bereich stimmen in etwa mit den soziologischen repräsentativen Befragungen überein. Für mich ist das daher kein großes Problem, wenn ich auch zugebe, daß die wissenschaftliche Brücke hier noch nicht in allen Bereichen geschlagen wurde,

aber ich gehe immer davon aus, daß wir es mit Massenphänomenen zu tun haben.

Wie kann es sein, daß 99 % zur Wahl gegangen sind? Die reale Gefahr war doch nicht so groß, sondern das ist nur psychologisch zu erklären, denn es gab einen eingebilddete, eine phantasierte Gefahr. Von daher ist die Frage des Totalitarismus durchaus darin enthalten. Das, was in einem totalitären System politisch erwartet und durchgesetzt wird, wird umfassend, über Erziehungsprinzipien, also in Schule und Familie, an den einzelnen schon ganz früh herangebracht, so daß diese Ziele sich so tief in die Seele eingraben, daß man später nicht mehr ohne weiteres davon wekommt. Es kann sogar ein paradoxes Phänomen geben, den „Wiederholungszwang“. Das, was Kinder in ihrer Erziehung erfahren haben, das müssen sie später zwanghaft wiederholen. Selbst wenn sie später günstigere äußere Bedingungen haben, könnten sie die nicht ausfüllen, weil sie in der Diskrepanz zwischen der damaligen und der heutigen Situation in Probleme kämen. Um besseres genießen zu können, müssen sie erst durch Schmerz und Trauer hindurch.

Weil das so ist, kann man nicht einfach in einer neuen Situation aufleben und genießen, sondern man müßte erst durch eine Trauerarbeit hindurch. Das macht die Akzeptanz besserer sozialer Verhältnisse so schwierig. Die allgemeinen Normen der Gesellschaft setzen sich so stark über die Erziehung um, daß keiner davon verschont bleibt. Es gibt nur äußere Unterschiede in den Ausformungen. Die Erziehungsstile sind in Ost und West zwar sehr unterschiedlich, aber in der Wertigkeit von Einseitigkeit oder Störung durchaus vergleichbar. Im Osten galten Erziehungsstile von Einschüchterung, Beängstigung, Lob und Privilegien, im Westen die von Leistungsbereitschaft, Honorierung und Zerstreuung: Wenn du viel leistest, wirst du gut honoriert, wenn du gut honoriert wirst, kannst du dich äußerlich gut zerstreuen.

Das sind die Prinzipien der Gesellschaft, die in der Folge einseitige Tendenzen haben. Im Osten die Unterordnung, im Westen die Durchsetzung. Beides sind Störungen. Wer sich immer nur unterordnet, ist nur ein halber Mensch und tendiert zu depressiven Störungen, wer sich immer durchsetzen muß, dem fehlt auch die Hälfte und der tendiert zu narzißtischen oder zu psychosomatischen Störungen. Die Folgen sind fast vergleichbar, wenn sie auch entgegengesetzt sind. Ich denke, meine Erwartungen sind im Gefühlsstau schon ziemlich gut beschrieben. Wir hatten in der DDR nach 1945 umfassende politische und wirtschaftliche Veränderungen, wir waren nach außen hin ein antifaschistischer Staat, aber die Menschen waren die gleichen geblieben, waren – provozierend gesagt – innerlich immer noch Faschisten. Insofern konnte das jederzeit auch wieder irgendwo aufbrechen.

Es ist eines meiner Hauptmotive, weshalb ich in der Öffentlichkeit überhaupt bemüht bin, meine Meinung zu sagen, weil ich aus den Befunden überzeugt bin, daß äußere Veränderungen, mögen sie noch so gut sein, nicht die Erfolge zeigen, die man sich davon verspricht, sofern es nicht gelingt, die psychischen Grundlagen ebenfalls zu entwickeln. Unsere Bemühungen bestanden darin,

daß man die Menschen ihre Lebensgeschichten erzählen ließ, bis man sie an ihre psychosozialen Wurzeln heranführte. Wir haben Zwiegespräche in der evangelischen Akademie, wo Ost- und Westdeutsche zusammengekommen sind, organisiert, die nicht mehr über etwas diskutiert haben, sondern über sich gesprochen haben. Nach einem bis zwei Tagen gab es keine Unterschiede mehr, wenn diese Ebene erreicht wurde und wenn die unterschiedlichen Fassaden keine Rolle mehr gespielt haben.

Darin, daß die äußeren Bedingungen 1945 und 1989 tatsächlich anders waren, darin sehe ich auch für heute ein besonderes Problem. Der Unterschied war tatsächlich der, daß es nach 1945 keine nennenswerten Spaltungen innerhalb der westdeutschen Bevölkerung gab. Man hat einen Schnitt gemacht und sich auf eine gemeinsame Zukunft konzentriert, die durch das Wirtschaftswachstum definiert war. Hier spielt das Demokratieverständnis eine Rolle, und da unterscheide ich zwischen innerer und äußerer Demokratie. Wenn von Anfang an Demokratie als das Zusammenspiel äußerer pluralistischer Kräfte verstanden wird, aber mit einem gemeinsamen Ziel, egal in welcher politischen Ecke man steht, Aufbau, Wirtschaftswunder usw., besteht eine Nötigung für einen inneren Prozeß der Demokratisierung. Äußere Demokratie kann auch mit Menschen passieren, die innerlich entfremdet und gespalten sind. Für eine innere Demokratisierung müßten sie all die seelisch abgespaltenen Dinge wie Aggressivität, all das, was mit Einengung und Einseitigkeit verbunden ist, verarbeiten, dann erst werden sie frei, auch den Andersdenkenden tolerant zu akzeptieren. So lange sie seelische Inhalte bei sich verbergen müssen, die nicht innerlich demokratisch sind, müssen sie das, was sie bei sich selbst nicht annehmen können, bei anderen bekämpfen.

Das war 1989 anders, weil die Spaltung innerhalb der Bevölkerung geschah, im Hinblick auf die Frage: Wer gewinnt Anschluß an westlichen Lebensstil und wer nicht? Nach 1945 war ja die Mehrzahl einbezogen in den Prozeß des Wohlstands.

Zum Thema Feindbilder: Wenn man als psychosoziale Grundlage einer Gesellschaft Entfremdung und Mangelsyndrome analysiert, dann heißt das, die Menschen leben in einem inneren Zustand der Spannung, vor allem aufgestaute Aggressivität, die verborgen wird. Sie tendieren daher dazu, bei anderen die Schuld zu suchen, nicht mehr bei sich. Das heißt, Menschen mit einem solchen Gefühlsstau, die Feindbilder verlieren, sind nahezu genötigt, sich neue Feindbilder zu suchen, an denen sie sich wieder abarbeiten können. Und das sind dann Menschen, die irgendwie anders sind, von daher die Vorurteile Ost/West, Ausländer oder auch sozial Schwächere. Die werden zum Feindbild hochstilisiert, um ein Objekt zu haben, zum abreagieren. Das heißt, wir entgegen dem nur, indem wir lernen, das Aufgestaute als eigenes Problem sehen, und das nicht mehr am anderen abzureagieren. Dann wäre die Basis für echte Demokratie gegeben: Toleranz, Geduld mit dem anderen, das Verstehenwollen und nicht das Bekämpfenmüssen. Ich denke, damit habe ich erstmal das Wesentliche beantwortet.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Wir kommen jetzt zum zweiten Diskussionsblock. Es liegen noch fünf Beiträge vor. Der nächste ist Prof. Weber, es folgt dann Herr Eppelmann.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Maaz, für mich als Laie auf diesem Gebiet ist das alles sehr einleuchtend. Ich bin an einer Fakultät, wo Psychologen und Sozialpsychologen sind, und da fällt mir immer auf, daß gesagt wird: Die Menschen, Ostdeutsche, Westdeutsche, ganz allgemein, plakativ. Da frage ich mich, wie man das so allgemein sagen kann. Sie haben erklärt, daß die Unterschiede von Geschlecht, Alter, Wohnung, Bildungsgrad weniger bedeutsam seien als Ost/West-Zugehörigkeit. Es ist interessant, daß hier keine sozialen Kategorien enthalten sind. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der ungelernete Arbeiter, der Ingenieur, der Historiker usw. alle gleichartig darunter fallen. Wie kann man das denn stärker im Hinblick auf Gesellschaftsgruppen differenzieren?

Eine zweite Differenzierung wäre vielleicht nach Phasen möglich. Sie haben ja gezeigt, daß es nach 1989 bestimmte Verhaltensweisen gab, die ändern sich aber. Wir haben ja gestern abend einige überraschende Dinge erlebt. Ich sehe das auch, wenn ich mir anschau, wie verschiedene kleinere Gruppen auf diesen Umschwung reagieren. Ich nehme zum Beispiel meine Kollegen aus der DDR, die Historiker, die sich im wesentlichen mit Zeitgeschichte oder mit Kommunismus beschäftigt haben, als Parteisoldaten, zur Legitimation der Herrschaft. Es war für mich sehr interessant, daß 1989/1990 sich ein Teil zurückzog und nichts mehr machte, ein anderer Teil bisherige Tabuthemen bearbeitete, zum Beispiel Parteisäuberungen, wieder andere versuchten, sehr selbstkritisch in den alten Gebieten weiterzukommen. Wenn ich mir das heute anschau, dann haben viele eine Rolle rückwärts gemacht, sind inzwischen von der selbstkritischen Darstellung wieder weg und sagen: so schlimm war es doch gar nicht und sie versuchen, die „positiven“ Seiten der DDR zu finden.

Sie sagen vielleicht, das hat psychologische Gründe, aber ich sehe da zunächst viel einfachere Gründe: Weil viele geglaubt hatten, sie bleiben in der Wissenschaftslandschaft, und zwar in der akademischen, hauptamtlichen, und haben dann feststellen müssen, daß das nicht so ist. Nun fühlen sie sich ins Abseits gedrängt und versuchen, die alten Positionen wieder aufzunehmen. Aber vielleicht ist das ja ein zu einfaches Bild. Vielleicht können Sie dazu etwas mehr sagen. Zweitens, Sie haben den Begriff der Entfremdung gebraucht in einer sehr neuen, eingeeengten Form. Hat das etwas mit dem von Marx im 19. Jahrhundert entwickelten Entfremdungsbegriff zu tun, oder ist das eine andere Terminologie?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Recht schönen Dank. Bitte Herr Eppelmann.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): An einer Stelle, Herr Dr. Maaz, fühle ich mich provoziert, und an einer anderen Stelle möchte ich um Ihre Hilfe bitten. Ich möchte vorausschicken, daß ich über viele Jahre, auch zur DDR-Zeit,

kontinuierliche Kontakte zu Leuten aus der alten Bundesrepublik hatte. Ich bin heute in zwei Gruppierungen tätig, die gesamtdeutsch zusammengesetzt sind, das ist der Bundestag und die CDA. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen wirklich so dramatisch, wie Sie ihn hier beschrieben haben – zumindest nach den Meinungsäußerungen von Menschen, die sich selber eingeschätzt haben und dann „die anderen“ eingeschätzt haben? Es gibt natürlich hier und da Unterschiede, aber ist die große Masse – und ich meine das jetzt gar nicht abwertend – sich nicht doch viel ähnlicher, als Sie gesagt haben?

Das Zweite: Ich bitte Sie, mir zu helfen. Sie waren zwar gestern abend nicht mit dabei. Was passiert bei Menschen, die heute davon schwärmen, wie schön doch unsere Schulbücher damals waren? Haben die das Andere alles vergessen? Oder haben die einen so engen Blick, daß die für sich gesehen tatsächlich die Wahrheit gesagt haben? Ist es möglich, daß ein menschliches Leben so begrenzt, so ausschnittshaft gesehen wird? Ein anderer hat ja gestern abend gesagt, für ihn sei nur sein ganz privater Bereich wichtig gewesen, und alles andere, auch Biermann, hat für ihn keine Rolle gespielt. Was haben Sie da für Erfahrungen?

In dem Zusammenhang eine letzte Frage: Ich erinnere mich immer noch an die Forderungen für die Zukunft, die DDR-Bürger am 4. November gestellt haben, als sie auf dem Alexanderplatz demonstrierten. Und ich weiß noch, was auf den Plakaten stand. Das war unsere erste Demonstration, und ich denke, das sind die wichtigsten Wünsche gewesen, sonst hätte man die nicht aufgeschrieben, denn das war unsere erste Chance. Erhebliches von dem, was auf den Plakaten stand, ist inzwischen Realität geworden. Und trotzdem sind wir nicht voller Freude, sondern viele sind voller tiefer Enttäuschung. Woran liegt das?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Danke. Als nächstes spricht Professor Faulenbach und dann Herr Hilsberg.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe noch eine Frage zur Gegenüberstellung von Westdeutschen und Ostdeutschen. Abgesehen davon, daß der sozialpsychologische Ansatz der Ergänzung durch soziologische Ansätze bedarf, folgender Punkt: Sie haben natürlich die Sozialcharaktere typisieren müssen, Herr Dr. Maaz, aber besteht nicht die Gefahr, daß die Typisierung zu grob wird und den Eindruck erweckt, als wären die verschiedenen Gruppen in sich homogen, was Sie sicher nicht meinen? Wenn Sie sich etwa die Studie der Erich-Fromm-Gesellschaft über die „Charaktermauer“ ansehen, dann wird darin aufgrund einer Befragung von Grundschullehrerinnen in Ost und West gesagt, daß die Westdeutschen autoritärer seien, als sie sich selbst einschätzten, die Unterschiede zu den Ostdeutschen gar nicht so groß sind. Die Westdeutschen sind auch nicht so produktiv, wie sie selbst meinen, daß sie es wären usw. Wenn man sich also die Gruppen genauer ansieht, entspricht manches den Typisierungen nicht. Das heißt, daß wir die Dinge sorgfältig empirisch untersuchen müssen. Ich führe gerade ein Forschungsprojekt durch, in dem wir Arbeitnehmer in Ost und West, jeweils in parallelen Betrieben, ausführlich in-

terviewen. Auf der einen Seite kann ich erhebliche Unterschiede feststellen, aber bestimmte Frustrationserfahrungen, Ich-Schwächen, das kann ich auch bei einem Teil der Westdeutschen feststellen. Das alles zwingt dazu, daß wir mehr differenzieren, sonst kommen wir in der „Therapie“ nicht weit.

Meine zweite Frage: In der gegenwärtigen Phase, in der wir stehen, wüßte ich doch gerne, wie eine gesellschaftliche Therapie aussehen kann. Sie haben gesagt, Trauerarbeit wäre nötig. Wie kann man sich das konkret vorstellen? Was wir gestern abend erlebt haben, war nicht gerade sehr verheißungsvoll. Die Westdeutschen haben nach Ihrer Meinung ja wohl keine Trauerarbeit zu leisten, obwohl Sie ja auch den westdeutschen Sozialcharakter als defizitär ansehen, was selbstkritische Reflexion nahelegt. Wie kann die Aufarbeitung im Osten weitergehen und wie können die Westdeutschen dabei einbezogen werden?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Danke. Jetzt Herr Hilsberg, dann folgt Herr Prof. Wilke.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Herr Dr. Maaz, ich habe eine kritische Anfrage, auf den letzten Teil Ihres Vortrags bezogen, weil Sie dort eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der Spezifik der Ostdeutschen und auch der Unterschiedlichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen vorgenommen haben. Ich bin seit sieben Jahren Mitglied einer großen Fraktion, die zwischen Ost und West gemischt ist, und da hat man wirklich Gelegenheit, über die Unterschiede zwischen Ost und West zu reflektieren. Aber daß die Ostdeutschen gründlicher und analytischer wären, sich mehr bemühten, zu verstehen und zu planen, das kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Auch bei der Analyse scheint mir einiges in sich widersprüchlich zu sein. Wie Sie zum Beispiel eine Erfolgsorientierung und ein kreatives Denken mit Oberflächlichkeit verbinden können, ist mir schleierhaft. Wenn man wirklich erfolgreich sein will, muß man irgendwo gründlich und auch analytisch fähig sein. Sagen wir mal, wenn es stimmt, daß Ostdeutsche gründlicher seien, wie verträgt sich das denn mit Ihrer Bestandsaufnahme der Ich-Schwäche?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Danke. Jetzt als letzter Diskutant Herr Professor Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Maaz, ich habe am Ende Ihres Referats Angst bekommen, was sich im vereinten Deutschland für ein sozialpsychologischer Cocktail zusammenmischt und was der Weg sein könnte, wie wir die Geschichte dieser zwei Diktaturen, dieser zwei Weltkriege, dieser Vereinigung, wie wir das in der schwersten Wirtschaftskrise Deutschlands nach dem Krieg bewältigen könnten und ob dabei nicht am Ende autoritäre Lösungen stehen werden. Ich hatte das Gefühl, daß Sie als Prognose sagen wollten, daß die Deutschen sich eigentlich danach sehnen. Sie sehnen sich nach dem „starken Mann“, den vereinfachenden Lösungen und das Nachdenken über das, was Burrichter als demokratische Kultur bezeichnete, verschwindet, weil alles wie-

der einfach und klar sein soll. Hier kommen dann ja auch die Feindbilder zum Tragen.

Mich interessiert außerdem, was eigentlich das „eigene“ des vereinten Deutschlands ist? Wenn diese beiden Sozialisationen so gegensätzliche Wirkungen in West und Ost hatten, wie ist dann 1989 zu erklären? Die Maueröffnung war ja eine nationale Gefühlseruption, und ohne sie wäre es gar nicht gegangen. Ich gruppiere mich in die Reeducation-Generation unter den Westdeutschen ein. Als die Amerikaner unser Dorf befreiten und besetzten, war ich vier Jahre alt. Die Amerikaner hatten, genau wie die Russen, eine klare Umerziehungskonzeption. Wir haben in der Enquete-Kommission viel zu wenig darauf geachtet, daß die Westdeutschen nach 1945 ja auch nicht mehr über das Eigene verfügen konnten, sondern der Westen verfügte über uns. Und was die Reeducation-Generation erlernen und erfahren mußte, war, daß unsere Väter viel Schuld auf sich geladen haben, daß sie Täter waren, daß sie aus dem Krieg zurückkamen oder nicht. Sie konnten nicht darüber reden, was sie alles erlitten und erfahren hatten, sondern sie mußten sich sozusagen am Pranger anhören, was sie angerichtet hatten. Diese Geschichte hat sich dann um 1960 bei uns entladen, als wir um 20 waren. Ich weiß noch, mit welchem Hochgefühl und mit welcher Überheblichkeit wir dann gewissermaßen die Nazis noch einmal erschlagen haben, die ja schon lange geschlagen waren. Mein Umkehrerlebnis geschah 1968, als ich „LTI“ von Victor Klemperer las, weil ich einen Schrecken über die Sprache bekam, die ich selber sprach.

Wir haben hier gewitzelt, daß wir eine Massentherapie bräuchten. Nun kann man eine Massentherapie nicht organisieren. Ist es nicht aber so, daß dieses Geschichtenerzählen, der Wahrheit ins Auge sehen, was wir als Volk in diesem Jahrhundert erlebt haben, vielleicht die einzige Chance ist, um Demokratie zu befestigen und in der Folge demokratische Lösungen auch zu leben?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Danke, Herr Prof. Wilke. Wir können uns jetzt der ausführlichen Antwort von Herrn Dr. Maaz widmen.

Dr. Hans-Joachim Maaz: Als erstes ging es um die Frage, ob man die Befunde zu Ost- und Westdeutschen verallgemeinern könnte. Es ist ein erstaunlicher Befund, daß bei bestimmten Fragen die Ost-West-Zugehörigkeit immer noch am wichtigsten ist, was man aber natürlich differenzieren kann und muß. Wenn man fragt, wer in den neuen Verhältnissen gut angekommen ist, dann hat das was mit Alter, Geschlecht, Wohnort, Beruf, Bildung bis hin zur Nähe zum ehemaligen politischen System zu tun. Das kann man differenzieren nach sozialen Parametern, aber wenn es um die beschriebene Befindlichkeit geht, dann ist die Zugehörigkeit zu Ost oder West noch immer stärker als alle anderen Differenzierungen. Selbst die, denen es äußerlich besser geht, tragen immer noch typische seelische Probleme mit sich. Sie leben zwar in den neuen Verhältnissen äußerlich auf, sind aber innerlich in bestimmter Weise unzufrieden.

Es gibt in der Tat auch Phasen der psychosozialen Befindlichkeit. Man kann die Zeit vor der Wende betrachten, mit den beschriebenen Spaltungen und Projektionen, dann kommt in der Wende eine Phase von Euphorie und Aufbruchsstimmung, dann eine Phase von Enttäuschung und Ernüchterung, die mit dem Kennenlernen zusammenhängt und mit der Tatsache, daß man in der Gesellschaft noch nicht angekommen ist, Stichwort Arbeitslosigkeit, Abwertung usw. Gegenwärtig befinden wir uns in einer Phase einer doch deutlicher gewordenen Differenzierung, einer wahrgenommenen Kluft, einer größeren Distanz. Die Fremdheit und Unterschiedlichkeit wird erst heute deutlicher wahrgenommen.

Jetzt läge meiner Meinung nach die Chance darin, daß wir die Unterschiede, die jetzt deutlich sind, versuchen, tatsächlich zu verstehen aus den unterschiedlichen Einwirkungen, die wir gesellschaftlich, sozial erfahren haben und auch als Einseitigkeiten sehen. Wir könnten uns ergänzen. Wenn wir nur die Vorurteile nehmen, wenn wir Ostdeutschen etwas mehr unsere Behinderung in der Selbstbehauptung wahrnehmen könnten, könnten wir uns besser angleichen, müßten aber bei den Westdeutschen eine größere Bereitschaft finden, ihre Durchsetzungsfähigkeit als Problem genannt zu bekommen.

In allen tiefenpsychologischen Interviews sagen die Westdeutschen, wie sehr sie darunter leiden würden, daß sie sich so entwickeln mußten: immer gut drauf sein, immer stark, immer dynamisch usw., wie miserabel sie dieses Leben finden, daß sie äußerlich darstellen, und daß sie innerlich Leidende sind. Wenn das ein Ostdeutscher hört, dann wirkt das auf ihn wie Honig. Es wirkt tröstlich, daß es im Westen hinter der Maske auch ähnliche Probleme gibt, die nur anders begründet sind.

Meine Formel der Entfremdung bezieht sich zunächst auf Sozialpsychologisches, also auf die Erziehung. Man unterscheidet zwischen fremdem und wahren Selbst. Das wahre Selbst wird nicht befördert, das fremde Selbst wird befördert. Das ist natürlich angelehnt an marxistisches Gedankengut, da gibt es tatsächlich Brücken, weil diese Entfremdung über die Erziehung etwas mit Arbeitsbedingungen und gesellschaftlichen sozialen Bedingungen zu tun hat. Das ist für uns wichtig, wie wirken gesellschaftliche Verhältnisse, Erziehung in den Schulen, Normen in den Familien, die sich am Ende im Individuum realisieren. Die psychische Entfremdung ist nicht von den gesellschaftlichen Verhältnissen abgelöst zu denken.

Zu den Unterschieden, Herr Eppelmann. Ich denke auch, im Grunde genommen ist sich die Mehrzahl der Menschen ähnlicher, als sie das wahrhaben wollen, aber die Untersuchungen, die Befragungen zeigen die deutlichen Ost-West-Unterschiede. Da sieht man wieder diese Spannung zwischen Selbst- und Fremdbild. Die Ostdeutschen haben ein größeres Selbstwertgefühl, als sie das bei Befragungen zugeben. Der Ostdeutsche fühlt sich im Vergleich zum Westdeutschen insgeheim als der bessere Mensch. Die Westdeutschen fühlen sich hinter ihrer Maske der erfolgreichen Wirkung im Grunde genommen viel unsicherer. Die Maske ist anders, aber in der Tiefe sind die Befunde ähnlich.

Insofern, Herr Wilke, ist meine Befürchtung, daß die Sehnsucht nach autoritären Lösungen in Ost und West ungebrochen ist. Im Osten erstmal stärker, weil wir einen Aufbruch wie 1968 noch nicht hatten. Ich wünschte, wir hätten so was gehabt, sozusagen eine innere Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus in uns selbst und in den Strukturen. Ich würde aber sagen: Eines haben wir im Osten den Westdeutschen schon voraus. Durch den Umbruch, die völlige Umwertung unseres Lebens, ist ein Teil Trauerarbeit dort schon geschehen. Aber auch die Westdeutschen werden sich auf andere Lebensbedingungen einstellen müssen, wo sie nicht mehr so selbstverständlich sozial abgesichert sind. Da steht ihnen noch die Trauerarbeit bevor.

Damit das nicht in Sehnsucht nach autoritären Bedingungen ausklingt, wäre eine Therapie nötig, den Menschen zu helfen, ihre innere Entfremdung zu mildern, damit sie miteinander in demokratischere, solidarischere Beziehungen kommen, und nicht ins Feindbilddenken abdriften und damit wieder in Führersehnsucht. Die Gefahr besteht ja schon darin, daß die wachsende Kriminalität, der Deutschland oder Westeuropa ausgesetzt ist, den Ruf nach strengeren Maßnahmen und Gesetzen befördert, weil die Leute wie Süchtige auf materielles Wachstum orientiert sind.

Es müßte einer Therapie gelingen, die Menschen mehr auf Beziehungsfragen zu orientieren, weg vom materiellen. Der Psychotherapeut weiß, daß das sogar befriedigender ist. Wenn sie das für sich gewinnen, dann sind sie weniger interessiert, zu konsumieren, weniger interessiert, Macht über Menschen auszuüben, und natürlich weniger interessiert, sich unterzuordnen. Sie können aus einer ehrlicheren, offeneren, gleichwertigeren Beziehung mehr Befriedigung gewinnen, als aus diesen äußeren Dingen. Das wäre eine Chance. Was könnte die Politik dazu tun? Dazu bin ich nicht kompetent. Sie müßte vielleicht bei politischen Entscheidungen stärker die psychologischen Bedingungsanalysen berücksichtigen und darüber nachdenken, wie sie die Menschen wirklich erreichen könnte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Könnten Sie zu meiner Frage zu der Sichtweise der Schulbücher noch etwas sagen?

Dr. Hans-Joachim Maaz: Natürlich. Das Seelenleben ist normalerweise auf Abgrenzung und Schutz und auf Verdrängung orientiert. Wenn wir diese frühen sozialen Bedingungen von Annahme, Bestätigung, Geliebtsein, Gemochtsein usw. nicht erleben, blenden wir das aus der Seele aus und verdrängen es, so daß die Erinnerung an die schmerzhaften frühen Erfahrungen ausgesperrt ist. Das heißt, es ist sehr gut denkbar, daß man sich an die schlimmen Seiten einer gesellschaftlichen Situation real nicht mehr erinnert, und daß man sagen kann: es war doch alles gut. Das ist die Erkenntnis der analytischen Psychotherapie, die über mühsame, langjährige Arbeit Menschen dazu ermutigen will, sich an diese frühen Erfahrungen zu erinnern und sie emotional zu verarbeiten. Auch das Böse wird in dieser Weise aus der Erinnerung verdrängt. Dieser Mechanismus erklärt für mich viele heutige Stellungnahmen von ehemaligen Stasimitarbeitern, die sich real nicht mehr erinnern, was sie getan haben. Diese

Leute müßten über eine Therapie mühsam wieder zur Erinnerung geführt werden.

Außerdem gab es in der DDR tatsächlich soziale Milieus, die so stark von einander geschieden waren, daß sie voneinander nichts wußten. Es gab Leute aus staatsnahen Milieus, die hatten keine Ahnung vom kirchlichen Leben oder vom Alternativleben, wie andersrum auch. Es gab enorme Abschottungen der Kenntnisnahme von anderen Milieus der DDR, das kann man heute kaum noch glauben, obwohl es ja äußere Berührungspunkte gab.

Dazu kamen die schon genannten Mechanismen der seelischen Abspaltung und Verdrängung, daß man einfach das nicht zur Kenntnis nehmen will, was man nicht zur Kenntnis nehmen durfte. Es gab Parteifamilien, wo kein Westfernsehen angeschaltet wurde. Es gab andere Familien, wo kein Ostfernsehen angeschaltet wurde. Die Enttäuschung, von der Sie sprechen, hat damit zu tun, daß das Aufleben, die Hoffnung, sich nach 1989 aus dieser Selbstabwertung heraus zu entwickeln, in dem Moment kaputt gemacht wurde, wo die Devise war: Ihr braucht euch nicht selbst zu entwickeln, ihr braucht nur unser Modell zu übernehmen. Wo also eine Vereinigung nicht mehr stattfand, sondern ein Beitritt. Ich habe selbst aktiv an der Ausarbeitung von Erziehungsvorstellungen mitgewirkt, bis uns gesagt wurde: das braucht ihr gar nicht, wir übernehmen das jetzt von Niedersachsen oder von Bayern, je nach dem, wo wir lebten. Damit waren sozusagen unsere eigene Bemühungen, in mehr Selbständigkeit hereinzuwachsen, abgeschnitten, unterbrochen.

Wir haben damit erneut eine Kränkung erfahren: Ihr seid nichts wert, wir brauchen euch nicht. Damit sind die Entwicklungspotenzen, die es gab, erneut beschädigt worden und dadurch ist die Enttäuschung zu begründen, das Gefühl, nicht aus eigenen Kräften die Veränderung mitvollziehen zu können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Maaz, für diesen deduktiv analytischen Vormittag. Herr Eppelmann hat das Wort.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir machen jetzt eine Pause und beginnen um 11 Uhr wieder pünktlich.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns auch weiterhin mit unserer kostbaren Zeit so verantwortlich umgehen. Deshalb bitte ich unser geschätztes Kommissionsmitglied, Herrn Prof. Dr. Faulenbach, weiterzumachen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir kommen jetzt zum Abschnitt „Veränderung im Konsum- und Freizeitverhalten“. Wir haben gestern einige Fragen hierzu bereits angesprochen, aber anders als gestern wollen wir nun versuchen, die Veränderungen, die seit 1989/90 eingetreten sind, in den Vordergrund unserer Betrachtungen zu stellen. Wir haben zwei empirische So-

zialforscher eingeladen, die uns helfen werden, über die Veränderung im Konsum- und Freizeitverhalten nachzudenken.

Ich darf Ihnen zunächst die Referenten vorstellen. Das ist zum ersten Herr Dr. Herbert Geiger. Er ist Wirtschaftswissenschaftler, hat aber viele Jahre in der Demoskopie gearbeitet, war von 1964 bis 1979 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Demoskopie Allensbach. In den Jahren 1979 bis 1995 leitete er die Presseabteilung beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft. Seit 1996 ist er Leiter des Bonner Büros des Instituts für Demoskopie Allensbach. Zum zweiten darf ich Ihnen Herrn Dr. Harald Michel vorstellen. Er ist Diplomsoziologe, hat von 1980 bis 1991 am Institut für Demographie der Humboldt-Universität gearbeitet, war dort Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte und ist seit 1992 Geschäftsführer des Instituts für angewandte Demographie in Berlin. Schönen Dank, daß Sie gekommen sind. Es beginnt Herr Geiger mit seinen Ausführungen. Beide Herren haben jeweils nur 15 Minuten Zeit für ihren Vortrag. Das ist sehr knapp angesichts der Komplexität der Fragestellungen, aber vielleicht gelingt es Ihnen doch, im Zeitrahmen zu bleiben.

Dr. Herbert Geiger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem spannenden Thema „Entwicklungen in den neuen Bundesländern im Vergleich zur Situation in den alten“ möchte ich Ihnen aus unserem Allensbacher Material mir besonders interessant erscheinende Befunde vorstellen, und zwar aus den Bereichen ökonomische Einstellungen, wirtschaftliche Lage und Verhaltensweisen, Konsumorientierung und Mediengewohnheiten.

Ganz global läßt sich sagen, daß in den meisten Konsum- und Lebensbereichen das Aufeinanderzugehen und das Sichanpassen überwiegt. Die Ostdeutschen passen sich den Westdeutschen an, aber auch die Westdeutschen in verschiedener Hinsicht den Ostdeutschen. Ins Auge sticht – und das halte ich für einen recht bedenklichen Befund – daß in den neuen Bundesländern die Kritik an unserem Wirtschaftssystem geradezu dramatisch wächst, während gleichzeitig die Verhältnisse in der alten DDR aus heutiger Sicht sehr viel rosiger gesehen werden als unmittelbar nach der Wende. So hatten 1990 noch mehr als drei Viertel der neuen Bundesbürger vom Wirtschaftssystem der Bundesrepublik eine gute Meinung, Ende 1996 nur noch knapp ein Viertel. Gleichzeitig sagen heute 41 Prozent, daß sie von der Bundesrepublik keine gute Meinung hätten, gegenüber nur fünf Prozent sechs Jahre früher.

Auch in den alten Bundesländern ist die Kritik an unserem Wirtschaftssystem gewachsen. Aber nur ein Viertel äußert eine dezidierte Skepsis. 1996 treten 55 Prozent der Ostdeutschen für eine staatliche Preiskontrolle für wichtige Lebensmittel ein, unter den Westdeutschen plädieren knapp 30 Prozent dafür, aber sechs von zehn lehnen eine solche Kontrolle ab. Ein Blick in die fünfziger Jahre zeigt allerdings, daß seinerzeit auch in Westdeutschland Preiskontrollen mehrheitlich befürwortet wurden. Von 1948 bis 1958 votierten rund 70 Prozent der Bürger dafür. Dieser Rückblick liefert doch einen gewissen Anhaltspunkt dafür, wie lange es letztendlich doch dauert, sich mit der Umstellung

von einer gewohnten Wirtschaftsordnung auf eine andere anzufreunden, auch wenn man mit der alten nicht zufrieden war.

In den neuen Bundesländern ist zweifellos eine beachtliche, sich verstärkende DDR- Nostalgie zu registrieren. Vor allem trauert man dem Gleichheitsideal nach. Eine eindrucksvolle relative Mehrheit ist der Ansicht: Wir waren alle gleich und wir hatten Arbeit, darum war es eine schöne Zeit. So haben sich auch die ursprünglich positiven Urteile in den neuen Bundesländern über den Kapitalismus abgeschwächt. 1995 war man sehr viel weniger der Ansicht als 1990, daß der Kapitalismus Fortschritt bedeute, erfolgreich sei und die Freiheit repräsentiere. Wirtschaftskrisen und Ausbeutung werden viel häufiger mit Kapitalismus in Verbindung gebracht. Auf der anderen Seite wird der Sozialismus viel freundlicher gesehen als 1990. Beschreibungen wie bürokratisch, überholt, radikal wurden weniger genannt, hingegen sehr viel häufiger die Attribute kameradschaftlich, friedlich, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle, sogar Freiheit.

Die persönlichen Erfahrungen mit dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik sind allerdings viel positiver als die Urteile über das System. Eine absolute Mehrheit der Ostdeutschen und zwei Drittel der Westdeutschen versichern, persönlich noch nicht unter diesem System gelitten zu haben. Vor die Wahl gestellt: Soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft plädieren heute 55 Prozent der Ostdeutschen und 80 Prozent der Westdeutschen für die soziale Marktwirtschaft. Auch die wirtschaftliche Lage wird sehr viel besser gesehen, als die registrierte Systemkritik vermuten läßt. 40 Prozent der Ostdeutschen und rund 50 Prozent der Westdeutschen sagen, es ginge ihnen sehr gut oder gut, nur etwa zehn Prozent in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß es ihnen sehr schlecht oder schlecht ginge.

Auch die Einkommensverhältnisse gleichen sich allmählich an. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist von 2000 auf knapp 3300 Mark in den letzten fünf Jahren gestiegen, in Westdeutschland von knapp 3500 auf 4000. Eine entsprechende Anpassung zeigt sich auch beim frei verfügbaren Einkommen der Haushalte.

Um zu erfahren, wie man die allgemeine Entwicklung beurteilt, wurden die Befragten gebeten, auf einer Skala einzustufen, wie weit in unserer Wirtschaftsordnung die Marktwirtschaft oder das Soziale überwiege und wie man das Verhältnis von Marktwirtschaft und Sozialem in etwa zehn Jahren einstuft. Der Mittelwert wäre genau 3,0. Der marktwirtschaftlichen Komponenten werden schon heute eindeutig das größere Gewicht zugeschrieben, in Ostdeutschland noch mehr als in Westdeutschland. In zehn Jahren werde die marktwirtschaftliche Komponente noch eine größere Rolle spielen als heute. Der Durchschnittswert sinkt immer mehr in Richtung 1,0, was die absolute Marktkomponente bedeuten würde. In Westdeutschland, und nur dort, wurde außerdem nachgefragt, wie das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und Sozialem vor zehn Jahren war. Das Verhältnis wurde als ausgewogen gesehen, wir hatten praktisch ein Verhältnis von 3,0.

Nun einige Befunde über die geänderten Besitzverhältnisse, zunächst zum Auto. Von 1990 bis 1996 ist der Anteil der Haushalte in Ostdeutschland, die über keinen PKW verfügen, von 45 auf 25 Prozent zurückgegangen. In Westdeutschland sind es etwa 20 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Autopark in Ostdeutschland drastisch verjüngt. So sind heute in Ostdeutschland nur 27 Prozent der Autos fünf Jahre oder älter, in Westdeutschland 38 Prozent.

Was die Ausstattung der Haushalte mit Unterhaltungselektronik angeht, haben die Haushalte in Ostdeutschland vielfach den Stand in Westdeutschland erreicht, so etwa bei Farbfernsehgeräten und Videorecordern. Auch in den modernen Kommunikationstechniken zeichnet sich ein Nachholprozeß ab. Er ist etwas schwächer beim schnurlosen Telefon, deutlicher beim Mobilfunk, bei Anrufbeantwortern und Telefaxgeräten. Ferner läßt sich beim Besitz von Kreditkarten insbesondere bei Euro-Karten eine zügige Anpassung feststellen.

Sehr unterschiedlich sind noch die Besitzverhältnisse bei Kapital- und Vermögensanlagen. Ein- und Mehrfamilienhäuser besitzen 47 Prozent im Westen und 34 Prozent der Bevölkerung im Osten. Größer ist der Unterschied beim Besitz von Eigentumswohnungen und beim Aktienbesitz. Eine Lebensversicherung haben die Ostdeutschen etwa in gleichem Umfang wie die Westdeutschen abgeschlossen, und sie haben den gleichen Anteil an Investmentzertifikaten in ihrem Portefeuille. Eine besondere Vorliebe bei den Ostdeutschen ist die Festgeldanlage. Bei Bausparverträgen ist der westdeutsche Stand noch nicht erreicht, jedoch ist der Nachholbedarf recht deutlich zu sehen, eine Steigerung innerhalb von fünf Jahren von 15 auf 24 Prozent.

Auch in ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Sparen und zum Geldausgeben sowie zum Ratenkauf gleichen sich die Ost- und Westdeutschen immer mehr. Haben 1991 noch 36 Prozent der Ostdeutschen erklärt, sie schränkten ihre Ausgaben eher ein, zugunsten der Möglichkeit, zu sparen, waren es 1996 nur noch 29 Prozent. In Westdeutschland ist dieser Prozentsatz ziemlich kontinuierlich mit 25 Prozent. Der Ratenkauf, dem die Ostdeutschen 1991 noch recht skeptisch gegenüberstanden, hat sich zügig dem westdeutschen Niveau angepaßt. Über ein Sechstel der Bevölkerung sagen, daß sie größere Anschaffungen auch mal in Raten abbezahlen.

Nun ein Befund zum Thema Urlaubsreisen. Die Anzahl derjenigen in Ost und West, die mindestens einen fünftägigen Urlaub machten, ist mit 59 Prozent in beiden Bereichen gleich groß. Allerdings ist der Anteil der Westdeutschen, die öfter im Jahr mindestens fünf Tage verreisen, fünf Prozent höher als in den neuen Bundesländern. Im ganzen Einkaufs- und Konsumverhalten ähneln sich die Ost- und Westdeutschen eigentlich immer mehr, so zum Beispiel darin, daß man sich beim Einkaufen nur schwer entscheiden kann, ob man auf Sonderangebote achtet, oder ob man Wert auf modernes Design legt. Hochpreisige Feinschmeckerlokale werden zwar von den Westdeutschen noch häufiger als von den Ostdeutschen gelegentlich besucht, aber hier zeigt sich auch tendenziell eine Angleichung.

Eine Anpassung ostdeutscher an westdeutsche Gegebenheiten zeigt sich auch in der Breite der Interessengebiete. 1991 war das Interessenspektrum der Ostdeutschen merklich breiter als bei ihren westdeutschen Landsleuten. 46 Prozent in den neuen und 34 Prozent in den alten Bundesländern erwiesen sich als besonders vielseitig interessiert. In den alten Bundesländern hat sich an dieser Zahl nichts geändert, in den neuen ist aber der Anteil der besonders Interessierten auf 37 Prozent zurückgegangen. Man paßt sich dem etwas niedrigeren Niveau des Westens an. Geschrumpft ist das Interesse in den neuen Bundesländern an Versicherungsfragen, leider aber auch an Fragen der beruflichen Weiterbildung, des Wohnens und Einrichtens, auch an Warentestergebnissen, wo die Schrumpfteile zehn Prozent und höher sind. Auch im Ausführen von Do-it-yourself-Arbeiten haben sich die Ostdeutschen den Westdeutschen angepaßt. Von 14 zur Diskussion gestellten Varianten von Do-it-yourself-Tätigkeiten haben die Ostdeutschen 1991 im Schnitt noch 3,1 durchgeführt, 1996 nur 2,6. Die Westdeutschen waren darin immer weniger aktiv, sie liegen auch heute noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Als sinnvolle Freizeit-tätigkeiten sind vor allem Malerarbeiten und kleinere Reparaturen am Auto zurückgegangen.

Kommen wir zu den Unterschieden in den Mediengewohnheiten. Hier zeigt sich vor allem, daß die Ostdeutschen intensivere Fernsehzuschauer sind. Der TV-Horizont, d. h. die Zahl der Sender, die die Ostdeutschen einschalten, ist in Ostdeutschland breiter als in Westdeutschland, obwohl auch in den alten Bundesländern die Fernsehkultur gewachsen ist. Die Ostdeutschen sehen zu 59 Prozent drei Stunden fern am Tag, die Westdeutschen 45 Prozent. Eine besondere Vorliebe gilt im Osten den privaten Programmen. Sie schalten sie nicht nur wesentlich öfter ein als die Westdeutschen, sondern sie machen das auch zu Lasten der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Das Interesse an Ratgebersendungen ist im Osten merklich größer als im Westen.

Anders als beim Fernsehen erweisen sich die Westdeutschen merklich vielseitiger als ihre ostdeutschen Landsleute beim Lesen von Zeitschriften und Zeitungen. Sie lesen mehr Zeitschriftentitel und greifen auch mehr zu Zeitungen. Die Unterschiede sind ganz deutlich bei Magazinen zum Zeitgeschehen wie Spiegel, Focus, Stern, aber auch deutlich beim Lesen von Reise- und Urlaubszeitschriften. Anders ist die Situation bei Zeitschriften für das Auto und bei Zeitschriften, die sich speziell mit Themen wie Bauen, Umbauen und renovieren befassen. Diese werden häufiger von den Ostdeutschen gelesen.

Interessant ist auch, zu überprüfen, welche Vorstellungen die Ost- und Westdeutschen davon haben, worin sie sich untereinander unterscheiden, wo sie also glauben, daß Unterschiede bestehen. Es gibt sowohl bei den Westdeutschen als auch bei den Ostdeutschen gefestigte Vorstellungen darüber, worin sie in ihrem Verhalten Unterschiede vermuten. So sind vier von zehn Westdeutschen sowohl 1991 als auch 1996 der Ansicht, die Ostdeutschen unterscheiden sich von ihnen in der Frage, was man im Leben für wichtig hält. Noch mehr, nämlich 60 Prozent der Ostdeutschen sehen hier unverändert einen Unterschied. In

der Frage, welches Verhältnis man zu seinem Nachbarn hat, vermuten 1996 noch mehr als 1991, nämlich zwei Drittel, Unterschiede. Für die Westdeutschen ist das kein Thema. Nur ein Viertel sieht Unterschiede. Es gibt aber eine Reihe von Bereichen, in denen man zwar 1991 noch beachtliche Unterschiede vermutete, fünf Jahre später aber doch nur noch in recht begrenztem Umfang. Das trifft vor allem auf Vorstellungen von Lebensbereichen zu, wie man seine Wohnung einrichtet, was man anzieht, worauf man beim Einkommen Wert legt und wie man sich ernährt.

Ich habe versucht, ihnen mosaikartig und in sehr kurzer Zeit verschiedene Untersuchungsergebnisse vorzustellen, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Ost- und Westdeutschen in ökonomisch relevanten Bereichen aufzeigen. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir bedanken uns und setzen fort mit Dr. Harald Michel. Wir sind gespannt, ob die Ergebnisse komplementär oder entgegengesetzt sind.

Dr. Harald Michel: Meine Damen und Herren, ich schließe mich insoweit meinem Vorredner an, als ich ebenfalls Grafiken zeigen werde. Ich werde aber auf die Kommentierung der Grafiken weitgehend verzichten, da ich meinen Vortrag sonst nicht in voller Länge präsentieren kann. Ich habe meinen Beitrag unter den Titel gestellt: „Zwischen Aufholen und Anpassen, Konsum und Lebensstandard in den neuen Bundesländern“. Im wesentlichen geht es dabei um zwei Entwicklungen. Ich möchte zunächst aus einer wirtschaftshistorischen Sicht etwas zur Entwicklung des Konsum- und Freizeitverhaltens in der ehemaligen DDR sagen, und im zweiten Teil werde ich etwas sagen zum Prozeß des Anpassens von Konsumgewohnheiten und Freizeitverhalten in den neuen Bundesländern.

Zunächst also zum Prozeß des Aufholens oder der historischen Herangehensweise. Hier werden klassische Wohlfahrtsindikatoren wie verfügbares Einkommen der Privathaushalte, Konsumverhalten, Konsumausgaben und Verbrauch an Waren des täglichen Bedarfs der privaten Haushalte usw. betrachtet und einer Analyse unterzogen. Hier ist folgende Feststellung zunächst gerechtfertigt: Für die große Mehrheit der Ostdeutschen sind seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland die Konsum- und Einkommensentwicklungen zu den positivsten Momenten des gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses zu zählen. Bei allen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die gegenwärtig in Ostdeutschland bestehen, vor allem durch nach wie vor flächendeckende und ganze Regionen beeinflussende Umstrukturierungsmaßnahmen in Industrie, Landwirtschaft und Verwaltung und daraus resultierende Arbeitslosigkeit und Etablierung sozialer Problemgruppen, haben sich der materielle Wohlstand und die mit diesem einhergehenden materiellen Lebensbedingungen für die übergroße Mehrheit der ostdeutschen Bürger spürbar und statistisch nachvollziehbar verbessert. Das belegen alle seriösen Studien seit 1990.

Den größten Einfluß auf die Veränderung des ostdeutschen Konsumverhaltens, entsprechender Lebensbedingungen und Komponenten des Lebensstandards übte hierbei die gänzliche Umstellung des zum Teil durch chronischen Mangel gekennzeichneten Konsumgüterdienstleistungs- und Reisemarktes der ehemaligen DDR in einen Kaufmarkt mit der vollen Breite eines umfassenden Angebotes aus. Es ist ja bekannt, daß die Wirtschaftspolitik der DDR-Führung in den fünfziger und 60er Jahren primär der umfassenden Industrialisierung gewidmet war. Das muß ich in Eisenhüttenstadt sicherlich nicht besonders betonen. Um sich aus den historisch gewachsenen Wirtschaftsstrukturen des deutschen Reiches zu lösen bzw. auch aus der Notwendigkeit, aus diesen Strukturen herausgeworfen worden zu sein. Diese wirtschaftspolitischen Ausrichtungen, auch bedingt durch schlechtere Startbedingungen in der Folge nach 1945, ich erinnere an Demontagen und Reparationszahlungen in erheblicher Größenordnung, mußten zwangsläufig auf Kosten der Konsumgüterindustrie des privaten Verbrauchs und des materiellen Lebensniveaus gehen.

Erst mit Beginn der 70er Jahre, ich erinnere an den achten Parteitag der SED 1971 und der Proklamierung der Hauptaufgabe der SED mit ihrer proklamierten Parallelität zwischen Steigerung der Bruttoproduktion, Arbeitsproduktivität und Verbesserung der materiellen und sozialen Lebensbedingungen, wandte sich die SED-Führung den Konsumbedürfnissen, Wünschen und Interessen der Bevölkerung verstärkt zu. Zum einen wurde nun die Konsumgüterindustrie direkt angekurbelt, ich erinnere an die Auflagen der Kombinate zur Konsumgüterproduktion, zum anderen wurden auf folgenden Parteitagen und einzelnen Tagungen des ZK der SED Beschlüsse gefaßt und weitestgehend auch realisiert, um die wirtschaftliche Lage bestimmter Bevölkerungsschichten, zum Beispiel junger Ehen, zu verbessern. Allerdings erwies sich schon einige Jahre später, daß diese Strategie der propagandistisch immer wieder hervorgehobenen Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik die Grenzen der zentralistischen Planwirtschaft zu sprengen drohte, zumal die Befriedigung vielfältiger konsumtiver Bedürfnisse der DDR-Bevölkerung zu nicht unwesentlichen Teilen auf Krediten basierte und die Staatsverschuldung vorantrieb.

Seit Mitte der 70er Jahre konnte diese beträchtliche Verschuldung, aber auch die das Wirtschaftssystem negativ beeinflussenden weltwirtschaftlichen Probleme, ich erinnere an die Energiekrise, die Erdölpreiserhöhung und den verschärften Technologiewettbewerb, nur auf Kosten von Abstrichen bei der Verwendung des Sozialprodukts im Inland und beträchtlichen Einschnitten bei den Konsumgüterimporten, vor allen Dingen in den 80er Jahren, kompensiert werden. Die Konsumrealität des DDR-Alltags bis zur Wende 1989 ist somit eng verbunden mit Mangelerscheinungen und Defiziten im privaten Konsum und der Ausstattung der DDR-Haushalte mit modernen und hochwertigen Konsumgütern, mit Versorgungslücken wegen des Fehlens einer genügenden Zahl von Verkaufseinrichtungen, mit Diskontinuitäten in der Belieferung, mit organisatorischen Mängeln im Einzelhandel usw.

Die mangelhafte, im wesentlichen staatlich gelenkte, zentral geplante subventionierte Versorgung der DDR-Bevölkerung in allen konsumtiven Bereichen hatte folgende grundsätzliche Konsequenzen:

a) Obwohl sich die DDR-Führung – insbesondere seit Mitte der 60er Jahre – mit dem Blick auf westliche Konsummodelle verstärkt bemühte, die Konsumtion der Bevölkerung auf eine Verringerung des Anteils des Lebensmittelumsatzes am Einzelhandelsumsatz auszurichten, blieb der Lebensmittel-pro-Kopf-Verbrauch bis zum Ende der DDR, gemessen an westlichen Verbrauchsstrukturen, überdurchschnittlich hoch. Ich verweise hierbei auf Wirtschaftsreformen, neues ökonomisches System der Planung und Leitung usw.

Die Ernährungsgewohnheiten eines Großteils der DDR-Bevölkerung konnten nicht ohne negative Konsequenzen für die Gesundheit in der DDR bleiben. Es ist allgemein bekannt, daß sich viele DDR-Bürger zu fett, zu süß, zu salzig, zu wenig energiebewußt ernährten oder ernähren mußten. Bereits zu Beginn der 80er Jahre schätzten die DDR-Ernährungswissenschaftler, daß jeder vierte erwachsene DDR-Bürger Übergewichtig wäre, weil 33 Prozent zuviel Energie, Alkohol, 54 Prozent zu viel Fett, insbesondere tierisches, sowie zehn Prozent Eiweiß und Kohlenhydrate zu viel verbraucht würden, im Verhältnis zum normativen Verbrauch.

b) Bis zur Wende blieb die Versorgung der durchschnittlichen Haushalte mit technischen Konsumgütern mangelhaft und diskontinuierlich. So kannten DDR-Bürger bestimmte technische, elektrotechnische oder elektronische Gebrauchsgüter für Haushalt und Freizeit nur vom Hörensagen, ich erinnere nur an Wäschetrockner, Geschirrspüler, Mikrowelle usw. Solche Geräte entziehen sich dem Vergleich, weil sie in DDR-Statistiken nicht auftauchen können. Eine besondere Bemerkung sei in diesem Zusammenhang dem PKW-Besitz in der ehemaligen DDR gewidmet, weil nur so die gigantische Kaufflut auf diesem Markt nach der Wende zu verstehen ist. 1989 besaß gut die Hälfte der DDR-Haushalte einen PKW. Ein Gebrauchsgut, auf welches von der Bestellung bis zur Zuteilung der durchschnittliche DDR-Haushalt Wartezeiten von bis zu 18 Jahren in Kauf nehmen mußten. Gut 80 Prozent des PKW-Bestandes der Privathaushalte entfielen in den letzten Jahren auf Produkte der einheimischen Automobilindustrie. Die Marken dürften bekannt sein. Der Rest entfiel fast vollständig auf andere Ost-Produkte, vor allem aus der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Nur ein Prozent – daß sind 41500 PKW – kamen aus dem sogenannten Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) und dem damaligen Jugoslawien. Ganz abgesehen davon, daß die technischen Standards der PKW-Produktion in der DDR und in den anderen Ostblock-Staaten nicht mit westlichen Qualitätsmaßstäben und Käuferwünschen zu messen waren, hatte der PKW-Besitz in der Konsumwerthierarchie der DDR-Bürger einen gänzlich anderen, weitaus höheren Stellenwert. So wurden DDR-Fahrzeuge jahrelang liebevoll gepflegt – soweit es die schwierige Lage des Ersatzteilmarktes zuließ, selbständig repariert und in der Regel weit über ihren Zeitwert als Gebrauchtwagen wieder verkauft.

c) Seit der Konsumgütermarkt in der ehemaligen DDR die sich im Umlauf befindliche reale Geldmenge der privaten Haushalte seit Beginn der 80er Jahre nicht mehr abzufangen in der Lage war, stiegen die privaten Spareinlagen der DDR-Bevölkerung außerordentlich schnell, zumal fast jeder durchschnittliche Haushalt in der Regel über zwei Erwerbspersonen verfügte. Ich verweise auf die neunzig Prozent Beschäftigungsquote der Frauen. Dazu kommt die „zweite Lohntüte“ durch subventionierte Lebensmittel. Das gesamte Spektrum der finanziellen Entlastung der DDR-Haushalte durch sozialpolitische Maßnahmen ermöglichte den DDR-Bürgern, in beträchtlichen Größenordnungen finanzielle Rücklagen zu bilden. Diese Entwicklung verläuft interessanterweise parallel zur Verschuldung der DDR im Ausland. Man kann also sagen, daß große Teile der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einer inneren Verschuldung, wenn man so will, einer verdeckten Inflation, und mit Krediten aus dem Ausland finanziert worden sind.

d) Auch die Lebensbedingungen im Freizeitbereich der DDR-Bürger konnten nicht unbeeinflusst von diesen defizitären Konsumsituationen bleiben. Wie die bis jetzt unveröffentlichten und von unserem Institut jetzt ausgewerteten Ergebnisse soziologischer Untersuchungen des Freizeitbereiches arbeitender DDR-Bürger in den 80er Jahren ausweisen, wurden Versorgungsengpässe, Lücken im Versorgungs- und Dienstleistungssystem, Belastung durch Hausarbeit, wenig Möglichkeiten für Geselligkeit im unmittelbaren Wohnumfeld und anderes mehr sehr wohl als Belastungen des individuellen Zeitfonds wahrgenommen, was den Wunsch nach Veränderung zum Ausdruck bringt. Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich zum Teil auch auf Untersuchungen am Eisenhüttenkombinat und spiegeln die Realität des Freizeitverhaltens in den 80er Jahren wieder.

Generell kann zum DDR-Alltag in der Freizeit auf der Basis der sehr spärlich vorliegenden Untersuchungsergebnisse eingeschätzt werden, daß er weitaus weniger als angenommen politisiert, gesamtgesellschaftlich durchorganisiert und zentral vorgegeben war. Der Erholungsfunktion und den privaten Interessen und Neigungen wurde viel Bedeutung beigemessen, also auch den privaten Nischen, der individuellen Gestaltung der Freizeit, die stark familienorientiert, auf Instandhaltung, Pflege und individuelle Modernisierung des Privatbesitzes ausgerichtet war, sowie der Geselligkeit, den Freundschaften und der individuellen Kommunikation gewidmet war.

Das wird durch eine der wenigen westlichen Studien bestätigt, die sich mit DDR-Freizeit beschäftigen. Die Ebert-Stiftung schreibt dazu 1984: Ein wesentliches Vorurteil besagt, daß DDR-Menschen kaum Freizeit hätten, weil sie dauernd zu politischen Veranstaltungen müßten, zu Aufbaueinsätzen gerufen würden usw. Die Politisierung sei der große Freizeitkiller in der DDR. Wer sich genau mit den DDR-Verhältnissen vertraut macht, wird bald merken, daß diese Behauptung mit der Wirklichkeit – was den einfachen DDR-Bürger betrifft – nicht viel zu tun hat. Aktuelle Untersuchungen zum Freizeitverhalten der Bürger der ehemaligen DDR, liegen gegenwärtig – unserer Kenntnis nach

– bis auf wenige Ausnahmen – noch nicht in Dimensionen vor, die eine vergleichende Analyse möglich machen. Vieles scheint aber darauf hinzudeuten, daß zeitraubende Tätigkeiten, die der individuellen Versorgung des Haushalts und der Familie mit Waren des täglichen Bedarfs zu DDR-Zeiten geschuldet waren und als Belastungen empfunden wurden, heute bereits weitgehend der Vergangenheit angehören.

Erste Untersuchungen unseres Instituts aus den Jahren 1992/1993 zu aktuellen Belastungen im Freizeitbereich zeigen deutlich, daß eine unzureichende Versorgung bzw. Mängel im Dienstleistungssystem kaum noch als Belastung empfunden werden, weil sich die Situation wesentlich geändert hat. Eher wird der zunehmende Zeitaufwand für diverse Behördengänge wohl als Ausdruck des sich „Zurechtfindens im neuen Gesellschaftssystem“ beklagt. Auch weisen die im folgenden noch darzustellenden Veränderungen im Konsumverhalten, in der Struktur der Geldausgaben sowie in der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsum- und Gebrauchsgütern auf ein aufholendes Anpassen des Ostens an den Westen im Freizeitbereich hin.

Von Ostdeutschen wird jedoch nach wie vor der häusliche Bereich als Raum für diverse Freizeittätigkeiten stärker favorisiert als von Westdeutschen. Nicht nur daß weniger auswärts gegessen wird bzw. weniger Gaststätten, Theater und Sportstätten besucht werden, auch die Beschäftigung mit und in der Familie, vor allem mit Kindern, hat für Ostdeutsche einen höheren Stellenwert. Das könnte folgende Ursachen haben: Ostdeutsche Haushalte verfügen im Durchschnitt über geringere Einkommen als im Westen, somit sind die finanziellen Möglichkeiten im Freizeitbereich begrenzter. Überdies weist die Bevölkerungsstruktur in den neuen Bundesländern noch einen höheren Anteil an Familien mit Kindern auf. Ostdeutsche verfügen aufgrund der längeren Jahresarbeitszeit auch effektiv über weniger arbeitsfreie Zeit. Somit nehmen Tätigkeiten im familiären Bereich, die zum Teil auch mit häuslichen Pflichten verbunden sind, automatisch einen größeren Teil der zur Verfügung stehenden Zeit ein.

Ich habe jetzt noch einen Teil, der sich mit aktuellen Tendenzen beschäftigt. In allen wesentlichen Bereichen der Einkommens-, Konsum- und Verteilungsverhältnisse, bei ziemlich allen Preisen für Konsumgüter und Dienstleistungen, bei wesentlichen Konsumtionsbedürfnissen und -bedingungen und dem erreichten Verbrauchsniveau der DDR-Bürger, haben sich seit 1990 fundamentale Veränderungen vollzogen. Die Einführung des Währungssystems der Bundesrepublik führte zum Beispiel zu: Anpassung der Löhne und Gehälter, Anpassung von Renten, differenzierter Umtausch von Bargeld und Sparguthaben, Abwertung von Lebensversicherungen und Krediten. Preise für Konsumgüter aller Art veränderten sich total, Konfektionserzeugnisse, Genußmittel, Haushalts- und Freizeitgüter wurden erheblich günstiger bzw. kamen erstmalig auf einen für Ostdeutsche zugänglichen Markt. Darauf konzentrierten sich zunächst auch die Einkäufe vieler Ostdeutscher. Daß dies auch zu den bekanntesten Verkehrs- und Infrastrukturproblemen in den ostdeutschen Ländern führte, sei

nur am Rande erwähnt. Der private PKW ist nach wie vor des Ostdeutschen liebstes Kind, das zeigen auch die Ausgaben der Privathaushalte für den PKW. Die Analysen, die Herr Dr. Geiger zum privaten Kfz-Bestand in Ostdeutschland gemacht hat, bestätigen sich hier übrigens. Wenn man die Ausgaben für Kfz-Reparaturen vergleicht, die außer 1994 unter denen in Westdeutschland lagen, deutet die Analyse auf bessere und neuere Fahrzeuge hin. Lebensmittelpreise zogen durch den Wegfall staatlicher Subventionen zum Teil kräftig an, niedrige Preise, wie Verkehrstarife, Mieten usw. blieben zunächst unverändert. Erst später, wie zum Beispiel bei den Mieten, nahmen sie durch erhebliche Erhöhungen Einfluß auf die jeweiligen Familienbudgets. Nachhaltige Veränderungen der verfügbaren monatlichen Einkünfte waren auch mit der Einführung des Lohnsteuer- und Sozialabgabensystems verbunden.

Somit waren es im wesentlichen drei Komponenten, die mit der Umstellung des gesamten Wirtschafts- und Sozialgefüges der ehemaligen DDR den materiellen Lebensstandard, den allgemeinen Wohlstand und auch das Freizeitverhalten in den neuen Ländern beeinflussen:

- a) die direkte Verfügbarkeit über Waren aus westlicher Produktion,
- b) die Einführung des Währungssystems der alten Bundesrepublik, sowie
- c) die völlig veränderten Preisstrukturen zwischen den einzelnen Gütern.

Die Veränderungen hinsichtlich des materiellen Wohlstands in den neuen Bundesländern sind nur sachlich zu bewerten, wenn berücksichtigt wird, daß es sich im Vergleich zu den alten Bundesländern um ein erheblich niedrigeres Bruttosozial- und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner handelt. Ein entsprechender Ost/West-Vergleich verdeutlicht, daß insbesondere die erheblichen Transferleistungen die Ursache dafür sind, daß die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern auf den Gebieten Einkommen, Konsum und Verbrauch deutlich geringer sind als die entsprechenden wirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten. Die für die Entwicklung individuellen materiellen Wohlstands und dem Lebensstandard bedeutsamen Erwerbseinkommen, Sparvermögen und Renten unterlagen nach 1990 ebenfalls massiven Veränderungen. Nach neueren Untersuchungen haben sich in Ostdeutschland die nominalen Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten in fünf Jahren fast verdoppelt. Sie liegen jetzt bei 2044 DM in den neuen und 2687 DM in den alten Bundesländern. Wir sehen also auch hierbei den Anpassungsprozeß, der sich allerdings in den letzten Jahren nur auf einem sehr geringen Niveau der Anpassung weiterbewegt.

Zum Sparverhalten möchte ich hier nichts weiter ausführen, das ist relativ ausführlich getan worden, ich sage jedoch etwas zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte. Die für die große Mehrheit der ehemaligen DDR-Bevölkerung vollkommen neuartigen Angebotsbedingungen führten nicht zu einem Konsumrausch. Mit der neuen Währung wurde mehrheitlich recht besonnen umgegangen, lediglich in der zweiten Hälfte des Jahres 1990, von Juli 1990 bis Anfang 1991, zeigte sich ein massenhaftes Konsumverhalten. Dieses Konsumverhalten war in erster Linie darauf gerichtet, Konsumgüter zu erwerben, die

es bis dahin in der DDR nicht ausreichend oder nur in minderer Qualität gegeben hatte. Die zügige Einkommensentwicklung machte es ostdeutschen Haushalten möglich, angestaute und unter den Bedingungen der Planwirtschaft der DDR nicht realisierte Konsumwünsche innerhalb kurzer Zeit umfänglich zu befriedigen. Das zeigt auch die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern. Hier ist fast westliches Niveau erreicht.

Noch etwas zur Struktur der Geldausgaben: Es wird ersichtlich, daß die Struktur des privaten Verbrauchs ostdeutscher Haushalte sich der Verbrauchsstruktur vergleichbarer westdeutscher annähert. Es zeigen sich deutlich drei massive Strukturverschiebungen, die im wesentlichen der bereits dargestellten Verbrauchsstruktur durchschnittlicher DDR-Haushalte geschuldet sind:

1. Verringerung des Ausgabenanteils für Nahrung und Genußmittel,
2. Beträchtliche Erhöhung des Anteils für Wohnungsmieten und Wohnnebenkosten,
3. Verringerung der Ausgaben für Verkehr, Nachrichtenübermittlung, PKW usw.

Trotz dieser Angleichung gibt es jedoch ostdeutsche Spezifika in den Konsum- und Verbrauchsstrukturen, die insbesondere durch die unterschiedlichen Einkommen in ost- und westdeutschen Privathaushalten, durch die geringeren materiellen und finanziellen Vermögen ostdeutscher Haushalte wie auch durch Rückstände in der Ausstattung ostdeutscher Haushalte, in Umfang und Qualität des Konsums und auch durch andere Konsumgewohnheiten gekennzeichnet sind. Ich möchte dies hier auf drei Charakteristika beschränken:

1. Gewinne, bezogen auf das verfügbare Einkommen, dem Konsum und Verbrauch sind auf der Basis entsprechender Einkommenszuwächse für den überwiegenden Teil ostdeutscher Privathaushalte nachzuweisen. Bei der Einkommensdifferenzierung ist in erster Linie der Erwerbsstatus ausschlaggebend.
2. Im Ergebnis veränderter Einkommens- und Marktbedingungen, also dem Waren- und Leistungsangebot, haben sich im wesentlichen Ausgaben, Strukturen und Konsumgewohnheiten der Ostdeutschen verändert. Das Konsumverhalten bewegt sich zwischen Nachholbedarf und Anpassung.
3. Der wirtschaftliche und soziale Umbau des ehemaligen DDR-Gesellschaftsgefüges ist auch weiterhin mit sozialen Unsicherheiten und Zukunftsängsten verbunden und bewirkt somit ein Sicherheitsdenken, in dessen Ergebnis verstärkte Rücklagen in Form von Sparguthaben gebildet wurden und werden. Das beweist auch die höhere Sparneigung ostdeutscher Haushalte. So viel in der gebotenen Kürze. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, ich denke, daß wir zwei komplementäre, jedenfalls sich kaum widersprechende Referate gehört haben. Vielleicht hätten wir das zweite vorziehen sollen, weil es stärker die historische Dimension verdeutlicht, aber wir können beide

Aspekte unschwer zusammen sehen. Der erste derjenigen, die Anfragen haben oder Kommentare machen wollen, ist Kollege Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Geiger, ich habe nur eine ganz kurze Frage. Die Daten sind natürlich sehr aufschlußreich und interpretierbar, aber was ich gerne gesehen hätte, und vielleicht ist so etwas feststellbar, sind generationspezifische Unterschiede, gerade dort, wo es sich um fundamentale Fragen unserer Ordnung handelt, also Assoziationen zu Kapitalismus, Assoziationen zum Sozialismus. Gibt es ähnliche Angaben für verschiedene Altersschichten, den 20- bis 30-jährigen, den 30- bis 40-jährigen, so daß man die Unterschiede feststellen kann. Das wäre für die Beurteilung der zukünftigen Perspektive, auch im Hinblick auf Empfehlungen, eine sehr wichtige Ergänzung. Dankeschön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Der nächste ist Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine Frage schließt sich direkt an die Frage von Herrn Jacobsen an. Mich würden regionale Unterschiede interessieren, also inwiefern es ein Stadt-Land-Gefälle gibt. Meine andere Frage: Es ist frappierend, daß auf der einen Seite eine erstaunliche Angleichung im Konsum und im Verbraucherverhalten stattfindet und auf der anderen Seite bei diesen Assoziationen zu Kapitalismus und Sozialismus faktisch ein tiefer Einbruch herrscht. Das ist ja eigentlich ein Widerspruch, weil es ja offensichtlich den Leuten besser geht, als sie es selber wahrnehmen. Haben Sie dafür Erklärungen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Der nächste ist Herr Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ich bin zunächst überrascht, daß der Konsumrausch doch nicht so ausgeprägt ist, wie ich dachte. Gibt es Statistiken, die auf Trends hinweisen, die gewissermaßen die Negativseiten der positiven Entwicklungen darstellen, ich meine eine eventuelle Verschuldung, negative soziale Aspekte usw. Der Umgang mit Schulden ist ja ein ganz spezifisches Gesellschaftsproblem geworden. Mich erstaunt der Gegensatz zwischen den in den Medien oft angemahnten Tendenzen zu neuer Armut und der aus den Statistiken ableitbaren Zunahme an Verfügbarkeit über viele Dinge des Alltags, die doch die Kehrseite der Armut bedeuten. Ist eine neue Armut wirklich statistisch wahrnehmbar oder ist diese neue Armut begrenzt auf eine ganz spezifische Schicht, wie Obdachlose usw., wo dann auch statistisch schwer Erhebungen möglich sind?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Der nächste ist Herr Eppelmann.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Immer wieder höre ich die Behauptung, daß die Menschen in den alten und den neuen Bundesländern sich wieder auseinander bewegen würden. Wenn ich aber die Daten nehme, die ich heute gehört habe, fällt es mir schwer, das zu verstehen. Denn nicht nur was Ein-

kaufsgewohnheiten oder Besitzstände angeht, über die man tagtäglich verfügt, sondern offensichtlich auch Verhaltensweisen nähern sich immer weiter an. Können Sie mir erklären, wie es zu dieser scheinbaren Diskrepanz kommen kann und wagen Sie eine Prognose, welchen Einfluß gleiches Verkaufsverhalten, gleiche Gewohnheiten auf den Prozeß des Zusammenwachsens der Menschen in Ost und West hat.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich darf vielleicht selbst noch eine Frage hinzufügen. Offenbar sind viele Angleichungsprozesse wahrnehmbar, aber überall da, wo mentale Gesichtspunkte eine Rolle spielen, gibt es Unterschiede. Unterschiede zeigen sich auch bei der Interpretation dessen, was erlebt wird. Das kann man bei der Kennzeichnung von dem, was Lebenssinn ausmacht, erkennen. In diesem Zusammenhang hätte ich gerne die Interessen im Hinblick auf Medien näher interpretiert, insbesondere die Vorliebe für die privaten Sender. Dann habe ich als letzten auf unserer Liste den Abgeordneten Vergin.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Wenn ich das in der kurzen Zeit richtig gesehen habe, dann sind die Angleichungsprozesse im Verbrauchsbereich, also im rein materiellen Bereich, zu sehen. Das, wovon Herr Eppelmann gesprochen hat, ist ja wahrscheinlich ein ganz anderer Bereich, wo eventuell Bereiche des Nichtverstehens zwischen Ost und West angesprochen sind. Zum materiellen Bereich, gibt es da direkte Zusammenhänge zwischen der jetzt überall gleichmäßig laufenden Werbung, die Menschen gleichgerichtet handeln läßt? Gibt es einen solchen Einfluß von Werbung auf die Angleichung des Konsumverhaltens und wie stark ist er?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Bitte zunächst Herr Dr. Geiger.

Dr. Herbert Geiger: Natürlich gibt es Generationsunterschiede und regionale Unterschiede, das ist klar. Bei der knappen Zeit kann ich das natürlich nicht alles darstellen, und man müßte dann ja auch über die regionalen Unterschiede in den alten Bundesländern sprechen. Es gibt natürlich auch Unterschiede zwischen Land und Stadt usw. Aber gerade was die junge Generation angeht, ist eine besondere nostalgische DDR-Bezogenheit festzustellen. Ich darf auf einen Aufsatz von Frau Noelle-Neuman zu diesem Thema kürzlich in der FAZ verweisen.

Was die Tendenz zur Verschuldung angeht, ist das eine typische Erscheinungsform kapitalistischer Wirtschaftsformen. In Amerika ist sie natürlich größer als in Deutschland. Insofern sehe ich kein besonderes Problem, man paßt sich eben an. Aber es gibt sicher noch weitere Hintergründe. Die Tendenz zur Armut, glaube ich, ist eine von den Medien mitverschuldete Darstellung. Zum Einfluß der Werbung: Daß der Medieneinfluß gewaltig ist, das ist unbestritten. Ob speziell die Werbung das Konsumverhalten so stark geprägt hat, möchte ich doch mit gewissen Einschränkungen versehen. Es ist zwar sicher richtig, daß die Werbung unmittelbar nach der Wende einen ganz starken Einfluß hat-

te, aber mittlerweile hat sich das auf einem Niveau eingepegelt, das nicht überspitzt bewertet werden darf. Ich glaube, Sie hatten noch einige Fragen, die ich nicht beantwortet hatte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Könnten Sie noch mal auf die privaten Fernsehanstalten eingehen, denn das würde ja vielleicht zu Ihren Bemerkungen zum Medieneinfluß passen.

Dr. Herbert Geiger: Ich weiß nicht, ob nun speziell die Werbung im Privatfernsehen so entscheidend ist, ich denke, daß eher das Unterhaltungsangebot der Mentalität näher kommt, ich kenne dazu jedoch keine Untersuchungen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Kowalczuk hatte noch eine unmittelbare Nachfrage.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Sie hatten noch nichts gesagt zur Diskrepanz in der Wahrnehmung der eigenen Lebenslage und der tatsächlichen Lebenslage.

Dr. Herbert Geiger: Ja, das ist ein sehr wichtiger Punkt, zu dem ich aber kaum etwas sagen kann, weil das materiell schwer faßbar ist. Real hat sich die Verhaltensstruktur im Osten dem Westen so angepaßt, damit fällt natürlich ein Kriterium zur Unterscheidung Ost-West weg. Also wird die unterschiedliche Vergangenheit als Kriterium genommen, so vermute ich. Das bedarf aber sicher einer weiteren Untersuchung. Logisch ist dieses Verhalten natürlich nicht, man muß nur versuchen, das zu erklären. Mit ökonomischer Logik geht das jedoch nicht.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Dr. Michel bitte.

Dr. Harald Michel: Ich möchte mit dem Problem Konsumrausch beginnen, dann zum Generationenproblem kommen, was ich für ein essentielles Problem der Sozialforschung und der gesellschaftlichen Entwicklung halte. Es ist eigentlich überraschend, daß sich die DDR-Bevölkerung nach 1990 recht konsumbewußt oder ökonomisch rational verhalten hat. Was man eigentlich nicht vermutet hätte, weil sie das nicht hatte lernen können, bei den Voraussetzungen, in denen sie gelebt hat. Aber diese Beobachtung bestätigt sich überall, ich möchte nur auf den überall bedauerten, beklagten oder thematisierten Geburtenrückgang verweisen. Der ist im wesentlichen Ergebnis einer sehr rationalen Einstellung zu Lebensplanung und Lebensprozessen. Man stelle sich mal vor, es wäre nicht so gewesen und die Leute hätten trotz massiv unsicherer persönlicher Lebensverhältnisse und Arbeitsplatzunsicherheit ihr Gebärverhalten beibehalten. Ich halte das immerhin für einen Ausweis ökonomischer Kompetenz der DDR-Bevölkerung, die sie in das System der Bundesrepublik eingebracht hat und ich sehe das nicht als ein Manko oder ein Defizit, was jetzt irgendwie beseitigt oder nivelliert werden muß. Das erlebe ich in allen Diskussionen, daß man glaubt, man müßte am Verhalten der DDR-Bürger etwas reparieren.

Jetzt zum Generationenproblem. An unserem Institut wird eine Panelstudie gemacht zum Thema „Zukunftswünsche, Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen in Ost-Berlin“. Wir befragen Jugendliche in bestimmten Intervallen nach

ihren Vorstellungen von Familie, Zukunft und Beruf. In diesen Panelstudien deutet sich eine Teilung der Befragungspopulation und damit auch der Jugendlichen an. Wir haben es mit einem Teil von Jugendlichen zu tun, die jetzt schon den Angleichungsprozeß erreicht haben. Die verhalten sich in allen wesentlichen Lebensäußerungen wie West-Berliner, westdeutsche Jugendliche. Wenn ich das quantitativ sagen will, sind das etwa ein Drittel. Wir haben es weiter mit einem Drittel zu tun, was noch auf dem Weg dahin ist, und wir haben es mit einem Drittel zu tun, was in alten Mustern verharret. Das läßt sich sehr gut in Fragen der geplanten biographischen Lebensgestaltung feststellen. Es ist für uns als Demographen ganz wichtig, es zeigt sich wieder dieser Geburtenrückgang, und es stellt sich die Frage: Was passiert mit der DDR-Bevölkerung? Stirbt sie aus? Daher war es für uns ganz wichtig, herauszubekommen, ab wann sich die ehemaligen DDR-Jugendlichen so wie westberliner oder westdeutsche Jugendliche verhalten, deren Fertilität, also Gebährverhalten, wir ja kennen. Erste Hypothesen gingen davon aus, daß man vielleicht für das Jahr 1989 die damals Zehnjährigen ansetzte. Alle Prognosen, die sie kennen, etwa der Bundesanstalt für Landesordnung und Raumplanung, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung usw., sind mit dieser Prämisse gerechnet worden. Also ab dem Jahr 1989 werden alle Zehnjährigen und Jüngeren in ihrem Gebährverhalten wie Westdeutsche behandelt. Wir haben aber herausbekommen, daß das nicht ganz so ist. Ich verweise darauf, daß es eine Spaltung in Subpopulationen gibt, wenn man so möchte. Ein Teil paßt sich ganz schnell an, hat den Kinderwunsch verschoben bis weit über das dreißigste Lebensjahr hinaus, und ein anderer Teil zieht ihn ganz weit nach vorne. Wir haben es also mit Diversifizierungsprozessen bei den ostdeutschen Jugendlichen zu tun. Es gibt nicht „die ostdeutschen Jugendlichen“, die sich irgendwie anpassen, sondern es gibt verschiedene Sub- oder Teilpopulationen, die sich ganz schnell anpassen, die sich in einem Prozeß befinden und die verharren.

Ich möchte das an einem letzten Beispiel versuchen zu beweisen. Wir haben unter den Jugendlichen getestet, inwieweit sie konsumtive Verhaltensweisen ausgeprägt haben. Wir haben einen bekannten Index für materielles und postmaterielles Verhalten getestet und festgestellt, daß es unter den ostdeutschen Jugendlichen ebenfalls eine Population gibt, die bereits postmaterielles Verhalten zeigt. Wenn man sich mit diesem Konzept des postmateriellen Verhaltens von Ingelhardt beschäftigt, deutet das darauf hin, daß es einen Teil von Ostdeutschen gibt, die in ihrer Sozialisationserfahrung sogar schon in der DDR sich auf postmaterielle Erlebniswelten konzentriert haben. Das war für mich sehr überraschend.

Zu den regionalen Unterschieden kann ich eigentlich nur sagen, daß sie im allgemeinen überschätzt werden. Wenn ich Regionen in der ehemaligen DDR ausmachen sollte, die ich für Problemregionen halte, würde ich die Regionen, die weit im Osten und im Norden liegen, nennen. Bei allen anderen Regionen kann man kaum noch Unterschiede feststellen. Es gibt diesen Widerspruch zwischen Nord und Süd, aber ich verweise auf Westdeutschland, wo es auch ein Nord/Süd-Gefälle in vielen Merkmalen gibt.

Etwas zur Verschuldung: Man muß darauf hinweisen, daß die Verschuldung in Ostdeutschland nach wie vor geringer ist als in Westdeutschland. Das ist uns aufgefallen, als in bestimmten Regierungen in ostdeutschen Ländern Schuldnerberatungsstellen errichtet werden sollten, man sich mit dem Problem vertraut gemacht hatte und man dann feststellte, daß die Klientel lange noch nicht in dem Maße vorhanden ist wie in den westdeutschen Bundesländern. Also ich denke auch hier wieder, daß die Ostdeutschen sehr kompetent und verantwortungsbewußt mit ihren Möglichkeiten und Ressourcen umgegangen sind.

Als letztes was zur Armut. Auch dabei muß man vorsichtig sein, da ich es ebenfalls für einen Effekt halte, der durch die Medien multipliziert wird. Über die Definition von Armut kann man ja geteilter Meinung sein, aber nach wie vor liegen alle diese Kennziffern in den ostdeutschen Ländern trotz sehr viel höherer Arbeitslosigkeit weit unter den Kennziffern der Bundesrepublik. Es ist noch nicht auszumachen, ob diese „Karrieren von Armut“, das ist ein Fachbegriff, in Ostdeutschland genauso verlaufen wie in Westdeutschland. Wir versuchen durch Untersuchungen herauszufinden, wie Potentiale von Sozialhilfeempfängern entstehen und aus welchen Strukturen sie bestehen. Wir wissen jetzt schon, daß sie nicht aus den Strukturen bestehen werden, die sich in Westdeutschland über vierzig Jahre herausgebildet haben. Für Berlin ist das eindeutig nachweisbar. Es gibt ganz andere Strukturen, z. B. bei den Sozialhilfeempfängern, aber auch in bestimmten anderen Gruppen, die sozial anfällig oder auffällig sind.

Es hat ein Prozeß der Diversifizierung der sozialen Gruppen, der ehemals scheinbar homogenen DDR-Gesellschaft, begonnen. Wenn man Einkommens- und andere Merkmale nimmt, war die DDR eine sehr stark homogenisierte Gesellschaft. Dieser Prozeß war zu erwarten. Für mich ist das kein Problem, daß es diesen Prozeß gibt. Für mich ist eher das Problem, und da komme ich auf die subjektiven Wahrnehmungen von Unterschieden zurück, daß die ehemals homogene DDR-Gesellschaft nicht geübt und gelernt hat, mit sozialen Gegensätzen und Statusunterschieden umzugehen, so daß jetzt dieses Auseinanderbrechen und Ausdifferenzieren der Gesellschaft auf eine immer noch vom Gleichheitsideal geprägte Gesellschaft trifft. Das zeigt sich ganz deutlich bei der Selbsteinstufung der Bevölkerung. Wenn man DDR-Bevölkerung befragt, welcher sozialen Schicht sie sich zuordnen, antworten drei Viertel: zur unteren Mittelschicht, obwohl das ihrer realen Lage überhaupt nicht entspricht. Die eigene materielle Lage wird also sozial ganz anders bewertet. In der Bundesrepublik sind diese Ergebnisse viel realistischer.

Zu den neuen sozialen Gruppen kann ich nur sagen, daß diese Entwicklung dahin geht, daß wir es mit ganz anderen Strukturen hinsichtlich Qualifikation und auch Berufsherkunft zu tun haben. Der typische Sozialhilfeempfänger in Westdeutschland, den man mit relativ niedrig qualifiziert, mit abgebrochener Berufsausbildung usw. definieren kann, trifft für Ost-Berlin nicht zu, hier trifft es auch ehemals relativ sozial hochstehender Bevölkerungsgruppen und Schichten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir haben noch zwei Nachfragen. Einmal von Herrn Eppelmann und einmal von Herrn Poppe. Dann müßten wir Schluß machen, wenn wir den Zeitplan einhalten wollen. Herr Eppelmann bitte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Einer Argumentation von Ihnen mag ich nicht so gerne folgen, deshalb möchte ich noch mal eine Frage stellen. Es geht um die Geburtenraten. Wenn ich die Diskussion und das, was Sie dargestellt haben, richtig begriffen habe, dann geht es um den zentralen Begriff Angleichung. Angleichung im Verhalten usw. Ich wage mal die Behauptung, daß das auch in dem Bereich geschieht, den ich jetzt anspreche. Es hat doch erhebliche Unterschiede zwischen der Situation in der alten DDR und in der alten Bundesrepublik gegeben. Zwei deutliche Unterschiede sind: Wann man seine Kinder bekommen hat – das war wohl der größte Unterschied – und das zweite, weniger gravierend, die Anzahl der Kinder. In der DDR bekam man die Kinder sechs bis zehn Jahre früher als in den alten Bundesländern. Ich brauche jetzt nicht zu erklären, warum das so war, aber ich frage mich: Warum sollen wir, bloß weil die Westdeutschen z. B. erst mit 26 oder 28 Jahren ihre Kinder bekommen, in diesem Alter noch mal Kinder bekommen, wenn wir sie mit 18 oder 19 Jahren schon bekommen haben. Eine Angleichung wird also in einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren eintreten, wenn dann die Jahrgänge, bei denen das so unterschiedlich war, aus der Statistik raus sind. Dann werden im Normalfall die Neubrandenburger in etwa genauso viele Kinder kriegen wie die Heidelberger und auch etwa zur gleichen Zeit des Lebensalters.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/ Die Grünen): Ich habe nur eine Rückfrage zu dem, was Sie bei der Armutproblematik schon ausgeführt haben, ob es auch bei diesen drei Gruppen von Jugendlichen, die Sie geschildert haben, eine Zuordnung zu sozialen Gruppen oder zum Bildungsniveau gibt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Michel, Sie wurden angesprochen.

Dr. Harald Michel: Vielleicht beginne ich mit dem letzten, was ich ganz kurz beantworten kann. Es gibt eine Zuordnung. Postmaterielle Verhaltensweisen zeigen im wesentlichen Jugendliche, die aus Haushalten mit höherem sozialen Status und höherer Bildung kommen, insbesondere, wo beide Eltern einen Hochschulabschluß hatten. Wir haben unter diesen Gruppen auch nach politischen Präferenzen gefragt. Ich brauche wohl nicht auszuführen, welche Parteien da bevorzugt werden.

Jetzt was zur Zahl der Kinder. Da muß ich leider widersprechen, das ist durch die öffentliche Darstellung anders verbreitet worden. Wir haben da andere Ergebnisse. Die Zahl der im Laufe ihres Lebens von einer Frau geborenen Kinder hat sich 1989, verglichen mit der Zahl in der Bundesrepublik, in der DDR mit etwa 0,02 unterschieden. Das heißt, die DDR hatte eine endgültige Kinderzahl pro Frau von 1,63 und die Bundesrepublik bewegte sich bei etwa 1,60. Es ist

eine Legende, daß die DDR eine wesentlich höhere Kinderzahl pro Frau hatte. Es gibt Unterschiede im Gebährverhalten der DDR-Bevölkerung. Das ist das Alter, wie Sie schon sagten. Das durchschnittliche Erstgebäralter in der DDR betrug 21,6 Jahre und in der Bundesrepublik etwa 28 Jahre, gegenwärtig schon weit über 30 Jahre. Es gibt einen Unterschied in der Legitimität. In der DDR waren etwa 40 Prozent der Kinder illegitim bei Geburt, in der Bundesrepublik ist diese Zahl weit unter zehn Prozent, und es gibt einen Unterschied in der Mütterrate. Die Mütterrate in der DDR war sehr viel höher als in der Bundesrepublik, also fast jede Frau in der DDR, die es wollte, hat ein Kind zur Welt gebracht.

Natürlich wird es einen Anpassungsprozeß geben, aber es ist noch nicht sicher, in welche Richtung er gehen wird. Ich verweise auf die drei Gruppen der Bevölkerung. Die eine macht den Anpassungsprozeß mit. Es ist sehr gut denkbar, daß sich in bestimmten Räumen, z. B. in Berlin, eine Mischung herausbildet. Wir beobachteten zum Beispiel, daß die hohe Zahl von Illegitim geborenen Kindern in Ost-Berlin unter den veränderten Bedingungen nach wie vor konstant hoch ist. Es ist eigentlich eine irrationale Verhaltensweise, wenn ich mir die Instrumentarien der ehelichen Absicherung nicht zu Nutze mache für meine materielle Sicherstellung. Im Falle einer Geburt wird diese Option bewußt ausgeschlagen, was auf andere Verhaltensweisen hindeutet. Auch die Altersanpassung muß sich nicht immer nur in diese eine Richtung bewegen. Es ist auch vorstellbar, daß sich die bundesrepublikanischen Altersgruppen bei der Erstgeburt nach hinten bewegen. Der Geburtenausfall ist tatsächlich durch dieses Loch in den Jahren nach der Wende bedingt. Als ich das vor fünf Jahren gesagt habe, habe ich mir Prügel eingeholt. Viele glaubten, das wäre eine katastrophale Entwicklung durch die Wiedervereinigung. Das stimmt so nicht. Bewiesen wird es dadurch, daß wir seit 1994 in allen ostdeutschen Ländern wieder einen Anstieg der Geburtenzahlen beobachtet haben. Wenn wir von demographischen Gesetzmäßigkeiten und Erfahrungen ausgehen, müßten wir jetzt eigentlich einen Geburtenrückgang haben. Das heißt, der anfängliche Rückgang wird gegenwärtig durch ein Ansteigen der Geburtenzahlen kompensiert. Natürlich haben wir noch lange nicht das Niveau erreicht, das wir laut bundesrepublikanischen Maßstäben hätten. Aber es deuten sich schon Entwicklungen an, und ich halte diese Situation absolut nicht für katastrophal.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir können einige Fragen in der Schlußdiskussion wieder aufgreifen. Lassen Sie mich einige Schlußbemerkungen machen. Mir scheint, daß das vorgelegte Material außerordentlich aufschlußreich ist und wir werden in der Enquete-Kommission viele der vorgelegten Materialien noch einmal sorgfältiger auswerten müssen. Eine zweite Bemerkung: Mir scheint der Befund insgesamt darauf hinzudeuten, daß wir es mit einer Angleichungstendenz, jedenfalls insgesamt gesehen, im Bereich von Konsum und Freizeitverhalten zu tun haben, mit bestimmten Modifikationen in einigen Teilbereichen, wobei ich glaube, daß es nützlich ist, sich Teilgruppen noch viel genauer anzuschauen. Das hat auch die Diskussion gezeigt, daß

sich manchmal hinter diesen großen Zahlen Sonderentwicklungen verbergen, die wir doch genauer zur Kenntnis nehmen müßten.

Dritte Bemerkung: Ich glaube, es ist deutlich geworden, wenn wir die Vorträge des gesamten Vormittags betrachten, daß diese Angleichungstendenzen, mit denen wir es im Konsum- und Freizeitverhalten zu tun haben, in einer Spannung und in einer Diskrepanz zu gewissen mentalen Unterschieden stehen. Ich persönlich würde nicht von generell abweichenden Sozialcharakteren in Ost und West ausgehen, mir scheint da zuviel zusammengesehen zu werden. Aber die Unterschiede sind im Bereich der Mentalitäten offenbar größer als in dem Bereich, den wir hier zuletzt behandelt haben. Ich möchte den beiden Referenten, Herrn Dr. Michel und Herrn Dr. Geiger, sehr herzlich danken und das Wort an den Vorsitzenden übergeben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, verehrter Professor Faulenbach. Ich möchte nur eine Anregung aus dem Publikum aufnehmen und bitten, im Bereich der Statistik eine Formulierung zu überdenken. Vielleicht wäre es schön, von „Ehen mit oder ohne Trauschein“ zu sprechen, denn sonst täten mir die „illegitimen Kinder“ leid. Ich wünsche und allen eine schöne Mittagspause und bitte darum, daß alle um 13 Uhr pünktlich wieder hier sind. Dankeschön.

(Pause)

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Wir haben uns hier zum letzten Schlußpodium „Alltagsverhalten heute und morgen im vereinten Deutschland“ zusammengefunden. Ich darf ganz herzlich begrüßen: Marianne Birthler, Professor Dr. Kleßmann, Rolf Schneider und Dirk Hansen. Marianne Birthler ist 1948 in Ost-Berlin geboren, war bis 1972 Außenhandelswirtschaftlerin, hat in der evangelischen Kirche gearbeitet und sich mit Kinder- u. Jugendarbeit beschäftigt. Sie war Mitbegründerin der Oppositionsgruppe „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ und ist bekannt im Zusammenhang mit der „Initiative Frieden und Menschenrechte in der DDR“. Sie war Mitbegründerin des „Bündnis 90“, Mitglied der Volkskammer, Mitglied des Bundestages und erste Ministerin für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg. Sie war Sprecherin der Partei „Bündnis 90/ Die Grünen“ und ist jetzt Leiterin des Berliner Büros der Bundestagsfraktion von „Bündnis 90/ Die Grünen“.

Zu meiner Linken sitzt Rolf Schneider, den wir ja gestern schon gehört haben. Noch mal kurz für diejenigen, die gestern die biographischen Daten nicht ganz vernommen haben: Er ist Jahrgang 32, geboren in Chemnitz, hat Pädagogik und Germanistik studiert, war Redakteur der Zeitschrift „Aufbau“ und freischaffender Schriftsteller in der DDR und ist vor allen Dingen bekannt im Zusammenhang mit der Protestresolution der Schriftsteller gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann. Veröffentlichungen in den letzten Jahren, die sich insbesondere mit der DDR, mit dem vereinten Deutschland beschäftigen, sind: Frühling im Herbst. Notizen vom Untergang der DDR (1991), Volk ohne

Trauer. Notizen nach dem Untergang der DDR (1992), Berliner Wege. Wanderungen, Geschichte und Geschichten (1993).

Professor Kleßmann, der jetzt Kommissarischer Direktor des Zentrums für zeithistorische Forschung in Potsdam ist, wurde 1938 in Jöllnbeck bei Bielefeld geboren und hat Geschichte, Politikwissenschaften und klassische Philologie studiert. Er ist seit längerer Zeit mit Veröffentlichungen hervorgetreten, die sich den „zwei Staaten in einer Nation“ widmen:

Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 bis 1955, – Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 bis 1970 – Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945 bis 1990. Das sind Veröffentlichungen, die ihn als Kenner der deutsch-deutschen Szene ausweisen und die ihn auch empfehlen für das Thema heute.

Zuletzt möchte ich Dirk Hansen vorstellen, der jetzt Vizepräsident der Bundeszentrale für politische Bildung ist. Er war ja unser Kollege in der letzten Enquete-Kommission. Wir werden es so machen, daß wir wie üblich mit einem Eingangs-Statement der Teilnehmer hier am Podium beginnen. Zehn Minuten für jeden, ich hoffe, wir können uns daran halten. Eine Minute länger wird dabei nicht so schlimm sein, aber wir haben ein zeitliches Limit. Die Reihen hatten sich schon ein wenig gelichtet und wir müssen um fünfzehn Uhr definitiv Schluß gemacht haben, so daß ich denke, wir schließen um zehn vor drei, damit Rainer Eppelmann noch zu einem Schlußwort kommen kann.

Alltagsverhalten ist unser Thema. Das ist das Verhalten des Menschen in seinem ganzen Leben, also so eine Art Gesamtverhalten. Der Begriff fragt nach dem Verhältnis des Einzelnen zu seiner Außenwelt, und das kommt ja im Gesamtverhalten zum Ausdruck. Dieses ist zu durchleuchten, zu beobachten in Bezug auf das eigene individuelle Wollen, das der Einzelne in die Außenwelt einbringt, aber auch auf die Einflüsse, die von der Außenwelt auf ihn einströmen, denen er sich ausgesetzt sieht: Repressionen, Chancen, Möglichkeiten. Es geht an diesem Podium nicht nur um die Frage einer Bestandsaufnahme. Das haben wir heute und gestern des längeren schon gemacht. Es geht vor allem um die Perspektiven, obwohl wir wissen, daß das auch ein weites Feld ist, das sich jeder Spekulation öffnet. Dennoch ist es, glaube ich, wichtig, am Schluß dieser Anhörung diese Frage zu stellen. Wie Sie wissen, arbeiten wir nicht einfach in einem luftleeren Raum, sondern es geht uns auch darum, Empfehlungen zu erarbeiten, die wir dem Deutschen Bundestag unterbreiten können. Deshalb stellt sich die interessante Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, welche Instrumentarien hätte die Politik in der Hand, um Einfluß zu nehmen im Prozeß des Zusammenwachsens? Ich darf Marianne Birthler als Erster das Wort geben.

Marianne Birthler: Ich würde gerne mit einer Anekdote beginnen zum Thema Alltagsverhalten, die habe ich vor ungefähr einem Jahr erlebt, vor anderthalb Jahren. Im Wahlkampf in Berlin habe ich Leute besucht. In Hochhäusern habe ich an vielen Türen geklingelt und viele Gespräche geführt. Einmal war

ich bei einem älteren Ehepaar, das fürchterlich frustriert war und fand, daß alles schlechter geworden sei. Auf dem Höhepunkt des Gesprächs führten sie mich ans Fenster und sagten: „Sehen Sie sich das an! Das ist früher nicht vorgekommen. Anderthalb Meter Unkraut. So hat das hier früher nicht ausgesehen.“ Da fragte ich, wer das denn früher gemacht hätte und da war die Antwort: „Wir“.

Es liegt sozusagen in der Natur der Enquete-Kommission, auf die Unterschiede zu schauen, und davon gibt es ja signifikante. Ich nenne als Beispiele Unterschiede in den Schulen, in den Einstellungen und der Arbeit der Lehrer, die nach wie vor relevant sind. In der Einschätzung von Demokratie, demokratischen Strukturen und im Medien-Konsumverhalten gibt es Unterschiede. Was wir vorhin gehört haben, ist aber nur die eine Seite. Wenn man das mal nicht nur quantitativ sondern qualitativ ansieht, wird man ganz erstaunliche Dinge feststellen. Zum Beispiel die Verbreitung von regionalen Zeitungen vorwiegend im Osten, während im Westen überregionale gelesen werden. Das alles läßt ein zur Entdeckung von großen Unterschieden. Aber viel interessanter ist heute für mich gewesen, wie groß die Übereinstimmungen sind. Beim Thema Alltagsverhalten, Konsumverhalten ist es ganz erstaunlich, wie sehr sich Verhaltensweisen ähneln.

Das sollte uns Bescheidenheit lehren. Wenn es beispielsweise eine große Annäherung im Konsum- und Alltagsverhalten gibt zwischen Leuten, die in der DDR gelebt haben und Leuten, die vierzig Jahre katholische Werterziehung flächendeckend in Bayern erlebt haben, dann lehrt das Bescheidenheit gegenüber politischen und pädagogischen Bemühungen. Die mentale Kluft zeigt, daß es in Ost und in West um einen unbewältigten Abschied von der vergangenen Gesellschaft gibt, und daß es – ich komme darauf noch zurück – Abneigung gibt, die bis zum Rassismus geht. Ich habe kürzlich eine Glosse über die Westler im Prenzlauer Berg in der Berliner Zeitung gelesen, die witzig und intelligent geschrieben war, aber wenn ganz ähnliche Sätze benutzt worden wären in Bezug auf ausländische Mitbürger, hätte es einen Aufschrei der Empörung wegen dieses Rassismus gegeben. Es gibt an den Stammtischen in Ost wie West nach wie vor sehr große Vorbehalte, und ich finde, das ist ein politisches Thema. Auch die Tatsache, daß es als Kompliment gilt, wenn ich im Westen unterwegs bin und wenn man sagt: „Man merkt gar nicht, daß du aus dem Osten kommst.“ Ich habe das kürzlich West-Freunden, die im Prenzlauer Berg leben, erzählt, und die sagten: „Das geht mir genauso andersrum, ich krieg das hier als Kompliment: Man merkt gar nicht, daß du aus dem Westen kommst“. An solchen kleinen Details zeigt sich ja auch das gegenseitige Bild.

Wichtig finde ich, gerade wenn es um Alltagsverhalten und Konsum geht, daß uns eines nicht aus dem Blick gerät: daß wir miteinander – und darin sind sich Ost- und Westdeutsche fatal ähnlich – gerade im Alltagsverhalten auf Kosten künftiger Generationen leben. Ich nenne als Stichworte Müll, Auto, Konsum, Leben zu Lasten Schwächerer und auch eine gewisse Desensibilisierung gegenüber der Werbung. Ich wundere mich immer über das Geschrei angesichts

von Graffiti, und kein Mensch schreit angesichts dieser ästhetischen Beleidigung, die die Werbung darstellt. Da gibt es große Ähnlichkeiten.

Es macht mich argwöhnisch, daß der Erfolg der deutschen Einheit immer daran gemessen wird, wie ähnlich die Ostdeutschen inzwischen den Westdeutschen geworden sind. Die Zahlen von vorhin, haben dann immer so einen Unterton von Genugtuung, den ich gar nicht empfinden kann. Das heißt also, die deutsche Einheit entwickelt sich in dem Maße, wie die Leute sich nicht mehr unterscheiden. Das ist für mich nicht der Inbegriff von innerer Einheit, sondern – und damit bin ich bei unserem zweiten Teil, zu dem wir auch ermutigt worden, sind, mal zu sehen, was zu tun wäre – innere Einheit hat für mich die größten Chancen in der Anerkennung von Differenzen, im gegenseitigen Respekt. Sie stellt sich auch dadurch her, indem man neue gemeinsame Erfahrungen macht. Die Unterschiede in Ost und West sind – denke ich – bewußter zu gestalten. Wir leben alle nicht mehr in unserer alten Gesellschaft, und ich habe den Eindruck, daß es den Westdeutschen erst ganz allmählich ins Bewußtsein dringt, daß auch ihre Gesellschaft nicht mehr die alte ist. Vielleicht ist auch das eine der Erklärungen für den gegenseitigen Frust. Gerade für die Behandlung des Themas Alltagskultur, ganz normales Leben im Westen, würde sich vielleicht auch mal eine Enquete-Kommission „West“ lohnen.

Interessant wäre es – und dazu kann ich alle, die im politischen Raum arbeiten, nur ermutigen, mal zur Kenntnis zu nehmen, wie es denn im Jahre 1952 in Westdeutschland aussah, also genau sieben Jahre nach einer sehr großen Wende. Es gibt da sehr interessantes Zahlenmaterial, das ich mir mal angesehen habe. Allensbach hat ja sehr früh schon mit Befragungen – allerdings nur der Westdeutschen natürlich – begonnen, und da kann man schon sehr interessante Aha-Erlebnisse haben. Beispielsweise, daß 1952 die Mehrheit der Westdeutschen gesagt hat, wenn das mit dem Krieg nicht gewesen wäre, würden sie Hitler als den größten Staatsmann bezeichnen. Siebzig Prozent sagten, sie würden keine Ehe mit einem Juden eingehen usw. Also es gibt ganz erschreckende Zahlen. Wohlgedenkt, ich spreche nicht von der Gleichsetzung dieser beiden Transformationsprozesse, aber vergleichen darf man alles, und in der Mechanik gibt es natürlich Parallelen, die uns vor allen Dingen lehren, daß die Veränderung in den Köpfen sehr viel langsamer vorangehen als die Veränderung der äußeren Realitäten.

Vorletzte Bemerkung: Ich wünsche mir, daß wir – gerade angesichts immer wieder neu aufflammender Debatten um die Erziehung unserer Jugend zu richtigen Werten – viel mehr darüber nachdenken, wie die Realitäten die Menschen erziehen. Die Realitäten, glaube ich, spielen in der Erziehung eine wichtige Rolle. Es ist auch die Frage, ob wir wirklich das wollen, was vorhin in der Diskussion war. Wer hat wirklich ein politisches Interesse an einer solchen Entwicklung – also immer mehr Angleichung im Konsum und so weiter? Ich sehe das nicht und ich finde, daß wir uns – bei aller Wichtigkeit der Wahrnehmung von Unterschieden – nicht unbedingt in allem angleichen müssen. Ich bin häufig auf Veranstaltungen, wo ich das immer wieder einklebe, aber wir

sollten darüber nicht vergessen, die gefährlichen Gemeinsamkeiten zu skandalisieren. Schönen Dank.

Rolf Schneider: Meine Damen und Herren, ich bin von Beruf ein schöngeistiger Schriftsteller und mein Job ist es, daß ich mich erinnere, und nicht, daß ich Zukunftsentwürfe vorlege. Das ist das Geschäft einer sehr schmalen und nicht besonders angesehenen Sektion in meinem Beruf, das sind die Science-Fiction-Autoren. Und auch die haben es eigentlich mehr mit dem Weltraum als mit der Zukunft unserer Sozietät zu tun. Ich will trotzdem das Wagnis eingehen, das zu sagen, was ich sehe, was auf uns zukommen dürfte, so provisorisch das auch immer sein mag. Alle, die heute morgen hier im Raum gesessen haben, werden wie ich ein wenig verblüfft gewesen sein über die Zahlen, die uns vorgetragen wurden. Die Tatsachen, daß sowohl im Einkommen als auch in den Konsumgewohnheiten sowie in den materiellen Besitzständen die Ähnlichkeit zwischen Ost und West in den letzten sieben Jahren so groß und so intensiv geworden ist, hat auch mich verblüfft, obwohl ich wußte, daß die Unterschiede nicht so groß sind, wie das politische Feuilleton uns das gelegentlich wissen lassen will. Daß die mentalen Unterschiede dabei geblieben sind, das ist das andere Verblüffende, obwohl es so verblüffend auch wieder nicht ist, denn es ist eine alte Erkenntnis aus der Sozialpsychologie und Pädagogik, daß materielle und wirtschaftliche Dinge sich sehr viel mehr verändern als Bewußtseinszustände.

Bei alledem meine ich aber – und das will ich noch mal festhalten, obwohl es auf dem Podium und im Saal gelegentlich gesagt worden ist – daß die Parole, die Deutschen in Ost und West würden sich immer mehr auseinanderentwickeln, eine Latrinenparole ist. Es handelt sich wirklich um eine Erfindung von Leitartiklern. An der Tatsache, daß diese Behauptung immer weniger vorgebracht wird, ist zu erkennen, daß selbst ihre Erfinder inzwischen gemerkt haben, daß die Erfindung und die Realität beträchtlich auseinanderklaffen.

Ich stimme mit Frau BIRTHLER völlig überein, wenn ich sage, ein völliges Nivellieren der Unterschiede wäre kein Glückszustand, sondern eine Katastrophe. Das wäre eine Homogenisierung, die unsere Gesellschaft ziemlich langweilig machen würde. Viele der Unterschiede, die wir auf Ost und West projizieren, resultieren aus regionalen, religiösen und geschichtlichen Unterschieden. Ich glaube immer noch, was ich schon 1990/1991 meinte – und habe das damals auch laut gesagt –, daß die Unterschiede zwischen Ost und West viel geringer sind, als die Unterschiede zwischen dem Emsland und Oberbayern, und dabei ist es geblieben. Aber ich möchte darauf bestehen, daß die Unterschiede zwischen dem Emsland und Oberbayern bestehen bleiben, weil sie zur Buntheit und zur Farbigkeit des Lebens in Deutschland beitragen.

Wenn ich gefragt werde – und das Podium fragt ja danach –, welche besonderen Begabungen, Erfahrungen und Fähigkeiten die ostdeutsche Bevölkerung – nehmen wir sie mal als sechzehn Millionen Kollektiv – auf eine gewisse Formel reduzieren lassen, so würde ich als Begriff einbringen: es ist die größere Leidenserfahrung. Lassen sie mich das etwas melodramatische Wort erklären:

Es ist die Erfahrung, daß wirtschaftliche Zustände, finanzielle Zustände, soziale Strukturen nicht so sicher sind, wie man das in Südwestdeutschland fast seit Generationen unbeschädigt durch die Umbrüche von 1920 und 1945 mitbekommen hat. Das Gefühl, in einem Provisorium zu leben, daß man sich auf nichts verlassen kann, ist eine mentale Erfahrung, die die Ostdeutschen quer durch die Sozialschichten getroffen haben und die sie befähigt, auch diesen großen Umwälzungsprozeß, den die Jahre 1989/1990/1991 für sie mit sich gebracht haben, in irgendeiner Weise innerlich zu verarbeiten. Herr Maaz hat uns mit sehr dramatischen Erklärungen dafür versorgt, die ich in dieser Form nicht nachvollziehen mag, weil sie mir zu sehr von einer orthodoxen freudianisch-psychoanalytischen Interpretation herkommen.

Ich will das Positive hervorheben, was darin ja auch liegt. Es liegt eine Bereitschaft vor, sich auf neue Zustände einlassen zu müssen, es liegt eine nicht so gefestigte Weltsicht dem zugrunde, die -wenn alles gut geht – für die Zukunft eher eine Chance als eine Behinderung ist. Die alte, von sehr unterschiedlichen Interpreten vorgetragene Meinung, daß die ehemalige DDR-Bevölkerung für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eigentlich besser gerüstet sei als die Bevölkerung der Alt-Bundesrepublik, harrt zwar immer noch ihres Realitätsbeweises, aber ich bin ziemlich sicher, daß er anzutreten ist, das er von den Ostdeutschen bestanden wird, und daß er auch unausweichlich ist.

Es gibt eine andere Erfahrung, die ich nicht einfach beiseite lassen möchte. Sie ist in den verschiedenen Beiträgen immer mit dem Wort „Homogenität“ benannt worden. Diese Homogenität, dieses weitgehende Angleichen sozialer und auch regionaler Unterschiede in der Ex-DDR war sicher die Folge eines sehr gleichmäßigen und homogenen Druckes von oben. Aber sie war auch – wenn auch widerwillig, wenn auch nur äußerlich und propagandistisch verkündet – sozusagen die Annäherung an ein altes, wenigstens seit zweihundert Jahren existierendes Menschheitsideal, das die französische Revolution mit einer ihrer drei Forderungen als Egalität bezeichnet. Sie geht ja von der Voraussetzung aus, daß die Unterschiede des Menschen, die naturgegeben, manchmal auch wirtschaftsgegeben, sind, nicht so groß sein sollten wie die Gemeinsamkeiten, das wir eben alle als Geschöpfe der gleichen Natur, angetreten mit den gleichen Erwartungen, mit den gleichen Glückswünschen und mit den gleichen Erschütterungspotentialen sind. Es ging eben auch darum, diese Egalität in ein gesellschaftliches System zu bringen, wo sie optimal auslebbar und praktikabel war. Wir sind alle der Überzeugung, daß die bürgerliche Demokratie die optimale Möglichkeit dazu als politische Rahmenbedingung bereitstellt. Aber wir wissen zugleich, daß die Marktwirtschaft – ob nun sozial oder nackt kapitalistisch – alles daran setzt, durch einen harten Wettbewerb überall Unterschiede zu definieren und den Tüchtigsten, den Härtesten, den Brutalsten zu belohnen. Wenn sie diese alte Erwartung – und das ist, glaube ich, gestern abend besonders herausgekommen – zurückführen auf seine Ursprünge, und sie entkleiden all der demagogisch-populistischen Behänge, die sie inzwischen noch belasten, dann haben wir eine emotionale

Gegenkraft, die die Härten unserer augenblicklichen Situation ein bißchen zu mildern in der Lage sind.

Diese Egalität betrifft eine selbstverständliche Mitmenschlichkeit, eine Toleranz, ein Interesse auch am völlig Unbekannten, am Ungewohnten. Brecht hätte das „Menschenfreundlichkeit“ genannt. Ich glaube, daß sie – geboren aus der Not – in der alten DDR ausgeprägter war als in der Leistungsgesellschaft des alten Westens. Wenn ein bißchen davon zu bewahren ist in den wirren Situationen, in die wir hineinstolpern, dann wäre das gut, und ich hoffe sehr, daß das auch geschieht. Die Zukunft wird uns versorgen – ich glaube das ist unabsehbar – mit einer völlig neuen Situation, was das Ökonomische anbetrifft. Die Alt-Bundesrepublik muß sich nicht nur von den altgewohnten Besitzständen und Gewohnheiten verabschieden, sondern sie muß sich in dieser neuen globalen Situation auf harte Verluste einstellen. Wir werden die Verluste möglicherweise etwas leichter verdauen, ganz abgesehen davon aber wird für diese Zukunft, in der die Arbeit als gesellschaftliche Kostbarkeit gilt, eine völlig neue Distribution der Arbeitskraft, eine völlig neue Einstellung im Hinblick auf eine Berufsperspektive und dergleichen mehr verlangt. Das wird uns Erschütterungen bereiten, deren Konsequenzen ich nur sehr schwer absehen kann, und ich glaube, es gibt niemand unter uns, der sie wirklich absieht.

Ob die Rede unseres Bundespräsidenten vor drei Tagen daran irgend etwas ändert, daran habe ich meine heftigen Zweifel. Aber es ist schon nützlich, daß wir uns vom blinden und dünnen Optimismus ein bißchen befreien, das wir der Leiderfahrung, die die DDR hat treffen müssen, immer wieder und durch die Transformation von 1989/1990 hindurch profitieren können. Wir können uns auf sie verlassen, denn sie ist kein Negativum, sie ist ein menschlicher, ein emotionaler Besitzstand, den ich für einen Reichtum halte. Dankeschön.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Ich möchte gerne drei kurze Bemerkungen machen. Zunächst noch mal zu dem Begriff „Alltag“, über den hier möglicherweise schon viel gestritten worden ist – ich weiß es nicht, weil ich erst heute gekommen bin. Ich möchte nur noch einmal betonen, daß das eine sehr diffuse Kategorie ist, obwohl oder gerade weil wir sie alle gebrauchen. Insofern, wenn man als Historiker etwas dazu sagt, sollte man sich überlegen, was dieser Begriff meint, und wie man ihn verwendet. Das werde ich jetzt nicht tun, ich wollte aber diese kritische Notiz dazu machen. Wir sollen hier primär zu aktuellen Problemen Stellung nehmen. Das ist – Herr Schneider hat das eben auf andere Weise angedeutet – sicherlich nicht die Aufgabe eines Historikers, der bekanntlich ein rückwärts gewandter Prophet ist und immer erst im Rückblick weiß, warum was schief gegangen ist oder wie es gekommen ist.

Ich glaube trotzdem, daß man als Zeithistoriker zu diesem Thema etwas sagen kann und daß Geschichte eine sehr unmittelbare, alltagsbezogene, praktische Relevanz haben kann, wobei ich diesen Alltagsbegriff in einem weiten Sinne als Gegenstück zu dem, was sonst primär politische Geschichte macht, verstehen würde. Es ist sicherlich besonders schwierig, die einfachen Gegenstände des täglichen Lebens zu erfassen. Das bringt auch erhebliche methodische

Probleme mit sich und ist unter Umständen sehr viel schwieriger, als irgendeine internationale Gipfelkonferenz zu rekonstruieren. „Erfahrung“ ist eine ganz zentrale Kategorie in diesem Zusammenhang. Ich denke, daß die Alltagsgeschichte – und in diesem Zusammenhang wird die Enquete-Kommission dieses Thema besonders behandeln – eine wichtige pädagogische Funktion hat, weil über Alltagsgeschichte Lernende auch erfahren können, daß Geschichte mit ihrem Leben und mit ihrer Zukunft unmittelbar zu tun hat und daß das nicht nur ferne Politikgeschichte ist oder menschenleere Strukturlandschaften, sondern daß diese Geschichte auch ihre eigene Wahrnehmung mit steuert.

Eine zweite Bemerkung betrifft mich als Person und sozusagen meine Urteile über die Schwierigkeiten der Gegenwart. Ich sitze hier als Leiter eines Forschungsinstituts, in dem nicht nur alltagsgeschichtliche Projekte bearbeitet werden, sondern in dem auch ost- und westdeutsche Forscher sehr eng miteinander kooperieren. Das ist eines der wenigen Institute, die nach der Wende neu etabliert worden sind und um das es auch heftige Kontroversen gegeben hat. In dieser Kooperation stoßen sehr unterschiedliche politische Sozialisationen, biographische Prägungen, theoretische Interessen, Verhaltensweisen und Erfahrungen am gemeinsamen Gegenstand aufeinander. Das geht nicht ohne Konflikte ab, aber ich denke, das ist auch eine wichtige komplementäre Ergänzung. Hier ist weder Ostalgie noch flotte Pauschalverurteilung gefragt, sondern es geht hier um Versuche einer differenzierten Aufarbeitung und Bearbeitung der DDR-Geschichte.

Ich selber habe biographisch nichts mit der DDR zu tun gehabt. Ich habe mich seit langer Zeit wissenschaftlich damit beschäftigt, bin seit drei Jahren Brandenburger geworden, wohne in einem Dorf im Speckgürtel von Berlin, das sechzig Prozent PDS gewählt hat. Es hat einen ehemaligen Grenzzoffizier als Bürgermeister. Ich wohne sozusagen zwischen westlichen Nachbarn und ehemaligen Datschen-Besitzern und fahre jeden Tag durch die Schlaglöcher, die nur jedes halbe Jahr notdürftig repariert werden können, weil das Geld nicht reicht. Der einzige Tante-Emma-Laden, den es bislang gab, ist geschlossen worden und wird demnächst durch einen Supermarkt ersetzt. Dies sind nur ein paar Impressionen aus meinem Bereich von Alltagserfahrung, der natürlich meine Urteile mitprägt. In der Universität Potsdam läßt sich feststellen, daß es viel Neubeginn und gleichzeitig auch viel Kontinuität gibt, was nicht immer zurecht als ein gelungenes Modell der Ost-West-Symbiose verkauft wird. Ich spüre sehr viel Distanz und merke, daß hier zwei ganz unterschiedliche Wissenschaftskulturen aufeinanderstoßen, die nicht ohne weiteres sinnvoll aneinander anzugleichen sind. Dieses Problem wird auch noch eine ganze Weile bleiben.

Und schließlich – Frau Birthler hat das eben schon mal angesprochen – scheint mir die Schule ein ganz wichtiger Bereich von täglichen Erfahrungen zu sein. Hierbei kann man sich sehr viel schwerer aus dem Wege gehen als im wissenschaftlichen und universitären Bereich, und hier wird deutlich, daß es sehr unterschiedliche Erwartungen gibt, seitens der Schüler und der Lehrer, da es sehr

verschiedene Unterrichtsstile gibt, die eine lange Geschichte haben. Da es extreme Empfindlichkeiten gibt, wenn sie sich als „Wessi“ in einer Nuance im Ton vergreifen, kriegen Sie das gleich aufs Butterbrot. Es gibt sehr ausgeprägte Ost-West-Konflikte bis hin zu kleinen Gehässigkeiten im Verhältnis unter Kollegen, unter Schülern, alten Kadern, die sich neu orientieren müssen. Es hat gar keinen Sinn, da drumherum zu reden. Das ist keine individuelle Erfahrung, sondern diese Erfahrung ist häufig zu finden.

Die dritte Bemerkung: Aus zahlreichen Umfragen – und hier werde ich mich von Herrn Schneider deutlich unterscheiden – geht mittlerweile doch hervor, daß die Einstellungen und Befindlichkeiten in Ost und West erheblich differieren. Zum Teil bieten diese Umfragen irritierende und überraschende Befunde. Mir scheint in jedem Fall deutlich zu sein, daß es hier eine tiefe Kluft in der Mentalität zwischen Ost und West gibt, so daß sich die Frage stellt: „Wie ist dem zu begegnen?“. Zu fragen wäre auch, ob die Parole der inneren Einheit möglicherweise die falsche Parole ist. Die innere Einheit wird ja besonders feierlich dort beschworen, wo man weit weg vom Feld des Geschehens ist. Es gibt durchaus Autoren, die sagen, wir sollten uns von dem Bild der inneren Einheit zunächst einmal verabschieden. Sie fordern mehr Selbstbewußtsein und verlangen, nicht nur den Blick nach Westen zu richten, sondern sich stärker auf eigene Erfahrungen und Traditionen zu konzentrieren.

Es ist zu fragen: Wie kann das passieren? Ich habe keine Antwort darauf, das ist auch nicht die Aufgabe eines Historikers. Aber ich komme zurück zu meinem anfangs genannten Plädoyer, daß Geschichte und das Bewußtmachen von Geschichte durchaus eine unmittelbar aktuelle Funktion haben kann. Ich denke, dies ist ein Plädoyer für historische Bewußtseinsbildung auf ganz verschiedenen Ebenen, in unterschiedlichen Formen, und insofern leistet die Enquete-Kommission dazu ihren Beitrag. Sie kann dazu beitragen, das Verständnis für die Relevanz der vierzig Jahre getrennter Geschichte für die gegenwärtige Bewußtseinsbildung, für die individuelle Prägung, für das Verhalten, für Wertvorstellungen, für Interessen, die eben auch den Alltag unmittelbar bestimmen, – für dies alles ein bißchen deutlicher zu machen. Das ist in so einer allgemeinen Form sicher relativ selbstverständlich, aber ich denke, so etwas muß viel intensiver betrieben werden.

Dazu ist auch Kritik nötig an dem, was am Vereinigungsprozeß schiefgelaufen ist, und da ist bestimmt eine ganze Menge schiefgelaufen. Ich würde nicht so weit gehen, die Vorstellung der inneren Einheit damit aufzugeben, aber was nötig ist, ist mehr Geduld und ein Sicheinstellen auf längere Fristen. Diese Euphorie, die aus dem Vereinigungsprozeß hervorgegangen ist, ging immer davon aus, daß wir eben noch ein Volk sind und daß wir sehr schnell wieder zueinander kommen. Dies hat genau diese lange historische Teilungserfahrung viel zu wenig berücksichtigt, die sich eben in unterschiedlichen Mentalitäten niedergeschlagen hat. Daraus resultieren dann auch die flotten Klischees, die Osis und Wessis wechselseitig voneinander produziert haben. Wenn man noch mal einen ganz kühnen historischen Vergleich zieht: Polen war hundert-

dreißig Jahre geteilt. Man kann in bestimmten Grenzen bis heute bestimmte Verhaltensweisen und Prägungen feststellen zwischen den im ehemals preußischen und den im ehemals russischen Teilgebiet wohnenden Polen. Das zeigt noch mal, daß es sehr langfristige Verhaltensprägungen gibt. Das muß jetzt nicht unbedingt die Zeitvorstellung sein, an der wir uns auch orientieren, aber ich würde schon plädieren, sich dieses stärker klar zu machen. Auf dem vorletzten Historikertag in Leipzig hat Wolf Lepenies, der Leiter des Wissenschaftskollegs zu Berlin, einen Eröffnungsvortrag gehalten unter dem Thema: „Politik der Mentalitäten“. Das ist zunächst mal eine etwas überraschende Formulierung, sie zielt aber genau auf diesen Punkt, daß man sich in der Politik viel stärker auf diese Mentalitätsbrüche, auf die enormen Brüche in der individuellen Erfahrung, in diesem Falle insbesondere der Ostdeutschen einstellt, daß sich aber auch die Westdeutschen klarmachen, daß 1989 etwas ist, was sie insgesamt angeht, und daß man versucht, daraus einige Konsequenzen zu ziehen. Danke.

Dirk Hansen: Ich schließe mal hier bei dem letzten an. Eines Tages, im fernen dritten Jahrtausend, werden die Historiker auf die neunziger Jahre zurückschauen und sich dann fragen: Was war denn da Besonderes nach 1990? Wir sprechen von Zäsur, Zeitumbruch und ähnlichem. Dann wird auch nach den Mentalitäten gefragt werden, die geherrscht haben, und unter anderem wird der künftige Historiker dann befinden, daß in den neunziger Jahren ungeheure Zukunftssängste den Alltag in Ost und West bestimmt haben. Das ist ja gar nichts besonderes, auf Deutschland bezogen. Sehen wir uns um: In Schweden, in den Niederlanden, in England oder in Frankreich, von Osteuropa, der ehemaligen Sowjetunion ganz zu schweigen, überall ist der Umbruch so ungeheuer und produziert ganz starke Ungewißheiten, Unsicherheiten, wie der jeweils individuelle Alltag politisch zu gestalten ist. Insofern möchte ich aus der westdeutschen Sicht dazu beitragen. Man soll nicht immer nur so tun, der Nabel der Welt ist Deutschland nicht, aber wir gerieren uns häufig so, als wären wir der Nabel der Welt, als ob Probleme nur hier existieren. Natürlich ist die Teilungsgeschichte vierzig Jahre nach 1945 das spezifisch deutsche an dieser Situation, in der wir uns heute befinden. Das ist aber auch das Besondere, das uns unterscheidet von den Tschechen, Polen oder anderen.

So wie wir jetzt – Beispiel ist ja die Enquete-Kommission insgesamt – diese pädagogische Anstrengung unternehmen, wie Herr Kleßmann das genannt hat, uns der Vergangenheit zu stellen, wie auch immer die Begriffe lauten mögen, das ist der richtige Ansatz, daß man vielleicht jeweils den Versuch unternimmt, aus der Geschichte zu lernen. Es wird zumindest der Ansatz geprobt, aus den eigenen Erfahrungen lernen zu können. Da ist man dann auch aufgefordert, einen historischen Vergleich zu ziehen, nämlich zwischen Ost- und Westdeutschland. Vergleichen – das ist ja eine Binsenweisheit – heißt nicht gleichsetzen. Das Problem der Enquete-Kommission oder anderer Vergangenheitsaufarbeiter ist doch, daß zumeist bei diesem Thema der Aufarbeitung nur über die Geschichte der DDR und der ehemaligen DDR-Bürger und über deren Befindlichkeiten gesprochen wird. Wo ist eigentlich der Blick auf den Westen,

auf den Zusammenhang, die Verschränkung der gesamtdeutschen Geschichte nach 1945?

Wenn ich von diesem horizontalen Vergleich aus weitergehe, dann gehe ich in die Vertikale. Dabei ist zunächst festzustellen, daß die gemeinsame Geschichte nach 1945 einen gemeinsamen Ursprung hat, nämlich den achten Mai 1945 oder den dreißigsten Januar 1933. Es wird immer gesagt die 68er hätten erst nachgeholt, die Fragen nach der nationalsozialistischen Vergangenheit zu stellen. Das ist insofern nicht richtig, denn es wird jetzt danach gefragt, was eigentlich passiert ist und was eigentlich die Geschehnisse der NS-Zeit für die DDR-Bürger nach 1945 bis 1990 bedeutet haben.

Als jemand, der von der Zonengrenze westlich der Elbe kommt, sage ich, wir haben immer auf den Blechzaun an der Elbe geschaut und auf den Deich verwiesen und gesagt: „Da drüben ist der andere Teil“. Ganz am Anfang haben wir von den Brüdern und Schwestern, dann von den Vettern und Cousinen und schließlich von den DDR-Bürgern gesprochen. Man hat sich aber immer am anderen Teil Deutschlands definiert, und das hatte nicht nur politisch-staatliche Gründe, sondern auch ideologische. Wenn die DDR und bis heute viele ehemalige DDR-Bürger sich immer noch legitimieren aus der Haltung des Antifaschismus, so haben sich die Bundesrepublikaner natürlich am Bild des Antikommunismus in den späten Vierzigern oder in den Fünfzigern definiert. Das ist auch erst allmählich überwunden worden.

Das vermisste ich überhaupt bei diesem Bewährten und Bewältigten: Die bald fünfzig Jahre Geschichte werden immer noch wie ein jeweiliger Block betrachtet. Man hat aber die unterschiedlichen Phasen zu betrachten, denn es ist eben nicht alles gleichförmig verlaufen. Wenn aus dem Blick des Fernsehzuschauers der 80er Jahre der Westen definiert wurde, so ist völlig aus dem Blick geraten, wie sich das Leben in den vierziger und fünfziger Jahren im Westen eigentlich erst allmählich entwickelt hat. Die Zustände der Nachkriegszeit, die Bedingungen und auch die Not im Westen ist offenbar vergessen worden. Dies braucht Zeit, und man muß in Geduld miteinander umgehen und darauf verweisen können – entgegen den politischen Versprechungen, die ja als solche verstanden worden sind – daß sich die Welt nicht sofort verändert. Das hat sie in den Niederlanden nicht getan, auch in Frankreich sind die Brüche groß, und auch bei uns – erst recht bei achtzig Millionen Deutschen – wird die Entwicklung langfristiger sein. Ich plädiere für mehr Geduld.

Mich ärgert ungemein, was Frau Noelle-Neumann vor vierzehn Tagen gesagt hat: Bei den ostdeutschen Jugendlichen gingen die politischen Vorstellungen und Kenntnisse wie Kraut und Rüben durcheinander. Dies ist zumindest falsch in der Zuweisung auf die ostdeutschen Jugendlichen. Als Vertreter der politischen Bildung stelle ich die These dagegen: Die politischen Vorstellungen und Kenntnisse von westdeutschen Jugendlichen sind ähnlich wie Kraut und Rüben. Mit anderen Worten: Es bedarf der politischen Bildung. Als Demokrat wird man nicht geboren, sondern dazu wird man erzogen. Es bedarf der Auseinandersetzung in ordentlicher Art und Weise. Nicht daß einer ausrastet,

flucht und schimpft und den anderen zum Feindbild erklärt, sondern daß man in einer gemäßen, zivilen Auseinandersetzung miteinander umgeht und sich dann die Fragen stellt.

Eine Frage, die der ehemalige DDR-Bürger sich stellen soll, ist: Wie hat der Westen sich eigentlich entwickelt? Es ist richtig, daß die Kluft gerade bei Jugendlichen besonders groß ist. Das Stichwort, das mich sehr erschreckt, ist „Zonie“. „Zonie“ ist ein Begriff, der wieder im Wachsen begriffen ist. Dagegen muß gearbeitet werden. Das kann man aber nur in zweifacher Hinsicht tun: Indem man versucht, rational heranzugehen und einen Erkenntnisprozeß im Gegenüber in Gang zu bringen, aber natürlich auch auf der affektiven Ebene. Die politische Bildung lebt von diesen beiden Schienen: der kognitiven und der affektiven, und wahrscheinlich ist diese affektive die sehr viel schwierigere. Die psychosozialen Bedingungen sind nicht so, daß man zueinanderkommt und sich akzeptiert, indem man miteinander spricht. Ich denke, wir sollten aber mehr miteinander als übereinander reden.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Vielen Dank für die recht zeitgenauen Einführungsstatements. Wir kommen jetzt zu unserer Fragerunde. Drei Meldungen sind bereits auf meiner Liste, die Abg. Eppelmann, Vergin und Poppe.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Danke. Das Stichwort Menschenfreundlichkeit reizt mich, an Sie, Herr Schneider, und an Frau BIRTHLER eine Frage zu richten, und zwar, – ich meine das natürlich in Bezug auf die Stichworte „Alltagsverhalten“, „Verhaltensweisen“: Was sollten wir, ehemalige DDR-Bürger, an ererbtem Alltagsverhalten und Verfahrensweisen bewahren? Zweite Teilfrage: Haben wir möglicherweise solche Sachen, zu denen Sie jetzt sagen würden, die sollten wir bewahren, in den letzten sieben Jahren schon verloren? Wenn ich diese Frage jetzt Altbundesrepublikanern stellen würde, würde ich dann nur Verwunderung, nicht aber Verstehen oder auch Verständnis finden. Und wenn ich einen Verständnissvollen finde, was wird mir der antworten? Diese Frage würde ich gerne Herrn Hansen und Herrn Prof. Kleßmann stellen.

Wir sind ja möglicherweise ungeheuer befangen, weil das, worüber wir reden, ja mit unserer Existenz zu tun hat, und es uns immer wieder schwer fällt, zu uns selber in Distanz und Abstand zu gehen. Es würde mich deshalb reizen, Sie beide zu fragen: Wie würden eigentlich unsere westdeutschen Nachbarn das beurteilen, was Verhalten, Verhaltensweisen der Deutschen angeht, was sich in den letzten sieben Jahren verändert hat? Die Engländer, die Franzosen, die Italiener, die Skandinavier, die Polen, die ost- und mittelosteuropäischen Länder nicht zu vergessen. Und könnten Sie auf eine zweite Teilfrage eine Antwort geben: Was geben wir den Europäern zur Antwort auf die Frage: Wo geht denn die Entwicklung, das Alltagsverhalten von uns Deutschen hin? Was erwarten die von uns, was erhoffen die von uns und was befürchten sie? Ich frage mich seit Beginn dieser Sitzung die ganze Zeit: Kann das Alltagsverhal-

ten von der Politik überhaupt beeinflußt werden oder ist das Alltagsverhalten nicht ein originäres Gebilde, das sich herausbildet als Prozeß des Lebens?

Herr Hansen, Sie haben als einer der ersten Repräsentanten der politischen Bildungsarbeit der BRD für mehr Geduld plädiert, aber ich frage Sie jetzt, gerade unter unserem Thema: Was hat die Bundeszentrale als Denkort der politischen Bildungsarbeit konkret getan und was gedenkt sie konkret zu tun, um in das Alltagsverhalten einzugreifen? Oder sind Sie zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen, das man von der politischen Bildungsarbeit her nur im Bereich von Information, Bildung, Aufklärung arbeiten kann, aber nicht Verhalten als solches beeinflussen kann? Das würde mich wirklich interessieren, und ich glaube, für die praktische Arbeit wäre es ganz gut, wir würden mal von der Zentrale der politischen Bildungsarbeit hören, was Sie dort zu diesem Thema machen.

Herrn Schneider würde ich gerne fragen, ob ich ihn richtig verstanden habe. Müßten wir nicht, wenn wir Ihren Überlegungen folgen, wesentlich differenzierter über den Teil Deutschlands reden, der als „Neue Länder“ gefaßt wird? Innerhalb der neuen Länder gibt es Sachsen und Mecklenburger. Ist die Zeit eigentlich schon gekommen, daß – wenn wir nach Alltagsverhalten fragen – wir auch dort schon wesentlich differenzierter an die Sache herangehen müssen, als das im Augenblick passiert? Also nach meiner Beobachtung ist das Alltagsverhalten zwischen den Mecklenburgern und den Brandenburgern, wo ich mich mehr bewege, weil meine ganze Familie dort wohnt, schon sehr differenziert. Nun sind das sehr nachbarschaftliche und sehr verwandtschaftliche Verbindungen, aber wenn ich mir vorstelle, wie das zwischen Rostock und Dresden oder in den entsprechenden Dörfern herum aussieht, ist das noch mal eine völlig andere Situation. Also deswegen meine Frage, weil Sie darauf hingewiesen haben, ob man nicht jetzt schon aufpassen muß, pauschal über „die neuen Länder“, zu reden, wenn wir über Alltag reden.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Der nächste ist Gerd Poppe.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90 / Die Grünen): Es wurde von einigen schon die europäische Dimension angesprochen, besonders von Herrn Hansen. Ich wollte darauf noch mal zurückkommen. Wir haben es doch 1989/1990 mit einem Umbruch zu tun, der globale, mindestens gesamteuropäische Dimensionen hat, im Ergebnis aber eine sehr geringe Bezugnahme auf diese Dimension, auch im Alltagsverhalten, hat. Es besteht eine geringe Mobilität, geistig und räumlich, wenn man mal von Urlaubsreisen absieht, aber ein sehr starkes Sich-zurückziehen auf die Regionen. Was ja in einem Sinne gut ist, denn ich finde auch, Herr Schneider, daß diese Unterschiede etwas sehr Wertvolles sind. Auf der anderen Seite aber denke ich, geht es um die europäische Dimension, denn es wird die rein nationalstaatlichen Lösungen nicht mehr geben. Zum Beispiel wird der gewünschte Arbeitsmarkt-Boom – als rein nationales Problem verstanden – nicht erreichbar sein, es kommt hier auf europäische Lösungen an.

Wenn ich den Blick auf die östlichen Nachbarstaaten richte, sehe ich dort teilweise ein anderes Verhalten. Die Polen, die Tschechen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben wie die DDR-Bürger, haben ja einen ganz anderen Bezug zu diesem gesamteuropäischen Thema, während wir sehr stark im eigenen Saft schmoren. Ich möchte auch mal an die Schwierigkeiten im deutsch-tschechischen Dialog erinnern oder an die Schwierigkeiten der Westeuropäer, mit den Konflikten auf dem Balkan umzugehen, wo es plötzlich zu einem Rückfall in eine 70, 80 Jahre alte Interessenpolitik kam.

Dies nur als Hintergrund zu meiner Frage: Inwieweit kann man das Verhalten und die Zukunftsperspektiven der Bevölkerung insgesamt stärker in eine europäische Richtung bewegen, damit wir uns nicht in Richtung Provinzialisismus begeben? Ich vermisse auch einen intellektuellen Diskurs über die Rolle Deutschlands im europäischen Gesamtkontext. Irre ich mich, oder hat es diesen Diskurs in der Zeit der Teilung stärker gegeben? Wie weit kann die Öffentlichkeit und die Politik in den Feldern ihrer Zuständigkeit aus diesem Provinzialisismus herausführen? Ich betrachte das als eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Jetzt haben wir noch zwei Wortmeldungen in der ersten Runde. Der erste ist der Sachverständige Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ich möchte anknüpfen an das, was Herr Eppelmann ausgeführt hat. Die Frage, die gestellt werden muß, könnte unter anderem lauten. Welches wären denn jene Faktoren, die aus unserer Geschichte abgeleitet, vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen als wesentlich betrachtet werden, und die so etwas darstellen könnten wie einen Orientierungsrahmen für die Zukunft? Frau Birthler, Sie haben im Hinblick auf Empfehlungen formuliert, und das hat mir zunächst ganz gut gefallen, wir müssen die Differenzen akzeptieren. Es geht nicht ausschließlich primär darum, daß wir alles homogen gestalten. Nun hat der gestrige Abend etwas Besonderes verdeutlicht, was nicht nur im Hinblick auf die Geschichte der ehemaligen DDR noch eine große Rolle spielt, sondern leider auch auf die Geschichte des Nationalsozialismus: die immer noch oder nach wie vor erkennbare weitgehende Unfähigkeit vieler Menschen – ich sage nicht alt oder jung – das eigene Schicksal vor dem Hintergrund des Gesamtzusammenhangs einer Gesellschaft zu sehen und zu bewerten. Es wurde ja gestern in dramatischer Form deutlich, wie bestimmte Bürger und Bürgerinnen der BRD ihre vorhergehende Geschichte sehr positiv bewerten, sofern sie sich nur auf ihr persönliches Schicksal konzentrieren und daraus etwas ableiten. Nehmen wir die Lehrerin, die gestern gesprochen hat und von dem persönlichen subjektiven Schicksal überleitete zu einer Generalisierung. Aber das haben wir auch im Zusammenhang bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gehabt. Diese Schwierigkeiten sind enorm. Jetzt also die konkrete Frage: Gäbe es, Frau Birthler, und vielleicht kann Herr Hansen aus der Sicht der Bundeszentrale dazu kurz Stellung nehmen, einen Orientierungsrahmen oder so etwas wie einen Minimalkonsens in unserer Gesellschaft gegenüber den Herausfor-

derungen und vor dem Hintergrund dessen, was Herr Poppe angedeutet hat, der Perspektive Gesamteuropa?

Es besteht doch Einigkeit, ein friedliches Europa aufzubauen mit all den Schwierigkeiten. Wir wissen, woher wir kommen, wir müssen uns damit ehrlich auseinandersetzen, und wir haben ein Ziel. Das wären jetzt also nun die Eckpunkte, die wir festschreiben müssen. Da war einmal der Gesichtspunkt: Die Auseinandersetzung mit der Lebens- und Leidensgeschichte. Unstrittig wäre in so einem Katalog die Friedenspflicht, die Wahrung und die Forderung nach dem Schutz von Menschenrechten. Das, was wir in der ersten Enquete-Kommission schon mit allem Nachdruck betont haben, könnte auch weitgehend Konsens sein, nämlich der antitotalitäre Konsens in dieser Gesellschaft.

Wäre es nicht möglich, daß die Anwesenden sich einmal aus ihren Erfahrungen dazu äußern, um festzustellen, ob wir zum Beispiel in diesem Kreis – auch später in einem größeren – zu einer solchen Minimallösung kommen, die wir dann vielleicht auch, entsprechend unterfüttert und belegt, in unsere Empfehlungen einfließen lassen? Dabei kann der Rahmen durchaus sehr weit gespannt werden, weil man das nicht im Detail wird festlegen müssen. Hier ist den Handlungsmöglichkeiten ein großer Spielraum eingeräumt worden. Ich möchte also nach diesem Orientierungsrahmen fragen oder, wie Herr Eppelmann es formuliert, fragen: Was ist bewahrungsnotwendig, bewahrungswürdig, vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen?

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Der letzte in unserer Runde ist der Sachverständige Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Es gibt zwei Dinge, die mir keine Ruhe lassen. Zu Frau Birthlers gefährlichen Gemeinsamkeiten kann ich gar nichts weiter sagen, als die Frage stellen: Wie dem begegnen? Die Medien äußern sich ja eigentlich einhellig. Obwohl die Presse eindeutig gegen diese gefährlichen Gemeinsamkeiten ist, falls Sie damit die Dinge, die in Hoyerswerda und Solingen passiert sind, meinen. Die Formulierung von Herrn Schneider, „die Leiderfahrung als emotionaler Besitzstand“, hat mich sehr berührt. Die meisten würden bestimmt gerne darauf verzichten. Ich weiß nicht, ob sie mit so einer rabiaten Entgegnung einverstanden sein können. Diese Leiderfahrung kann man zwar aufarbeiten als Erfahrungsgewinn. Aber ist sie selbst ein Positivum? Vielleicht können sie genauer bestimmen, ob Sie die Vergangenheit als leidvoll fixieren möchten, oder den Umbruch bzw. das Umbrucherlebnis, mit gewissen Folgen, oder die Erfahrung des Wegschwimmens aller Werte während des Umbruchs?

Herr Kleßmann, Sie haben zur Darstellung der zwei Wissenschaftskulturen wohlweislich nicht gesagt, was die bessere und die schlechtere ist. Ich möchte auch nicht nachfragen, wie Sie das werten würden. Ich will aber aus eigener Erfahrung dazu etwas sagen. Ich habe vor drei Jahren von einer DDR-Universität an die Universität Bielefeld gewechselt und bin im Fach Wissenschaftsgeschichte tätig. Ich kann eigentlich diese Erfahrung der Inadäquatheit von Wis-

senschaftskulturen, wenn man dabei ein methodologisches Gesamtbild im Auge hat und das nicht auf Inhalte, auf Forschungsgewohnheiten und so weiter bezieht, nicht bestätigen. Ich würde Sie daher bitten, daß Sie noch ein erklärendes Wort zu den zwei Wissenschaftskulturen nachschieben. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Jetzt gehen wir von rechts nach links, bitte zuerst das Wort an Dirk Hansen. Es ist, glaube ich, jeder angesprochen worden.

Dirk Hansen: Ich komme auf Eppelmann und Jacobsen nachher zurück und fange an mit einer Frage von Herrn Vergin: Was kann die politische Bildung tun? Sie sind ja Politiker, und ich kann mich gut in ihre Rolle hineinversetzen, Sie sind ungeduldig. Aber ich muß Ihnen sagen: Genau genommen, die größte Wirkung von politischer Bildung – die manchmal auch Unbildung ist – betreibt die Politik selber. Letztlich ist es das, was Roman Herzog in den letzten Tagen gesagt hat: Kein Bürger und keine Bürgerin versteht mehr, was eigentlich passiert, daß sich die Politik als handlungsunfähig bezeichnet und daß Politik durch Taktik ersetzt wird. Das kann durch keine politische Bildung über vierzig Jahre hinweg wieder gerade gerückt werden.

Wir sagen immer: politische Bildung ist nicht die Feuerwehr der Politik, sondern die Politik selbst hat als Leitmodell, und wenn Sie so wollen, als Vorbild, im wesentlichen selber zu agieren und den Bürger zu faszinieren und entsprechend zu bilden und in demokratisches Verhalten einzuüben. Egal was man pädagogisch davon hält, ob das Vorbild wirklich das jeweilige Exemplum ist. Aber ohne eine demokratische Auseinandersetzung, die dann aber auch zu Ergebnissen führt, und nicht zu Dauerdiskussionen, hat der Bürger den Eindruck, daß die Politik versagt und das kann politische Bildung überhaupt nicht wieder wettmachen. Das ist als Vorbemerkung zu werten. Trotzdem bilden wir uns natürlich ein, im Bereich der politischen Bildung, egal, ob zentral oder föderal organisiert, daß wir eine Menge unternehmen, um auf die innere Einheit hin zu arbeiten, gemeinsam mit den Landeszentralen, aber die Bundeszentrale rein vom Volumen her viel stärker. Man kann sagen, bei einem Gesamtetat von sechsundsiebzig Millionen wird wahnsinnig viel Papier bedruckt, das ja gerne genommen wird. Aber was ist die Wirkung von bedrucktem Papier, von ganz wissenschaftlichen dicken Büchern bis hin zu leicht zu lesenden Schriften wie der PZ?

Die Bundeszentrale hat aber auch versucht, über diese Wirkung von Papier hinaus nach 1990 sofort etwas zu tun was, ganz unüblich war, was auch 1997 aus staatsrechtlichen Gründen enden muß, nämlich ein Fortbildungsprogramm für Lehrer zu installieren, die Gemeinschaftskunde, Politik oder Sozialkunde unterrichten. Man wollte verständlicherweise nicht mehr die alten ML-Lehrer in den Schulen haben. Es bestand also ein großer Bedarf, und die Länder haben mitgezogen. Das muß enden, denn sie wissen, daß die Kulturhoheit bei den Ländern liegt und nicht beim Bund und schon gar nicht bei der Bundeszentrale. Ich nenne auch unsere Informationen zur politischen Bildung, die Höchstauflagen haben und die ja in allen Schulen und Universitäten genutzt

werden. Wir bewegen uns trotzdem mit unserem Angebot auf staatsrechtlichem doppeltem Gleis, denn die Länder müssen selber bestimmen, was sie an Lehrbüchern zulassen, und wir machen ein Angebot über die Landesgrenzen hinweg. Die Informationen sind der Qualität wegen ja in allen sechzehn Ländern akzeptiert. Aber das gehört eben zu dem Produkt Papier. Wir machen noch ein Lehrerfortbildungsprogramm in Mecklenburg-Vorpommern, Modellprojekt für Gemeinschaftskundelehrer in Berufsbildenden Schulen. Auch das kann nur ein Modellprojekt sein, wegen der Föderalismusfrage. Deswegen haben wir es als Modell ausgewiesen, können es also nicht in allen Ländern anbieten.

Wir haben 1991 eine Außenstelle in Berlin begründet, als es die Landeszentralen in den neuen Ländern noch nicht gab, und die wird mit dem Umzug in die Bundeshauptstadt an Bedeutung zunehmen. Die Redaktion der Zeitung „Das Parlament“ wird 1999 auch am Platze sein. Das heißt, dort wo die Politik stattfindet, findet auch die Wochenzeitung „Das Parlament“ ihren Sitz. Insgesamt wird die Bundeszentrale in Bonn bleiben. Dazu kommen unsere Finanzhilfen. Zwanzig Millionen von sechsundsiebzig gehen ja hinein in den Seminarbereich und Tagungsbetrieb. Wir sind daran meistens nur indirekt beteiligt, indem wir mit den Finanzen irgendwo Seminare und Tagungen möglich machen. Das entscheidende ist, das Träger vorhanden sind, die ein Projekt haben und um Zuschußfinanzierung bitten.

Ich bin neulich in Waren-Müritz gewesen, und dort empfand ich es als einen qualitativen Sprung, daß die Auseinandersetzung dort nicht mehr „Ost gegen West“ war, sondern die Einheimischen sich selber nach ihrer Vergangenheit befragt haben und dann plötzlich die Erkenntnis doppelt formuliert wurde. Der eine sagte nämlich: Ich habe 1989 meine Würde verloren, und der andere sagte: Ich habe meine Würde erst 1989 gefunden. Wenn sich diese Diskussion entsteht, dann ist auch der politische Bildungsprozeß erfolgreich gewesen. Konkretes Handeln für den Alltag, um Verhalten zu ändern, das ist ja eigentlich das Ziel von politischer Bildung, nicht nur irgendwie Kenntnisse abfragbar zu machen, sondern ein politisch-demokratisches Verhalten zu erreichen.

Zu Eppelmans Frage: Wie beurteilen Nichtdeutsche die deutsche Entwicklung und was erwarten die möglicherweise von uns? Das ist ja auch die Nachfrage von Herrn Jacobsen. Wenn ich auf Frankreich blicke, kann ich nur sagen, daß die Franzosen 1990 gesagt haben: Welch ein Glück für die Deutschen. Die haben die Geschehnisse des Herbstes 1989 begrüßt und haben gesagt, daß sich endlich eine Selbstverständlichkeit durchgesetzt hat. In der Resonanz der Franzosen, die ich kenne, wird die deutsche Einheit als der Normalfall betrachtet. Die Teilung war eben das anomale.

Jetzt kommt es darauf an, wo eigentlich der Orientierungsrahmen ist, in dem sich das geeinigte Deutschland bewegt, bei allen Schwierigkeiten die es hat, die eben andere Länder auch haben, die mit den Umbrüchen zu tun haben. Wo sich in friedlicher Weise Umbrüche vollziehen, wo sind da die Perspektiven? Das Thema der inneren Einheit, so ungerne der Begriff auch benutzt wird, hat

zwei Komponenten: Das eine ist der Ursprungsauftrag der politischen Bildung, die Einübung von Demokratie. In der Weimarer Republik war unsere Vorläuferorganisation die „Reichszentrale für Heimatdienste“, und so ähnlich hieß 1952 auch die „Bundeszentrale für den Heimatdienst“, die gedacht war als eine Werbeagentur für Demokratie. Dies ist im Zusammenhang zu sehen mit dem bereits erwähnten „antitotalitären Konsens“. Dabei muß immer deutlich werden, daß Demokratie und demokratische Gesellschaften alle möglichen Schwächen haben, daß aber die Demokratie immer noch die besten politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf dieser Welt bietet.

Das andere ist der Konsens – und damit ist die europäische Dimension angesprochen – daß wir mit unseren Nachbarn in Frieden leben wollen. Früher war damit vor allem die Westbindung angesprochen, heute bedeutet es mehr, die Versöhnung der Völker zum Beispiel, die sich jahrelang bekriegt haben. Wir sind heute einen qualitativen Schritt weiter. Wir begegnen uns in friedlicher Art und Weise und sind heutzutage darauf angewiesen, über den eigenen Horizont hinaus herauszuschauen.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Ich bedanke mich bei Herrn Hansen für die ausgesprochen ausführliche Beantwortung der Frage.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Zunächst zu den beiden Fragen von Herrn Eppelmann, wie die Nichtdeutschen uns beurteilen und wohin deren Entwicklung geht. Es gibt ein ziemlich eng begrenztes Interesse bei Nachbarn und Verbündeten jenseits des Atlantiks an Deutschland. Ich würde das mit zwei Wörtern belegen: Wundern und Beruhigen. Sie wundern sich über das große Gejammer in Deutschland. Man konstatiert mit Überraschung die großen Fortschritte, die beim Aufbau in Ostdeutschland zweifellos realisiert worden sind und daß die nicht mit mehr Euphorie aufgenommen werden, sondern daß die ostalgischen Tendenzen nach wie vor sehr stark sind.

Wenn man das zu der Situation der Osteuropäer, also der unmittelbaren Nachbarn, der Polen und Tschechen, in Beziehung setzt, dann zeigt sich die grundlegend andere Konstellation dieser Länder, die mit Alltag sehr viel zu tun hat. Die Ostdeutschen messen sich am Standard der Westdeutschen. Die Polen und Tschechen müssen selber sehen, wie sie aus der Talzone wieder herauskommen, und das ist eine total andere Konstellation, die natürlich auch ihre mentalen Konsequenzen hat. Die Einstellungen zum europäischen Wendeprozess sind völlig unterschiedlich.

Was die andere Komponente der Frage anbelangt, die Perspektive der Entwicklung, die kennt natürlich niemand genau. In der Umbruchphase und in der Vereinigungsphase 1990 hat es ganz offenkundige Beunruhigungen über eine neue Großmacht Deutschland in Europa gegeben. Das scheint mir ganz in den Hintergrund getreten zu sein und das ist eine gewisse Beruhigung. Die Deutschen haben so viel mit sich selbst zu tun. Die werden in nächster Zeit in Europa nicht groß dominieren können.

Die andere Frage, die Herr Poppe in diesem Zusammenhang noch eingefügt hat, scheint mir sehr wichtig zu sein. Wie weit gibt es einen europäischen Diskurs? Es gibt ihn schon, aber er findet in relativ abgehobenen Kreisen statt und das hängt sicherlich mit einem bestimmten Stellenwert zusammen, den außenpolitische Fragen in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit gehabt haben. Was mich am meisten betrübt, ist die Schwierigkeit, wahrzunehmen, daß Osteuropa zu Europa gehört. Wir haben Jahrzehnte mit einem völlig verengten Europabegriff gelebt. Nehmen Sie mal die Reden von Adenauer, da ist Europa immer nur Westeuropa, und das ist die Grundlage unserer Politik gewesen. Das ist auch ein Stück Geschichte, die wir verinnerlicht haben. Das hat auch eine Dimension, die in den Alltag hineinreicht, weil heute Arbeiter aus Osteuropa nicht nur in Berlin sondern auch sonst überall in Deutschland zu finden sind. Diese osteuropäische Dimension muß in Zukunft viel stärker integriert werden, und das nicht nur im Zusammenhang von diffizilen Debatten um die NATO-Osterweiterung.

Ich habe große Probleme damit, einen Orientierungsrahmen auf einer allgemeinen Ebene zu formulieren. Was Sie angeboten haben, der antitotalitäre Konsens, die Friedenspflicht usw., das gehört sicherlich dazu. Aber ich denke, daß das niemanden unmittelbar berührt. Die Probleme fangen an, wenn diese allgemeinen Postulate konkret gefüllt werden. Wenn Sie sich mit Schülern im Unterricht über das Sozialstaatspostulat oder die Gleichberechtigung von Frauen unterhalten müssen, so wie es im Grundgesetz steht, dann wird die Sache konkret und dann brechen auch die Auseinandersetzungen und die Differenzen auf.

Ich würde weniger dafür plädieren, eine gemeinsame Basis zu finden, sondern eher davon auszugehen, daß es sehr unterschiedliche Positionen geben muß und geben kann, die aber so weit wie möglich zu verstehen und zu tolerieren sollte. Man muß die unterschiedlichen Meinungen mehr akzeptieren und sie als ein Element von politischer Streitkultur sehen. Das hat es in der DDR kaum gegeben, von der Kirche vielleicht abgesehen. Das ist sehr schwer nachzuholen, es muß aber nachgeholt werden und ich glaube, das kann man auch bis zu einem gewissen Grade.

Zum letzten Punkt, Herr Mocek, ich habe die Ost-West-Unterschiede in der Wissenschaft vielleicht etwas zu sehr zugespitzt auf die Potsdamer Verhältnisse, wo sie besonders ausgeprägt waren, weil die Potsdamer Universität eine pädagogische Hochschule war, die auch zu DDR-Zeiten nicht an der Spitze der Hierarchie stand. Ich glaube aber, daß Sie meine Beobachtung auch auf andere Zweige ausdehnen können, denn diese Ost-West-Unterschiede sind ist ein Produkt einer unterschiedlichen Wissenschaftsentwicklung. Eine starke Problemorientierung, die ständige Debatte um Ergebnisse gehörten nicht typischerweise zum Alltag in der Wissenschaft in der DDR, sondern dort gab es nur einen sehr begrenzten Meinungsstreit, aber die Determinanten standen weitgehend fest. Von dieser Perspektive können sich natürlich diejenigen, die von den alten Hochschulen kommen, nicht so einfach lösen. Es gibt immer

Ausnahmen. Ich habe aber versucht, einen dominanten Trend zu formulieren, und der scheint mir in vielen Hochschulen wahrnehmbar zu sein. Ich erlebe ihn in unserem Institut eher in einer produktiven Variante, weil ein Lernprozeß wechselseitig stattfindet, und deshalb habe ich darauf hingewiesen.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Als nächste bitte Marianne Birthler.

Marianne Birthler: Ich beginne mit der Frage von Rainer Eppelmann: Was sollten wir an ererbten Verhaltensweisen bewahren? Mir genügt es schon, wenn ich nicht gezwungen werde, so schnell wie möglich wie eine Frau aus Hamburg oder München zu werden. Ich möchte, daß man mir das zugesteht. Ansonsten fällt mir nicht viel dazu ein, was an DDR-Spezifischem zu bewahren wäre. So manches, an das ich mich gerne erinnere, entpuppt sich leicht als eine Reaktion auf etwas, das ich überhaupt nicht so schön fand. Daß wir uns sehr häufig spontan besucht haben, hatte natürlich auch damit zu tun, daß wir kein Telefon hatten. Mancher Kontakt kam dadurch zustande, daß man sich bei bestimmten Engpässen gegenseitig ausgeholfen hatte. Ich will das nicht abwerten, aber jede Medaille hat zwei Seiten, und bestimmte Defizite haben sich in manch einer Beziehung als positiv entpuppt.

Ich warne vor dem Eindruck, daß die DDR viel wärmer und menschenfreundlicher gewesen wäre. Ich halte das für eine Täuschung. Ich kann hierbei auf Zahlen aus den späten vierziger und den frühen fünfziger Jahren verweisen. Damals haben alle gesagt, daß Deutschland vor 1945 solidarischer und wärmer gewesen sei und es mehr Zusammenhalt zwischen den Leuten gegeben hätte. Das läßt mich ein bißchen argwöhnisch werden gegen diese subjektive Empfindung, daß es in der DDR so viel wärmer und solidarischer gewesen sei.

Nun zum Stichwort Europa. Hier sehe ich einen unmittelbaren Zusammenhang mit unserem Thema. Menschen, die stark selbstbezogen sind, sozusagen eine Opfermentalität oder eine Mentalität von Menschen, denen immer wieder alles widerfährt, entwickelt haben, sind natürlich auch nur begrenzt neugierig auf andere. Wer stark mit sich selbst beschäftigt ist, freut sich nicht über ein Klingeln an der Wohnungstür. Selbst Bonn wird ja in den neuen Ländern mental schon als fast jenseits der Grenzen gesehen. Wie soll das erst mit den anderen europäischen Ländern sein? Es zeichnet sich gegenwärtig ab, daß sich insbesondere in Ostdeutschland ein Widerstand gegen die Währungsunion mobilisiert und ich wette, das hat nicht nur währungspolitische Ursachen. Da spielt der Gedanke hinein: „Jetzt nehmen sie uns noch das letzte Stück unserer Identität, die D-Mark.“ Ich freue mich auf die spannenden Debatten der nächsten Monate.

Wolfgang Engler hat kürzlich eine Untersuchung vorgetragen, in der er sagte, daß es signifikante Unterschiede gibt, wie Ost- und Westmensen ihre Biographien schildern. Während die einen sagen: „Dann habe ich entschieden, dann bin ich da- oder dorthin gegangen, dann bin ich nach München umgezogen“ usw., formulieren die Ostdeutschen ihre Biographien sehr anders: „Dann ist mir dieses und jenes widerfahren, dann ist folgendes passiert, ich habe dann

reagiert“ usw. Da ist offensichtlich, daß es ein stärkeres Lebensgefühl von „Mir widerfährt etwas“ als „Ich mache etwas“ gibt. Das hat natürlich Folgen.

Herr Prof. Mocek, ich habe bei der Formulierung „gefährliche Gemeinsamkeiten“ andere Dinge im Kopf gehabt als Sie, was sich aber nicht ausschließt. Ich habe zum Beispiel an den Skandal gedacht, daß Belastungsgrenzen für Schadstoffe für erwachsene männliche Personen in den mittleren Jahren festgelegt werden und nicht für Schwächere, für Kinder. Das sind ja Skandale, von denen es viele gibt. Selbstverständlich gehört Gewalt gegen Minderheiten auch zu diesen gefährlichen Gemeinsamkeiten. Wenn Sie fragen, was man dagegen tun kann, so hat das sehr viel damit zu tun, wie wir uns selber sehen. Es ist sehr viel dran an dem, was Ralph Giordano beschrieben hat zu dem Stichwort: Der verordnete Antifaschismus. Ich bin groß geworden in dem Gefühl, daß meine Vorfahren Widerstandskämpfer und Opfer gewesen seien. Ich mußte erwachsen werden um zu sehen, daß es nicht so war. Meine Vorfahren sind genauso Täter und Mitläufer wie die meiner westdeutschen Freunde gewesen.

Auch die Vorstellung, was ich mit der Vergangenheit zu tun habe, wird davon beeinflusst, wie ich mich selber sehe, ob ich Verantwortung übernehmen will oder ob ich immer nur meine, mir oder meinen Vorfahren sei alles nur widerfahren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Ost und West weiterentwickelt. Ich war kürzlich bei einer Podiumsdiskussion, in der auch André Brie saß und er präsentierte dort eine Zahl, aus der hervorging, daß Ostdeutschland die Region in ganz Europa ist, in der es am wenigsten Privateigentum gibt. Womit er sagen wollte: Ausverkauf West; wir sind die Opfer des Ausverkaufs; wir sind an den Westen verkauft worden.

Dieser Blick ist so auf die letzten sieben Jahre fixiert, anstatt auf die ganzen letzten 45 Jahre zu schauen, und das hat wieder etwas mit der Selbststilisierung als Opfer zu tun, die ich sehr gefährlich finde.

Damit bin ich beim letzten Punkt. Ich beschäftige mich ja auch mit Organisationsberatung. Im Grunde kann man Ostdeutschland als größere Organisation betrachten und sich fragen: Wie lernen Organisationen? Wir sind hier immer wieder in einem strategischen Dilemma. Einerseits ist es notwendig, in Organisationen auf Defizite hinzuweisen, wir wissen aber, daß man am schlechtesten lernt, wenn mir ein anderer sagt, wie ich mich zu verändern habe. Das ist ein pädagogisches Dilemma. Bei dieser Frage, wie Organisationen lernen, spielt Bewußtheit eine große Rolle. Dies schließt die Bewußtheit der eigenen Vergangenheit ein, schließt ein, daß ein angstfreier Diskurs möglich gemacht wird und daß ich ermutigt werde, mir selbst ähnlicher zu werden und nicht jemand anderem. Das heißt auch, Entfremdung abzubauen und schließt vor allem die Übernahme von Verantwortung ein.

Diese Erkenntnisse könnten in konkrete Projekte umgesetzt werden, was aber viel schwieriger ist, als wir annehmen. Mit Belehrung allein ist es nicht getan. Die unausgesprochene oder ausgesprochene Botschaft: „Wie weit seid ihr denn

schon im Osten?“ hat etwas patriarchalisches. Hier wird mit Lob und Tadel, mit Anerkennung oder Zurückhaltung reagiert. So etwas ist in diesem Zusammenhang ziemlich kontraproduktiv. Die Fragen müssen schon im Osten gestellt werden, und das ist ziemlich ungemütlich. Bei solchen Gelegenheiten habe ich schon enorme Widerstände erlebt, aber einfacher ist es wohl nicht zu haben.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Dankeschön. Der letzte ist Rolf Schneider.

Rolf Schneider: Ich fange auch mit der Frage von Herrn Eppelmann an, was denn bewahrenswert sei aus der alten DDR-Vergangenheit. Frau Birthler, ich glaube wirklich, daß Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit in der alten DDR größer waren, aber ich betrachte das durchaus nicht nur als einen Vorzug, denn dabei war auch viel Mief, viel Klebrigkeit, viel Unehrllichkeit, und alles war ein Derivat der Not. Wenn wir diese Art von Mitmenschlichkeit wiederhaben wollen, müssen wir die politische Not wiederhaben wollen, und die will ich nicht wiederhaben. Mit allem anderen verhält es sich in etwa ähnlich.

Während die anderen Kollegen gesprochen haben, habe ich mir aber ein paar Dinge notiert, die mir bewahrenswert erschienen: Erstens hatten wir ein anderes Zeitgefühl. Das war sehr angenehm. Die Uhren gingen hier langsamer. Wir hatten mehr Zeit, nachzudenken und uns um bestimmte Dinge zu kümmern. Die Uhren gehen seit 1989 deutlich schneller. Das bewirkt einen schnelleren Kreislauf und vielleicht etwas weniger Nachdenklichkeit. Aber wollen wir die Uhren zurückdrehen?

Zweitens: Die alte DDR hatte ein größeres Interesse an Geschichte. Sie konnten einfache Leute nach Geschichtsdaten fragen und sie konnten sie nennen. Heute nicht mehr. Die alte DDR war sehr neugierig, neugierig auf neue Eindrücke, auf eine Westzeitung, die einem zufällig in die Hände kam. Der Überfluß hat diese Neugier totgedrückt. Die alte DDR war unendlich viel witziger als die ostdeutschen Bundesländer heute sind. Wenn Sie heute in die Kabarett gehen, sehen Sie einen müden Abklatsch von dem, was es vor 1989 gab.

Der wohl härteste Verlust ist die alte Kirche, besonders die protestantische von 1989. Ich halte sie für die größte Errungenschaft, die die DDR hervorgebracht hat, natürlich wider Willen. Sie war eine souveräne, bescheidene, eine mit sich selbst kritische und zugleich einverständene Kirche. Heute ist sie abgeschmolzen, die besten Köpfe sind in die Politik gegangen. Sie ist arm, mußte sich das westdeutsche Kirchensteuerrecht überstülpen lassen und hat dafür die Form einer kleinbürgerlichen neokonservativen Volkskirche annehmen müssen. Es ist ein Jammer.

Es wurde die Frage gestellt, inwieweit die Politik auf das Alltagsverhalten Einfluß nimmt. Wieso kann das eine Frage sein? Selbst wenn man Politik nur auf die Legislative reduziert, wenn also Herr Waigel voraussichtlich demnächst die Mehrwertsteuer um zwei Prozent erhöht, wird das unmittelbaren Einfluß auf das Alltagsverhalten der Bürger nehmen. Entweder müssen wir uns über

das Verständnis von Politik als Begriff austauschen oder wir müssen hinnehmen, daß Politik einen direkten Durchgriff auf das Alltagsverhalten hat.

Es wurde die Frage nach der Differenzierung der neuen Länder gestellt. Die ist ohne Zweifel wahrnehmbar. Es ist überraschend schnell gegangen. Heute sind die Unterschiede zwischen Usedom und dem Eichsfeld gerade so groß wie die Unterschiede zwischen dem Emsland und Altötting. Das bedauere ich ein bißchen, denn damit ist die Schicksalsgemeinschaft verlorengegangen. Diese außerordentliche Differenzierung, die einhergeht mit großen Informationsverlusten untereinander, ist die Negativseite der Länderbildung, die ich eigentlich als einen ziemlichen Erfolg ansehe.

Prof. Jacobsen hat einen demokratischen und politischen Tugendkatalog für die Zukunft gefordert. Ich schließe mich der Skepsis gegenüber dieser Forderung an. Das was das Grundgesetz bietet, reicht mir aus. Ich wurde gefragt, was ich unter Leiderfahrung verstehe, und wie ich sie spezifizieren kann. Ich meine damit: Die Osis haben ein gewisses Katastrophentraining. Sie haben vierzig Jahre das Gefühl gehabt, sie allein hätten die Folgelasten des Krieges zu begleichen. Sie haben die verschiedenen inneren Verwerfungen der DDR-Politik mitmachen müssen, von der Kollektivierung bis zu den verschiedenen Kurswechseln auf den einzelnen Parteitag, die sofort durchgegriffen haben bis auf den Sozialmikrokosmos.

Sie haben schließlich 1989 erlebt, und 1989 ist ein Ding der besonderen Art. Mich wundert es, daß das hier nicht zu Wort gekommen ist. Ursprünglich war 1989 ein Sieg der DDR-Bevölkerung. Heute werden Sie aber kaum noch einen Ossi finden, der dieses Ereignis als Sieg empfindet. Den DDR-Leuten ist ihr politischer Sieg regelrecht gestohlen worden, von der Zeitgeschichte, von der Mehrheitsmeinung, den Medien usw. Dieser Diebstahl muß in den Köpfen der Betroffenen angeprangert werden, und das sind die Osis selber.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Mein Eindruck ist, daß erhebliche politische Kräfte daran gearbeitet haben, das umzudeuten, was 1989 passiert ist, und das Ergebnis ist uns hier präsentiert worden. Wir haben noch zwanzig Minuten Zeit. Vier Leute stehen noch auf der Rednerliste. Das wären Bernd Faulenbach, Manfred Wilke, ich selber und Sascha. Bernd Faulenbach bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wie zu erwarten ist die Kategorie des Alltags eine schwierige Kategorie und wir diskutieren dabei häufig über sehr verschiedene Dinge. Aber eine der zentralen Fragen ist offenbar die Frage nach Mentalitäten, nach der kollektiven Subjektivität der vielen Menschen in den alten und neuen Ländern. Von Frau Birthler ist die These vertreten worden, daß wir die Unterschiedlichkeit, die es gibt, anerkennen sollten. Das hätte ich gerne noch ein bißchen differenziert. Was müssen wir wirklich anerkennen, womit müssen wir uns abfinden, und was müßte zu einer Aufgabe, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben, gemacht werden?

Zunächst haben wir festgestellt, daß es Klischees von Westdeutschen gegenüber Ostdeutschen und von Ostdeutschen über Westdeutsche gibt. Ich sehe

nicht ein, daß wir uns damit abfinden müssen. Es wäre eine Aufgabe, diese Klischees abzubauen. Es gibt ganz unterschiedliche Erfahrungen, und die Erfahrungen kann man versuchen zu vermitteln. Die Westdeutschen können ja nicht die Erfahrung der Ostdeutschen nachholen. Wie kann man Erfahrungen vermitteln? Generell ist das eine schwierige Aufgabe vor allem der Bildungsarbeit, die die unterschiedlichen Erfahrungen in einem gemeinsamen Erfahrungshaushalt aufzunehmen, in einem kollektiven Gedächtnis zu verankern hat. Es muß jedenfalls einen Austausch der Erfahrungen geben.

Weiterhin wäre es notwendig, zu fragen, wie es zu den unterschiedlichen Erfahrungen gekommen ist. Das wäre die historische Dimension, wir müssen zu einem gemeinsamen Geschichtsbewußtsein kommen, in dem wir die Geschichte West- und Ostdeutschland nicht völlig getrennt sehen, sondern bei allen Unterschieden der Entwicklungen auch gemeinsame Punkte finden, die sich nicht zuletzt auf die gemeinsame Gegenwartsvorgeschichte beziehen, wobei es eben auch um eine gemeinsame Wertorientierung geht.

Ich glaube, daß die Frage, die Kollege Jacobsen gestellt hat, keineswegs abwegig ist, die Frage, ob wir nicht gemeinsam einen Verfassungspatriotismus pflegen und die Wertorientierung des Grundgesetzes akzeptieren müssen. Das wäre eine Aufgabe. Ich würde weiterhin sagen, es müßte auch eine gemeinsame Aufgabe sein, so etwas wie ein Zukunftsbild der Deutschen zu entwickeln.

In diesem Kontext möchte ich noch Herrn Kleßmann und Herrn Hansen fragen: Wie weit sind wir bei dem Versuch, neue Schulbücher zu erarbeiten? Angemerkt sei: Christoph Kleßmanns Buch zur Geschichte der beiden deutschen Staaten war in den frühen 80er Jahren geradezu deshalb ein unzeitgemäßes Buch, weil es beide Geschichten zusammensah.

Was die beiden Wissenschaftskulturen angeht, so scheint mir nicht ganz zeitgemäß zu sein, sie nebeneinander stehenzulassen. Das letzte, was mir als Aufgabe erschiene: Ich war von Anfang an der Ansicht, daß diese zweite Enquete-Kommission im Grunde genommen auch die westdeutsche Entwicklung stärker vergleichend einbeziehen müßte. Wir müßten über die Folgen und die Überwindung zweier getrennter Entwicklungen diskutieren. Diese Asymmetrie der Betrachtung führt vielfach zu Mißverständnissen, und das müßte ebenfalls als ein Problem begriffen werden. Das macht die psychologische Belastung der gegenwärtigen Situation mit aus, daß die Diskussion zum Teil asymmetrisch geführt wird.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Das war ein etwas längerer Beitrag. Ich hoffe, der nächste wird nicht so lang, das ist Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich bin ganz überrascht über meinen Vorredner, mit dem ich diesmal wirklich übereinstimme. Wir brauchen ein deutsches Nationalbewußtsein, Geschichtsbewußtsein, eine gemeinsame Sicht auf die Teilungsgeschichte. Ich will auf Rolf Schneider zurückkommen. Er hat sicher nicht vorgehabt, eine neue „Dolchstoßlegende“ zu präsentieren, sondern nur eine nützliche Provokation in den Raum gestellt. Ich würde Ihren Gedanken

aber ein bißchen erweitern wollen. Ich glaube, daß in diesem historisch glücklichen Moment, als es in der DDR möglich wurde, daß man sich die Freiheit nahm und daß der westdeutsche Kernstaat bei der Vereinigung international für Demokratie und Einheit gesorgt hat, daß dieser Zusammenklang zur Wiedergeburt eines deutschen Nationalstaates beitrug. Auf dem Weg zum vereinten Europa werden wir diesen Nationalstaat noch ein bißchen brauchen. Um die Forderung von Bernd Faulenbach aufzugreifen, ein Großteil der Westdeutschen hat vor 1989 unter anderem in der Verkürzung, die Jürgen Habermas bei Dolf Sternbergs Begriff vom „Verfassungspatriotismus“ vorgenommen hat, die Lösung der „Deutschen Frage“ im Sicheinrichten und im Hinnehmen der Teilung gesehen. Dieses Sicheinrichten ist 1989 beseitigt worden.

Aber ich will auf einen anderen Punkt kommen, und dazu will ich Marianne Birthler und Dirk Hansen noch mal fragen. Marianne Birthler hat in ihrer geradezu literarischen Kritik am westdeutschen Ökonomismus andere Entwicklungsmodelle für den Alltag vorgestellt. Sie hat die bestehende ökonomische Orientierung kritisiert, was im Grunde auf die Forderung nach einer neuen ökonomischen Ordnung der Dinge hinausläuft. Wenn man sich die Meinung von Demoskopern anhört, kann man sagen, daß das westdeutsche ökonomische Wachstums- und Wohlstandsmodell eigentlich das gemeinsame Wirtschaftsmodell ist, das die Zukunft bestimmt. Deshalb möchte ich fragen: Stehen wir vor neuen ordnungspolitischen Debatten, ob die ökonomischen Wachstumsmodelle, die den Raum beherrschen, noch mal grundsätzlich in Frage gestellt werden? Ist die Marktwirtschaft vielleicht doch überholt?

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Der nächste bin ich selbst. Eine Frage an Marianne Birthler. Du hast gesagt, daß die Veränderungen in den Köpfen viel langsamer vor sich gingen als die Veränderungen der äußeren Realitäten. Heißt das möglicherweise auch, daß die Wahrnehmung den Veränderungen hinterherhinkt? Die Realität bietet ja nicht nur Pressionen, sondern auch Chancen und Möglichkeiten. Das wäre dann einer der Gründe dafür, daß manche ihre Möglichkeiten, die sie heute haben, ausschlagen bzw. viel zu zögerlich annehmen. Woran liegt es eigentlich, daß so wenige Leute in Ostdeutschland das Hineinwirken in die Öffentlichkeit nicht zu ihrem Alltag machen, daß sie sich verweigern und unmittelbar in ihrer Privatsphäre bleiben wollen?

Eine kurze Bemerkung in Richtung Christoph Kleßmann. Es ist mir sehr sympathisch, den Begriff der inneren Einheit zu problematisieren. Wir haben viele Statements gehört, wo Leute immer zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen unterschieden haben. Der Begriff der inneren Einheit meint aber alle Deutschen. Irgendwo habe ich das Gefühl, daß der Begriff die Gefahr mit sich bringt, daß er zu sehr auf eine Gemeinschaft abhebt und die notwendige Differenzierung und die verschiedenen Individualitäten überdeckt. Er produziert möglicherweise Erwartungshaltungen, statt eine Aufforderung zur eigenen Aktivität zu sein. Wenn das aber der Fall ist, dann wäre es in der Tat fatal, als politische Zielvorstellung die Erlangung einer inneren Einheit im Sinne einer

großen Gemeinsamkeit zu entwickeln. Da käme es wirklich darauf an, regionales, örtliches, individuelles Selbstbewußtsein anzuregen und zu ermutigen und an vorhandene Traditionen anzuknüpfen und nicht nur von Gesamtdeutschland zu sprechen, sondern von dem, was thüringisch ist, was brandenburgisch ist, was möglicherweise mecklenburgisch ist. Dann stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten die Politik hätte das zu unterstützen.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Der letzte in der Runde ist Ilko-Sascha Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Um den knappen Zeitplan nicht noch mehr durcheinanderzubringen, verzichte ich auf meine Fragen, möchte aber eine Bemerkung gegenüber Herrn Schneider machen. Sie haben behauptet, daß in der Bevölkerung der DDR ein größeres Interesse an der Geschichte bestand. Das bezweifle ich. Geschichte an sich hatte in der DDR natürlich einen viel höheren Stellenwert als in der Gegenwart, weil die Geschichte die einzige Legitimationsinstanz war, auf die die Herrschenden glaubten sich berufen zu können. Deswegen hatte die Geschichte einen ganz anderen Stellenwert. Aber das Wissen über die Geschichte kann man meines Erachtens nicht höher veranschlagen als jetzt. Es wurden ja über die Geschichte keine Zusammenhänge oder Prozesse vermittelt, es ist ja sozusagen nur eine Faktenhuberei betrieben worden, die sich in dem erschöpfte, was Sie geschildert haben: daß bestimmte Daten abrufbar waren. Aber mehr auch nicht.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Wir haben jetzt noch sieben Minuten und wir sollten unsere Zeit nicht überschreiten. Ich bitte daher die Podiumsteilnehmer, sich kurz zu den angesprochenen Fragen zu äußern. Herr Schneider, Sie haben das Wort.

Rolf Schneider: Ganz kurz zur Geschichte: Dies ist eine Wahrnehmung von mir, sie kann richtig oder falsch sein, ich kann sie demoskopisch nicht abstützen. Sicher war kein sehr umfassendes Geschichtsbild vorhanden, aber das war immer noch mehr als das Desinteresse und die Ignoranz, die wir heute oft vorfinden.

Ich bin vorhin noch eine Antwort schuldig geblieben. Es ging um Europa, es war eine Frage von Herrn Poppe. Er vermißte den intellektuellen Diskurs Europa betreffend. Ich glaube, daß die Ossis aus zwei Gründen schlechte Europäer sind. Erstens hieß die Supranationalität, die man ihnen vierzig Jahre gepredigt hat, Revolutionärer Internationalismus und war eine Geschichtslüge, die den sowjetischen Imperialismus maskieren sollte. Seither sind sie in Sachen Supranationalität erstmal abgestumpft, das kann man ihnen kaum übelnehmen. Das andere ist, daß Europa sich natürlich selbst für die interessierten Beobachter als eine sehr problematische Angelegenheit darstellt. Die Willenserklärungen sind alle in Ordnung, die Verträge sind bekannt, aber was wir als europäische Realität und Planung erleben, ist ein Europa der Technokraten, ein Europa der Großbanken und Militärs. Alles andere spielt sich unterhalb dessen ab. Es erreicht nicht einmal interessiertere Bevölkerungskreise und das betrifft

Ostdeutschland nicht anders als Westdeutschland und dies nicht anders als Frankreich, Spanien oder Italien. Wenn der große Interessenverband, das ideale Kulturkonstrukt entstehen soll, muß mehr geschehen, als in Brüssel geredet wird. Es ist ein kollektiver Aufbruch nötig. Ich weiß aber nicht, wie der zu erreichen ist.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Danke. Marianne Birthler bitte.

Marianne Birthler: Zur Frage der ökonomischen Perspektiven, ob die Marktwirtschaft überholt ist. Letzteres finde ich nicht. Unter den Leuten, die mit den gegenwärtigen Entwicklungen unzufrieden sind, kann man ja zwei Großgruppen unterscheiden: Die einen sagen, sie wollen eine ganz andere Gesellschaft und die anderen sagen, sie wollen diese Gesellschaft, aber anders. Ich gehöre zur zweiten Gruppe. Veränderungsbedarf gibt es eine ganze Menge. Angesichts der europäischen Perspektive muß man allen, die für ein Gesamteuropa sind, auch die Frage stellen, was wir für eine Entwicklung angesichts der Tatsache erwarten, daß ein Professor in Polen umgerechnet sechshundert Mark verdient und einer in Deutschland mindestens das zehnfache. Ich erwarte wenigstens die redliche Frage, was das für die Zukunft bedeutet. Aber nicht mal die Frage wird gestellt, geschweige eine angemessene Antwort gesucht. Es kann doch wohl niemand ernsthaft erwarten, daß der polnische Professor nach einer Übergangszeit genau so viel wie der deutsche Professor bekommt. Wir wären schon viel weiter, wenn in der Politik wenigstens die Fragen in aller Deutlichkeit gestellt würden, die auf uns zukommen.

Das zweite ist, ob Chancen nicht ausreichend ergriffen werden. Ich bin der Meinung, daß das in der Tat so ist. Die Fähigkeit, mit Problemen umzugehen, offensiv zu sein, sich anzubieten, sich zu verkaufen, sich zu vermarkten usw. hat was zu tun mit den Biographien. Ich habe in meiner Zeit im Ministerium hunderte von Bewerbungen gelesen und Bewerbungsgespräche geführt und viele Sätze gehört wie: „Ich weiß nicht, ob ich mir das zutraue oder ob das nicht zu viel für mich ist“. Sie sind mir einerseits von Frauen entgegengkommen, andererseits von Ostlern. Niemals von Westmännern.

Was die Politikverweigerung betrifft, darin sehe ich nicht eine Frage an die Leute, warum sie bei der Politik nicht mitmachen, sondern an die Politik. Ich unterhalte mich manchmal mit Jugendlichen, die durchaus engagiert sind, aber sich einfach verweigern, in den von uns Alten vorgegebenen Strukturen mitzumachen. Dafür werden sie ihre Gründe haben, die ich zu respektieren habe.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Danke. Christoph Kleßmann bitte.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Ganz kurz zu den Fragen von Bernd Faulenbach. Ich würde den Ausführungen weitgehend zustimmen. Ich habe zunächst versucht, bestimmte Sachverhalte zu konstatieren und habe für eine langfristige Lösung plädiert, aber nicht dafür, den gegenwärtigen Zustand zu konservieren. Zu der konkreten Frage, wie weit wir denn mit der Arbeit an einem gemeinsamen Geschichtsbuch sind, das sozusagen die strikte Trennung, wie sie bis 1989 existierte, aufhebt: Es gibt sehr interessante Umfragen, die die unter-

schiedliche Bewertung bestimmter zeithistorischer Daten deutlich machen, z. B. der Währungsreform. Die wird von Ostdeutschen völlig anders gewichtet als von Westdeutschen. Zu beurteilen, wie weit ein Konzept zu einem gemeinsamen Geschichtsbuch entwickelt ist, ist sehr diffizil. Wir können nicht einfach so tun, als ob das alles irgendwie zusammengehörte. Ich glaube, es geht hier darum, die richtige Balance aus der Verflechtung beider Teile und ihrem jeweiligen Eigengewicht zu finden. Da hängt dann die jeweilige Erfahrungsgeschichte mit drin.

Die letzte Debatte auf der Kultusministerkonferenz in Wittenberg hat genau an diesem Punkt angesetzt, weil die Ostdeutschen gesagt haben: Was ihr da gemacht habt, das gibt überhaupt nicht wieder, was wir erfahren haben und wie wir die Nachkriegsgeschichte erlebt haben. Das ist ein diffiziles Unternehmen, an dem aber gearbeitet wird. Die Informationen zur politischen Bildung sind in der Neuaufgabe. Da wird versucht, dem Rechnung zu tragen. Wie weit Schulbücher mit diesem Konzept schon existieren, weiß ich nicht. Aber das Bewußtsein dafür ist geschärft. Die Balance zwischen Teilgeschichten und Gesamtgeschichte bleibt jedoch ein schwieriges Unternehmen.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Und der letzte in der Runde ist Dirk Hansen.

Dirk Hansen: Erfahrungen kann man nicht vermitteln, das wissen wir als Eltern. Kinder müssen ihre Erfahrungen selber machen. Aber eine kürzliche Israelreise hat mir bestätigt, daß man sich ständig über Geschichte austauschen muß. Man muß von Erfahrungen berichten. Der Bundespräsident hat zu unserem Jubiläumsheft gesagt, daß die erste Aufgabe politischer Bildung die Vermittlung der Geschichte sei. Wir sind natürlich dabei, das ist ja das erste neue Heft zur bundesrepublikanischen Geschichte, alle vier Hefte, die wir bisher zu diesem Thema haben und das eine zur DDR werden vollkommen neu geschrieben. Das ist erstmal unser Beitrag, um eine Verschränkung zweier Geschichten zu leisten. Das wird man nicht bei jedem Thema machen, aber die Aufeinanderbezogenheit von West- und Ostdeutschland ist unübersehbar gewesen. Aber wir haben es bisher immer nur getrennt betrachtet und das muß überwunden werden.

Die Asymmetrie, die Sie ja zurecht beklagen, ist das eigentliche Problem. Ich habe am Anfang gesagt, daß auch die Bürger der neuen Länder nicht genug darauf schauen, wie sich die Bundesrepublik West entwickelt hat. Die Fragen sollten aus beiden Richtungen gestellt werden. Als Komponenten einer neuen Ordnungsvorstellung sehe ich die Demokratie, das Verhalten des einzelnen in einer Gesellschaft, die von Verantwortung geprägt ist. Und wir müssen in einem politischen, ideologischen Gesamtrahmen sagen, daß wir keine Diktaturen mehr wollen. Nicht nur nie wieder Krieg, sondern auch nie wieder Diktatur, ob das rechte oder linke ist. Dieser zweite Aspekt, der antitotalitäre Konsens, ist in der Sache notwendig.

Gesprächsleiter Abg. Stephan Hilsberg: Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieses Podiums. Ich darf mich ganz herzlich für die interessanten Beiträge bedanken. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich eine Zusammenfassung liefere. Die Sache ist offen. Rainer Eppelmann hat das Schlußwort.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich weiß nicht, wie es ihnen gegangen ist, aber ich denke, daß wir heute einen gewaltigen Schritt voran gekommen sind. Auf die Arbeit der Enquete-Kommission bezogen habe ich das noch nie so deutlich erlebt wie heute, daß wir uns nicht nur auf unsere jeweils eigene Verantwortung beziehen können, sondern daß es sehr wichtig ist, uns mit unserer gemeinsamen Gegenwart zu befassen. Die Erkenntnis, daß wir, wenn wir vom Zusammenwachsen und vom Prozeß der deutschen Einheit reden möchten und davon etwas festhalten wollen, nicht nur in eine Richtung schauen dürfen, sondern auch die zweite anfragen müssen, ist mir noch nie so deutlich geworden wie in diesen zwei Tagen. Ich bin optimistisch, daß wir mit dazu beitragen können, daß aus diesen zwei Kreisen mit je einem Mittelpunkt, der alten Bundesrepublik und der DDR, die je ihre eigene Geschichte gehabt haben, eine Ellipse wird. Ich habe die Hoffnung, daß es möglichst bald Schulbücher gibt, in denen der Heranwachsende in Neubrandenburg wie der in Freiburg, wenn er etwas von der Geschichte seines Volkes erfahren will, die Zeit von 1945 bis 1990 als eine gemeinsame Geschichte sehen kann und daß er nicht sagt: mit der Geschichte will ich nichts zu tun haben. Mich reizt es auch, auf die Frage von Dirk Hansen kurz einzugehen, und zwar, weil ich mich von ihm ein Stück unterscheiden möchte. Ich meine allerdings, daß wir uns Erfahrungen gegenseitig vermitteln können. Wenn wir uns Zeit füreinander nehmen, können wir uns viel vermitteln. Ich möchte allen danken, die dazu beigetragen haben, daß die Anhörung gut gelungen ist. Da denke ich an den Bürgermeister und die Eisenhüttenstädter, denke an die Menschen hier im Hause, in der Küche, denke an jeden einzelnen, der durch seine Erfahrung und seine Ideen mit dazu beigetragen hat, daß die Mitglieder der Enquete-Kommission ein bißchen klüger nach Hause fahren können. Alles Gute, kommen Sie gut nach Hause.

Ende der Sitzung: 15.30 Uhr